



Landtag von Baden-Württemberg

88. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 18. Mai 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Schluss: 17:51 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 6951
1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Stellungnahme des Sozialministeriums – **Rechts-
verordnung für Drogenkonsumräume** – Druck-
sache 12/4921 6951
- Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grü-
nen 6951, 6960
 Abg. Ingrid Blank CDU 6952, 6961
 Abg. Dr. Walter Müller SPD 6953
 Abg. Dr. Glück FDP/DVP 6955
 Abg. Dr. Schlierer REP. 6956
 Minister Dr. Repnik 6958
- Beschluss 6962
2. Aktuelle Debatte – **Auswirkungen der Politik
der Bundesregierung auf Mittelstand und
Handwerk in Baden-Württemberg** – beantragt
von der Fraktion der FDP/DVP 6962
- Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 6962
 Abg. Gerd Scheffold CDU 6963, 6974
 Abg. Schmiedel SPD 6965, 6975
 Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grü-
nen 6966, 6975
 Abg. Rapp REP. 6968, 6977
 Minister Dr. Döring 6970
 Abg. Hofer FDP/DVP 6972
3. Aktuelle Debatte – **Haltung der Landesregie-
rung zu der Greencard-Initiative im Bundesrat**
– beantragt von der Fraktion der SPD 6977
- Abg. Maurer SPD 6977, 6992
 Abg. Oettinger CDU 6979
 Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grü-
nen 6980, 7002
 Abg. Pfister FDP/DVP 6982, 7000
 Abg. Dr. Schlierer REP. 6983, 6998
 Ministerpräsident Teufel 6985
 Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen 6996
 Minister von Trotha (persönliche Erklärung) 7003
 Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen (per-
sönliche Erklärung) 7004
4. **Fragestunde** – Drucksache 12/5179
- 4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Heinz Troll
REP – **Präsenzauswirkende Praxis der
Mehrarbeitsvergütung im Polizeidienst** 7004
- Abg. Troll REP 7004
 Minister Dr. Schäuble 7005
- 4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Michael Her-
bricht REP – **Brandanschlag auf Verbin-
dungshaus am 7. Mai 2000 in Heidel-
berg** 7005
- Abg. Herbricht REP 7005
 Minister Dr. Schäuble 7005

4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – BAB-Verkehrslagedokumentation in Baden-Württemberg 7005	Abg. Kiesswetter FDP/DVP 7018 Abg. Käs REP 7020 Minister Dr. Schäuble 7020
Abg. Deuschle REP 7005 Minister Dr. Schäuble 7005	Beschluss 7022
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Korruptionsverdacht bei Beschaf- fung von Videoprojektions-/Schießtrain- ningssystemen der Polizei 7006	7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Verbesserung der in- ternationalen polizeilichen Zusammenarbeit in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4747 7022
Abg. Deuschle REP 7006 Minister Dr. Schäuble 7006	Abg. Rech CDU 7022, 7028 Abg. Redling SPD 7023 Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen 7025 Abg. Kluck FDP/DVP 7026 Abg. Troll REP 7027 Minister Dr. Schäuble 7029
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Änderung des Landes- datenschutzgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 12/4899	Beschluss 7031
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5049 7006	8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah- me des Finanzministeriums – Verkauf der EnBW-Landesanteile an die EdF – Drucksache 12/4941 abgesetzt (7022)
Abg. Hans-Michael Bender CDU 7007 Abg. Bebber SPD 7008 Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen 7009 Abg. Kiesswetter FDP/DVP 7010 Abg. Käs REP 7011 Minister Dr. Schäuble 7012	9. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petiti- onsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 12/5146 7031
Beschluss 7014	Beschluss 7031
Abg. Bebber SPD (zur Abstimmung) 7014	10. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach- ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/5112 7031
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauf- tragten für den Datenschutz vom 3. Dezember 1999 – Zwanzigster Tätigkeitsbericht des Lan- desbeauftragten für den Datenschutz – Druck- sachen 12/4600, 12/5050 7015	Beschluss 7031
Abg. Dr. Reinhart CDU 7015 Abg. Bebber SPD 7016 Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen 7017	11. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/5004, 12/5065, 12/5114, 12/5120 7031
	Beschluss 7031
	Nächste Sitzung 7031

Protokoll

über die 88. Sitzung vom 18. Mai 2000

Beginn: 9:35 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 88. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Kielburger, König, Reddemann und Wilhelm erteilt.

Krank sind gemeldet Frau Abg. Schweikert sowie die Herren Abg. Brinkmann, Heinz Goll und Hauser.

Im **E i n g a n g** befindet sich eine Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 19. April betreffend Entwurf einer Rechtsverordnung über die Schultypen des Gymnasiums. Die Mitteilung wird Ihnen als Drucksache 12/5141 zugehen. Ich schlage vor, das Schreiben zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dem Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Sie stimmen dem zu.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Sozialministeriums – Rechtsverordnung für Drogenkonsumräume – Drucksache 12/4921

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

(Allgemeine Heiterkeit – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist unser Antrag! – Abg. Dr. Schlierer REP: Das wäre mir ein Vergnügen! Ich mache das gerne!)

– Ich bitte um Entschuldigung. Herr Dr. Schlierer hat sich vorhin bei mir gemeldet. Das war ein Versehen des Präsidenten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Er würde fachfremd reden!)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender. Bitte schön!

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, die Begründung des Antrags würde sich sicher etwas anders anhören, wenn sie vom Rep-Chef vorgetragen würde.

Meine Damen und Herren, das Thema der heutigen Debatte ist die Einrichtung von so genannten Drogenkonsumräu-

men, bisweilen auch als „Fixerstuben“ bezeichnet. Es geht uns dabei um einen Baustein im Hilfesystem für drogenkranke Menschen, und das Ziel ist, auch in Baden-Württemberg die Möglichkeit zu bekommen, dass Kommunen solche Räume einrichten. Die rot-grüne Mehrheit im Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung solcher Drogenkonsumräume geschaffen.

Worum geht es bei diesen Räumen, die auch Fixerstuben genannt werden? Es geht um einen geschützten Raum für kranke Menschen zum Gebrauch der Drogen, von denen sie abhängig sind. Es hat eine doppelte Schutzwirkung, wenn ich von einem geschützten Raum spreche. Es geht nämlich um den eigenen Schutz der Betroffenen, die die Möglichkeit haben, ihre Drogen unter hygienischen Bedingungen statt im Schmutz der Straße zu konsumieren, und es geht um den Schutz der Anwohner, weil niemand es schätzt, im eigenen Garten Spritzen aufzulesen, und weil niemand in Parks oder Unterführungen mit dem Anblick von Menschen konfrontiert werden will, die sich etwa eine Spritze in die Halsvene drücken.

Nunmehr, meine Damen und Herren, ist die Landesregierung am Zug. Die Voraussetzung für die Einrichtung solcher Räume, die viele Städte einrichten wollen, ist eine Rechtsverordnung, in der zehn Mindeststandards dafür festgelegt werden, wie so etwas auszusehen hat. Diese Mindeststandards beziehen sich zum Beispiel auf die Anwesenheit von fachkundigem Personal, auf die Notfallversorgung und auf die Vermittlung von weiterführenden Angeboten der Beratung und Therapie.

Minister Repnik aber weigert sich, ganz im Gegensatz etwa zum Stadtstaat Hamburg, der bereits am 25. April eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen hat. Nun könnte ich Ihnen, Herr Minister, einfach eine ideologisch motivierte Blockadehaltung vorwerfen. Aber als Politikerin glaube ich ja an die Kraft des Arguments,

(Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD)

und deswegen will ich es auch versuchen.

Sie haben in der Stellungnahme zu unserem Antrag die Ablehnung damit begründet, mit der Einrichtung von Fixerstuben würde ein falsches Signal in Richtung Drogenakzeptanz gesetzt. Dazu, Herr Minister und meine Damen und Herren von der CDU, kann ich nur sagen: Das ist ein Missverständnis. Nicht die Drogen würden akzeptiert, sondern die drogenkranken Menschen.

(Birgitt Bender)

Und überhaupt: Akzeptanz ist nicht alles, worum es hierbei geht. Es geht erstens schlicht und ergreifend um Überlebenshilfe. 270 Drogentote im letzten Jahr in Baden-Württemberg – das waren 44 Tote mehr als im Jahr davor – sprechen doch eine deutliche Sprache.

Wir alle wissen, dass solche Todesfälle nicht absolut zu verhindern sind. Aber, meine Damen und Herren, wenn so viele Menschen an Drogen sterben, dann muss verantwortliche Politik doch heißen,

(Abg. Haas CDU: Heraus aus der Sucht! – Zurufe von den Republikanern)

keine Hilfemöglichkeit zu unterlassen.

Vergleichen wir etwa die Städte Frankfurt und Stuttgart. Frankfurt hat noch etwas mehr Einwohner als Stuttgart. In Frankfurt gab es im letzten Jahr 26 Drogentote. Auch das sind natürlich zu viele, aber es sind sehr viel weniger als in Stuttgart, wo es 39 Drogentote zu beklagen gab.

(Abg. Deuschle REP: Und wer ist da wieder schuld?)

Frankfurt ist eben eine Stadt, die im Rahmen eines Hilfskonzepts solche Fixerstuben, dort „Gesundheitsräume“ genannt, eingerichtet hat und nutzt.

(Abg. Deuschle REP: Gesundheitsräume!)

Neben der Überlebenshilfe geht es, meine Damen und Herren, um die Möglichkeit des Kontakts zu diesen kranken Menschen, um sie für weitere Hilfen überhaupt empfänglich zu machen. Irgendwie muss man sie ja ansprechen, und sie müssen Vertrauen fassen.

Lassen Sie es mich deswegen noch einmal deutlicher formulieren: Die Fixerstube ist weder eine leer stehende Baracke, in der verelendete Junkies hausen – so etwas gibt es, aber das ist dann kein Gesundheitsraum –, noch so etwas wie ein Wiener Kaffeehaus mit einem charmanten Kellner, der das Spritzbesteck auf dem Silbertablett serviert.

(Abg. Dr. Schlierer REP: McDonald's für Süchtige!)

Hier geht es nicht um Ambiente, sondern um eine Anlaufstelle für beschädigte Menschen. In einer solchen Anlaufstelle hat das „Abenteurer Droge“, wenn es so etwas denn jemals gegeben hat, längst seinen Charme verloren. Da geht es nur noch um Hilfe für Kranke und – ich sage es noch einmal – um Überlebenshilfe.

Deswegen sage ich in Ihre Richtung, Herr Minister Repnik: Hören Sie auf die Oberbürgermeister baden-württembergischer Städte, auch und gerade auf die Ihrer eigenen Couleur. Hören Sie auf den Landkreis Lörrach,

(Abg. Haasis CDU: Auf die Minderheit!)

auch dieser mehrheitlich von der CDU getragen, der ein Hilfskonzept mit einer solchen Fixerstube beschlossen hat.

Meine Damen und Herren, ich sage an die Adresse der mitregierenden FDP/DVP: Sie unterstützen diese Maßnahme,

sagen Sie. Aber im Sozialausschuss haben Sie zuletzt gesagt: Gebt uns Zeit.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ja, das gilt auch heute noch!)

Sie haben Zeit gehabt, jetzt wollen wir Taten sehen.

Ich füge hinzu: Insbesondere nach der NRW-Wahl hat man ja den Eindruck, dass die FDP vor Kraft kaum laufen kann.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Oh!)

Jetzt sage ich Ihnen: Ich will sehen, ob die Kraft auch ausreicht, um die Regierungslinie in Baden-Württemberg mitzubestimmen,

(Abg. Birzele SPD: Kaum! – Abg. Scheuermann CDU: Sie wissen doch, wie das ist!)

oder ob die Kröten, die Sie schlucken, von Ihnen noch mit Messer und Gabel verzehrt werden.

Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Sie kennen die Verhältnisse!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Blank.

(Abg. Birzele SPD: Sie bekennt sich jetzt zur Karlsruher Linie! – Abg. Haas CDU: Jetzt hören wir, was Sache ist!)

Abg. Ingrid Blank CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem uns vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Landesregierung aufgefordert, eine Rechtsverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen zu schaffen. Ich danke Frau Bender dafür, dass sie so deutlich gesagt hat, worum es sich handelt. Es handelt sich nämlich um Fixerräume.

In der Begründung heißt es weiter, auch hier im Südwesten müsse den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, solche Räume einzurichten, und wir sollten doch bitte dafür sorgen, dass dies nicht blockiert wird.

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig!)

Wir wollen aber blockieren, Frau Bender.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Wir wollen blockieren in Verantwortlichkeit für die abhängigen Menschen und in Gesamtverantwortung für die übrige Bevölkerung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Haas CDU: So ist es!)

Denn was wollen denn Fixerstuben bewirken? Risikoarmen Konsum von tödlichen Drogen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

(Ingrid Blank)

Sehen Sie sich die Rechtsverordnung von Hamburg an: keine Einschränkung, was Drogen anbelangt, Crack, Heroin, Ecstasy, Kokain vor allen Dingen, alles Dinge, die dort in diesen rechtsfreien Räumen – da darf ich dem Minister zustimmen – konsumiert werden dürfen.

Zweiter Punkt: saubere Straßen. Frau Bender, es wundert mich, dass dieses Argument, dieser ordnungspolitische Ansatz gerade von den Grünen kommt. Ich könnte es noch verstehen, wenn dieses Argument von der rechten Seite hier angeführt würde. Aber dass es von Ihnen kommt, erschreckt mich schon ein Stück weit.

(Abg. Haasis CDU: Deshalb hätte Herr Schlierer heute Morgen ja auch für die Grünen reden können! – Lachen bei Abgeordneten der Republikaner)

Ich würde diesen Ansatz ja noch gelten lassen, wenn er funktionieren würde. Aber er funktioniert nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Gehen Sie doch einmal mit uns in die Schweiz. Wir haben uns das Umfeld der so genannten Fixerstuben angeschaut – erschreckend! Dort liegen die Spritzen nach wie vor im Vorhof, in den angrenzenden Parks.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Da waren Sie woanders als ich!)

Es wird nichts erreicht.

Bessere Ansprache der Süchtigen: Wenn dies klappen würde, wäre es okay. Das klappt jedoch nicht. Wenn die Süchtigen die Konsumräume aufsuchen, sind sie im Grunde genommen so scharf auf das Zeug, dass sie in diesen Räumen nur noch konsumieren wollen. Da sind sie nicht ansprechbar!

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Das wird mir auch von Betreibern von Kontaktläden gesagt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Die bleiben doch auch hinterher da sitzen!)

Wenn sie sich einen Schuss gesetzt haben – gehen wir einmal nur vom Schuss aus –, haben sie überhaupt kein Interesse mehr auf Ansprache, auf Ausstieg oder sonst etwas. Dann nutzen sie ihre Szene, die sie darin finden. Ich glaube, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, dafür zu sorgen, dass sich die Fixer in öffentlich finanzierten Räumen treffen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gehen wir davon jetzt einmal weg, da wir ja festgestellt haben, dass Ihr humanitärer Ansatz – den nehme ich Ihnen wirklich ab; das sehe ich – nicht funktioniert. Was kommt denn dann auf unsere Kommunen zu? Ich habe Ihnen etwas mitgebracht. Bei diesem Packen an Unterlagen, den ich hier in der Hand halte, handelt es sich um Urteile, die sich an die Stadt Frankfurt richten. Die Stadt darf nämlich

für Mietausfälle und für Schadenersatzforderungen der Besitzer der an die Konsumräume angrenzenden Häuser aufkommen. Die Stadt darf außerdem einen privaten Sicherheitsdienst bezahlen, da die Polizei nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass die Szene vor den Fixerräumen aufgelöst wird.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Wenn wir die Rechtsverordnung für Drogenkonsumräume nicht erlassen, tun wir das aus einer gewissen Fürsorgepflicht für unsere Kommunen heraus,

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist zynisch!)

damit das, was es in denjenigen Kommunen gibt, in denen Fixerstuben bestehen, nicht auf unsere Gemeinden und Städte zukommt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Repnik weigert sich, über eine Rechtsverordnung die Einrichtung von Gesundheitsräumen in Baden-Württemberg zu ermöglichen.

(Zurufe von der CDU)

– Er weigert sich.

Die Kollegin Bender hat die Funktion dieser Gesundheitsräume schon erklärt. Ich möchte diese Erklärung in einem Punkt ergänzen: Gesundheitsräume – das haben auch die Erkenntnisse in der Schweiz gezeigt – sind oft der Einstieg zum Ausstieg. Dort können Sie Leute erreichen, die Sie sonst nicht erreichen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Herr Minister, die Mehrheit in diesem Parlament denkt anders.

(Zurufe von den Republikanern)

Ich denke an die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ich denke aber auch an viele Abgeordnete der CDU, zum Beispiel an die Kollegen Birk, Ruder oder den ehemaligen Sozialminister Vetter.

(Zuruf des Ministers Dr. Repnik)

Herr Vetter ist am Ende seiner Amtszeit endlich zu den richtigen Erkenntnissen gelangt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Das heißt, Sie betreiben eine Politik gegen die Mehrheit in diesem Parlament.

(Abg. Haasis CDU: Was? Gegen die Mehrheit? – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

(Dr. Walter Müller)

Sie setzen Ihre realitätsferne, erkenntnisresistente Geisterfahrt in diesem Bereich weiter fort.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Das tun Sie gegen die gesamte Fachwelt,

(Abg. Haas CDU: Das ist nicht wahr!)

gegen wissenschaftliche Erkenntnisse, gegen die Zahlen aus Hannover und Frankfurt.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Die Kollegin Blank hat gerade Frankfurt genannt.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Warum hört denn Ihre Parteifreundin Roth mit dieser Sache nicht auf? Sie betreibt das weiter, weil sie sagt: Das hat Vorteile. Da können Sie mit Ihren Gerichtsurteilen kommen. Fragen Sie doch einmal die Oberbürgermeisterin von Frankfurt, warum sie es macht.

Sie setzen Ihre Geisterfahrt auch gegen die betroffenen Kommunen in Baden-Württemberg – Lörrach, Karlsruhe sind genannt – fort.

Herr Minister, ich habe in diesen Tagen ein Zitat von Ihnen gehört. Sie haben beim Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem eine Rede gehalten – allerdings nicht in Jerusalem, sondern in Stuttgart:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Auch nicht im Grab!)

Als christlicher Politiker muss ich aber genauso bereit sein, dem Opfer der Sucht jegliche erdenkliche Hilfe anzubieten,

(Abg. Haas CDU: So ist es! – Weitere Zurufe von der CDU)

um ihm das schiere Überleben zu ermöglichen.

(Zurufe von der CDU)

Diesen selbst gesetzten Maßstäben werden Sie mit Ihrer sturen Politik nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Mit christlicher Barmherzigkeit hat das schon gar nichts zu tun. Ich erinnere nur an die Haltung der Caritas oder der Diakonie, die ja im Auftrag der Kirche Barmherzigkeit in Baden-Württemberg praktizieren. Die sind genau gegenteiliger Meinung.

Noch interessanter ist aber in der Presseerklärung, wie Sie das begründen. Sie sagen: Ich war einmal in einem solchen Gesundheitsraum, und da habe ich in der Umgebung gesehen, dass da mehr gehandelt wird. Das sind Erkenntnisse, die Sie Zahlen aus Städten wie zum Beispiel Hannover und Frankfurt und wissenschaftlichen Untersuchungen aus der Schweiz entgegensetzen. Herr Repnik fährt einmal vorbei und sieht ein paar Dealer, und das ist die Grundlage einer Entscheidung.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: So machen vielleicht Sie Politik!)

Ich denke, das ist nicht tragbar.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man vielleicht als Abgeordneter machen, aber als verantwortlicher Minister eines Landes muss man seine Entscheidungen aufgrund wissenschaftlicher Grundlagen und fundierter Erkenntnisse treffen.

(Abg. Krisch REP: So wie Sie es machen?)

Ich denke, Sie werden Ihrer Verantwortung in diesem Bereich noch nicht ganz gerecht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Fragen Sie einmal bei der WHO nach!)

Stattdessen haben Sie eine Drogentotenstudie mit dem Ziel in Auftrag gegeben – die betroffenen Ärzte haben sich ja schon gewehrt und beschwert –, diejenigen, die diese schwere Arbeit im Bereich der Substitution machen, noch eins ans Bein zu geben. Sie sagen: Ihr macht es nachlässig, ihr seid verantwortlich für Todesfälle. Sie sollen in diesem Bereich die Strukturen stärken, damit auch einmal die psychosoziale Begleitung neben der Substitution eine Rolle spielt, damit wir ein flächendeckendes Angebot an Substitution haben.

Sie wollen auch Ihre Vorurteile gegen die Methadonsubstitution noch einmal bestärkt haben. Man muss natürlich sagen: Wer mit Methadon substituiert, hat es mit Schwerstkranken zu tun.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Natürlich hat zum Beispiel ein Schönheitschirurg weniger Todesfälle als ein Krebschirurg, Herr Kollege Haas. Das kann man aber dem Krebschirurgen nicht anlasten. Wer Substitution macht, behandelt Schwerstkranke und geht ein ganz anderes Risiko ein.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Krebskranke mit Süchtigen zu vergleichen ist zynisch!)

– Das Todesrisiko ist genau das gleiche.

(Abg. Haasis CDU: Unglaublich! – Abg. Dr. Schlierer REP: Ein so dummes Geschwätz habe ich schon lange nicht gehört!)

Der Arzt, der das behandelt, braucht die Unterstützung und braucht nicht einen Minister, der ihm hinterherschneifelt und sagt: Da und da ist es falsch gemacht worden.

(Beifall bei der SPD)

Interessant ist abschließend – die Kollegin Bender ist auch schon draufgegangen –

(Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Man beachte den Versprecher!)

Interessant – die Kollegin Bender ist auch schon darauf eingegangen – ist die Haltung der FDP/DVP in dieser Frage. Herr Kollege Glück, ich sehe Sie vor mir. Sie haben

(Dr. Walter Müller)

mir oft richtig Leid getan. Da sitzt er da und sagt: Gebt mir noch ein bisschen Zeit. Dieses Spiel fing 1996 an. Da haben Sie zum ersten Mal gesagt: Wir brauchen ein wenig Zeit. Inzwischen haben wir das Jahr 2000. In elf Monaten ist die Legislaturperiode vorbei. Sie müssen uns also schon einmal erklären, wie viel Zeit Sie noch brauchen; denn Sie sind momentan in der Gefahr,

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Beherrschen Sie die Grundrechenarten?)

sich nicht nur unglaublich, sondern in der Sache irgendwie lächerlich zu machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verantwortung, die ich dem Kollegen Repnik gerade ins Stammbuch geschrieben habe, gilt natürlich in gleicher Weise für Sie. Sie müssen sagen, was Ihnen wichtiger ist: der Friede in der Koalition oder die Überlebenshilfe in Baden-Württemberg. Vor dieser Entscheidung stehen Sie heute. Da meine ich, dass man nicht wieder verträsten kann. Sie erinnern mich manchmal an die Argumente, die es früher in der Sowjetunion gab. Da hieß es immer: Morgen wird der Kommunismus eingeführt.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das wollen Sie eher als ich!)

Das hat man 70 Jahre lang gesagt. Ähnlich verhalten Sie sich in diesem Bereich, und heraus kommt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will den Vergleich nicht weiterführen. Die Sowjetunion ist schließlich untergegangen. Das wünsche ich Ihnen nicht. Aber ich meine, diese Haltung, Ihre Entscheidung immer wieder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben, wird der Sache nicht gerecht. Sie können heute Ihrer Überzeugung gerecht werden und können sagen: Wir treten für Gesundheitsräume in Baden-Württemberg ein; wir unterstützen den Antrag der Grünen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Können Sie denn das?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Scheint eher Unglück zu sein! – Zurufe von der SPD: Jetzt!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ganz herzlichen Dank, Herr Müller, für die freundlichen Worte, mit denen Sie mich jetzt eingeleitet haben. Beim heutigen Thema fällt mir unweigerlich Wilhelm Busch ein:

... dass sie von dem Sauerkohle
eine Portion sich hole,
wofür sie besonders schwärmt,
wenn er wieder aufgewärmt.

Dort ist die Witwe Bolte gemeint und der aufgewärmte Sauerkohl. Hier sind es die Grünen mit stets wiederkehren-

den aufgewärmten Anträgen in der Drogenpolitik, denen wir – das ist bekannt – inhaltlich durchaus zustimmen könnten.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

– Jetzt warten Sie doch einmal.

Bei der heutigen Diskussion sind keinerlei neue Argumente gekommen. Das, was wir von Frau Blank, von Frau Bender und von Ihnen, Herr Müller, gehört haben, ist alles schon einmal da gewesen. Nichts Neues.

Jetzt will ich Ihnen sagen, was neu ist. Sie hätten es in Berlin in der Hand gehabt. Was haben Sie gemacht? Nichts, halbherzig, dilettantisch. Hätten Sie ein Gesetz erlassen, das den Kommunen genehmigt, Fixerstuben, Konsumräume einzurichten, dann hätten wir heute nicht diese Diskussion.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weil Sie es dort nicht geschafft haben, fordern Sie jetzt hier im Land eine Unterschrift von Sozialminister Repnik, obwohl Sie von vornherein wissen, dass er nicht unterschreiben wird.

(Abg. Birzele SPD: Das ist ja abenteuerlich!)

Es geht um seine Ressortzuständigkeit.

Wir sind bitter enttäuscht ob dieses halbherzigen Vorgehens.

(Abg. Birzele SPD: Wer ist denn hier halbherzig?)

Sie haben in der Vergangenheit wiederholt genüsslich Ihre Finger in Wunden gelegt und drin rumgerührt mit Anträgen, wie Sie sie jetzt wieder gebracht haben.

Jetzt will ich Ihnen etwas sagen. Seit vier Jahren arbeitet diese Koalition hier sehr gut und sehr vernünftig. Ich gehe davon aus, Sie sehen das genauso.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht an dem Thema!)

Ich darf das als Zustimmung betrachten. Natürlich ist die FDP/DVP nicht der stromlinienförmige Appendix der CDU. Das gilt ganz besonders für die Drogenpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nur durch Zuhören!)

Nun, meine Damen und Herren, will ich überhaupt nicht rumeiern. Wer wie denkt, ist bekannt.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie mich jetzt ausreden lassen, erfahren Sie noch viel schneller, wie es weitergeht. Unsere inhaltliche Position ist bekannt, und von der rücken wir nicht ab. Wir werden aber dennoch Ihrem Antrag nicht zustimmen, und das will ich Ihnen begründen.

(Dr. Glück)

Zunächst einmal steht im Raum: Unser Koalitionspartner will nicht. Sie, Sie von den Grünen ganz besonders, wissen: In einer Koalition bringt man nicht alles durch. Wir haben in dieser Legislaturperiode sehr viel durchgebracht.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie bringen gar nichts durch! Das ist das Problem!)

– Frau Bender, Sie werden in Nordrhein-Westfalen noch viel mehr lernen müssen, sich zu ducken und Abstriche zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, auf diesem Gebiet haben wir in der Koalition einen Dissens, und das wollen wir überhaupt nicht schönreden. Aber wir wollen nicht aufgrund eines einzigen Dissenses alle Gebiete aufkündigen und diese Arbeit nicht mehr fortführen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dafür haben wir Verständnis!)

Wechselnde Mehrheiten sind keine Basis für eine vernünftige Arbeit.

Jetzt möchte ich noch etwas sagen. Herr Müller, was Sie sagen, das wundert mich ein kleines bisschen. Unter Zugrundelegung der einfachsten Grundrechenarten und bei einem gleichzeitigen Blick nach rechts wissen Sie doch, dass überhaupt nichts dabei herauskommen würde, wenn wir heute gegen unseren Koalitionspartner stimmen würden. Die Mehrheit wäre doch trotzdem gegen den Antrag.

(Zuruf von der SPD)

Wissen Sie, ein Krach nur um des Krachs willen bringt es natürlich nicht.

(Abg. Birzele SPD: Aber es gibt doch auch CDU-Leute, die unserer Auffassung sind! Es gibt nicht nur Frau Blank!)

– Herr Birzele, Sie werden sehen, wie die CDU nachher abstimmt.

Jetzt kommt noch ein wesentliches Argument. Der Erlass aus Berlin ist so, dass der Sozialminister unterschreiben muss. Das heißt, es besteht eine klare Ressortzuständigkeit des Sozialministers. Vermutlich ist dieser Antrag, der heute hier eingebracht wurde, gar nicht zulässig, weil wir ihn gar nicht zwingen können.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich! – Lachen bei der SPD)

Ich finde es gut. Ich darf das Lachen als Zustimmung betrachten.

Meine Damen und Herren, ich möchte Folgendes festhalten. In den vier Jahren, in denen ich Sie immer wieder gebeten habe, uns etwas Zeit zu geben – das stimmt –, sind wir in der Drogenpolitik bedeutend weiter gekommen, als wir das am Anfang in den kühnsten Träumen überhaupt hätten erwarten können. Praktisch alle gesellschaftlichen Schichten denken in der Zwischenzeit so wie wir: die Landesärztekammer, die Bundesärztekammer, die kommunalen Spitzenverbände, die Caritas, die Diakonie.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Umso schlimmer, was der Haufen da macht! Das hat mit der FDP/DVP gar nichts zu tun!)

Unser Koalitionspartner ist noch nicht ganz so weit. Ich betone, wir haben die Wünsche von Städten zur Einrichtung von Konsumräumen. Hätten sie ein vernünftiges Gesetz aus Berlin, dann würden sie es tun. Der Modellversuch in Karlsruhe läuft, obwohl vonseiten des Landes keine Mark Zuschuss kommt. Es gibt weitere Städte, die ebenfalls diese Einrichtungen der Überlebenshilfe schaffen wollen.

Meine Damen und Herren, wir werden weiter massiv, auch bei unserem Koalitionspartner, Überzeugungsarbeit leisten, damit wir in Bälde dieses Thema emotionsfrei und sachlich diskutieren können. Ich bitte darum, diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, damit dort unter anderem auch geprüft wird, ob er in dieser Form überhaupt zulässig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Glück tut mir wirklich etwas Leid, wenn man in einer solchen Situation so herumeiern muss und das eigentlich auch noch selber zugeht.

(Abg. Schonath REP: Eiern statt umfallen!)

Dabei wäre, Herr Kollege Glück, ja unschwer in einer sachlichen Auseinandersetzung unter dem von Ihnen angesprochenen aktuellen Stand der Drogenpolitik sehr genau zu erkennen, dass mit dem, was jetzt hier von Grün-Rot gefordert wird, letzten Endes ein völlig veraltetes Konzept verfolgt wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will zu der Frage, welchen Zweck diese Drogenkonsumräume eigentlich haben, noch einmal das herausgreifen, was vorhin Frau Kollegin Bender erwähnt hat: den Schutz für die Abhängigen und den Schutz der Anwohner vor den Drogenabhängigen.

Das sind zwei Ansätze. Der erste ist mehr oder minder gesundheitspolitisch orientiert, der zweite ordnungspolitisch. Diese beiden Ansätze sind mit der negativen Signalwirkung abzuwägen, die zweifelsohne von diesen Fixerstuben ausgeht. Ich darf daran erinnern, dass sich das Internationale Suchtstoffkontrollamt im Oktober letzten Jahres sehr kritisch zu der deutschen Praxis der Fixerstuben geäußert

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

und sich sogar expressis verbis gegen diese Praxis ausgesprochen hat, weil ein zu toleranter Umgang mit dem Drogenkonsum signalisiert würde.

(Beifall bei den Republikanern)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist jetzt zu fragen: Welche Argumente sprechen denn tatsächlich für die Einrichtung von Fixerstuben?

(Dr. Schlierer)

Da ist zuerst das Argument des Schutzraums. Frau Bender, das ist eine völlig verklarte Sicht, und es ist ein Stück weit eine Totschlagargumentation von Ihnen, denn letzten Endes argumentieren Sie nach dem Motto: Wer nicht für meinen Schutzraum ist, der ist gegen Kranke. Dazu sage ich Ihnen ganz offen: Wenn Sie sich diese so genannten Schutzräume ansehen, dann sehen Sie ganz genau, dass das keine Schutzräume für Kranke sind und dort Kranken de facto nicht geholfen wird. Deswegen ist Ihre Argumentation schon in diesem Punkt falsch.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ihre Behauptung ist auch falsch!)

Sie ist aber auch aus anderen Gründen falsch. Ich nehme nur einige Punkte heraus.

Erstens: Schutz für Anwohner. Ist Ihnen eigentlich entgangen, dass sich inzwischen in Frankfurt rund um den hochgepresenen Schutzraum aufgrund des so genannten Toleranzbereichs für die Polizei eine eigene Szene entwickelt hat, die die Träger dieser Schutzräume mit Schwarzen Sheffs unter Kontrolle zu bekommen versuchen?

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Soll ich Ihnen das einmal zitieren? Der Verein der Integrativen Drogenhilfe e. V. in Frankfurt hat zugegeben, dass er aus Spendenmitteln Wachmänner beschäftigt, die dafür sorgen, dass die Drogenabhängigen in die umliegenden Straßen abgedrängt werden. Das ist die Praxis. Und da erzählen Sie uns etwas vom Schutz für die Anwohner!

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Immer noch besser als eine offene Szene!)

Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Ich verstehe, dass manche Oberbürgermeister wünschen, die Drogenszene zu getoisieren, weil sie dann aus ihrer Sicht vielleicht besser unter Kontrolle zu bringen ist. Aber tatsächlich ist das kein Schutz für die Anwohner, wie Sie dies behauptet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikanern)

Nächster Punkt: Sie behaupten hier, das sei der Einstieg zum Ausstieg. Herr Müller, Sie haben vorhin im Brustton der Überzeugung vorgetragen, das sei wissenschaftlich. Was Sie hier vorgetragen haben, war wissenschaftlicher Unsinn.

(Abg. Bebbler SPD: Das wissen Sie! Gerade Sie wissen das!)

Oder genau genommen: Was Sie hier vorgetragen haben, war unwissenschaftlicher Unsinn, denn die Tatsache –

(Abg. Capezzuto SPD: Nur weil Sie es nicht verstehen! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

– Ach, Herr Bebbler, seien Sie still. Wenn ich mir überlege, was für primitive Zwischenrufe Sie hier gestern gemacht haben, habe ich manchmal den Eindruck, dass Sie hier in der Plenarsitzung geistig nicht ganz da sind.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Bebbler SPD: Ihrer Schlabbergosch kann ich immer noch etwas entgegensetzen! – Unruhe)

Ich sage Ihnen eines: Tatsache ist, dass in der Schweiz aufgrund der schlechten Erfahrungen bereits die ersten Fixerstuben geschlossen worden sind

(Zuruf von der SPD: Wo? – Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

– das sage ich Ihnen nachher –, und da kommen Sie mir mit großen Vorhaltungen, was das alles für erfolgreiche Versuche seien.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Tatsache ist auch, dass Sie die Süchtigen dort nicht für therapeutische Maßnahmen erreichen, Herr Glück. Nennen Sie mir eine Fixerstube, wo das möglich ist. Weder in Hannover noch in Frankfurt ist es möglich gewesen, an die Süchtigen heranzukommen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das ist falsch! – Abg. Haas CDU: Das stimmt leider!)

– Also. Das ist Tatsache.

Und nun zu dem Argument, die Zahl der Drogentoten würde gesenkt. Es ist hochinteressant, was da in Frankfurt abgelaufen ist. In Frankfurt ist die Zahl der Drogentoten zwischen 1992 und 1993 massiv gesunken. Tatsache ist aber auch, dass es zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Fixerstube gab. Die erste Fixerstube ist erst im November 1994 eingerichtet worden, und der Rückgang der Drogentoten Zahlen in Frankfurt hat nichts mit diesen Drogenkonsumräumen zu tun, sondern mit der sehr massiven repressiven Politik, die die Stadt Frankfurt in der Drogenszene durchgeführt hat. Repression war entscheidend, nicht Ihr Schutzraum, Frau Bender.

Dann noch zu dem Argument, man würde die gesundheitliche Lage der Abhängigen verbessern. Die Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag zu dem von Ihrer Koalition durchgepeitschten Gesetz hat klar und deutlich gesagt, dass es keine gesundheitliche Hilfe zum Ausstieg in diesen Fixerstuben gibt. Die Zeitbeschränkung, die es in diesen Fixerstuben gibt, und die Hektik, die dort herrscht – gucken Sie sich einmal selbst an, was da abläuft –, machen doch deutlich, dass dort gar nicht die Möglichkeit besteht, den Abhängigen in diesem Sinne einen Einstieg zum Ausstieg zu vermitteln, geschweige denn ihnen gesundheitlich zu helfen.

Soweit das Argument des niederschweligen Angebots gebracht wird, will ich Ihnen auch noch einmal eines sagen: Es ist schon interessant, dass in diesen Fixerstuben inzwischen über ein Drittel der Abhängigen Leute sind, die in Methadonprogrammen stehen. Jetzt frage ich mich: Wen wollen Sie denn wirklich erreichen? Sie holen da sogar noch Leute hinein, die längst in höher qualifizierten Maßnahmen sind.

Im Resümee kann ich nur eines feststellen: In einer Zeit, in der wir wissen, dass das Drogenkonsummuster, das man immer wieder trifft, das der Polytoxikomanie ist, bei dem es keine allein vom Heroin Abhängigen mehr gibt – auf die dieses Fixerstubenmodell übrigens einmal zugeschnitten war –, in einer Zeit, in der sich aufgrund der schon gewonnenen Erfahrungen zeigt, dass diese Fixerstuben nicht den

(Dr. Schlierer)

Anspruch erfüllen können, der ihnen zugeschrieben wird, kann es doch nicht im Ernst das Anliegen einer verantwortungsvollen Landesregierung sein, noch eine Rechtsverordnung zu erlassen, mit der man solchen Unsinn sozusagen rechtsfähig macht.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann für mich und die Fraktion Die Republikaner nur feststellen: Mit uns wird es solche Fixerstuben nicht geben. Insofern haben Sie Recht, Herr Kollege Glück: Da sind die Mehrheiten in diesem Hause eindeutig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Sozialminister Dr. Replik.

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht ein Wort zu unserem Koalitionspartner: Herr Glück, ich glaube, dass wir unsere Politik gemeinsam aufrecht verkaufen können

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Mehr oder weniger!)

und keiner der Partner geduckt gehen muss.

(Abg. Birzele SPD: Der eine so, der andere so! Das nennt sich Koalition! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Du hast deine Erfahrungen auch! So ist es halt!)

Ich glaube, dafür ist die Politik in Baden-Württemberg in dieser Koalition viel zu gut.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Glücksversprechen werden selten eingelöst! – Abg. Nagel SPD: Replik hat Glück!)

„Rechtsverordnung für Drogenkonsumräume“: Im Juni 1998 war ich mit drei Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt. Ich bin nicht mit dem Auto vorbeigefahren und habe ein paar Dealer gesehen, sondern ich war in Frankfurt in zwei Fixerstuben. Da läuft das folgendermaßen ab – weil es ja heißt: Beratung und Hilfe zum Ausstieg –: Der Fixer kommt. Er bekommt in einer Nierenschale zwei Spritzen, Ascorbinsäure zum Auflösen und Alkoholtupfer. Da sitzt einer da, der gibt es ihm so aus. Der Fixer geht hinein, setzt sich seinen Schuss und geht wieder.

(Zuruf)

– Nein, Moment. – Er kommt am Anfang gierig nach Stoff und ist nicht ansprechbar. Er geht hinterher voll gepumpt hinaus und ist eigentlich auch nicht erreichbar. So ist es in Frankfurt.

Frankfurt hat vier Fixerstuben. In diesen vier Fixerstuben finden ca. 1 000 Spritzungen am Tag statt. Frankfurt hat anerkanntermaßen in seinem Großbereich 8 000 Schwerstabhängige. Die Schwerstabhängigen spritzen sich am Tag drei- bis viermal, wenn sie sich Kokain geben, bis zu zehn-

mal, im Durchschnitt viermal. Das ist aber eine konservative Rechnung nach unten. Das heißt, Sie müssen damit rechnen, dass Sie in Frankfurt zwischen 32 000 und 35 000 Spritzvorgänge am Tag haben. In den Fixerstuben erreichen Sie 1 000. Die anderen 31 000 finden nach wie vor irgendwo ganz anders statt – also von wegen Spielplätze sauber halten; das vergessen wir gleich einmal.

Wenn Sie in Frankfurt eine Straßenecke weiter gehen, neben die Fixerstube – die Szene wurde schon von Herrn Schlierer genannt –, sehen Sie in Unterführungen oder in Hauseingängen Menschen, die sich selbstverständlich auch dort ihren Schuss setzen. So viel zur Ordnungspolitik. Frau Blank hat auch schon gesagt, was in Frankfurt daraus entstanden ist.

Ich mache einen Schnitt.

(Abg. Birzele SPD: Absurde Argumentation!)

– Einen Moment, Herr Birzele: gerade als Ordnungspolitiker.

Ich mache einen Schnitt: November 1999, Basel.

(Abg. Birzele SPD: Herr Präsident!)

Ich bin nicht durch Basel durchgefahren, sondern habe mich in den dortigen Gassenzimmern, wie sie es dort nennen, kundig gemacht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Sozialminister Dr. Replik: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Minister, haben Sie bei Ihrem Besuch in Frankfurt auch mit der Frankfurter Oberbürgermeisterin gesprochen? Wenn ja, mit welchem Ziel und mit welchem Inhalt?

Sozialminister Dr. Replik: Wir haben nicht mit der Bürgermeisterin gesprochen, weil sie nicht da war, aber mit dem Sozialdezernenten, der dafür zuständig ist.

(Zuruf von der SPD)

– Selbstverständlich haben wir darüber gesprochen. Er hat gesagt, aus ordnungspolitischen Gründen wird er es weiterhin so machen und auch deshalb, weil er die Situation schon so angetroffen hat. Das war der Grund. Nur habe ich die Argumente, die er genannt hat, nicht mitgetragen, auch in der Abwägung nicht. Aber selbstverständlich haben wir Gespräche geführt.

(Abg. Bebbler SPD: Welche Argumente hat er denn gebracht?)

Kommen wir auf Basel zurück. In Basel gab es Gespräche, nachdem wir uns die Fixerstuben angeschaut haben.

(Abg. Bebbler SPD: Welche Argumente hat er denn genannt?)

(Minister Dr. Repnik)

Wir sprachen mit dem Chef dieser Gassenzimmer. Er sagt, um bei Fixerstuben überhaupt Erfolg zu haben, brauche man drei Dinge: einen Kontaktraum – völlig klar, das gehört dazu –, zweitens natürlich einen hygienischen Fixerraum, und drittens, sagt er, sei wichtig, dass vor dieser Fixerstube ein so genannter rechtsfreier Raum vorhanden sei, damit gedealt werden kann, unter Duldung der Polizei. Ich habe bei der Polizei in Basel nachgefragt. Dort sagte man mir: Jawohl, wir drücken da die Augen zu, die Süchtigen brauchen sauberen Stoff.

Also, wohin führt das? Wenn ich diese Kette nehme – Kontaktraum, Spritzenraum und dann ein rechtsfreier Raum –, führt das dazu, dass wir dies dulden und Drogen akzeptieren. Ich akzeptiere die Menschen, die krank sind; aber ich akzeptiere keine Drogen.

Schnitt: Saarbrücken, im März dieses Jahres. Ich war mit Frau Ministerin Dr. Görner im Gesundheitsraum in Saarbrücken – nur damit man weiß, dass ich nicht wie ein Blinder von der Farbe rede, sondern mich kundig mache.

(Abg. Haas CDU: So ist es, Herr Müller!)

Ich habe mir dort in der Tat die Szene angeschaut, habe mit den Menschen gesprochen. Vor dieser Fixerstube habe ich einen Franzosen getroffen und ihn gefragt, ob er hier registriert sei. Er sagte, nein, er komme nur einmal pro Woche hierher, er sei ein Gelegenheitsfixer, er würde eher schnupfen. Als ich fragte, warum er denn hierher komme, antwortete er: Weil er wisse, wenn er hier ein bisschen warte, bekomme er sauberen Stoff wie nirgendwo anders, und das innerhalb des Gebäudes. Also, was erreichen wir damit? Wir ziehen die Szene an, indem wir versuchen, den Menschen auf diese Art und Weise sauberen Stoff zu geben.

Wenn dem so ist, dann frage ich mich in der Tat: Kann es die Aufgabe eines Staates sein, den Konsum von illegalen Drogen, von todbringenden Giften zu erleichtern oder gar Möglichkeiten zu schaffen, dass man einfacher an diese Gifte herankommt? Oder ist es nicht unsere Aufgabe, alles zu tun, damit die Kranken aus der Krankheit herausgeführt werden? Deswegen sage ich – aus meinem christlichen Verständnis heraus, weil Sie das angesprochen haben –: Ich versuche, den Kranken zu helfen, aus ihrer Krankheit herauszukommen. Dafür werde ich alles tun. Wir haben in Baden-Württemberg ein großes Netz von Suchtberatungsstellen,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das beste in der ganzen Bundesrepublik!)

von aufsuchender Sozialarbeit, von niederschweligen, qualifizierten Entzugsangeboten bis hin zur Langzeittherapie. Wir haben alles da.

Was Sie mit mir aber nicht erreichen werden, auch wenn Sie fünfmal darüber abstimmen: Ich werde, solange ich Verantwortung trage, keine Rechtsverordnung erlassen – auch als Gesundheitsminister nicht, der für die Gesundheit der Kranken zuständig ist –, die dazu führt, dass Kranke in ihrer Krankheit bleiben und sich selbst noch mehr schädigen, sondern ich werde alles dafür tun, dass die Kranken aus ihrer Krankheit herauskommen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der Republikaner)

Deswegen geht auch heute wieder einmal mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Wir hatten in Baden-Württemberg über viele Jahre hinweg einen ungeheuer guten Konsens in der Drogenpolitik, und wir haben in Baden-Württemberg, eben weil dieser Konsens immer bestand, das, wie ich glaube, beste Angebot in ganz Deutschland zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Konsens wird zerstört, weil Sie sich nur noch auf Fixerstuben und Heroinvergabe fokussieren. Das ist der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir müssen weiterhin präventiv tätig sein, wir müssen weiterhin versuchen, mit der Repression zu arbeiten, und wir müssen weiterhin versuchen, die Ausstiegshilfen zu geben, die wichtig sind.

Herr Müller, Sie haben noch am Rande die Untersuchung über die Drogentoten angesprochen nach dem Motto „Er will die Ärzte in irgendeiner Form vorführen“. Warum habe ich die Untersuchung auf den Weg gebracht? Wir haben festgestellt, dass wir in Baden-Württemberg nach jahrelangem Rückgang der Zahl der Drogentoten im letzten Jahr wieder eine Zunahme hatten, überraschenderweise eine sehr starke Zunahme in Stuttgart, aber eine Abnahme in Mannheim. Jetzt wollen wir, indem wir die Einzelfälle untersuchen, erfahren: Woran liegt das eigentlich? Natürlich kann man schnell ein paar Erklärungen bringen; die sind mir aber zu wenig. Wir wollen aus dieser wissenschaftlichen Untersuchung für unsere weitere Präventionsarbeit oder vielleicht auch für weiter führende Wege Erkenntnisse gewinnen. In diesem Zusammenhang habe ich am Neujahrstag beim Empfang der Ärzte natürlich schon gesagt: Man muss auch darauf achten, dass, wenn schon substituiert und Methadon vergeben wird – das kann ja bei uns ein Weg sein –, das ordentlich gemacht wird. Wenn man weiß, dass ca. 25 % der Drogentoten Methadon erhielten, dann muss ich doch auch einmal nachfragen, ob da richtig und ordentlich substituiert worden ist. Ich will doch damit unter anderem auch die Ärzte schützen, die das ordentlich machen, und die Ärzte, die das ordentlich machen, müssen doch froh sein, dass man diesen klaren Weg geht und dass die schwarzen Schafe in der Tat halt auch einmal vorgeführt werden. Das ist der Grund.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, meine sehr verehrten – –

(Abg. Dr. Walter Müller SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. List CDU: Da meldet sich schon einer freiwillig! – Heiterkeit)

– Ein Arzt. Bitte.

Präsident Straub: Zwischenfrage, bitte schön, Herr Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Minister, wie erklären Sie es sich, dass die Ärzte, die ordentlich substituieren, nämlich zum Beispiel die Sprecher des Suchtarbeitskreises,

(Dr. Walter Müller)

sich genau gegen Ihre Untersuchung verwahrt und gesagt haben, das sei nicht der richtige Weg?

(Abg. Haas CDU: Woher wissen Sie das?)

Sozialminister Dr. Repnik: Ja, das verstehe ich auch nicht ganz.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ich erkläre es Ihnen gleich! – Abg. Hauk CDU: Man muss manche zu ihrem Glück zwingen!)

Das kann ich nicht nachvollziehen. Warum gerade die Ärzte, die glauben, sie machen es richtig, sich dagegen verwehren, kann ich nicht nachvollziehen; aber das erschüttert mich auch nicht. Mir geht es darum, dass man, wenn man nach NUB behandelt – für Nichtfachleute: das sind die neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden – und wenn man sagt, das sei eine Chance zum Ausstieg, es dann halt korrekt und richtig machen muss. Dann ist es eine Chance. Aber durch das schludrige Handeln von manchen kommt dieses ganze System in Verruf, und wenn es ein flächendeckendes Programm wird, werden wir ohne richtige Richtlinien auf Dauer mit Sicherheit keine Akzeptanz mehr dafür bekommen, sondern dann wird es in der Tat nur eine reine Substitution ohne Ausstiegshilfen. Das kann es wohl nicht gewesen sein.

Ich komme zum Schluss und richte noch einmal einen Appell an Sie alle. Sie wissen, dass Sie bei den Fixerstuben von mir keine Hilfe bekommen, und zwar aus ethischen, moralischen und gesundheitspolitischen Gründen. Ich halte das für einen falschen Weg; ich habe es begründet. Deswegen sage ich noch einmal gerade hier zu dieser linken Seite und auch zum Koalitionspartner: Helfen Sie doch mit, dass wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um unseren Drogenabhängigen, wenn sie schon in der Sucht sind, wenn sie schon krank sind – und sie sind krank –, alle Hilfen zum Ausstieg zu geben. Das muss im Konsens geschehen. Es hilft den Kranken überhaupt nicht, wenn wir hier im Landtag alle paar Wochen einmal darüber streiten, ob Fixerstuben richtig oder falsch sind. Gemeinsam wollen wir das Problem angehen, gemeinsam wollen wir diesen Kranken helfen. Dazu helfe ich mit, dazu bin ich bereit. Aber lassen Sie uns wirklich die richtigen und nicht die falschen Wege beschreiten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie sagen, Sie wollen die Kranken aus der Krankheit herausführen.

(Abg. Haas CDU: Das machen wir doch!)

Dieses Ziel eint uns. Aber Sie nehmen das als Argument gegen die Fixerstuben.

(Abg. Haas CDU: Das ist ja auch richtig!)

Dasselbe Argument haben Sie noch vor wenigen Jahren gegen offene Anlaufstellen ins Feld geführt, in denen Drogenabhängige Kontakt zu Sozialarbeitern haben,

(Abg. Döpfer CDU: Das stimmt nicht! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Döpfer CDU: Das stimmt nicht!)

uschen können, essen können und Kleider wechseln können.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Salami-taktik! – Abg. Haas CDU: Das ist ja unglaublich, Frau Bender, solche Unterstellungen! Hören Sie auf zu lügen!)

Dieses Argument haben Sie vor wenigen Jahren gegen die Substitution mit Ersatzdrogen, zum Beispiel Methadon, ins Feld geführt, weil Sie jeweils gesagt haben: Aber da wird doch akzeptiert, dass die Leute krank sind, und ihnen wird gerade nicht die Abstinenzorientierung nahe gebracht, von der Sie immer gemeint haben, man müsse sie voraussetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Repnik?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja wirklich lustig hier! – Abg. Haasis CDU: Das ist halt ein aktiver Abgeordneter!)

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Dr. Repnik.

Abg. Dr. Repnik CDU: Frau Bender, nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich von 1988 bis 1998 gemeinsam mit anderen suchtpolitischer Sprecher war und das Konzept der Kontakträume und der niederschweligen Angebote mit entwickelt habe.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Sehr zögerlich!)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich dagegen mit Sicherheit noch nie etwas gesagt habe. Würden Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass ich gegenüber Methadon-Programmen in der Tat skeptisch war, die Vergabe von Methadon im Einzelfall und richtig gemacht immer für ein System gehalten habe, das denkbar wäre, und nur flächendeckende Programme nie befürwortet habe. Ich sehe aber gerade jetzt in der Szene, dass das flächendeckende Programm nicht mehr zum Ausstieg, sondern zum Inhalt führt. Wenn Sie das bitte zur Kenntnis nehmen, wäre ich Ihnen dafür sehr dankbar.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: „Bitte zur Kenntnis nehmen“ ist keine Frage! – Abg. Ingrid Blank CDU: „Nehmen Sie zur Kenntnis?“)

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister Repnik, ich nehme Ihren Lernprozess zur Kenntnis. Gerade darum geht es mir doch,

(Abg. Haas CDU: Sie sind also nicht bereit zu lernen!)

dass Sie die offenen Anlaufstellen heute nicht nur akzeptieren, sondern mit viel Geld des Landes fördern, dass Sie die Substitution nicht nur akzeptieren, sondern Interesse haben an einer qualitätvollen Substitution und deswegen auch

(Birgitt Bender)

mehr Geld in die psychosoziale Betreuung investieren, die ja dazugehört.

(Minister Dr. Repnik: Ja!)

Jetzt sage ich: Machen Sie doch den nächsten Schritt,

(Zurufe von der CDU)

und akzeptieren Sie, dass solche Anlaufstellen wie die Drogenkonsumräume ein Baustein in einem Hilfesystem sind,

(Unruhe)

ein Hilfsangebot, das eben nicht voraussetzt,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

dass die Leute bereits zur Entgiftung und Therapie entschlossen sind, sondern bei dem es erst einmal um das nackte Überleben geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sagen: Darum herum entwickelt sich ein rechtsfreier Raum, und das zieht die Szene an.

(Abg. Haas CDU: So ist es auch!)

Ja gut, das ist auch der Zweck der Sache.

(Abg. Haas CDU: Ach so!)

Was ist denn die Alternative? Früher haben Sie immer gesagt – Herr Kollege Haas, Sie lachen –: Wir wollen auf keinen Fall eine offene Szene wie am Blattspitz in Zürich. Wohl wahr! Das hat Zürich auch nicht mehr gewollt und sie deswegen aufgelöst.

(Abg. Haas CDU: Na prima!)

Denn große offene Szenen sind natürlich ein Problem.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Keine offene Szene vor den Fixerräumen!)

Aber wenn man das nicht will, Frau Blank, muss man sich eben etwas anderes einfallen lassen. Dann ist in der Tat ein Konzept mit Fixerstuben, wie es beispielsweise die Stadt Frankfurt hat, eine Möglichkeit, die Szenen zu steuern,

(Abg. Döpfer CDU: Ordnungspolitisch!)

was nicht heißt, dass die Drogenabhängigen nun besonders gerne nur noch dorthin gehen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

So schön ist es dort auch wieder nicht. Aber ich habe damit eine Konzentration des Umfelds dort und eben nicht mehr woanders

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

und damit eine Entlastung der öffentlichen Räume in der Stadt.

(Abg. Haas CDU: Jetzt wirds aber peinlich! Jetzt wirds langsam peinlich!)

Dass ich dann, Herr Döpfer, Probleme unmittelbar vor der Haustür der Einrichtungen habe, will ich nicht bestreiten; nur sind die gleichen Probleme vielfach bei den offenen Anlaufstellen, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, befürchtet worden. Sie sind aber alle gelöst worden, und man muss sie natürlich auch vor Ort lösen. Das bestreite ich überhaupt nicht.

Aber ich verstehe das Argument nicht, dass dadurch, dass man ein Problem konzentriert, das Problem quasi entstünde, das sonst über die ganze Stadt oder über den halben Landkreis verteilt wäre. Das ist also nicht stichhaltig.

Dann kommen Argumente, Frau Blank, wie: Aber da werden doch gar nicht alle erreicht. Ja, das ist wohl wahr. Aber Sie wissen auch, dass durch Beratung und Therapie nicht alle erreicht werden. Sie wissen, dass durch Streetwork nicht alle erreicht werden. Natürlich werden auch durch eine Fixerstube nicht alle erreicht. Aber wir müssen doch alles tun, um so viele kranke Menschen wie möglich zu erreichen,

(Abg. Haas CDU: Das machen wir!)

um ihnen zu helfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ich werfe Ihnen vor, dass Sie das unterlassen wollen, und das ist verantwortungslos.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Blank.

Abg. Ingrid Blank CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte versuchen, völlig emotionsfrei auf das einzugehen, was Kollege Müller gesagt hat. Er hat darum gebeten, Fachleute anzuhören und nicht Politiker, die da irgendwo ideologisch in der Gegend herumschwirren würden vor irgendwelchen Fixerstuben, die nicht funktionieren.

Ich zitiere aus der Anhörung zum rot-grünen Gesetzentwurf: Michael Hoffmann-Baier vom Berliner Drogennotdienst berichtete deutlich von sinkender Akzeptanz für derartige Einrichtungen bei der Bevölkerung. Zudem seien die Kosten für die Kommunen derart hoch, dass Berlin entsprechende Planungen bereits aufgegeben habe.

Ich zitiere Dieter Röhrig, ehemals heroinsüchtig. Er betonte in der Anhörung, Drogenkonsumräume förderten die gesellschaftliche Ausgrenzung. Die Bereinigung der Straßenszene werde um den Preis der sozialräumlichen Isolation der Betroffenen erkauft. Das Primat von Behandlung und Integration Süchtiger werde jedoch völlig missachtet.

(Abg. Döpfer CDU: Das sind Fachleute!)

(Ingrid Blank)

Drogenkonsumräume verringerten die Therapiemotivation und verlängerten so die Suchtkarrieren.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Was mich aber am allermeisten beeindruckt hat – und ich lade Sie alle gern einmal dazu ein –, ist eine Einrichtung des Diakonischen Werks in Karlsruhe; sie heißt Sensa. Das ist eine Einrichtung für Drogenabhängige, die von ehemals Schwerstabhängigen betrieben wird. Diese ehemals Schwerstabhängigen haben zu mir gesagt: Wissen Sie, Frau Blank, wir sind zwar schwer krank gewesen und sind auch noch krank, aber wir sind nicht blöd; wenn wir alles vom Staat bekommen, dann nehmen wir das natürlich an und haben überhaupt keinen Anreiz, aus dieser Situation auszubrechen.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, da ist in mir so ganz langsam eine Erkenntnis gewachsen, die wehtut. Die tut weh, weil wir als Politiker aushalten müssen, dass wir nicht jedes Problem lösen können. Wir müssen aushalten, dass wir nicht mit Fixerstuben die Drogensituation in der Bundesrepublik ändern können. Wenn wir den Kommunen diese Möglichkeit geben, dann können diese natürlich vordergründig das Gefühl haben, sie hätten etwas getan. Aber Fixerstuben helfen den Menschen nicht. Das ist völlig blauäugig. Das wollen wir in Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es ist Überweisung des Antrags an den Sozialausschuss beantragt worden.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ich beantrage Abstimmung, Herr Präsident!)

Dieser Antrag – ich wollte es gerade sagen, Frau Kollegin Bender – geht der Sachentscheidung vor, weshalb ich zunächst über den Antrag auf Überweisung an den Sozialausschuss abstimmen lasse.

(Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, wer hat denn Überweisung beantragt? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Glück in seiner Rede! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Ja, wozu? Das ist doch absurd! – Gegenruf des Abg. Haas CDU)

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Der Antrag ist an den Sozialausschuss überwiesen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Unruhe – Abg. Birzele SPD: Frau Bender, wenn der Antrag zurückkommt, müssen wir Abstimmung beantragen! – Abg. Haas CDU: Herr Präsident, würden Sie bitte Herrn Birzele beruhigen!)

Ich darf bitten, Ruhe zu bewahren, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Politik der Bundesregierung auf Mittelstand und Handwerk in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtrededzeit, fünf Minuten für die Redner der ersten Runde und fünf Minuten für die Erklärungen in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Auswirkungen der Politik der Bundesregierung auf den Mittelstand und das Handwerk in Baden-Württemberg“ – man könnte fast das Präsidium bitten, dieses Thema künftig mindestens vierteljährlich regelmäßig auf die Tagesordnung dieses Landtags zu setzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Denn leider kommen mit schöner Regelmäßigkeit Querschüsse aus Berlin. Der neueste Ausfluss der Mittelstandsfeindlichkeit der Bundesregierung: Die Bundesförderung für Beratungsstellen des Handwerks soll ab 2001 wegfallen. Ich frage mich schon: Handelt es sich dabei um eine Aktion zur Besänftigung der Gewerkschaften? Die haben ja erst Mitte April die Regierung aufgefordert, den Mittelstand nicht weiter zu tätscheln; so zu lesen in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 11. April. Es scheint auch in diese Richtung zu gehen, denn von der Kürzung ist nur das Handwerk betroffen, nicht das RKW, nur das Handwerk, das sich aus Sicht der Gewerkschaften leider seit vielen Jahren als organisationsresistent erweist.

(Abg. Deuschle REP: Sagen Sie es deutsch, dann geht es besser!)

Dabei werden die organisationseigenen Berater dringender denn je benötigt. Stichwort Nachfolgeregelung: Im Moment darf ein Unternehmer eigentlich nicht sterben, denn wenn er stirbt, stirbt sein Betrieb mit durch die teuren Erbschaftsteuerregelungen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, so ist es! – Widerspruch der Abg. Dr. Schäfer und Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Die Veräußerungsgewinne von Privaten werden voll besteuert, während die, die spekulieren, und die Großbetriebe, die genauso stille Reserven angehäuft haben, das steuerfrei weitergeben dürfen. Das ist nicht zu verstehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und deswegen haben die jetzt das ewige Leben, oder was?)

Aber wir brauchen ja keine Sorgen zu haben, denn nach der Steuerreform werden mittelständische Unternehmen künftig sowieso keine Vermögen mehr anhäufen können; das wird ihnen alles schon vorher wegbesteuert.

(Heiderose Berroth)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Serengeti darf auch nicht sterben!)

Dafür ist im neuen Steuerkonzept, wie Fachleute schon festgestellt haben, jede Menge Platz für Schlupflöcher für Großverdiener. Was diese Regierung uns so oft vorgehalten hat, macht sie nun selbst. Sie baut neue und große Schlupflöcher, durch die die Großindustrie schön schlüpfen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Beispiel Gewerbesteuer. Sie soll nun abzugsfähig sein. Wie schön! Davor stehen aber viele bürokratische Hürden. Man muss erst eine Gewerbesteuererklärung abgeben, damit man die Steuer nachher abziehen kann. Was gibt das für einen Sinn?

(Abg. Brechtken SPD: Ich denke, das war der Vorschlag vom Kiel! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Abschaffen wollen wir sie!)

Wir wollen seit vielen Jahren die Gewerbesteuer abschaffen, weil sie unsinnig ist, weil es sie nur noch in Luxemburg und bei uns gibt

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

und weil sie Bürokratie sowohl in den Betrieben als auch in den Finanzämtern schafft. Dabei kommt nicht einmal mehr etwas herein. Für die Gemeinden, die sich lange Zeit für die Gewerbesteuer stark gemacht haben, ergibt das auch keinen Sinn mehr, seit die Großzahler von Jahr zu Jahr entscheiden, ob sie ihre Gewinne für dieses Jahr in Deutschland erklären oder ob diese im Ausland stattfinden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb wäre es viel vernünftiger, wenn die Gemeinden eine solide Steuereinnahme bekämen, die nicht von diesen Konjunkturschwankungen abhängig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Bürokratie gibt es jetzt auch bei den 630-DM-Arbeitsverhältnissen. Wer für 14 Tage eine Aushilfe einstellt, muss diese bei der Krankenkasse anmelden und dann wieder abmelden. Vollmundig wird mit Freude verkündet, wie viel zusätzliche Einnahmen es bei der Sozialversicherung gebe. Aber kein Mensch erklärt, dass ein viel größerer Betrag bei den Steuereinnahmen fehlt, weil die pauschale Lohnsteuer weggefallen ist.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Verzeihung, Frau Berroth. Ich darf darum bitten, die Gespräche im Saal einzustellen. Wer etwas zu sagen hat, kann sich zu einer Zwischenfrage melden. Die Rednerin ist nicht mehr zu verstehen.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist wahr! Die Rednerin ist nicht zu verstehen!)

Bitte schön, Frau Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Heute will der Bundestag die Steuertabellen abschaffen. Die kleinen Betriebe werden damit künftig wirklich auf einen Steuerberater angewiesen sein. Selbst ein Zwei-Mann- oder ein Zwei-Frau-Betrieb kann keine Lohnauszahlung mehr selber vornehmen, weil man dafür ein Computerprogramm braucht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja völlig neu in Deutschland! Wir hatten ja immer ein ganz einfaches Steuersystem!)

Alle Betriebe werden eminente Kosten haben, bis ihre Lohnabrechnungsprogramme wieder umgestellt sind. Dafür fallen so ganz nebenbei 240 Millionen DM Mehreinnahmen umstellungsbedingt an. Wie schön!

Das Fördervolumen soll dafür in die freie Beratung gehen. Meine Damen und Herren, das bringt überhaupt nichts. Diese freie Beratung konnten Handwerksbetriebe bisher schon haben. Sie nehmen sie aber nicht in Anspruch, weil sie dafür zunächst mindestens 10 000 bis 20 000 DM auf den Tisch legen müssen. Ob sie aber wieder eine Förderung bekommen, ist davon abhängig, ob der Beratungsbericht akzeptiert wird oder nicht. Das ist unsinnig. Einen solchen Aufwand kann ein Kleinbetrieb nicht betreiben, und ein Existenzgründer hat dieses Geld schon gar nicht.

Ich frage mich bei dieser Thematik natürlich: Wo bleiben eigentlich die Grünen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, wo sind sie denn? – Abg. Rapp REP: In der Versenkung!)

die sich gerade in Baden-Württemberg in den letzten Jahren beim Handwerk geradezu angebiedert haben? Wo bleibt ihr Aufschrei in dieser Sache?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Beachten Sie die Reihenfolge!)

Deshalb geht bei dieser Debatte unsere dringende Bitte und unser Auftrag an unseren Wirtschaftsminister, er möge bei der in dieser Woche stattfindenden Wirtschaftsministerkonferenz seine Kollegen doch bitte davon überzeugen, dass sie die äußerst effizient geförderte Beratung des Handwerks weiterhin erhalten und nicht ein solches Chaos veranstalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Oh nein! So eine Sülze! – Abg. Winttruff SPD: 16 Jahre hatten Sie Zeit dafür!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheffold.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten anderthalb Jahren haben wir von der Bundesregierung und vom Bundeskanzler viel über die neue Mitte gehört. Aber wenn man sich die letzten anderthalb Jahre genau betrachtet, kann man sagen: Ob neue Mitte oder alte Mitte: Bei dieser Bundesregierung und ihrer Politik besteht eine deutliche Schiefelage zulasten des Mittelstands.

(Gerd Scheffold)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Dafür gibt es einige Beispiele, die ich nur exemplarisch ansprechen möchte. Ich nenne die Ökosteuer,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt diese Leier wieder!)

die vor allem auch in den Flächenländern zu einer Verteuerung führt.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich nenne die Bagatellisierung von Straftaten, Herr Kollege Salomon. Wer Straftaten bagatellisiert, stört nicht nur das Rechtsbewusstsein, sondern auch den mittelständischen Einzelhandel.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiteres Beispiel: Durch die Rücknahme der vorsichtigen Arbeitsrechtsflexibilisierung der Regierung Kohl verhindert die Bundesregierung Arbeitsmarktchancen für ältere Arbeitslose.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Diese Rede wird die Basis in Biberach nicht überzeugen!
– Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige Themen etwas näher eingehen.

Die Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ dieses Landtags führt seit einem Jahr im ganzen Land Anhörungen durch. Die Kommission hat etwa 160 Unternehmer und zahlreiche zusätzliche Experten – Professoren, Wissenschaftler – gehört. Vor allem bei den Unternehmern zogen sich einige Themen wie ein roter Faden durch die Beiträge. An erster Stelle standen die verunglückten Regelungen aus dem letzten Jahr, meine Damen und Herren. Das gilt zum Beispiel für das Scheinselbstständigkeitsgesetz, eine völlig verunglückte Regelung.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mittlerweile schon längst korrigiert!)

– Sie ist nun korrigiert worden. Herr Kollege Salomon, Sie sprechen es zu Recht an. Aber wissen Sie, wie das Gesetz heißt? Es heißt „Gesetz zur Förderung der Selbstständigkeit“.

(Lachen der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es ist eine vermurkste Korrektur eines vermurksten Gesetzes. Dieser Titel ist der blanke Hohn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das zweite Thema ist die Regelung der 630-DM-Jobs. Hunderttausende von Teilzeitjobs, auf die der Mittelstand besonders in Baden-Württemberg angewiesen war, sind

weg. Arbeitskräftemangel ist doch nicht nur, wie es die Bundesregierung darstellt, ein Thema einer einzigen Branche, nämlich der IT-Branche, sondern Arbeitskräftemangel gibt es auch in anderen Branchen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Natürlich! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren – auch zum Erfolg dessen, was angestrebt wurde –: Nur 2 % der angesprochenen Jobs sind in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt worden. Ebenfalls nur 2 % der Betroffenen haben ihre Rentenbeiträge freiwillig aufgestockt. Aber bei jedem zweiten Betrieb ist laut einer Umfrage angefragt worden: Können wir schwarz weitermachen?

(Heiterkeit des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Die bestehende Regelung der 630-DM-Jobs ist eine Anstiftung zur Schwarzarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Wir erleben die Folgen in unserem Land. Nach einer Umfrage halten 53 % Schwarzarbeit für ein Kavaliersdelikt.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Die jüngsten Berichte des Wirtschaftsministers zeigen, dass wir im Jahr 1999 doppelt so viele Fälle wie im Jahr 1996 hatten. Von der riesigen Zunahme der bürokratischen Belastung der Betriebe durch die angesprochene Regelung will ich gar nicht reden.

Ein weiteres großes Thema ist die Steuerreform. Heute beschließt der Deutsche Bundestag darüber. Aber, meine Damen und Herren, es kann doch nicht richtig sein, dass Erlöse aus Beteiligungsverkäufen durch Aktiengesellschaften, durch große Kapitalgesellschaften, steuerfrei sind, während der Erlös aus einem Betriebsverkauf eines Mittelständlers voll besteuert wird.

(Abg. Capezzuto SPD: Das habt ihr 16 Jahre großzügig gemacht!)

Auch der jetzt vorgesehene Freibetrag beseitigt diese Schieflage, Herr Kollege, nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Fragwürdig ist es ebenfalls, wenn die Steuersätze für die Unternehmen künftig so unterschiedlich gestaltet werden. 15 % der Unternehmen, die wir haben, sind ja Kapitalgesellschaften. Etwa 85 % sind kleine Firmen, meistens Personengesellschaften, Einzelkaufleute. Wenn bei den einen, den Großen, die Steuerbelastung künftig bei 25 % liegt und bei den anderen nach wie vor zum Teil eine Belastung zwischen 45 und 50 % vorhanden ist, wird auch hier deutlich: Der Mittelstand zahlt die Zeche.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

(Gerd Scheffold)

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren: Die Bundesförderung für die Beratung im Handwerk ist infrage gestellt. Wir sind nicht der Auffassung, dass sich der Staat in alle Bereiche einmischen muss. Er sollte dies im Unternehmensbereich in der Regel nicht tun. Aber er muss größenbedingte Nachteile der Unternehmen dort, wo es geht, ausgleichen helfen. Ein wesentliches Instrumentarium dazu ist die Förderung des Beratungs- und Informationswesens. Existenzgründungsförderung, Betriebsnachfolge, Unternehmensführung, Innovation und Kommunikationstechniken gehören dazu.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Meine Damen und Herren, von der geplanten Streichung durch den Bundeswirtschaftsminister wären auch 50 Betriebsberater in Baden-Württemberg betroffen. Dies allein schon ist ein unmöglicher Tatbestand. Aber er wird es dann erst recht, wenn deutlich wird, dass das, was der Bundeswirtschaftsminister plant, eine reine Strafmaßnahme wegen Äußerungen des deutschen Handwerks, die ihm nicht gefallen haben, ist. Die Bundesregierung sendet derzeit verheerende Signale aus.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das sehe ich aber ganz anders!)

Ich nehme den Fall Holzmann, meine Damen und Herren. Bei einem Fall wie Holzmann kommt der Kanzler, aber wenn ein Kleinbetrieb Schwierigkeiten hat, kommt nicht Schröder, sondern der Konkursverwalter. Auch dies ist eine Schiefelage.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Was habt ihr bei Daimler-Benz gemacht? Fünf Jahre lang keine Steuern!)

– Herr Kollege, gehen Sie lieber auf Ihre Bundesregierung zu. Kommen Sie zum Notwendigen: Abbau der bürokratischen Regelungen, eine Steuerreform, die allen Unternehmensformen gerecht wird, eine Flexibilisierung im Arbeitsrecht. Stecken Sie die Ökosteuermittel auch in die Infrastruktur, und behalten Sie vor allem die Beratungsförderung im Handwerk bei.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Thema verfehlt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aber jetzt einmal volles Rohr!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist schon eine tolle Nummer, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition in Berlin, abziehen. Sie haben 16 Jahre lang im Bund regiert. Sie haben eine verheerende Bilanz hinterlassen

(Oh-Rufe von der CDU)

und stellen sich jetzt hierhin und beklagen den Untergang des Handwerks und zeigen auf die jetzige Bundesregierung.

Wollen wir einmal diejenigen zu Wort kommen lassen, um die es hier geht – und das ist die Wirtschaft –, und hören,

wie die Wirtschaft ihre Lage jetzt beurteilt. Es gibt ganz aktuell vom 11. Mai dieses Jahres den aktuellen Konjunkturbericht der IHK für die Region Stuttgart. Er beginnt mit den Worten:

Das Wirtschaftsklima in der Region Stuttgart ist so gut wie seit Jahren nicht mehr.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:
Dank Döring!)

Und die Zwischenüberschriften: Konjunktur mit Voll-dampf voraus, stabiler Aufwärtstrend, Jobmaschine, weiterhin gute Stimmung. Das sagt die IHK.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da freut sich Döring!)

Nehmen wir die Handwerkskammer. Baden-Württembergischer Handwerkstag, Wirtschaftsbericht, erstes Quartal 2000: Aufwärtsentwicklung im Handwerk geht weiter. Zwischenüberschrift: Verbreiteter Optimismus, Umsätze auf positivem Trend. Und die Zusammenfassung: Nach Jahren der Stagnation befindet sich das Handwerk auf einem Wachstumspfad. Ich will Ihnen sagen: Die Jahre der Stagnation waren unter dem Kabinett Kohl/Merkel, und die Jahre des Wachstums sind unter dem Kabinett Schröder.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Jetzt zu dem, was hier kritisiert wurde, zu der Behauptung, in Sachen Steuern werde das Handwerk benachteiligt.

(Abg. Rapp REP: Richtig!)

Es wurde vom Kollegen der CDU gesagt

(Zurufe von der CDU: Scheffold heißt er!)

– von Herrn Scheffold –: Die Kapitalgesellschaften zahlen 25 %, zusammen mit der Gewerbesteuer sind das dann 38,6 %, während das Handwerk 45 % und 50 % bezahlt. Wissen Sie eigentlich, wie viel ein Handwerksmeister, der verheiratet ist, verdienen muss, bis er auf diese 38,6 % Einkommensteuer kommt? 400 000 DM im Jahr. Wissen Sie, wie viele Handwerksbetriebe das sind? Das sind 5 % der Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg. Wissen Sie, wie viele der Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg nicht einmal einen Grenzsteuersatz von 25 % erreichen? Das sind 70 % der Handwerksbetriebe.

(Abg. Bloemecke CDU: Warum?)

Deshalb ist die Politik der Bundesregierung natürlich im Interesse der großen Mehrzahl der Handwerksbetriebe in diesem Land. Den Eingangssteuersatz bis zum Jahr 2005 auf 15 % zu reduzieren, den Freibetrag auf 15 000 DM anzuheben, dies liegt im Interesse gerade der Vielzahl der kleinen Handwerksbetriebe in diesem Land, die wir stärken wollen und stärken werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Im Gegensatz zur früheren Bundesregierung!)

Es ist eine weit verbreitete Legende, dass die Steuerreform dem Mittelstand nicht diene. Bis zum Jahr 2005 eine Steuerensenkung um insgesamt 75 Milliarden DM, davon 20 Milliarden DM für den Mittelstand.

(Schmiedel)

Es ist eine weit verbreitete Legende, von Ihnen verbreitet, dass beispielsweise die Ökosteuer dem Mittelstand und auch dem Handwerk schade. Das westfälische Wirtschaftsforschungsinstitut rechnet aus: 2 Milliarden DM Begünstigung für den Mittelstand.

Jetzt kommt die Nummer mit dieser Beratungsgeschichte. Bleiben Sie ehrlich, auch Sie, Herr Wirtschaftsminister. Sie sind dabei zu schwindeln.

(Zuruf von der SPD: So was! – Heiterkeit bei der SPD – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Es beabsichtigt niemand, bei der Bundesförderung für die Beratung zu streichen, aber Sie haben eine Pressemitteilung verfasst. Jetzt werden Sie nachher wieder kommen, und ich weiß, was Sie sagen werden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber theoretisch stimmt das schon!)

Sie können ja Ihre Pressemitteilung widerrufen, kein Problem. Sie haben behauptet, die Bundesregierung beabsichtigt, 20 Millionen DM bei der Förderung zur Existenzgründungsberatung zu streichen. Mitnichten; die werden anders verwendet. Was Sie wollen, ist, dass diese 20 Millionen DM weiterhin unkontrolliert und unbesehen den Handwerkskammern übergeben werden, pauschal überwiesen. Das erinnert übrigens an die Geschichte mit den Bauernverbänden – auch einfach mal Geld rübergeben, die werden schon richtig beraten.

Was die Bundesregierung jetzt macht, ist Folgendes: Sie fördert nicht die Kammer, sie fördert nicht die Verbände, sie fördert den Betrieb. Da werden die 20 Millionen DM hingegeben, sodass es eine einzelbetriebliche Beratung gibt, die der Betrieb abrufen und kontrolliert, und er weist nach, dass die Beratung sinnvoll ist. Das stärkt das Handwerk.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Schmiedel SPD: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, ist Ihnen bekannt, dass im Rahmen dieser organisationseigenen Beratung jede Beratungsstunde dem Betrieb zugeordnet und nachgewiesen werden muss, dass das Landesgewerbeamt das sehr genau prüft und dass das vom Rechnungshof regelmäßig nachgeprüft wird?

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Gott sei Dank!)

Abg. Schmiedel SPD: Ich will mich jetzt nicht auf eine weitere Debatte über diese Geschichte einlassen. Ich sage nur: Das ist wie bei den Bauernverbänden. Die Mittel werden pauschal überwiesen. Sie wissen nicht, was die Herren tun.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Verdächtigungen!)

Es wird pauschal überwiesen und nicht im Nachhinein nach Abrechnung.

Ich will auch nicht eine steuerpolitische oder steuertechnische Debatte führen. Ich kann Sie nur auf einen exzellenten Steuerfachmann verweisen. Das ist der Geschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern, Toni Hinterdobler. Der klärt Sie über alle Vorteile der Steuerreform für das Handwerk auf.

Die Bundesregierung macht die Sache gut. Deshalb schlage ich Ihnen vor: Lassen Sie uns in der zweiten Runde einmal über die Hausaufgaben in diesem Lande reden; denn die Handwerkskammer weist nach, dass wir im Gegensatz zu den anderen Bereichen weiterhin eine Flaute im Bauhandwerk haben. Dafür ist dieser Herr mit seiner radikalen Kürzung der Bauförderung verantwortlich. Wir haben keine Erfolge bei der Bekämpfung der Bürokratie, obwohl Sie einen Bürokratie-TÜV haben – der Innenminister, das Staatsministerium. Und was kommt heraus? Ein paar Erlasse über längst gebaute Straßen werden zurückgezogen. Wir haben keine Besserung bei der Förderung, bei der Konzentration dieses Förderdschungels in diesem Land. Strengen Sie sich hier an, dann werden Sie Ihrer Aufgabe als Regierung gerecht, und lassen Sie die Bundesregierung in Ruhe ihre Arbeit machen. Sie hat die volle Unterstützung des Handwerks.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angeblich macht die Bundesregierung gegenüber dem Mittelstand alles falsch, nur der Mittelstand merkt es nicht und entwickelt sich prächtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Frau Berroth, hatten Sie in der Mittelstandsenquete keinen Zugang zu Unterlagen über die Steuerreform?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber natürlich!)

Wir haben die Steuerreform der Bundesregierung vom Institut der Deutschen Wirtschaft, das sicher nicht in dem Ruf steht, das Ganze durch die rosarote Brille zu sehen, sehr genau untersuchen lassen.

Ich habe Ihnen hier in einer Grafik das Ergebnis mitgebracht. 17 Milliarden DM Entlastung für den Mittelstand, 1 Milliarde DM Entlastung für die großen Betriebe, das ist die Bilanz unter dem Strich. Ja, das ist eine Schiefelage, aber eine Schiefelage zugunsten des Mittelstands.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann mich einfach nicht beruhigen über solch ein empörendes Verhalten, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, der Mittelstand werde gerupft,

(Abg. Rapp REP: Der wird doch auch!)

(Sabine Schlager)

wenn er um 17 Milliarden DM entlastet wird und wenn die Großbetriebe im Vergleich eine 17-mal geringere Entlastung bekommen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
Dummheit ist doch nicht empörend, die ist peinlich!)

Es ist die größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik, und es ist die mittelstandsfreundlichste Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Zuerst sage ich noch, wie das Handwerk diese Strukturreform bewertet.

Zitat aus dem schriftlichen Bericht des Zentralverbands des Deutschen Handwerks:

Die Handwerksorganisation – und dies wird in den Medien oft falsch dargestellt – ist somit gerade kein Gegner dieses Steuerreformkonzepts.

Wenn das Handwerk, wenn die Handwerksvertreter, die über Jahre so eng mit der CDU verhandelt sind,

(Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

sagen, sie seien keine Gegner, muss man sagen: Net kritisiert isch scho globt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte jetzt die Zwischenfrage zulassen. – Möchten Sie sie stellen?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wieder so ein Rohrkrepiere!)

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich wollte Sie bitten, noch zu konkretisieren, was bei dieser Untersuchung als Mittelstand betrachtet wird. Ich befürchte, dass da vor allem mittelständische Angestellte in die Rechnung eingehen, weil das Handwerk an sich durch verschiedene Komponenten maßgebliche Nachteile hat. Es ist nicht ganz so schlimm gekommen, wie sie es befürchtet haben. Deshalb sind sie noch einigermaßen zufrieden. Aber die Summe stimmt nicht.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt beleidigen Sie auch noch das Institut der Deutschen Wirtschaft, das eine sehr seriöse Untersuchung vorgelegt hat. Die Daten sind identisch mit allen Untersuchungen, die es dazu gibt. Die Zahlen sind identisch mit den Zahlen des Wirtschaftsministeriums.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt sagen Sie: Die bezweifle ich; das glaube ich nicht. Kein seriöser Gesprächspartner bezweifelt heute die Ge-

samtentlastung von 17 Milliarden DM für Handwerk und Mittelstand mehr. Deswegen kriegt es ja die CDU nicht hin, die Kammern gegen diese Reform einzuschwören. Was hat denn Herr Merz machen müssen? Er ist zu Herrn Stihl gegangen und hat gesagt: Wenn Sie jetzt nicht endlich gegen diese Steuerreform sind, ist aber Schluss mit lustig, dann vertreten wir auch nicht mehr die Zwangsmitgliederschaft bei den Kammern.

(Abg. Capezzuto SPD: Erpressung!)

Solche Druckmittel muss die CDU schon anwenden, aber es ist ihr nicht gelungen, bei Handwerk und Mittelstand eine insgesamt negative Beurteilung dieser mittelstandsfreundlichen Steuerreform herauszukitzeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Natürlich gibt es Einzelpunkte, über die das Handwerk unzufrieden ist, denn neben der Gesamtentlastung gibt es Einzelmaßnahmen, die gegenüber früher ungünstiger sind. Aber nur zehn Maßnahmen sind ungünstiger, hingegen 90 günstiger, und unter dem Strich kommt eine Entlastung von 17 Milliarden DM heraus. Ich verstehe ja, dass die Kammern bei dem bisschen Belastung, die sie in einzelnen Punkten bekommen, noch meckern; dafür werden die Kammervereine bezahlt.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Aber unter dem Strich ist es eine Mittelstandsentslastung.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Kurz?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Frau Kollegin Schlager, Sie sprachen eben von bestimmten Belastungen, die nur sektoral – –

(Zurufe von der SPD: Lauter!)

Geben Sie mir Recht, dass diese Belastungen insbesondere den Mittelstand treffen? Und geben Sie mir auch Recht, dass es selten einen Handwerksbetrieb, einen mittelständischen Betrieb gibt, der in der Steuerprogression über 40 % liegt, dass Handwerks- und mittelständische Betriebe also von dieser, wie Sie sagen, mittelstandsfreundlichen Absenkung der Spitzensteuer überhaupt nichts haben, weil sie den Spitzensteuersatz bisher noch nicht erreichen,

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Das hat sie doch gar nicht gesagt! – Abg. Dr. Puchta SPD: Ihr wollt doch die Steuer senken! – Weitere Zurufe)

auf der anderen Seite aber der Mittelstand durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und die Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten all dies, was jetzt an Reformen aufkommt, zu bezahlen hat, und zwar vorab?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ich gebe Ihnen insofern Recht, als es dem Handwerk nichts nützt, wenn man eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes fordert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Mehrzahl der Handwerksbetriebe profitieren von der drastischen Absenkung des Eingangssteuersatzes durch die Bundesregierung. Es ist europaweit der niedrigste Eingangssteuersatz. Deswegen ist die Entlastung bei 90 % der Handwerksbetriebe so drastisch. Nur ganz wenige Handwerksbetriebe haben ein steuerpflichtiges Einkommen von 400 000 Mark im Jahr.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Erst ab dieser Einkommenshöhe wird der Spitzensteuersatz für Handwerksbetriebe überhaupt relevant; denn erst ab dieser Einkommenshöhe können sie sich mit Großbetrieben vergleichen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Die Absenkung des Eingangssteuersatzes ist die handwerksfreundliche Maßnahme der Bundesregierung, und das Handwerk wird dies in Mark und Pfennig spüren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das Handwerk weiß das. Deswegen begrüßt es die Steuerreform.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorhin ist von „alter Mitte“ und „neuer Mitte“ gesprochen worden. Ich glaube, für das Handwerk ist das völlig egal. Ich persönlich habe in der Zeit von Helmut Schmidt selbstständig gearbeitet, ich habe in der Zeit von Helmut Kohl selbstständig gearbeitet, und ich arbeite jetzt unter Schröder selbstständig.

(Abg. Capezzuto SPD: Gerhard Schröder!)

Ich kann Ihnen eines sagen: Es ist nichts besser geworden, sondern es wird immer schlechter,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Bebbler SPD: Das liegt vielleicht an Ihnen!)

und das aufgrund Ihrer Politik. Sie haben die Handwerker mit Ihrer Politik, ob CDU oder SPD, zu den Deppen der Nation gemacht. Dazu müssen Sie stehen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Depp bleibt Depp!)

Ich sage Ihnen einmal eines, und das ist ganz wichtig: Wenn hier eine Debatte über das Handwerk geführt wird und dann der Lehrer Soundso und der Lehrer Soundso sprechen, dann sieht man schon die Wertschätzung der Fraktionen für das Handwerk.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Bloemcke CDU)

Damit zeigen Sie schon, was Sie eigentlich vom Handwerk halten. Wir Republikaner wissen gar nicht, welcher Handwerker unsere Fraktion vertreten soll, wenn wir über das Handwerk sprechen, und Sie haben keinen und müssen Lehrer vorschicken.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe den Gesellenbrief! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist doch ein Armutszeugnis.

Sie sprechen von Erfolgen. Ich will Ihnen einmal ein paar Zahlen des Statistischen Landesamts vorlesen. Diese Stelle ist ja mit Sicherheit neutral.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Entwicklung der Beschäftigten: 1994 822 000 Arbeitsplätze, 1999 722 000 Arbeitsplätze – ein Verlust in Baden-Württemberg von 100 000 Arbeitsplätzen. Das müssen Sie draußen einmal rechtfertigen. Umsatz 1994 117 Milliarden DM, Umsatz 1999 trotz Preissteigerung 121 Milliarden DM. Der Umsatz ist um ganze 4 Milliarden DM gestiegen. Dementsprechend negativ fällt die Beschäftigungsbilanz im Handwerk aus.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Da waren wir erst vier Monate an der Regierung! – Abg. Schmiedel SPD: Für vier Monate kein schlechtes Ergebnis!)

Wir reden ständig über die Folgen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik, aber niemand von Ihnen ist bereit, die Ursachen dafür zu beseitigen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie haben eine Enquetekommission eingesetzt, aber dort tabuisiert man grundsätzlich die schwierigen Dinge. Es liegt doch nicht an der einen Beratungsfunktion oder an der anderen, dass es bei uns draußen so schlecht läuft, sondern das liegt daran, dass das Handwerk aufgrund der hohen Belastungen zu teuer arbeiten muss.

Ich habe mich vorgestern noch mit dem Inhaber eines größeren Installationsbetriebs unterhalten, der 15 Autos im Einsatz hat. Fragen Sie den einmal, wie ihn die Ökosteuer berührt. Es ist eine Katastrophe, um wie viel sich jede Handwerkerstunde oder der Anfahrtssatz durch die Unkosten, die ein solcher Betrieb heute hat, verteuert. Da schauen Sie aber weg und sagen: „Wir senken den Spitzensteuersatz für die Großen, damit die Kleinen – in der Hoffnung, auch einmal groß zu werden – irgendwie zufrieden gestellt werden.“

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Das ist falsch. Das darf nicht so sein.

Mit Sicherheit wird gleich Herr Döring kommen und sagen: „Wir haben jetzt die Lösung für das Handwerk. Wir holen den indischen Maurer anstelle des türkischen.“

(Lachen bei den Republikanern)

(Rapp)

Greencard für alle! Kommt alle rein!

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt hat er aber lange gebraucht, bis er zum Thema kam! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Niemand will aber sehen, dass wir auch im Handwerk, trotz einer guten Ausbildung und einer sehr großen Ausbildungsbereitschaft des Handwerks, Facharbeiterprobleme haben. Facharbeiter müssen wir eben hier ausbilden, wo die Bedürfnisse sind. Wir müssen dafür sorgen, dass die Facharbeiter, die vom Handwerk ausgebildet werden, auch im Handwerk bleiben können und nicht durch Ausländer verdrängt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir brauchen diese qualifizierten Leute. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Was Sie hier treiben, ist moderner Kolonialismus. Der arme Staat Indien zum Beispiel muss 200 000 DM investieren, bis ein Computerexperte ausgebildet ist. Und dann kommt Deutschland, lockt, wie bei Fußballprofis, mit Geldscheinen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn sie nur kämen!)

und nimmt den Indern ihre Elite weg. Und dann fühlt man sich noch als liberaler Gutmensch, wenn man das alles so macht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn sie nur kämen!)

Das sind politische Fehlentscheidungen. Diese Greencard darf auf gar keinen Fall aufs Handwerk ausgedehnt werden,

(Abg. Bebber SPD: Sehr überzeugend!)

sonst haben wir da die gleichen Probleme, die wir anderswo schon haben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das darf nicht kommen. Wir brauchen keine Zuwanderung, sondern wir brauchen qualifiziertes Personal, unsere eigenen Leute, die wir selbst ausbilden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Pfister FDP/DVP: Da sind Sie aber weit und breit der Einzige, der das glaubt! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie müssen die Forderungen, die gerade in der Enquete-kommission gestellt werden, endlich einmal zur Kenntnis nehmen und umsetzen. Das ist doch gefragt. Das Handwerk hat doch konkrete Forderungen. Die Betriebe wollen weniger Belastungen

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Kriegen sie doch!)

im finanziellen Bereich und auch, wenn es darum geht, Dienstleistungen für den Staat – wie Statistiken und Ähnliches – zu erbringen. Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden. Eine Forderung von uns ist ein verminderter

Mehrwertsteuersatz für das Handwerk. Das wäre ein ganz wichtiger Schlag gegen die Schwarzarbeit. Es lohnt sich vielleicht noch bei 16 % Mehrwertsteuer, zu betrügen, aber bei 7 % wird doch kaum noch jemand etwas riskieren. Ich habe doch lieber 100 % von 7 % in der Tasche als 50 % von 16 %, wie es ist, wenn irgendwo im Halblegalen gearbeitet wird. Eine Verringerung muss doch sein; das brächte mehr Gerechtigkeit.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Das sind trotzdem noch 8 %, aber ich habe dann doch Gerechtigkeit, liebe Kollegin Berroth. Das ist das Maßgebende, dass alle gleichmäßig belastet werden und dass nicht ehrliche Leute in die Schwarzarbeit getrieben werden.

Das Handwerk ist der Ausbilder der Industrie. Es nimmt die Kosten auf sich – –

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

– Sie reden besser, wenn es um Most geht, Herr Kollege. Ich rede über das Handwerk.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Bebber SPD: Das ist ja peinlich! Das ist äußerst peinlich!)

Also bitte: Bleiben wir so, wie es richtig ist.

Meine Damen und Herren, die Vergabe öffentlicher Aufträge an das Handwerk wird durch ständig zunehmende Privatisierungen beeinträchtigt. Da müssen die ganzen Vorschriften nicht mehr so eng genommen werden wie bisher. Da kann es einmal vorkommen, dass – wie bei uns in Pforzheim – beim Bau eines öffentlichen Gebäudes viele französische Wohnwagen herumstehen, in denen die Mitarbeiter wohnen: Marokkaner, Franzosen, Algerier – je billiger, desto besser für den Unternehmer, nur keine Deutschen und keine deutschen Firmen. Dann werden mit öffentlichen Geldern Aufträge, die eigentlich für unsere eigenen Mitarbeiter gedacht sein sollten, von anderen Firmen ausgeführt. Das ist falsch. Da zeigt sich wieder, wie schädlich diese EU für uns, für das Handwerk sein kann.

Zum Beispiel die Betriebsübernahmen: Junge Menschen übernehmen Betriebe häufig nicht mehr – nicht, weil sie es nicht wollten, sondern weil es Probleme gibt, zum Beispiel mit der Risikoscheu der Banken. Da haben wir ein absolutes Problem. Heute bekommt eher Flowtex einen Kredit von 1 Million DM oder 1 Milliarde DM von einer Bank als ein Jungunternehmer 100 000 DM. Auch das muss sich ändern.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir müssen in den jungen Menschen wieder die Zukunft sehen und dürfen sie nicht nur als Ausbeutungsobjekte betrachten. Mehr dazu nachher.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt der Ausbeuter!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Als ich Herrn Schmiedel vorhin hörte, musste ich an den Bundeskanzler denken, der den gleichen Spruch, nur leicht abgewandelt, in der letzten Bundestagsdebatte brachte. Wenn man Sie hört, Herr Schmiedel, klingt das wie: „Wenn über uns die Sonne lacht, dann hats die SPD gemacht. Schneit es aber Eis und Schnee, dann wars die doofe FDP!“

(Abg. Schmiedel SPD: Da ist was dran!)

Nach diesem Motto treten Sie hier an. Wenn es so wäre, wie Sie sagen,

(Abg. Schmiedel SPD: Da lacht die Sonne, egal, was gemacht wird!)

dass von Ihrer großartigen Bundesregierung alles gemacht worden ist, dann müsste es bundesweit insgesamt ein bisschen besser aussehen.

Ich freue mich darüber, dass wir in Baden-Württemberg mit Abstand die besten Wirtschaftsdaten haben – mit Abstand! –: die geringste Arbeitslosigkeit, alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und -fähig sind, haben die Chance, eine Lehrstelle zu bekommen. Es läuft hervorragend.

(Abg. Bebbler SPD: Sagen Sie jetzt nicht, die Regierung wäre schuld daran! – Abg. Herrmann CDU: Dann sind wir ja noch besser als die Bundesregierung! – Abg. Capezuto SPD: Dank der Bundespolitik! Auf der Basis der Bundespolitik! – Weitere Zurufe)

– Nein, eben nicht. Das ist die gute Arbeit hier in Baden-Württemberg.

Schauen wir uns das jetzt einmal der Reihe nach an: Es ist doch gut und richtig. Ich persönlich finde es in Ordnung. Es gibt eine Minimalbewegung bei der Steuerreform, zweifelsohne in die richtige Richtung. Das soll gar nicht wegdiskutiert werden. Dass es endlich eine Bewegung gibt, ist doch richtig.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch minimal!)

– Ja, wirklich, sie ist minimal. – Jetzt lassen Sie uns doch einmal eine Reihe von Punkten anschauen, wo wir unserer Meinung nach dringend Korrekturen und Verbesserungen brauchen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: 16 Jahre lang!)

– Das räume ich ein; das ist doch gar nicht die Frage. Es geht doch jetzt um anderes. Was hilft uns denn der Blick zurück? Da war nichts, und es hätte etwas Bestimmtes sein sollen. Jetzt geht es darum – deswegen ist die Debatte auch aktuell –: Wie sollen wir das denn erreichen? Sie erwarten am 9. Juni in irgendeiner Weise eine Auseinandersetzung über die Steuerreform. Es muss doch vorher darüber gesprochen und klargemacht werden, was noch dazugepackt werden muss, damit es insgesamt ein schlüssiges und hilfreiches Paket ist. Es ist eben nicht gut; Sie können an den Zahlen nicht vorbei. Wenn Sie an der vollen Besteuerung

der Veräußerungsgewinne festhalten, schlägt das allein in Baden-Württemberg mit 500 Millionen DM zu Buche, Jahr für Jahr.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will Ihnen einen weiteren Punkt nennen, den ich in der Gesamtbetrachtung für katastrophal halte: Ihre Pläne im Zusammenhang mit der Verlängerung der Abschreibungsfristen – eine helle Katastrophe.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/DVP)

Was die Verlängerung der Abschreibungsfristen angeht: Solange Sie planen, dass PCs künftig nicht mehr in vier, sondern in sechs Jahren abgeschrieben werden sollen,

(Lachen der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

solange Sie verlangen, dass bei Pkws die Abschreibungsfrist von fünf Jahren auf acht Jahre verlängert werden soll, solange Sie verlangen, dass bei Lkws die Abschreibungsfrist von sieben Jahren auf elf Jahre verlängert werden soll, so lange geht es in die total falsche Richtung. Das ist das, was korrigiert werden muss, wenn wir noch vollends und wirklich einen Durchbruch und einen Schwung nach vorn erreichen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen müssten Sie sich das ein Stück weit mitnehmen. Nehmen wir einmal den Maschinenbau. Ich bin ja heilfroh – sicher mit Ihnen allen zusammen –, dass es im Maschinenbau wieder eine ganze Ecke besser läuft. Aber jetzt sollen Maschinen künftig durchschnittlich erst in 18 Jahren abgeschrieben werden statt bisher in 10 Jahren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das muss man sich vorstellen, was das bedeutet! Das ist doch keine mittelstandsfreundliche Politik!)

Das muss man sich mal vorstellen: in 18 Jahren!

(Abg. Göbel CDU: Die sind ja hoffnungslos veraltet!)

Da hauen Sie den aufkeimenden Aufschwung im Maschinenbau voll in die Knie mit verheerenden Auswirkungen gerade auf Baden-Württemberg. Deswegen muss das hier diskutiert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es trifft uns doch in vollem Umfang. Wir wollen Investitionen, wir wollen Innovationen; dann verlängern Sie bei den PCs die Abschreibungsfristen. Wir sind ein Automobilbauerland; Sie verlängern die Abschreibungsfristen bei Pkw und Lkw. Wir sind das Maschinenbauerland; Sie verlängern die Abschreibungsfrist von 10 Jahren auf etwa 18 Jahre. Wie soll sich denn dann das, was jetzt erfreulicherweise gut anläuft, stabilisieren und vor allen Dingen noch verstärkt fortsetzen, wenn Sie eine solche Politik machen? Deswegen ist es vollkommen richtig, wenn wir hier sagen: Es muss dringend Korrekturen geben, und es kann so nicht weiterlaufen, wie Sie es auf der Bundesebene planen.

(Minister Dr. Döring)

Ich erinnere Sie an das, was die Kollegin Berroth im Zusammenhang mit Beratung im Handwerk sehr dezidiert vorgetragen hat. Jetzt stellt sich Herr Schmiedel da hin, haut drauf wie ein Schmied und erzählt,

(Abg. Capezzuto SPD: Schmiedel, nicht Schmied!
– Abg. Hans-Michael Bender CDU: Er bleibt aber trotzdem ein Schmiedel! – Abg. Dr. Birk CDU:
Das Schmiedle von der SPD-Fraktion!)

es würde hier in der Gegend herumgeschwindelt. Verehrter Herr Kollege Schmiedel, bisher steht doch fest, dass Sie aus der Beratung im Handwerk aussteigen wollen.

(Abg. Schmiedel SPD: Nein!)

– Für die Kammern.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, die beratende Kammer!)

Jetzt haben Sie aber bis zum heutigen Tag kein klares Konzept, wie denn dann die Ersatzleistung dafür aussehen soll. Deswegen sagen wir, wir brauchen jetzt an diesem Tag und für dieses Jahr eine klare Aussage, wie die Beratung im Handwerk weiterläuft. Gerade die kleinen Handwerksbetriebe sind auf Beratung dringend angewiesen. Da können Sie die nicht verunsichern und können nicht dafür sorgen, dass man bei den 50 Beratern – Kollege Scheffold hat es genannt –, die wir im Handwerk haben und dringend brauchen, nicht weiß, wie es weitergeht. Die Ankündigung ist bisher nun wirklich überhaupt nichts Konstruktives, sondern das ist tatsächlich – geben Sie es doch zu – ein einfältiger Racheakt aufgrund der Vorgänge bei der Internationalen Handwerksmesse in München und nichts anderes. Das ist Dummheit pur und hat mit einer konstruktiven Politik für das Handwerk überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Gleich. Darf ich das noch geschwind zu Ende führen, Frau Schlager. Nachher gern.

Warum bei den 630-DM-Jobs zurück zur alten Regelung? Wenn Sie sich die Statistik anschauen, stellen Sie fest: Wir haben bei den 630-DM-Jobs insgesamt einen Verlust von 700 000 Jobs. Gleichzeitig steigt die Schwarzarbeit um 30 %. Das sind doch kommunizierende Röhren; das hängt doch in irgendeiner Weise zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Also ist Ihre aberwitzige Regelung zu den 630-DM-Jobs die Aufforderung zur Schwarzarbeit. Dies zeigt sich ganz klar an den Zahlen.

Nächstes Stichwort: Scheinselbstständigkeit. Kollege Scheffold hat darauf ebenfalls bereits hingewiesen. Januar bis Oktober 1999 50 000 weniger Selbstständige. Gratuliere, kann ich da nur sagen. Gratuliere! Gleichzeitig geht dieser famose Kanzler her und unterschreibt mit anderen zu-

sammen Papiere: Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit, wir brauchen mehr Freiberufler. Dann kommt diese Scheinselbstständigenregelung mit der Auswirkung 50 000 Selbstständige weniger. Das kann nicht als gut bezeichnet werden, und da gibt es auch keine Kompromisslösungen, sondern Sie müssen sowohl bei den 630-DM-Jobs als auch bei der Scheinselbstständigkeit zurück zur alten Regelung. Alles andere ist nur von Schaden, wie die Zahlen eindeutig ausweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch auf den Vorwurf von Herrn Schmiedel kommen – da hat er sich ja neulich in der Presse lautstark geäußert –, das, was wir in der Baupolitik machen, sei mindestens das Hinterletzte und was weiß ich noch alles.

(Abg. Heiler SPD: Das Allerletzte!)

Verehrter Herr Kollege Schmiedel, wir haben im Wohnungsbau in Baden-Württemberg die folgende Situation: Laut Statistischem Landesamt brauchen wir jährlich 40 000 bis 45 000 Wohnungen in Baden-Württemberg. Wir haben im Jahr 1999 58 000 Wohnungen neu genehmigt und 53 000 zum Bau freigegeben. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, das sei alles nichts. Wir liegen um über 10 000 Wohnungen über dem vom Statistischen Landesamt festgestellten Bedarf. Das heißt, wir tun in der Wohnungsbaupolitik mehr als das, was von allen Fachleuten als notwendig bezeichnet wird. Wir tun dort mehr.

(Abg. Schmiedel SPD: Nachwirkungen von Spöri!)

– Red doch nicht einen solchen Mist raus, Menschskind! Das ist doch wirklich unerträglich. – 40 000 bis 45 000 Wohnungen brauchen wir, über 55 000 werden auf den Weg gebracht. Im Jahr 2000 werden wir 48 000 Wohnungen fertig stellen und liegen damit immer noch über dem errechneten Wohnungsbaubedarf.

Für die Städtebausanierung haben wir im Jahr 2000 – Gott sei Dank! – das Doppelte der Jahre 1998 und 1999 zur Verfügung. Aussage Schmiedel: Völlig unzureichend, geht überhaupt nicht, taugt nichts! 255 Millionen DM, das Doppelte von 1998 und 1999. Ich bin froh, dass wir das haben. Wir müssen das verstetigen. Multipliziert mit sieben oder mit acht bedeutet das ein Milliardeninvestitionsvolumen für die Bauwirtschaft.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Dieses Programm ist gut und richtig. Malen Sie da nicht schwarz, und malen Sie keine Katastrophengemälde an die Wand, sondern geben Sie endlich zu, dass das eine gute und richtige Politik gerade für das Handwerk und die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg ist!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will Ihnen zwei weitere Punkte nennen, zunächst das Reihenhausbauprogramm. Das ist gut für junge Familien, damit sie endlich Eigentum erwerben können. Es ist auf den Weg gebracht, läuft ordentlich und ist eine gute Sache. Aussage Schmiedel: alles viel zu wenig.

(Minister Dr. Döring)

Weil wir sehen, dass wir in diesem Bereich mehr machen müssen, haben wir innerstädtisches Wohnen und innerstädtisches Bauen auf den Weg gebracht. Im vergangenen Jahr haben wir das Brachenprogramm auf den Weg gebracht, damit wir auch im innerstädtischen Bereich Wohnungen und Eigentumserwerb kostengünstig anbieten können. Zeigen Sie mir, an welcher Stelle wir zu wenig machen!

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Was sind Ihre Programme, nach denen hier mehr geschehen soll? Ich halte das für richtig, und ich halte das nach den bisher vorliegenden Zahlen für ausreichend.

Nächster Punkt: Bürokratiekostenabbau. Lieber Herr Schmiedel, die baden-württembergische Landesregierung hat eine Bundesratsinitiative „Moratorium für Existenzgründer“ auf den Weg gebracht: fünf Jahre Freistellung von überzogenen Forderungen im Arbeitsstättenbereich. Eine sehr gute Bundesratsinitiative, ablehnt von Rot-Grün. Meine Damen und Herren, seien Sie ruhig, und unterstützen Sie den Kurs der Landesregierung! Dann wird die richtige Politik gemacht, und dann bekommen die Existenzgründer das, was sie brauchen.

Warum lehnen Sie das Moratorium für Existenzgründer ab? Mit welcher Begründung lehnen Sie es ab? Hier stellen Sie sich hin und sagen, wir sollten beim Bürokratieabbau mehr tun. Dort hätten Sie eine Chance gehabt, den Existenzgründern in den ersten fünf Jahren außerordentlich behilflich zu sein. Sie haben das abgelehnt. Sie haben als Letzte Grund, uns etwas vorzuwerfen, wenn es um Bürokratieabbau geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zwei weitere Punkte ansprechen. Auf Initiative der Landesregierung von Baden-Württemberg hat der Bundesrat einstimmig oder zumindest mit großer Mehrheit als Auftrag an die Bundesregierung beschlossen: Das Meister-BAföG soll verbessert werden. Bis zum heutigen Tag wurde kein Jota auf den Weg gebracht. Wenn wir junge Meisterinnen und Meister haben wollen, die den Weg in die Selbstständigkeit gehen, die eine eigene Firma gründen oder die eine Firma übernehmen – in den nächsten fünf Jahren wird es 55 000 Betriebe geben, bei denen die Nachfolge nicht geregelt ist –, müssen wir dafür sorgen, dass wir möglichst viele Meisterinnen und Meister haben, und wir müssen auch das Meister-BAföG verbessern. Der Bundesrat hat die Bundesregierung dazu aufgefordert. Bis zum heutigen Tag ist in dieser Richtung null Komma null passiert. Machen Sie das! Dann unterstützen Sie Handwerk und Mittelstand auf eine gute Art und Weise.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt nennen. Im Bundesarbeitsministerium gibt es Überlegungen – ich kann nur sagen: Viel Vergnügen, wenn das tatsächlich kommen sollte –: Betriebe ab drei Beschäftigte sollen verbindlich einen Betriebsrat haben.

(Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP: Mit einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern!)

– Ja, das liegt konkret vor. Zur Förderung von Handwerk, Mittelstand und kleinen Unternehmen. Na bravo! Na bravo, kann ich da nur sagen!

Wenn ich mir die ganze Liste anschau, die ich jetzt in aller Ruhe und Gelassenheit fair, sauber, anständig und seriös wie immer vorgetragen habe, muss ich zugeben, dass Sie in Teilen richtige Punkte angepackt haben – ich will das ausdrücklich sagen; es ist gut, dass endlich Bewegung hereinkommt –, ich muss aber darauf hinweisen, dass Sie an einer Vielzahl von Stellen nicht nur das nicht tun, was dringend notwendig wäre, sondern auch etwas auf den Weg bringen, was Handwerk und Mittelstand fürchterlich behindert. Das müssen Sie korrigieren. Dann haben wir endlich eine richtige Politik auch aus Berlin für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich will nur noch einige Punkte anschneiden, weil ja gegen das, was jetzt gerade überzeugend vorgetragen worden ist, zumindest aus meiner Sicht – das ist nicht nur Loyalität, sondern es ist Vernunft und Sachverstand – fast nichts mehr zu sagen ist. Ich bin gespannt, was Sie noch finden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Wortmeldung ist schon zurückgezogen!)

Herr Schmiedel, Sie haben zu allen Einzelheiten, die konkret vorgetragen worden sind, eigentlich nur ausgeführt: Was wollt ihr denn? Die Konjunktur zieht doch an! Also, ich muss schon wirklich sagen, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: „Was wollt ihr denn? Die Konjunktur zieht doch an!“

Dass wir im Geleitzug der europäischen Konjunkturbelebung fast am Ende sind – –

(Unruhe – Abg. Maurer SPD: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Capezzuto SPD: Da hat doch der Wirtschaftsminister etwas anderes gesagt!)

– Fast am Ende sind! Jedenfalls liegen die Konjunkturdaten der anderen Länder weit über den unseren.

(Zurufe, u. a. des Abg. Capezzuto SPD)

– Je mehr Sie da jetzt rufen, desto mehr trifft das zu, was ich sage.

Dass man eigentlich schon sagt: „Was wollt ihr denn? Seid doch froh, dass sich nach dem ersten Desaster der Bundesregierung jetzt wieder zarte Pflänzchen regen“ und das als Grund nimmt, zu sagen:

(Abg. Capezzuto SPD: Bei euch ist nicht mal die Saat aufgegangen in den 16 Jahren!)

(Hofer)

„Auf die ganzen Argumente, die da kommen, braucht man nicht einzugehen“, ist meines Erachtens wirklich ein unsinniges Argument.

Dann sagen Sie, Frau Schlager, oder sagten Sie, Herr Schmiedel, da würden ja gar keine Kürzungen –

(Abg. Capezzuto SPD: Ja, wer jetzt?)

– Sie sagen ja den gleichen Unsinn hier. Deswegen brauche ich das nicht zu unterscheiden,

(Unruhe)

jedenfalls in diesem Punkt.

(Abg. Schmiedel SPD: Da ist der Wirtschaftsminister seriöser, mein Lieber!)

– Das mag ja sein. Deshalb ist er auch Minister.

(Heiterkeit – Abg. Capezzuto SPD: Armutszeugnis!)

– Hören Sie doch zu! – Sie sagen: Da werden ja gar keine Kürzungen bei der Beratung vorgenommen; das leiten wir nur anders weiter. Dabei übersehen Sie, dass Handwerksorganisationen Haushaltspläne haben. Spätestens dann, wenn die ihre Haushaltspläne nicht mehr erfüllen können, werden Sie hier im Landtag sagen, seitens des Landes müssten Kompensierungen vorgenommen werden.

Vorhin haben Sie das Thema Wohnungsbauförderung angeschnitten. Dafür haben Sie die Bundesmittel gekürzt, und als Nächstes haben Sie gesagt, wir sollten das hier im Landtag überkompensieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist das gleiche Muster. Darauf werden wir hier garantiert nicht hereinfallen.

Frau Schlager, im Grunde genommen sagen Sie: Warum sind wir so gut, aber keiner vom Handwerk sagt es uns?

(Zuruf der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

Warum sind wir so gut, aber keiner sagt es uns?

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe es doch zitiert! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Dann sagen Sie: Wir sind ja schon zufrieden, wenn die das Maul halten. So etwa haben Sie sich ausgedrückt.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch nicht wahr!)

Sie sagen: Wir sind ja schon zufrieden, wenn die nichts sagen; das sei schon ein Lob.

(Zuruf der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei übersehen Sie, dass die nicht nichts sagen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zuhören, Herr Hofer!)

sondern heftig klagen, aber diese Klagen überhören Sie. Das ist nur ein Beispiel. Ich werde auf die einzelnen Punkte eingehen; all dies wiederhole ich jetzt noch einmal kurz.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hofer, Sie gestatten eine Zwischenfrage der Frau Abg. Schlager?

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, aber freilich.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Hofer, vielleicht habe ich mich nicht deutlich genug ausgedrückt.

Abg. Hofer FDP/DVP: Für mich schon!

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe aus der schriftlichen Stellungnahme des Zentralverbands des Deutschen Handwerks zitiert, dass – entgegen der fälschlich geäußerten Meinung – das Handwerk gerade nicht gegen diese Steuerreform ist. Ich habe also nichts verschwiegen und auch nicht behauptet, dass das Handwerk nichts sage, sondern gesagt, dass das Handwerk sagt: Wir sind für die Steuerreform.

(Unruhe – Abg. Capezzuto SPD: Jetztet!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt rede ich nicht nur über die Steuerreform, sondern über die vielfältigen Klagen, die Sie in allen Publikationsorganen des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft jederzeit nachlesen können. Da können Sie einen ganzen Stapel draus machen.

(Abg. Capezzuto SPD: S i e lesen es nicht!)

– Ich lese es sehr wohl.

Zum Thema Scheinselbstständigkeit: Ich warte nur noch darauf, dass wir eine Betriebsratsregelung für Scheinselbstständige erfinden.

(Heiterkeit)

Das geht noch unter die drei.

Sie haben in Berlin selber eingesehen: Das, was dort gemacht worden ist, war ein Murks, und Murks schafft man ab und korrigiert ihn nicht. Denn so etwas lässt sich nicht korrigieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen ärgere ich mich außerordentlich darüber, mit welcher Chuzpe man über den Schaden hinweggeht, der da erreicht worden ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Chuzpe?)

– Ja, Chuzpe. – Bei mir, in meiner Stadt – und ich bringe gern die konkreten Beispiele –, gibt es einen Ofensetzerbetrieb, der sein hundertjähriges Jubiläum gefeiert hat. Er

(Hofer)

hat zwei Kriege und zwei Inflationen überstanden, aber nicht Ihre Regelung zur Scheinselbstständigkeit!

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Das lässt sich so fortsetzen.

(Abg. Brechtken SPD: Können Sie mal erklären, warum er das nicht überstanden hat? Sehr detailliert!)

– Das erkläre ich selbstverständlich: Weil er Hunderttausende Mark nachzuzahlen hatte, die nach Ihrer jetzigen Neuregelung nicht mehr zu zahlen gewesen wären.

(Abg. Capezzuto SPD: So ein Blödsinn am frühen Morgen! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Das ist kein Blödsinn, das ist die Realität, aber mit der muss man konfrontiert werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Was zu den AfA-Abschreibungen gesagt worden ist, ist eindeutig richtig. Das ist ein Riesenproblem. Ich bin dankbar, dass das hier noch einmal so deutlich angesprochen worden ist. Denn das wird wieder ein Thema sein, bei dem man sagt: Warum habt ihr das denn nicht rechtzeitig angesprochen? Ich kann nur sagen: Wenn das kommt, ist das gerade für den Mittelstand verheerend; denn gerade der Mittelstand ist auf Investitionen und auf die Finanzierung über Abschreibungen angewiesen. Das wissen Sie doch.

Es ist gesagt worden, ein PC müsse nach sechs Jahren erneuert werden. Dazu muss ich sagen: Meine Kinder, die noch vom Taschengeld abhängig sind, wissen, dass man bald alle drei Jahre einen neuen PC braucht. Da reden Sie von sechs Jahren bei der Industrie!

Ich kann nur sagen: Das ist eine Schiefelage, die Sie schleunigst beseitigen sollten. Nur glaube ich nicht, dass Sie dazu willens sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheffold.

Abg. Gerd Scheffold CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte wird sehr engagiert geführt. Ich begrüße dies, denn das Thema ist es wert.

(Abg. Bebber SPD: Bisher nur Peinlichkeiten!)

Lassen Sie uns nach einigen Äußerungen der letzten Redner auf den Boden der Tatsachen zurückkommen,

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja, das wäre besser!)

liebe Frau Kollegin Schlager.

Natürlich haben auch wir in diesem Haus immer betont, dass wir eine Steuerreform begrüßen, die in Richtung Ent-

lastung geht. Das ist völlig richtig. Aber, Frau Kollegin, das hätten wir schon vor zwei Jahren haben können.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Aber jetzt machen wir es!)

Damals hat das die SPD unter Anführung des späteren Aussteigers des Jahres 1999, Lafontaine, verhindert. Wir hätten das früher haben können.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Und der Schröder von Niedersachsen!)

– Auch der heutige Bundeskanzler war natürlich beteiligt.

Wenn nun die positiven Wirtschaftsdaten in unserem Land angesprochen werden, so ist dies erfreulich. Aber, meine Damen und Herren, das ist überhaupt nicht der Bundesregierung zu verdanken, sondern diese sind trotz der Bundesregierung erreicht worden.

(Abg. Bebber SPD: Oje, oje!)

Lassen Sie mich noch eines zum Thema Bauwirtschaft sagen. Es ist richtig, dass wir im Land positiv fördern. Aber ich frage Sie: Glauben Sie, dass es dem Wohnungsbau dient, dass Sie den Sparerfreibetrag halbiert haben? Oder glauben Sie, dass es dem Wohnungsbau dient, dass Sie das Mietrecht verschärft haben?

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Man könnte eine ganze Reihe weiterer Punkte ansprechen, die alle zu dieser Schiefelage beigetragen haben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir im Land gehen in vielen Dingen positiv voran. Wir haben auf Antrag der Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP vor einem Jahr die Enquetekommission „Mittelständische Unternehmen“ eingerichtet. Ich darf sagen, dass diese Enquetekommission sehr sachlich und sehr gut arbeitet. Das gilt für alle Fraktionen. Fraktionsübergreifend wird dort an der Sache orientiert gearbeitet, völlig unaufgeregt im Vergleich mit manchen öffentlichen Debatten. Ich glaube, dass wir aus dieser sachlichen Arbeit auch sehr positive Ergebnisse hervorbringen werden.

Wir werden in einem ersten Schritt bei der nächsten Sitzung Vorschläge zum Vergaberecht vorlegen, und wir werden weitere Schritte zu zehn Punkten tun. Kollege Rapp, dabei wird gar nichts tabuisiert, es wird jedes Thema angesprochen.

(Abg. Rapp REP: Die Rahmenbedingungen sind das Problem!)

Wir haben zu allen Bereichen Anhörungen durchgeführt, und alle Fraktionen konnten Vorschläge einbringen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit positiven Ergebnissen daraus hervorgehen und Handlungsempfehlungen zu zehn Einzelbereichen geben. Wenn der Landtag in dieser Legislaturperiode noch Zahlreiches davon umsetzen wird, wird er für den Mittelstand eine positive Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So, jetzt aber!)

Abg. Schmiedel SPD: Meine Damen und Herren! Jetzt aber für Herrn Hofer zum Mitschreiben, weil er sich gewünscht hat, dass ich die einzelnen positiven Politikansätze der Bundesregierung zugunsten des Handwerks noch einmal darstelle.

Erstens: Wir führen Steuern und Belastungen auf ein erträgliches Maß zurück.

(Zuruf von der SPD: Bravo! – Abg. Kurz CDU: Schon falsch! Sie belasten den Mittelstand zusätzlich!)

Während Ihrer Regierungszeit, verehrter Herr Hofer – Sie haben zwar nicht persönlich regiert, aber Ihre Partei –, sind die Sozialbelastungen der Arbeit von 34 auf 42 % gestiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein Steuer- und Abgabenrekord.

Jetzt will ich Ihnen an zwei Beispielen, die das Handwerk selber vorgelegt hat, aufzeigen, wie sich die Steuerreform auswirkt. Ein verheirateter Handwerksmeister wird bei einem Jahresgewinn von 150 000 DM um insgesamt 5 960 DM, das bedeutet 12,7 %, entlastet. Bei einem Gewinn von 500 000 DM jährlich beläuft sich die Entlastung auf 16 949 DM, das entspricht 7,2 %.

(Abg. Kurz CDU: Herr Schmiedel, Sie wissen doch, wie sich das bei den Abschreibungen auswirkt!)

Sie sehen, der Schwerpunkt der Entlastung liegt bei den kleineren Handwerksbetrieben. Aber auch die Großen werden entlastet.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Das ist ein wesentlicher Schritt zur Stabilisierung der positiven Entwicklung im Handwerk.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kurz CDU – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

Zweitens: Wir bauen überflüssige Bürokratie ab. Verehrter Herr Wirtschaftsminister, in der Enquetekommission hat uns ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums erklärt, wie erfolgreich die zuständige Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums vorgehe. Einzelfälle, die an das Wirtschaftsministerium herangetragen werden, werden aufgegriffen; ihnen wird nachgegangen. Konkrete Lösungsmöglichkeiten werden vorgeschlagen. Und was hat man uns erzählen müssen? Ausgerechnet die Bürokratie der Landesverwaltung in Baden-Württemberg habe sich nicht in der Lage gesehen, den Beanstandungen durch das Bundeswirtschaftsministerium nachzugehen und ihnen abzuhelpen. Es blieb beim Alten. Machen Sie also Ihre Hausaufgaben selbst.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Punkt: Die Innovationsfähigkeit des Handwerks wird durch den effizienten Einsatz der Förderinstrumente gestärkt.

Ich komme noch einmal auf diese Beratungsgeschichte zurück. Sie stellen das so dar, als handle es sich um eine Abstrafungsaktion für unbotmäßiges Verhalten des Präsidenten.

(Minister Dr. Döring: So war es!)

Das ist völliger Quatsch. Das ist eingebettet in eine Konzeption, nach der nicht die Verbände, sondern die Betriebe gestärkt werden sollen. Ich nenne ein Beispiel: Die überbetriebliche Ausbildung wird angesichts der zunehmenden Spezialisierung immer wichtiger. Deshalb verstärkt die Bundesregierung diesen Ansatz. Die Unterstützung wird um 30 % auf 90 Millionen DM anwachsen. Das ist etwas. Da müssen Sie einmal mithalten. Es handelt sich um einen kompletten Ansatz.

Sie haben uns 600 Förderprogramme – wissen Sie das? – unterschiedlichster Art hinterlassen. Diese Programme werden nun in einzelnen Bereichen konzentriert, systematisiert, und der Zugang wird vereinfacht. Das nützt dem Handwerk.

Ich möchte noch einmal auf die Frage nach der Behandlung von Veräußerungserlösen eingehen. Sie haben gesagt, durch die vorgesehene Regelung lasse sich kein Betriebsnachfolger finden. Durch diese Regelung – Erhöhung des Freibetrags von 60 000 auf 100 000 DM, die Fünftelung – werden weit über 90 % der Handwerksbetriebe besser gestellt.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Es besteht eine positive Stimmung. Diese positive Stimmung ist auch wichtig für die Investitionstätigkeit, die weitere Entwicklung, die Einstellung usw. Wir sollten eines nicht tun – Sie laufen jedoch Gefahr, dies zu tun; damit meine ich weniger Sie persönlich, Herr Minister, sondern Ihre Kollegen und Kolleginnen in den Fraktionen –:

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Wir sollten in dieser Situation keine schlechte Laune, keine miese Stimmung verbreiten, wir sollten nicht entmutigen,

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

sondern ermutigen, unterstützen, auf die positiven Entwicklungen hinweisen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Diese liberalen Miesepeter!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zugegeben: Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung vor anderthalb Jahren sind noch nicht alle Probleme des Mittelstands gelöst.

(Sabine Schlager)

Das war nicht möglich. Aber ich werde noch einige weitere Elemente der Berliner Politik nennen, die für Handwerk und Mittelstand sehr gut sind.

Herr Eichel hat einen sehr engagierten Sparhaushalt vorgelegt. Er beginnt unter großer Anstrengung mit der Haushaltskonsolidierung.

Aber in einem Bereich wird nicht gespart, nämlich bei der Bildung. Ein ganz besonderes Problem für den Mittelstand ist der Fachkräftemangel. Deswegen müssen im Etat die Ansätze für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erhöht werden. Das macht die Bundesregierung. Sehr viele Mittel davon kommen beim Mittelstand an und werden in Projekte umgesetzt. Das ist wichtig, damit der Mittelstand die Herausforderungen des Strukturwandels bewältigen kann. Das ist ein eindeutiger Punkt auf der Habenseite.

Außerdem – Herr Schmiedel hat es erwähnt –: Die Mittel für die überbetriebliche Ausbildung werden um 30 % erhöht. Wie sehr müssen wir gegen die Landesregierung anreden, damit sie endlich die Mittel für die überbetriebliche Ausbildung anhebt! Lernen Sie von der Berliner Regierung und machen Sie eine entsprechende handwerksfreundliche Politik bei der überbetrieblichen Ausbildung. Es ist nämlich wichtig, dass die Ausbildungsstätten für das Handwerk auf dem modernsten Stand sind. Und das sind sie in Baden-Württemberg nicht, und das werden sie mit Ihren Etatansätzen, Herr Döring, mittelfristig nicht werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Beratungsförderung im Handwerk: Bei den Haushaltsberatungen für den nächsten Bundeshaushalt gibt es Überlegungen, die Beratungsförderung umzuschichten, weg von einer festen Zuschussung der Kammern hin zu einer Beratungsförderung bei den Betrieben. Die können sich dann aussuchen, wo sie beraten werden wollen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das können Sie doch jetzt schon! Das gibt es schon!)

Gute Kammern werden dann weiterhin dieses Geld bekommen, weil Betriebe dort hingehen, und an Kammern – ich erlaube mir das zu sagen –, die in diesem Punkt ein bisschen verschnarcht sind, wird das Geld dann vorbeifließen. Aber was, meine Damen und Herren von der FDP/DVP, haben Sie gegen Wettbewerb bei der Beratungsförderung? Das ist es, was wir brauchen: qualifizierte Beratung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe)

Nicht die Kammern zu unterstützen, sondern die Betriebe, ist an diesem Punkt ein sinnvoller Ansatz. Außerdem ist die Bundesregierung ja im Gespräch mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, wie in Zukunft die Beratungsförderung und die Existenzgründungsförderung sinnvoll organisiert werden können. Ich bin sicher, es wird hier zu einer guten Lösung kommen. Von einer Kürzung in diesem Bereich kann einfach jetzt im Stadium dieser Vorberatung überhaupt nicht die Rede sein. Ich bitte Sie ausdrücklich: Machen Sie hier keine Stimmung beim Handwerk; denn die Betriebe kriegen das Geld weiterhin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Sie hetzen hier das Handwerk auf.

Jetzt noch eine Bemerkung zur vollen Besteuerung der Betriebsveräußerung. Es kann sein, dass unter dem politischen Druck, den Sie erzeugen, diese Regelung zurückgenommen werden muss.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Es wäre eine vernünftige Tat! – Weitere Zurufe)

Aber es wird dann für 95 % der Betriebe schlechter sein, weil für 95 % der Betriebe die neue Regelung eine Verbesserung darstellt.

(Zurufe von der FDP/DVP: Verbesserung?)

Der Freibetrag wurde jetzt von 60 000 DM auf 100 000 DM angehoben.

Bei einem durchschnittlichen Veräußerungsgewinn – hören Sie sich die Zahl an – von 170 000 DM bedeutet dieser Freibetrag von 100 000 DM, dass mehr als die Hälfte des Veräußerungsgewinns nicht besteuert wird.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was? Wie viel?)

– Es geht nicht um den Erlös, sondern um den Gewinn. – Das ist so. Eine Untersuchung von 60 000 Betrieben hat ergeben, dass 80 % einen Veräußerungsgewinn von unter 250 000 DM haben. Die stellen sich alle besser, Frau Berroth. Deswegen wird es vielleicht, weil es politisch schwer zu vermitteln ist, hier zu einer Änderung kommen. Sie haben dann, meine Damen und Herren, mit dem Aufhetzen in dieser Frage den Betrieben einen Bärendienst erwiesen. Der Freibetrag von 100 000 DM und die Streckung der Besteuerung auf fünf Jahre, wo Sie fünfmal hintereinander den Freibetrag haben, sind rechnerisch eine Verbesserung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Döring?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Frau Kollegin Schlager, Sie haben durch diesen vollen Steuersatz auf die Veräußerungsgewinne 3,2 Milliarden DM an Einnahmen eingeplant. Von wem kommen die dann?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Die kommen nicht von Handwerk und Mittelstand, sondern diese Regelung wird auch von großen Konzernen als Steuerschlupfloch genutzt, die dann bei der Veräußerung –

(Lachen bei der FDP/DVP)

– Doch. Die kommen nicht von den kleinen Betrieben, sondern wir stopfen hier ein Steuerschlupfloch bei den Großen, und die Kleinen stellen wir finanziell besser.

(Abg. Dr. Birk CDU: Zurück ins Tal der Ahnungslosen!)

(Sabine Schlager)

Nehmen Sie einfach die Rechenbeispiele aus dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags, Herr Döring. Dort können Sie die entsprechenden Ergebnisse nachlesen. Ich bitte Sie auch hier: Machen Sie keine unnötige Stimmung beim Handwerk. Sie torpedieren eine positive Lösung, die zum Vorteil des Handwerks ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss kommen und noch eine ganze Kleinigkeit erwähnen. Wenn Sie sagen, das Handwerk sei der Bundesregierung nichts wert, sage ich Ihnen noch zum Abschluss: Die Subventionen, nach denen das Handwerk gar nicht ruft, sind im Haushalt 1999 von 252 Millionen DM auf 272 Millionen DM gestiegen – und das in einer Zeit, in der der Bundesfinanzminister einen Sparhaushalt vorlegt. Mögen Sie daraus die Wertschätzung ablesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmiedel, ich weiß, wie schwierig es ist, sich bei solchen Leistungen einer Bundesregierung zu verteidigen, aber Sie hätten besser gestern zur verlässlichen Halbtagschule gesprochen. Dafür hätten Sie das genügende Fachwissen. Ich traue Ihnen manchmal noch nicht einmal zu, dass Sie einen Schraubenzieher von einem Spaten unterscheiden können. Da ist es schlecht, wenn man vom Handwerk spricht.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von der SPD: Sie disqualifizieren sich selbst!)

Ich sage aber auch eines: Diese Diskussion um das Handwerk passt nicht in das ideologische Konzept von Rot-Grün. Was Sie haben, das sind freie Handwerksbetriebe, aber was Sie wollen, das ist so eine Art VEB Betonbau oder VEB Gas und Wasser. Das haben Sie eben nicht, und das bekommen Sie auch mit uns hier nicht.

Meine Damen und Herren, kleine Betriebe, vor allem im Handwerk, erwirtschaften in Baden-Württemberg etwa 50 % des Bruttosozialproduktes, sie zahlen aber – das ist die Zahl aus der Vergangenheit – 60 % der Steuern. Da sieht man schon, was dabei herauskommt, wenn Ihre Steuerreform irgendwann zieht.

Eine besondere Belastung haben wir vorher gar nicht angesprochen. Ganz wichtig ist wieder diese völlig blödsinnige Art des arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienstes, die ja jetzt die Kleinen erreicht und wieder ein wahnsinniges Geld verschluckt, die wieder eine Bürokratie erzeugt, für Belastungen sorgt und die Leute draußen entmutigt. Auch hier sollte einmal etwas geändert werden.

Das Handwerk stellt zwei Drittel der Arbeitsplätze in unserem Land. Das wurde nicht gesagt, aber ich habe die Zahl genannt, dass wir in den letzten sechs Jahren alleine im Handwerk 100 000 Arbeitsplätze verloren haben – 100 000 Schicksale –, die eigentlich immer sehr gut für die Menschen, für das Land, für die Sozialämter und vor allem für die Bundesanstalt für Arbeit waren, die für die Leute dann nicht als Ersatzstelle eintreten musste.

Wir brauchen gute Ausbildung, aber wir brauchen für das Handwerk letzten Endes natürlich auch die Chance, die Ausgebildeten gegenüber der Industrie zu halten. Das ist ganz wichtig. Es kommt darauf an, hier etwas zu machen.

Frau Kollegin Schlager, ich weiß, dass Sie Ihre Kollegen im Bundestag in Schutz nehmen wollen, aber die Ökosteuer ist für das Handwerk einfach eine Katastrophe, insbesondere für diejenigen, die viel Auto fahren müssen, die einfach berufsbedingt flexibel und an jedem Ort und zu jeder Zeit sein müssen. Das ist verrückt.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Einspruch!)

Wir brauchen weniger Vorschriften. Wir brauchen eine absolute Senkung aller Lohnnebenkosten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Mit den Einnahmen der Ökosteuer zum Beispiel!)

– Ja, die haben wir aber de facto nicht. Wir zahlen mehr und bekommen nichts oder nur eine symbolische Summe zurück. Überhaupt kein Arbeiter oder Unternehmer hat am Ende des Monats gemerkt, was da abging, aber er merkt es an den Benzinrechnungen, die Sie in die Höhe getrieben haben.

Das heißt, wir brauchen noch vieles mehr. Wir brauchen eine bessere Vorbereitung der Jugend auf das Berufsleben. Da ist die Schule gefragt, dass sie die Kinder im Schulalter schon näher ans Arbeitsleben heranbringt. Wir brauchen natürlich nicht nur eine bessere Landesregierung, sondern auch eine bessere Bundesregierung. Eine gute Opposition im Landtag haben wir schon. Das sind die Republikaner.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Debatte ist damit beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Haltung der Landesregierung zu der Greencard-Initiative im Bundesrat – beantragt von der Fraktion der SPD

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen vorgegebenen Zeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat diese Debatte beantragt, weil wir in einer sehr einfachen, sehr pragmatischen, aber für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland sehr wichtigen Frage Klarheit wollen. Es geht darum, ob die Landesregierung von Baden-Württemberg

(Maurer)

jetzt bereit ist, der Initiative der Bundesregierung, die unter dem Stichwort „Greencard“ läuft, der Anwerbung von hoch bezahlten, hoch qualifizierten IT-Spezialisten nach Deutschland für einen begrenzten Zeitraum, zuzustimmen, oder ob sie weiterhin als letztes Mitglied der Vereinigung „Rüttgers-Klub“ zu verbleiben gedenkt.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass diese Frage hoch bedeutsam für unseren Wirtschaftsstandort ist.

(Abg. Eigenthaler REP: Armer Wirtschaftsstandort!)

Wir haben uns darüber schon ausgetauscht, aber man kann es nicht oft genug sagen. In Deutschland sind von der Wirtschaft, aber auch in den Bildungsbereichen die Notwendigkeiten des Wachstums der neuen Technologien insgesamt sträflich unterschätzt worden. Wir haben heute einen massiven Engpass, der verhindert, dass diese Unternehmungen so wachsen können, wie sie eigentlich von der Weltkonjunktur her wachsen könnten. Es geht allen Rep-Behauptungen zum Trotz

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

dabei nicht um ein Konkurrenzproblem zu deutschen Arbeitslosen, sondern genau um das Gegenteil. Nur wenn es uns gelingt, im Wettbewerb mit anderen Staaten wie den USA, England, Frankreich diese Spezialisten zu gewinnen, werden diese Unternehmungen in Deutschland so wachsen können, dass auch viele Deutsche eine Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wie gesagt, es geht um eine ganz pragmatische, von der Sache her notwendige und gebotene Entscheidung. Es geht nicht darum – das sage ich ausdrücklich –, irgendwelche wolkigen Asyldebatten vom Zaun zu brechen, sondern um eine Sachentscheidung, die von der ökonomischen Vernunft her geboten ist.

Ich habe letzte Woche gedacht, dass wir diese Aktuelle Debatte vielleicht gar nicht brauchten und sie durch eine andere ersetzen könnten. Ich habe in den „Stuttgarter Nachrichten“ gelesen, Herrn Oettinger und Herrn Kauder sei es jetzt gelungen, den Hasen Teufel zum Jagen zu tragen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Hase jagt?)

Es sei zwar anstrengend gewesen, aber er werde jetzt der Greencard zustimmen. Dann habe ich aber gehört, das sei doch noch nicht so, man müsse ihn noch ein ganzes Wochenende lang in der Villa Reitzenstein belagern. Das hat dann offensichtlich auch stattgefunden. Wir haben dann alle mit Spannung gewartet, was denn der kreißende Berg gebiert.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Eine Hasenmaus!)

Aber ich muss sagen: Ich bin nach wie vor völlig im Unklaren über die Haltung dieses Ministerpräsidenten; denn was ich da lese, ist der klassische Formelkompromiss, ab-

geschlossen mit jemandem, der seine alten, seine falschen Positionen nicht räumen will, aber unter dem Druck mancher zurückweichen muss, aber dann doch nicht so richtig nachgeben will. Dafür spricht dieses Papier, das uns vorgelegt worden ist, Bände, nämlich zu der Frage, ob die Regierung von Baden-Württemberg jetzt der Greencard-Initiative der Bundesregierung zustimmt. Diese Frage kann man mit Ja oder Nein beantworten.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Eben nicht! Eben so nicht! Eben so einfach nicht!)

Diese Frage wird aber nicht beantwortet. – Sie bestätigen mich da ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Damit bleibt die Antwort auf die Frage unklar, ob Sie in einer zentralen, wichtigen ökonomischen Frage weiter die Blockierer sein wollen oder sich der gesamten ökonomischen Vernunft auch der deutschen Wirtschaft anzuschließen gedenken. Das ist Ihr Problem. Parteitaktisch könnten wir uns darüber freuen. Das ist aber zum Schaden dieses Landes und des Wirtschaftsstandorts.

Es ist auch schlimm genug, dass Sie zu der zweiten Frage wirklich etwas Unsägliches formuliert haben. Herr Kollege Oettinger hat in den letzten Wochen eine Debatte darüber eröffnet, dass wir noch eine Menge anderer Leute nach Deutschland holen müssten, nicht nur IT-Spezialisten, sondern, wenn ich es richtig verstanden habe, auch jede Menge Ingenieure, und er hat auch gesagt: für den Pflegebereich, die Landwirtschaft und für was weiß ich. Ich habe schon gedacht, da finde jetzt die größte Zuwanderung aller Zeiten statt, organisiert durch die CDU.

(Zuruf des Abg. Schonath REP)

Aber gleichzeitig sagt der Herr Innenminister: Wenn noch ein Mensch aus dem Kosovo oder aus Bosnien hier ist, der hoch qualifiziert ist und den sein Handwerksmeister unbedingt behalten will, können wir das aus ideologischen Gründen nicht zulassen.

Ich sage: Es ist ein Irrsinn, eine Debatte über zusätzliche Einwanderung zu eröffnen und gleichzeitig hoch qualifizierte, fleißige und integrierte Leute abzuschieben. Das ist ein absoluter Irrsinn.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die einen sollen raus, die anderen rein!)

Dann habe ich also gedacht, bei diesen Belagerungen werde jetzt Klarheit darüber geschaffen. Und nun lese ich hier: Bei der Rückführung wird, wie auch bisher, differenziert vorgegangen. Donnerwetter, kann ich da nur sagen. Die fantastische Mitteilung ist also: Es wird wie bisher vorgegangen. Die nähere Erläuterung besteht darin: So ein Mensch hat dann die Chance, auf das Ende der Abschiebeliste gesetzt zu werden. Das ist ja eine tolle Perspektive für den Betrieb und vor allem für den Menschen. Also auch da: Im Kreißen lag ein Berg und stöhnte, und er gebar eine Maus.

(Maurer)

Deswegen sage ich Ihnen: Sie müssen sich bewegen. Sie dürfen nicht ausweichen – ich kann Sie da nur warnen – und Ihr Heil in einer ideologiebefrachteten Asyldebatte suchen. Das hätten Sie wohl gern, aber da werden wir Ihnen nicht auf den Leim gehen. Wir sind für europäische Regelungen, aber für europäische Regelungen, die den humanen Grundsätzen unserer rechtsstaatlichen Tradition in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen. Dafür sind wir.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Aber Sie können sich nicht, indem Sie in den ideologischen Wolkendunst ausweichen, vor Entscheidungen drücken. Wie sagt der Herr Ministerpräsident so schön? „Die Wirklichkeit ist konkret.“ Sie ist konkret, Herr Teufel. Sie müssen also jetzt erklären: Stimmen Sie der Greencard-Initiative zu, ja oder nein? Und sind Sie bereit, endlich einen gesicherten Rechtsstatus für Betriebe und Menschen, die sich hier integriert haben und die dringend benötigt werden, zu schaffen und darauf zu verzichten, sie aus ideologischen Gründen wegzudrücken? Sie können – das ist das Kernproblem; das müssen Sie in der CDU beantworten – nicht gleichzeitig die Bedürfnisse unserer Wirtschaft, die in einem dramatischen Wettbewerb in der globalisierten Welt steht und die dafür hoch qualifizierte Menschen braucht – andere tun das ganz selbstverständlich –, bedienen und gleichzeitig mit Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments hausieren.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das können Sie nicht. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie entweder den rechten Rand bedienen wollen oder ob Sie eine moderne Wirtschaftspolitik machen wollen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Diese Entscheidung haben Sie wieder vertagt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine sehr geehrten Herren Kollegen! Es gehe nicht darum, wolkige Asyldebatten vom Zaune zu brechen, sagt der Kollege Maurer. Genau dies haben führende Repräsentanten Ihrer Partei getan.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es bei diesem Thema Streit im bürgerlichen Lager.

(Lachen des Abg. Maurer SPD)

Keine Sorge! Die CDU Baden-Württemberg hat ein stimmiges Gesamtkonzept,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

bei dem Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort sehr wohl mit dem Thema „Integration, Zuwanderung und Auslän-

derpolitik“ vereinbar sind. Gern stellen wir Ihnen jeden Punkt einzeln vor. Aber seit der Rede des Bundespräsidenten ist doch bei Ihnen die Welt nicht mehr in Ordnung.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Seitdem geht es bei den Sozialdemokraten drunter und drüber.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD:
Im Gegenteil!)

Deswegen stellen wir die Frage, wie Sie es mit dem Thema „Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung“ halten. Struck bei Christiansen am Sonntag: Ein Einwanderungsgesetz komme vermutlich noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestags.

(Abg. Haas CDU: So! Ah ja!)

Schröder warnte gestern in der Bundestagsfraktion davor. Schily sagte im Oktober des Jahres 1999: „Das Asylrecht lässt sich nicht halten.“ Und er sagte wörtlich etwas, was ich nicht so formuliert hätte: „Die Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten.“

(Abg. Haas CDU: Jawohl!)

Heller Aufschrei in Ihrer Partei. Der erste Ausländerpolitiker, der Bundesinnenminister, hat hier in einem Maße Wahrheit verdeutlicht, wie es Ihnen nur un bequem sein kann. Deswegen ist die entscheidende Frage, verehrter Herr Kollege Maurer: Sind Sie im Grundsatz zu einer Debatte über die Steuerung von Zuwanderung im Rahmen dessen, was an Integration leistbar ist, bereit, oder blenden Sie dies alles aus und sagen immer nur „Greencard, Greencard“, obwohl die Greencard nur ein ganz kleiner Ausschnitt einer viel größeren Gesamtschau ist, die die Sache verdient hat?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Wir stellen uns der Gesamtschau, und Sie blenden diese un bequemen Fragen aus.

Wenn die Wirtschaft 10 000 oder 20 000 neue Fachleute durch eine Änderung des Aufenthalts- und Arbeitsstättenrechts haben möchte, dann hat dies eine nüchterne und ergebnisoffene Betrachtung verdient. Sie wird in der Union in den nächsten Wochen geführt; aber noch liegt der Verordnungsentwurf nicht vor. Sie haben die Hausaufgabe zu machen, den Verordnungsentwurf vorzulegen. Der muss erst einmal ins Bundeskabinett, und dann kommt er im Juni oder Juli in den Bundesrat. Warten Sie es ab.

Zweitens: Wer 20 000 Fachleute und ihre Familien holen will, muss die Frage beantworten, ob diese 20 000, 30 000 oder 40 000 Personen zusätzlich gemeint sind oder ob die Zahl derer, die zu uns kommen, dann neu gesteuert werden muss. Wir glauben, wer neue Fachkräfte holen will, muss sich dem un bequemen Thema stellen, die Integrationsleistung der deutschen Bevölkerung nicht zu überfordern und die Zahl deswegen stärker als bisher zu begrenzen und dort zu steuern, wo bisher Missbrauchsmöglichkeiten bestehen.

(Beifall bei der CDU)

(Oettinger)

Zum Beispiel im Asylbereich: Schily sagt, nur 4 oder 5 % aller Asylanträge würden im Ergebnis anerkannt. Wenn dem so ist, dann darf doch die Frage einer Änderung des Asylrechts bis hin zu einer Anpassung des Grundrechts nicht ausgeblendet werden. Es geht doch nicht um wolkige Asyldebatten, sondern um die ganz konkrete Frage: Sind Sie zu einer Weiterentwicklung des Asylrechts bereit, ja oder nein? Hat Schily Recht, oder was gilt denn nun bei der SPD?

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Dann, verehrter Kollege Maurer, bieten Sie dem Nachbarland Türkei Mitgliedschaftsverhandlungen für die Europäische Union an.

(Abg. Deuschle REP: Ein Nachbarland von Deutschland?)

Ich glaube, dass die Türkei ein Nachbar Europas, ein Partner, ein Handelspartner ist. Aber ich halte das Mitgliedschaftsangebot an die Türkei für falsch. Die Union lehnt die volle Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ab.

(Abg. Deuschle REP: Ja, wie lange?)

Auch diese Frage gehört auf den Tisch. Hier hat die Regierung Schröder Fakten geschaffen, die in Deutschland so längst nicht mehrheitsfähig und letztendlich mit Integration nicht vereinbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Dann geht es um die Frage des Familiennachzugs. Die EU-Kommission bereitet eine neue Richtlinie zu erleichterten Nachzugsmöglichkeiten von Nicht-EU-Staatsbürgern nach Europa vor. Was tut die Bundesregierung dazu? Der Familiennachzug ist primär eine Herausforderung, eine Überforderung für den Standort Deutschland.

(Abg. Deuschle REP: Warum fallen Sie dann jetzt um?)

Der letzte Punkt, der erwähnt werden muss: Wenn wir bei knapp 4 Millionen Arbeitslosen in immer mehr Branchen offene Stellen vorfinden, dann stimmt doch etwas mit der Zumutbarkeit von Arbeit für die, die arbeitslos sind, nicht mehr.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Carla Brengener und Birgit Kipfer SPD)

Beim Thema „Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe“, beim Thema Abstandsgebot hat die alte Bundesregierung zweier- oder dreimal neu justiert, aber eine weitere Veränderung ist überfällig, ebenso beim Thema „Zumutbarkeit von Arbeit“.

Ich frage Sie: Sind Sie im Prinzip bereit, auch das Arbeitsrecht anzugehen? Beim Thema Greencard müssen wir vielleicht schnell handeln, aber es gibt in immer mehr Branchen offene Stellen, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen auf einem zu hohen Niveau gehalten wird. Ich halte es für zumutbar, dass jeder, der arbeitslos ist, eine Arbeit annimmt. Bisher ist bei diesem Thema die Zahl der of-

fenen Stellen und die Zahl der Arbeitslosen nicht auf einen zumutbaren, fairen Nenner gebracht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gestatten Sie mir aber noch eine letzte Anmerkung. Vielleicht hat derzeit bei Ihnen die Generation der Modernisierer Konjunktur.

(Abg. Braun SPD: Der Haarfärber!)

Dass wir aber in Deutschland tendenziell eine Technik- und Technologiefreundlichkeit von Links bekommen haben –

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: So ist es! – Zurufe der Abg. Renate Thon und Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen und der Abg. Christine Rudolf SPD)

es ist jahrzehntelang die Politik der SPD und der Grünen gewesen, in neuer Technik nur Gefahren und nicht Chancen zu sehen –, dass im Grunde genommen Generationen von Schülern davon abgeraten wurde, in Berufe mit Technik zu gehen, das ist Ihr Versäumnis, beruht auf Ihrer falschen Ideologie, Ihrer falschen Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ein schwachsinniger Quatsch! – Unruhe)

Deswegen: Wer mit dem Thema Greencard vielleicht eine pragmatische Lösung auf Zeit hat, kommt um eine durchgreifende Veränderung, eine positive Einstellung zu allen Chancen der Technik nicht herum.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Da haben Sie trotz Ihres Modernisierungsgeredes Ihre Hausaufgaben noch längst nicht gemacht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Fangen Sie doch beim Fußball an! – Abg. Brechtken SPD: Dummes Geschwätz ist das! Dümmer geht es nimmer! Das ist ein Niveau vom „Goldenen Ochsen“ im Nebenzimmer!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schwierige bei dieser Debatte ist, dass die Vertreter der CDU immer, wenn es um Fragen des Zusammenlebens und der Integration geht, wenn es um die Frage der Ausländer geht, zum groben Ton und zum Holzhammer greifen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Das ist deshalb so fatal, weil das einen Beitrag dazu leistet, dass Integration in diesem Land schwieriger wird, weil unsere ausländischen Mitbürger bei diesen Tönen große offene Ohren haben.

(Dr. Hildebrandt)

(Abg. Deuschle REP: Die verstehen doch gar nicht gut Deutsch!)

Ich will Ihnen drei Beispiele nennen.

Sie haben es für richtig gehalten, in diese Debatte Ihre prinzipielle Ablehnung der Mitgliedschaft der Türkei in der EU als Argument einzuführen. Wussten Sie zum Beispiel, dass unter den ausländischen Arbeitskräften im IT-Bereich aus Nicht-EU-Ländern die Türken und Türkinnen laut Beschäftigungsstatistik mit 1 500 Personen die größte Gruppe stellen? Unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Nutzens, den wir haben, muss Ihnen doch wenigstens dieses Argument eingehen, wenn schon die humanistischen Argumente nicht so sehr bei Ihnen landen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das hat doch mit dem EU-Beitritt nichts zu tun, Herr Kollege!)

Der wirtschaftliche Nutzen, den wir durch die Zu- und Einwanderung aus der Türkei haben, lässt sich also auch im IT-Bereich mit Zahlen belegen.

Zweitens: die Arbeitslosigkeit. Das Problem ist nicht die Zumutbarkeit, Herr Oettinger; das Problem ist die Qualifikation und die Befähigung der Arbeitslosen zu Arbeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf des Abg. Haas CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Stimmt doch gar nicht! Das glauben Sie selber nicht! So ein Blödsinn!)

Es geht doch nicht darum, dem arbeitslosen Ingenieur jetzt zuzumuten, Softwareentwickler zu werden, sondern man muss ihn dazu befähigen. Wo bitte schön bleibt die Stiftung Weiterbildung im Lande Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Birk CDU: Schauen Sie doch mal in die Gastronomie! Landwirtschaft, Gastronomie, wo sind die Bereiche bei Ihnen?)

die Sie uns seit Jahren versprochen haben und bei der Sie nicht in der Lage sind, sie endlich zu realisieren?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: So ein Schwachsinn!)

Immer, wenn Sie davon sprechen, sprechen Sie von Restriktionen, Verboten, Abschiebungen, Zumutung. Sie sprechen nie von Angebot, von Werbung und von Wettbewerb.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Der Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen hat unter anderem ein positives Ergebnis, nämlich dass er mit der Anti-Indy-Kampagne des CDU-Spitzenkandidaten Rüttgers Schluss gemacht hat und dass wir jetzt eine Chance haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

diese Frage endlich ruhig und überlegt und sachlich zu diskutieren.

Die Greencard-Regelung wird eingeführt, weil sie von der Wirtschaft verlangt wird und weil die Argumente für sie so

stark sind. Ich sage Ihnen voraus: Sie werden ihr zustimmen. Selbst Herr Teufel, der Letzte in der Riege der Umfaller der CDU, wird dieser Regelung zustimmen.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben doch auch in die Presse geschaut. Da hieß es: „Der Schwenk“, „Teufel lenkt ein“, „Teufels Kehrtwende um 180 Grad“. Es gab Kommentare, die überschrieben waren mit „stur und kurzsichtig“, „wenig flexibel“. Das beschreibt genau das, was im Augenblick innerhalb der CDU stattfindet.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist aber bekannt! – Abg. Dr. Birk CDU: Pflegt ihr eure Feindbilder! Wir auch!)

Innerhalb der CDU wird an der Demontage des Ministerpräsidenten Erwin Teufel gearbeitet, weil er wie ein Block der notwendigen Entwicklung im Wege steht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber langsam! Ball flach halten!)

Aber Sie arbeiten noch nicht an einem Neuanfang. Sie haben noch zu wenig getan.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das rührt einen fast ans Herz, wie Sie sich um uns kümmern!)

Sie arbeiten immer noch an der Agonie dieser Landesregierung, an ihrer Beharrlichkeit und nicht an ihrer Änderung.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wollen Sie was bei uns werden?)

Sie haben doch selber eine Kommission beauftragt, ein „Leitbild Baden-Württemberg 2000“ zu erarbeiten. Es gibt einen Bericht der Zukunftskommission 2000. In beiden Dokumenten wird schon seit längerer Zeit niedergelegt, dass es eine einsichtige Begründung für Einwanderung nach Deutschland gibt. Sie haben gesellschaftspolitische Überlegungen aus Ihrer Regierung sozusagen outgesourct in eine Kommission, die sich darüber Gedanken gemacht hat – ein hervorragender Gedanke, wenn Sie es schon nicht selber machen. Aber dann sind Sie nicht einmal in der Lage, die Ergebnisse dieses Outsourcings zurückzukaufen und in Ihrer Regierungspolitik zu nutzen, nämlich dass wir eine Einwanderung und nicht eine Zuwanderungsbegrenzung brauchen. Das ist das, was jetzt durch die Rede von Herrn Bundespräsident Rau, durch die Greencard-Initiative des Bundeskanzlers Schröder und durch die langen, hartnäckigen Forderungen nach einem Einwanderungsgesetz von der grünen Fraktion in Bonn und Berlin endlich auf den Tisch kommt, dass wir vernünftige Regelungen brauchen, die sich im Übrigen, wie Frau Merkel gestern im Fernsehen gesagt hat – ich habe aufmerksam zugehört –, mit dem Asylrecht nicht verrechnen lassen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Aha! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Hildebrandt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Ja, gern.

Abg. Kluck FDP/DVP: Wenn Sie, Herr Kollege Dr. Hildebrandt, für ein Einwanderungsgesetz sind, warum haben Sie dann dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion im Bundestag nicht zugestimmt, sondern ihn abgelehnt?

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe Ihre Beschlüsse von Biberach aufmerksam gelesen, und ich teile die Kommentare, die in der Presse zu lesen waren, dass es sich um einen Zwitter handelt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Quatsch! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war doch nicht die Frage!)

– Ich rede über einen konkreten Gesetzentwurf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, natürlich!)

Ja, das ist ein Zwitter, und ich denke, das Einwanderungsgesetz, das Sie vorgeschlagen haben, war in der gegebenen Form nicht zustimmungsfähig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, warum denn?)

In Baden-Württemberg haben Sie ja noch etwas draufgelegt, weil zum einen Ihr Wirtschaftsminister gefordert hat, dass wir eine Zuwanderung von 200 000 brauchen – diese Zahl hat er genannt –, Sie dies aber in Ihren Beschlüssen von Biberach zum anderen zurückgenommen haben

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was haben wir?)

und nicht ein Einwanderungsgesetz,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und Steuerungsgesetz!)

sondern ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz vorgeschlagen haben. Das ist etwas anderes, zumal noch hinzukommt, dass der baden-württembergische Landesverband der FDP einen Punkt, der mir die FDP früher immer sympathisch gemacht hat, zurückgenommen hat, nämlich die Verteidigung des Asyls als Grundrecht in dieser Gesellschaft.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das steht doch gar nicht drin!)

Sie haben sich damit zu Recht die Kritik Ihres Jugendverbandes eingehandelt.

Wir haben in diesem Parlament – lassen Sie mich das zum Schluss sagen – seit langem eine parlamentarische Mehrheit für die Greencard-Initiative und für weiter gehende ausländerrechtliche Zuwanderungsbestimmungen in der Bundesrepublik. Machen Sie davon doch Gebrauch! Gehen Sie doch in dieser Hinsicht mit uns zusammen und überlegen Sie sich, ob die Einschränkung des Asylrechts mit den Liberalen nicht doch anders zu lesen ist, als Sie das bisher vorgeschlagen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber auf die Frage haben Sie nicht geantwortet!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zwei Dinge vorwegnehmen, die mir für die Gesamtbeurteilung des Themas besonders wichtig sind.

Der erste Punkt ist: Wir sollten uns daran gewöhnen und endlich zur Kenntnis nehmen, dass es in der Zukunft nicht darum geht, dass sich Deutschland gnädigst herablässt und zugesteht, dass der eine oder andere Ausländer nach Deutschland einreisen kann, sondern dass es darum geht, dass weltweit längst ein Wettbewerb um die klügsten Köpfe im Gange ist und die Deutschen aufpassen müssen, dass sie bei diesem Wettbewerb nicht unterliegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Wir sollten nicht über Insellösungen sprechen. Wir sollten nicht über eine Maßnahme da und eine Maßnahme dort, sondern über Gesamtkonzepte sprechen. Da aber bin ich für jeden Trippelschritt, für jeden einzelnen Schritt dankbar, der in der Lage ist, einen Beitrag auf dem Weg zu einem Gesamtkonzept zu leisten, der also in der Lage ist, einen Beitrag zu leisten, um zum Beispiel die Zuwanderung verlässlich zu steuern und zu regeln, der in der Lage ist, den Fachkräftemangel in der Bundesrepublik Deutschland zu mildern, und der gleichzeitig in der Lage ist, die humanitären Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Sie wissen, dass im Deutschen Bundestag seit einigen Wochen ein moderner Gesetzentwurf für ein Zuwanderungsgesetz vorliegt. Wenn Sie nun, Herr Kollege von den Grünen, ein Gesamtkonzept wollen, und wenn Sie all das wollen, was ich gerade vorgetragen habe – Beseitigung des Fachkräftemangels, Steuerung und Regelung der Zuwanderung und Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte –, kann ich Ihnen nur empfehlen: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu! Dann haben Sie das Gesamtkonzept.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt nicht, Herr Kollege. Wir haben eine zweite Runde.

Ich sage ja nicht, dass die Greencard-Initiative des Bundeskanzlers eine schlechte Sache sei; das sage ich ja gar nicht. Ich glaube, sie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es handelt sich natürlich um eine isolierte Lösung; sie löst nur ein Teilproblem,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das weiß doch jeder!)

nämlich den IT-Bereich. Insofern springt die Initiative zu kurz. Wir brauchen in der Zukunft keine Teillösungen, sondern Gesamtlösungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade die Greencard-Lösung zeigt, dass es nicht ausreichend ist, nur Insellösungen auf den Weg zu bringen. Wir brauchen vielmehr wirklich komplette Gesamtlösungen.

Dazu gehört natürlich auch die Frage, wie wir es in Zukunft mit den Bürgerkriegsflüchtlingen halten. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen dazu ganz offen meine Meinung. Wer wie Sie jeden Tag einen ganzen Paken von Briefen von mittelständischen Firmen, von Handwerksbetrieben bekommt und die Frage beantworten muss, ob es

(Pfister)

einen Sinn macht, auf der einen Seite via Greencard Menschen aus dem Ausland zu uns zu holen und auf der anderen Seite Menschen, die schon hier sind, in Lohn und Brot sind, ihr Geld verdienen und für die mittelständische Wirtschaft wichtig sind, nach Hause zu schicken, weiß: Das macht keinen Sinn. Deshalb muss auch dieser Punkt in ein Gesamtkonzept gebracht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Ich sehe jedenfalls mit großer Genugtuung und wirklich auch mit großer Freude, dass das, was die Bundestagsfraktion in ihrem Gesetzentwurf im Sinne einer Gesamtlösung schon vor einiger Zeit auf den Weg gebracht hat, dass dieser unser Vorschlag in der Vergangenheit immer mehr Nachahmer und Freunde gefunden hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt habt ihr es wieder erfunden!)

Ich freue mich darüber, Kollege Salomon, dass in der letzten Woche der Generalsekretär der CDU, Herr von Polenz,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Hat der jetzt schon einen Adelstitel?)

genau ein modernes Zuwanderungsgesetz gefordert hat. Ich freue mich darüber, dass Frau Merkel

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Frau von Merkel!)

in der Zwischenzeit in diese Richtung denkt. Ich freue mich auch darüber, dass die Landes-CDU in Baden-Württemberg uns jetzt auf diesem Weg folgt.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Maurer, was ich mir auch noch wünschen würde, wären deutlichere Signale aus der SPD und von den Grünen auf diesem Weg zu einem modernen Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will die Frage, die hier vom Kollegen Maurer gestellt worden ist, klar beantworten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Von Maurer!)

Die Frage lautet ja: Wie geht die baden-württembergische Landesregierung mit dieser Greencard-Initiative im Bundesrat um? Dazu sage ich Ihnen Folgendes: Ich rate der Landesregierung erstens,

(Zurufe von der SPD: Zuzustimmen!)

Ja zu sagen zur Greencard-Initiative.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Allerdings will ich vorher natürlich auch noch den Verordnungsentwurf sehen.

(Abg. Brechtken SPD: Da sind wir großzügig, Herr Kollege!)

Denn eines ist klar: Je bürokratischer dieser Verordnungsentwurf ist – und ich hoffe nicht, dass er bürokratisch ist –,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Desto schlechter ist er!)

umso schwieriger wird es ja, überhaupt die Menschen aus Indien oder anderswo nach Deutschland zu holen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Indien ist doch gar nicht das Thema! Das war Rüttgers' Thema!)

Wenn Sie da bürokratischen Unsinn hineinschreiben, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass die Menschen nicht nach Deutschland kommen, sondern gleich nach Amerika gehen. Deshalb muss dieser Verordnungsentwurf so unbürokratisch wie möglich sein.

Ich rate aber der Landesregierung ein Zweites: Ich rate der Landesregierung, neben einer Zustimmung zur Greencard gleichzeitig einen Entschließungsantrag zu stellen, in dem klargemacht wird, dass es eben nicht nur um die Greencard geht, dass es nicht nur um Insellösungen geht, sondern dass wir in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ein modernes Zuwanderungsgesetz brauchen, das in der Lage ist, die Probleme, die ich angesprochen habe, zu lösen.

Deshalb ist meine Einschätzung die: Ja zur Greencard, aber gleichzeitig auch ein klares Ja zu einer weiter gehenden Zuwanderungsregelung, die wir in Deutschland brauchen. Wir haben einen solchen Vorschlag auf den Tisch gelegt, und ich bin sehr zuversichtlich, dass dieser Vorschlag nicht nur etwas taugt, sondern dass die Zahl derjenigen, die bereit sind, ein solches modernes Zuwanderungsgesetz in der Zukunft zu begleiten und ihm zuzustimmen, in der Zukunft wächst. Ich bin da sehr, sehr zuversichtlich, dass die FDP/DVP auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Greencard zum Dritten. Ich würde sagen: Jetzt ist eigentlich die rote Karte gefragt, und zwar einmal für die Absichten der Bundesregierung, aber auch für den Versuch des Ministerpräsidenten, hier im Salto mortale noch den Absprung zu finden und das Gesicht zu wahren.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will, bevor wir zu der widersprüchlichen Haltung der Landesregierung kommen, noch ein paar Worte zum Thema Standortsicherung sagen. Hier wird so argumentiert, als ob das alles ganz klar wäre. Selbstverständlich bräuchte man trotz der zigtausend arbeitslosen EDV-Spezialisten in Deutschland diese Arbeitskräfte von außen, und man bräuchte sie eigentlich deswegen, weil Arbeitsplätze anders nicht zu sichern wären. Das ist auch so eine Totschlagargumentation, denn wer ist schon gegen Arbeitsplätze?

Interessant ist nur, meine Damen und Herren, dass es gerade hier im Land aus fachkundigem Mund ganz andere Positionen gibt.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

(Dr. Schlierer)

Ich will bei dieser Gelegenheit an die Äußerungen des Dekans des Fachbereichs Informationstechnik an der Fachhochschule Esslingen erinnern. Professor Gündner hat vor kurzem in einem Interview mit der „Eßlinger Zeitung“ sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die notwendigen Informatiker, nach denen man jetzt sucht, sehr wohl im eigenen Lande zu finden seien und dass es auch falsch sei zu argumentieren, die bei uns arbeitslosen Informatiker seien nicht in der Lage, die gestiegenen Anforderungen zu erfüllen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Er weist darauf hin, dass viele dieser arbeitslosen Informatiker in relativ kurzer Zeit wieder an den Stand der Dinge herangeführt werden könnten und dass dazu auch freie Kapazitäten an den Fachhochschulen vorhanden seien.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Vor diesem Hintergrund – das sage ich ganz offen – ist die Debatte, die heute hier geführt wird, unredlich.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie wird von falschen Voraussetzungen aus geführt. Insofern sind diejenigen, die sich gegen die Greencard-Initiative der Bundesregierung wehren, in ihrem Standpunkt mit guten Argumenten gesichert.

Im Übrigen ist diese Debatte auch deswegen unredlich, weil wir doch ganz genau wissen, meine Damen und Herren, dass die Vorstellung – und insofern ist ja der Begriff Greencard benutzt worden –, man könne diese Arbeitsverhältnisse befristen oder zumindest einer Verfestigung des Aufenthaltsstatus in Deutschland entgegenwirken, völlig illusorisch ist.

Ich erinnere Sie daran, dass wir kurz vor der Verabschiedung einer EU-Richtlinie stehen, die wir dann in diesem hohen Hause auch wieder abnicken dürfen, bei der es um Neuregelungen zur Familienzusammenführung geht.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Wenn diese dann greifen, meine Damen und Herren, bedeutet das, dass jeder hier nach einem Jahr Anspruch auf Familienzusammenführung hat. Auch das müssen Sie in den Auswirkungen berücksichtigen.

Ich will noch einen Grundgedanken in die Debatte einführen. Es mag aus betriebswirtschaftlicher Sicht bisweilen interessant oder begründbar sein, solche Arbeitskräfte heinzuholen. Ob es aber aus volkswirtschaftlicher,

(Abg. Deuschle REP: So ist es!)

aus gesamtwirtschaftlicher Sicht auf lange Zeit sinnvoll ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

(Beifall bei den Republikanern)

Nun zur Haltung der Landesregierung. Der Ministerpräsident sagte laut „Welt“: vom 18. April: „Wir brauchen keine Greencard.“

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Staatsminister Dr. Palmer sagte nach „Heilbronner Stimme“ vom 28. April: „Greencard wäre ein völlig falsches Signal.“

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Herr Oettinger sagte am 5. Mai, das sei ein respektabler Vorstoß. Der Abgeordnete Kurz forderte gar die „Greencard plus“, man müsse das alles noch ein bisschen ausweiten.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Am 11. Mai erfuhren wir dann, dass der Ministerpräsident drauf und dran sei nachzugeben. Der Regierungssprecher verkündete, eine Arbeitsgruppe sei schon seit Wochen daran, ein großes Papier zu erarbeiten. Seit zwei Tagen haben wir elf Punkte auf dem Tisch liegen, von denen die Journalisten sehr schön geschrieben haben, sie seien höchstens „mit heißer Nadel gestrickt“ und im Übrigen handele es sich nur um den Überbau, den man erfunden habe, damit Teufel das Gesicht wahren könne, ohne eine weitere Schlappe hinnehmen zu müssen. So ist es.

(Beifall bei den Republikanern)

Das wird vor allem daran deutlich, Herr Ministerpräsident, dass Sie das ganze Problem jetzt mit dem Asylrecht koppeln. Das ist deswegen so interessant, weil wir am 12. April dieses Jahres hier eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema geführt haben und ich noch ganz genau weiß, was der Vertreter der CDU-Fraktion damals ausgeführt hat. Er hat darauf hingewiesen, dass dieses Thema gar nicht auf der Tagesordnung stehe,

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

weil man keine Mehrheiten habe und es deswegen sinnlos sei, irgendwelche Vorstöße zu unternehmen. Da frage ich mich allen Ernstes: Was wollen Sie denn eigentlich?

Herr Ministerpräsident, dafür gibt es eigentlich nur eine Erklärung: dass Sie doch noch eine Tür offen lassen und dass das Ganze ein riesiges Täuschungsmanöver ist.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig! – Abg. Schnath REP: So ist es!)

Sie wissen ganz genau, dass Sie das, was Sie in diesen elf Punkten konkret fordern, nicht durchsetzen können. Sie haben dabei zum Gutteil auch bei uns Republikanern abgeschrieben; das haben Sie ja in den Medien lesen können. Ich bewundere Sie. Das war ein totaler Spagat, ein wirklich fulminanter Salto mortale rückwärts, und das Ganze natürlich vor dem Hintergrund dessen – das wollen wir an dieser Stelle auch noch erwähnen –, was sich derzeit in der Union an Strategiediskussionen entwickelt.

Gestern war doch der Unions-Strategiegipfel in Berlin, und wir haben selbstverständlich vernommen, was man auch im Blick auf Baden-Württemberg alles beabsichtigt. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Die Bevölkerung von Baden-Württemberg lässt sich nicht „einstoibern“, auch nicht von der CDU.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

(Dr. Schlierer)

Sie wollen jetzt den Weg wählen, rechte Themen verbal zu besetzen, sie aber politisch nicht einzulösen, um auf diese Art und Weise die Leute zu täuschen.

(Beifall bei den Republikanern)

Verlassen Sie sich darauf: Wir werden dieses Kalkül durchkreuzen und den Leuten ganz deutlich machen, was die CDU in Hessen vorher versprochen und was sie nachher gehalten hat. Wir werden ihnen zeigen, welche Sprüche Herr Rüttgers vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen geklopft hat und was die CDU jetzt macht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das befürchte ich eben auch! Da hat er nämlich Recht!)

Wenn Sie glauben, hier das gleiche Spiel noch einmal wiederholen zu dürfen, werden Sie damit scheitern.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo er Recht hat, hat er Recht, der Schlierer!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung wird ihre Entscheidung zu einer Rechtsverordnung der Bundesregierung über zusätzliche Einwanderung – fälschlicherweise als „Greencard“ bezeichnet – im Rahmen der Vorbereitung der diesbezüglichen Bundesratssitzung in einigen Wochen treffen. Bislang hat die Bundesregierung dazu keine Verordnung zustande gebracht, sonst könnte darüber morgen im Bundesrat beraten werden. Keinem der 16 Bundesländer liegt eine solche Verordnung vor. Bislang hat nicht einmal das Bundeskabinett über die angesprochene Frage beraten. Aber die SPD im Landtag von Baden-Württemberg fordert im Voraus blinde Zustimmung. So unseriös mag die SPD handeln, wir tun das nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Sie wissen nicht, worum es geht!)

Die einleuchtendste Begründung für die Haltung der SPD Baden-Württemberg hat bisher Fritz Kuhn gegeben.

(Abg. Braun SPD: Der liest das heute zum ersten Mal!)

Er sagt, die Greencard gebe der SPD Baden-Württemberg die Möglichkeit, aus dem Ausland einen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl einfliegen zu lassen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist aber nicht „Greencard plus“, sondern „Greencard minus“! – Abg. Herrmann CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Abg. Nagel SPD: Herr Teufel hat ein Späßle gemacht! – Abg. Maurer SPD: Toll! – Abg. Braun SPD: Wo lassen Sie Ihre Späßle schreiben?)

Meine Damen und Herren, ich lasse mich in der Situation des derzeitigen Fachkräftemangels der deutschen Wirtschaft von vier Prioritäten leiten.

Erste Priorität: Die für Baden-Württemberg besonders wichtige IT-Branche – Information, Kommunikation, Internet, Software – ist eine Spitzenbranche Baden-Württembergs.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt geht das wieder los!)

700 von 8 000 Ausstellern aus 60 Nationen auf der CeBIT kamen aus Baden-Württemberg: große Weltunternehmen, mittelständische Betriebe, Existenzgründer.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Nur die Landesregierung nicht!)

– Die Landesregierung war dort vertreten. Ich habe auf der CeBIT aber in den letzten Jahren keinen SPD-Vertreter aus Baden-Württemberg gesehen.

(Abg. Bebbler SPD: Das liegt vielleicht an der Brille, am Sehvermögen!)

Sie sind die Nachläufer der Nation.

(Beifall bei der CDU)

Die IT-Branche ist keine Branche neben anderen. Es handelt sich hier um Querschnittstechnologien, die für sämtliche Bereiche von außerordentlicher Bedeutung sind. Deswegen gelten dieser Branche seit Jahren die ganze Aufmerksamkeit der Landesregierung und mein persönliches Bemühen. Ich denke daran, dass wir alle Unternehmen dieser Branche in Baden-Württemberg unter „Baden-Württemberg: Connected“ zusammengefasst haben. Ich denke daran, dass mich Vertreter dieser Industrie eingeladen haben, im Gremium der Initiative D 21 mitzuarbeiten.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Das mache ich auch, weil ich hier helfen will.

Aber nun zum entscheidenden Punkt. Das, was fälschlicherweise als Greencard bezeichnet wird, ist nicht die Lösung des Problems, sondern eine Problemanzeige, die deutlich macht, dass wir in dieser Branche einen gewaltigen Fachkräftemangel in Baden-Württemberg haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Während der Bundeskanzler vor wenigen Wochen auf der CeBIT 2000 von diesem Fachkräftemangel erfahren hat, obwohl er in den letzten Jahren in Hannover – die CeBIT findet ja in Hannover statt – eigentlich nahe dran war, habe ich auf der CeBIT vor vier Jahren von diesem Fachkräftemangel erfahren.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen, u. a. Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Was haben Sie gemacht?)

– Ja, das ist wahr. Auf jedem Stand, ob von einem großen, einem mittleren oder einem kleinen Unternehmen, wurde dies vor vier Jahren, vor drei Jahren – ich gehe jedes Jahr auf die CeBIT – als ein Hauptproblem geschildert. Das müssen Sie aber mit sich ausmachen, wenn Sie es vor vier

(Ministerpräsident Teufel)

und vor drei Jahren noch nicht gemerkt haben. Ich bin jedenfalls zurückgekommen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Erwin hört die Signale!)

habe mich – – Ja, das ist sehr unangenehm für Sie.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mir ist die Debatte ausgesprochen angenehm. Das möchte ich Ihnen sagen.

Ich bin zurückgekommen und habe mich mit den Spitzen der baden-württembergischen Wirtschaft zusammengesetzt und mit ihnen einen Brief an alle Abiturientinnen und Abiturienten vereinbart, weil nämlich seinerzeit die Studienplätze nicht nur im Ingenieurbereich, sondern auch im Informatikbereich an unseren Hochschulen noch gar nicht ausgeschöpft waren. Deswegen war die erste Aufgabe, die man überhaupt vornehmen musste, für das Studium dieser Fachrichtung zu werben und den jungen Leuten aufzuzeigen, dass es in diesem Bereich gewaltige Beschäftigungschancen in Zukunftsindustrien in unserem Land gibt. Das haben wir gemacht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann sollten Sie aber auch die Informatik an den Schulen stärken!)

– Wissen Sie, wenn Sie das rechtzeitig erkannt hätten, hätten Sie vielleicht auch ein gescheitertes Studium absolviert, Herr Kollege, in dem Sie selber berufliche Chancen gehabt hätten.

(Heiterkeit – Große Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Im Gegensatz zu Ihnen habe ich eines absolviert!)

– Ja, groß im Austeilen, schwach im Einstecken, Herr Kollege. Sie möchten nicht hören, dass wir in Baden-Württemberg mit Erfolg, und zwar Landesregierung und Wirtschaft Hand in Hand, für das Studium dieses Bereichs geworben haben, dass wir seit zwei Jahren . . .

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Man kann auch mit mittlerer Reife etwas werden! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Es ist keine Schande, nicht studiert zu haben! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, ich sage ja: Man kann auch mit mittlerer Reife etwas werden! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Dann müssen Sie solche dummen Bemerkungen unterlassen! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Er hat heute noch mittlere Reife! – Weitere Zurufe und große Unruhe – Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, können Sie einmal für Ordnung sorgen! – Abg. Haasis CDU: Der Präsident schläft!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, können Sie sich etwas beruhigen, damit der Herr Ministerpräsident fortfahren kann?

Ministerpräsident Teufel: . . . aufgrund dieser Initiativen eine Vollausslastung haben. Dann haben wir in unserem Land die Informatik ausgebaut, und zwar durch Einrichtung einer neuen Informatikfakultät an der Universität Freiburg, an der Universität Mannheim und an der Fachhochschule in Esslingen und durch Ausbau aller bestehenden Informatikfakultäten an den Universitäten, an den Fachhochschulen und an den Berufsakademien. 1996 waren an den Hochschulen Baden-Württembergs 2 216 Studienanfänger im Informatikbereich. In diesem Jahr sind es 4 572. Das heißt, wir haben eine Steigerung der Studienanfängerzahl auf mehr als das Doppelte in Baden-Württemberg, also nicht nur Vollausslastung, sondern Verdoppelung der Zahl der Studienplätze in Baden-Württemberg, dies aber seit mehreren Jahren. Das heißt doch: Während man sich jetzt im Augenblick auf Bundesebene und in den anderen Ländern Gedanken über einen Ausbau des Informatikbereichs macht, kommen nach drei Studienjahren an der Berufsakademie und vier Studienjahren an den Fachhochschulen in Baden-Württemberg bei uns die ausgebildeten Diplomanden bereits in die Wirtschaft unseres Landes, wenn andere anfangen. Das ist der Vorsprung, den Baden-Württemberg hat.

(Beifall bei der CDU)

Bei einer Bevölkerung von 12,5 % der Bundesrepublik haben wir 17 % der Studienplätze im Informatikbereich in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, wir haben an den Berufsschulen und im dualen Ausbildungssystem im gleichen Zeitrahmen von vier Jahren die Ausbildungsplätze in der Wirtschaft und an den Berufsschulen unseres Landes mehr als versechsfacht. Kein Land stellt dieser Branche in Deutschland mehr Fachkräfte zur Verfügung als Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen an den Pädagogischen Hochschulen unseres Landes das Fach Mediendidaktik. In allen Bereichen unserer Hochschulen richten wir die Ausbildung auf die Bedürfnisse unserer Wirtschaft in der IT-Branche in diesem Land aus. Das ist der baden-württembergische Weg. Er lautet: Chancen für die eigenen jungen Leute in dieser Zukunftsbranche, qualifizierte Fachkräfte für alle Unternehmen der IT-Branche.

Jetzt rechnen Sie selber einmal aus: Verdoppelung der Zahl der Studienplätze bzw. Versechsfachung der Zahl der Ausbildungsplätze im dualen System. Wenn das alle anderen 15 Länder in der gleichen Quantität und Qualität gemacht hätten wie Baden-Württemberg, dann hätten wir die 20 000 Fachkräfte. Dann bräuchten wir keine Einwanderung, sondern dann hätten eigene junge Leute eine Chance in dieser Zukunftsbranche.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was haben SPD-geführte Länder gemacht?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Salomon?

Ministerpräsident Teufel: Ja, mit Vergnügen.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Ministerpräsident, die Anstrengungen des Landes Baden-Württemberg, genügend Ausbildungsplätze, auch Studienplätze, im Bereich Informatik zur Verfügung zu stellen, wurden hier in diesem hohen Haus noch nie bestritten. Wir haben ja schon verschiedene Debatten darüber geführt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Frage!)

Sie brüsten sich hier, als hätten Sie im Gegensatz zum Bundeskanzler schon vor Jahren gewusst, . . .

Ministerpräsident Teufel: Ja, das habe ich auf der CeBIT erfahren.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: . . . dass dieser Fachkräftemangel kommt. Ist Ihnen bekannt – jetzt kommt meine Frage –, dass der Herr Wissenschaftsminister neulich in einem illustren Kreis zum Besten gegeben hat, dass Sie, nämlich der Herr Ministerpräsident, auf der CeBIT 1995 zu ihm gekommen seien und ihn gebeten hätten, zu prüfen, ob man nicht die Studienplätze im Fach Informatik zurückfahren könne, weil es nämlich Klagen von Unternehmen aus diesem Bereich gebe, die alle sagen, es gebe so viele Bewerbungen auf so wenig Stellen? Ist Ihnen das bekannt?

Ministerpräsident Teufel: Das ist das Gegenteil von dem, was wahr ist, wie Sie an der praktischen Politik dieser Landesregierung und an meinem Verhalten sehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Entschuldigung, Herr Ministerpräsident, das hat der Wissenschaftsminister im Wissenschaftsausschuss behauptet!)

– Nein, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann lügt der Wissenschaftsminister!)

Wie haben sich SPD-geführte Länder verhalten? Ich zitiere aus dem „Spiegel“ vom 20. März 2000:

Mit viel Elan und Geld hatte die Uni Hildesheim 1984 den Studiengang Informatik gestartet, etwa 50 bis 60 Millionen DM kostete sein Aufbau. Die Wirtschaft riss sich um die Absolventen, denn die Ausbildung galt als praxisnah . . . Fast 700 angehende Informatiker studierten zuletzt in Hildesheim, am Ende legten 85 im Jahr das Diplom ab. „Es war ein prosperierender Bereich“, sagt die heutige Uni-Präsidentin . . . Dann kam das Aus. Niedersachsen war . . . verschuldet, sämtliche Universitäten mussten Stellen abbauen, doch Hildesheim traf es besonders hart: Per Verordnung vom 18. Juni 1996 schloss die damalige Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Helga Schuchardt, die kompletten Studiengänge Informatik und Wirtschaftsmathematik . . .

Meine Damen und Herren, 50 bis 60 Millionen DM in den Sand gesetzt! Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem wir mit Millionenaufwand in Freiburg, in Esslingen, in Mannheim und anderenorts neu aufbauen, hat Schröder Informatikfakultäten geschlossen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sind heute in der Situation, dass wir über Einwanderung von Fachkräften in dieser Branche nachdenken müssen, weil die SPD-regierten Länder die Zeichen der Zeit nicht erkannten, weil sie die Entwicklung verschlafen haben. Die SPD, das sind die bildungspolitischen Versager der Nation.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zuruf von der SPD: Das hat aber gegessen!)

Meine Damen und Herren, die zweite Priorität heißt Qualifizierung. Ich argumentiere nicht mit den 4 Millionen Arbeitslosen, obwohl man diesen zentralen Punkt im Blick haben muss, bevor man Zehntausende zusätzliche ausländische Gastarbeiter anwirbt. Meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Parteifreunde in den Gewerkschaften haben sie im Blick. Sie haben – und das ist bemerkenswert – mit keinem Wort von den Arbeitslosen geredet, denen man eine Chance im ersten Arbeitsmarkt wieder verschaffen muss. Ich sage, ich rede nicht von den 4 Millionen, aber ich rede von 32 000 auf den Arbeitsämtern in Deutschland gemeldeten Fachkräften aus dem IT-Bereich, die arbeitslos sind.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber anscheinend falsch qualifiziert!)

Ich rede zweitens von den 60 000 bei den Arbeitsämtern in Deutschland gemeldeten Ingenieuren. Ich sage: Von 32 000 Arbeitslosen dieser Fachrichtung müssen doch einige Prozent umgeschult werden können, wenn jetzt großer Bedarf in unserer Wirtschaft besteht.

(Beifall bei der CDU)

Man kann doch nicht einfach an den Arbeitslosen vorbeigehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo bleibt denn die Stiftung Weiterbildung?)

– Ich denke, die Bundesanstalt für Arbeit ist Sache der Bundesregierung. Es ist eigentlich Aufgabe der Bundesregierung und von Parteien, die die soziale Standarte immer vor sich her tragen, an die Arbeitslosen, an Umschulung zu denken, und zwar in Bereichen, wo Umschulung möglich ist.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ich sage: Das ist die zweite Priorität. Man kann doch nicht sagen: Die Karawane zieht weiter, so ist halt die wirtschaftliche Entwicklung, und wir finden uns mit 4 Millionen Arbeitslosen ab. Das kann doch nicht unsere Politik sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Abg. Wintruff SPD: Wer hindert sie, umzuschulen?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

Ministerpräsident Teufel: Aber gerne.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Ministerpräsident, ist Ihnen entgangen, dass der Fraktionschef der CDU eben gerade in einem Punkt zu der Arbeitslosigkeit

(Dr. Hildebrandt)

keit Stellung genommen hat, und zwar so, dass er meinte, dass die Zumutbarkeitsregeln verschärft würden, und würden Sie das für die soziale Standarte halten?

(Abg. Drautz FDP/DVP: Er hat keine Ahnung!)

Ministerpräsident Teufel: Auch das. Das ist völlig richtig und meine Auffassung. Aber das bezieht sich auf viele Arbeitsfähige der 4 Millionen. Ich habe jetzt von 32 000 Fachkräften aus der IT-Branche und von 60 000 Ingenieuren geredet. Ich bin nicht so blauäugig, dass ich annehme, dass alle 32 000 oder alle 60 000 umgeschult und vermittelt werden könnten,

(Abg. Bebber SPD: So wenig blauäugig wie rot-haarig!)

aber doch in diesem Bereich ein beachtlicher Prozentsatz. Das ist unsere Aufgabe, die wir in zweiter Priorität neben der Ausbildung unserer jungen Leute haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Christine Rudolf SPD und Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Aber das ist schon außerordentlich wichtig.

Wenn Sie mir da ausdrücklich Recht geben, warum taucht dann bei Ihnen in Debattenbeiträgen nicht das Thema „Ausbildung“, nicht das Thema „Umschulung von Fachkräften“ auf,

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Ingrid Blank CDU: Nichts! Mit keiner Silbe!)

sondern warum diskutieren Sie das Thema ausschließlich verkürzt unter der Überschrift „Greencard“?

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Position ist: Zuerst ist die Ausbildung der eigenen Leute gefragt – deswegen bauen wir weiter Studienplätze in Baden-Württemberg aus –,

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie müssen öfters mal hier im Haus sein, dann hören Sie es!)

dann ist die Qualifizierung von geeigneten eigenen Arbeitslosen gefragt, und erst dann kann man in dritter Priorität über zusätzliche Zuwanderung reden.

(Abg. Deuschle REP: Aha! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Nun tun Sie so, als ob es bisher für Fachkräfte in Deutschland überhaupt nicht die Möglichkeit eines Aufenthaltsrechts und einer Arbeitserlaubnis gäbe. In Anwesenheit von Abgeordneten aller Fraktionen haben wir vor wenigen Wochen im Weißen Saal des Neuen Schlosses Gründerpreise für herausragende Existenzgründungen verliehen. Der erste Preis ging an ein Unternehmen dieser Branche, vor dreieinhalb Jahren gegründet. Das Unternehmen beschäftigt heute 120 Leute.

(Abg. Moser SPD: Und wie viel suchen sie?)

Diese 120 Leute kommen aus exakt 16 Nationen.

(Abg. Moser SPD: Und wie viel suchen sie?)

Aus 16 Nationen! Vor Einführung der Greencard sind die also zu einer Arbeitserlaubnis und zu einer Aufenthaltserlaubnis gekommen. Wenn Sie handeln wollten, hätten Sie schon vor Wochen, als zum ersten Mal das Thema Greencard aufkam, vonseiten der Bundesregierung einen Brief an die Arbeitsverwaltung und an die Ausländerverwaltung schreiben können: erstens großzügiger sein und zweitens schneller Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Moser SPD: Alles verlogen! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen und Wintruff SPD)

So wäre das Problem anstandslos zu lösen gewesen.

Wider besseres Wissen sagen Sie, dass ich mich dagegen wehren würde, dass es zur Zuwanderung von Fachkräften komme. Aber das ist für mich die dritte Priorität und nicht die erste. Das habe ich dem Bundeskanzler und der Branche gesagt sowie in zahlreichen Interviews, und bei dieser Meinung bleibe ich: erstens, zweitens und drittens.

Und jetzt komme ich zum Dritten.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe gedacht, wir sind auf einer Versteigerung!)

– Ja, jetzt komme ich zum Dritten.

Innenminister Schily ist zu Recht zitiert worden. Wenn ich es richtig sehe, ist er jetzt in der SPD.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das tut weh, sehr weh! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Tata, tata, tata! – Unruhe)

– Also ich muss sagen, wenn ich Ihre Wahlergebnisse der letzten elf Wahlen sowie der letzten Wahl am letzten Sonntag betrachte,

(Abg. Bebber SPD: Sie müssten sich einmal hören!)

dann würde ich nicht so laut „Tata, tata, tata!“ rufen,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

sondern dann würde ich mich anstrengen, dass ich nicht auch in Baden-Württemberg ein Drittel der Wähler verliere, so, wie Sie bei jeder Wahl in den letzten drei Jahren ein Drittel Ihrer Wähler verloren haben. Das würde ich machen, nicht wahr?

(Abg. Bebber SPD: Wir sind doch hier nicht im Kindergarten!)

Ich bin bei der dritten Priorität. Innenminister Schily sagte im November 1998: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Bun-

(Ministerpräsident Teufel)

deskanzler Schröder wurde auf dieses Interview von Schily angesprochen und sagte im November 1998: „Zusätzliche Zuwanderung nach Europa ist nicht verkraftbar.“

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Dies, meine Damen und Herren, ist exakt unsere Auffassung. Warum macht die Bundesregierung dann genau das Gegenteil, nämlich zusätzliche Zuwanderung? Mit uns kann man über Zuwanderung nach unseren Maßstäben,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

also über erwünschte Zuwanderung von Fachkräften für die volle Bandbreite dort, wo Bedarf besteht, also in allen Branchen, reden,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist der Spagat, wo es reißt! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

wenn es an anderer Stelle zu einer nennenswerten Rückführung von Zuwanderung nach Deutschland kommt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Moser SPD: Und warum weist ihr dann die Bosnier für die Handwerker aus? Warum weist ihr sie aus?)

Da herrscht im Übrigen völlige Übereinstimmung innerhalb der Koalition. Also nicht zusätzliche Quoten draufgesetzt, sondern ein Gesamtkonzept, das wir schon – das sage ich auch den Kollegen der FDP/DVP – auf dem Landesparteitag

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

der CDU Baden-Württemberg im Jahr 1991 in Ulm mit genau den Inhalten, die jetzt diskutiert werden, gefordert haben. Es ist ein Gesamtkonzept mit einer nennenswerten Reduzierung des Zugangs.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD – Abg. Bebbler SPD: Was ist denn jetzt los? – Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, warum haben Sie sich dann seither so verhalten? – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Das will ich Ihnen gern sagen. Herr Kollege Drautz, diese Frage hätte nicht kommen dürfen.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die stand nicht in der Koalitionsvereinbarung!)

Wissen Sie, warum sie nicht hätte kommen dürfen? Weil Sie ganz genau wissen, warum eine solche Lösung in der früheren Bundesregierung nicht zustande gekommen ist: weil Sie einen Bundesinnenminister Baum, weil Sie einen Herrn Hirsch, weil Sie eine Frau Leutheusser-Schnarrenberger hatten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD: Kanther! – Zurufe von der CDU: Natürlich! Eben! – Unruhe)

– Ich sage es doch in aller Sachlichkeit. Aber es ist doch wahr. 1991 und 1992 war das nicht nur mit der SPD nicht möglich,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da war der Baum schon nicht mehr dran!)

sondern es war auch mit der FDP auf Bundesebene nicht möglich, zu einer Änderung des Asylrechts zu kommen

(Zurufe von der CDU – Abg. Deuschle REP: Hört, hört! – Abg. Dr. Schlierer REP: Interessant!)

und zu einem Gesamtkonzept für die Rückführung von Zuwanderung von Menschen, die nicht verfolgt sind und deren Asylantrag abgelehnt wird.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Da gab es noch keine Änderung!)

Es bedurfte der Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 1992,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

und es bedurfte des Einzugs der DVU in den Landtag von Schleswig-Holstein – am gleichen Tag war Landtagswahl in Schleswig-Holstein –, bis SPD und FDP bereit waren, in einer fünf Tage und vier Nächte dauernden Sitzung zu einer Änderung des Grundgesetzes beim Asylgrundrecht zu kommen. Das ist doch einfach die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Drautz FDP/DVP und Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist es eine ganz und gar sachliche Antwort, die ich auf Ihre Frage gegeben habe.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Nein, das war überhaupt keine Antwort! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Herr Kollege Drautz, Sie wissen auch, dass es bei dieser Frage eines Gesamtkonzepts, einer Änderung der Verfassung, einer europäischen Harmonisierung –

(Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP und Scheuermann CDU)

was wirklich unsere Punkte von 1991 waren; ich kann sie Ihnen zustellen –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Erwarten Sie dann, dass er das liest?)

zwar in der FDP/DVP Baden-Württembergs Bewegung gegeben hat und dies Ihre Zielsetzung ist, aber Sie wissen ebenso, dass Sie dafür in der FDP Deutschlands noch keine Mehrheit haben. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Deswegen kann ich nur sagen: Wer mitmachen will bei einem Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz, das aber nicht nur diese Überschrift hat, sondern wirklich die Zuwanderung reduziert, den bitte ich, auch einer Verfassungsänderung im Rahmen einer europäischen Harmonisierung zuzustimmen. Dann, aber nur dann ist es möglich, in einem solchen Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz zusätzliche Quoten nach Kriterien, die wir selbst festlegen und die unserem Bedarf

(Ministerpräsident Teufel)

entsprechen, aufzunehmen. Solange es aber ausschließlich um ein Draufsatteln geht, können wir dem nicht zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Alles, was im Zusammenhang mit der so genannten Green-card diskutiert wird, ist wirklich eine Insellösung, die in ein Gesamtkonzept eingebaut werden muss. Das sieht beispielsweise der FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle nach einer Bundesvorstandssitzung seiner Partei völlig richtig – ich zitiere aus der FAZ vom 14. März 2000 –:

Die FDP lehnt die Einführung so genannter Green-cards für ausländische Computerspezialisten ab. Der Generalsekretär der FDP, Westerwelle, bezeichnete entsprechende Pläne der Bundesregierung im Anschluss an die Präsidiumssitzung der Partei am Montag als Flickschusterei.

So weit bin nicht einmal ich gegangen; das will ich nur einmal sagen.

(Abg. Deuschle REP: Der sagts euch aber!)

Aber ich sage, wir sind auf dem Weg, und zwar auf einem gemeinsamen Weg.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was tun Sie da? – Weitere Zurufe)

und müssen in unseren Parteien noch Überzeugungsarbeit leisten. Wir müssen aber vor allem bei denen Überzeugungsarbeit leisten, die derzeit die Bundesregierung tragen: bei Rot-Grün, die viel weiter gehende Forderungen stellen, zum Beispiel „Das Boot ist voll“ – Sätze, die Sie von mir noch nie gehört haben –, die aber bis zur Stunde nicht bereit sind, einem solchen Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz zuzustimmen. Das möchte ich sagen, und das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen können wir solchen Lösungen nur dann zustimmen, wenn sich die konkrete Chance zu einer Reduzierung der Gesamtzuwanderung ergibt, meine Damen und Herren.

(Abg. Deuschle REP: Ja, und was machen Sie dann im Bundesrat?)

Und nun zu Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen. Ich möchte heute einmal in meinen eigenen Worten sagen, was der Innenminister, der meinen vollen Rückhalt hat, hier an diesem Pult allein in den letzten Wochen etwa drei- oder viermal in einer Debatte gesagt hat.

Nehmen wir zunächst einmal Bosnien-Herzegowina. Großbritannien hat 1 500 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien aufgenommen, Frankreich hat 3 000 aufgenommen. Nicht ganz Deutschland, sondern allein Baden-Württemberg hat 54 000 aufgenommen.

(Abg. Deuschle REP: Selber dumm!)

Aber die Grundlage für die Aufnahme war doch immer die selbstverständliche – ausgesprochene und nicht ausgesprochene – Basis, dass diese Bürger wieder zurückgehen,

wenn der Bürgerkrieg zu Ende ist. Nun hat der Bürgerkrieg sehr viel länger gedauert als erwartet. Wir haben fünf Jahre lang gewartet. Aber heute sagt uns der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, dass man die Flüchtlinge zurückschicken kann. Das sagt auch die Regierung von Bosnien und Herzegowina.

Nun halte ich es für eine ganz große Leistung unseres Innenministers, dass es ihm – durch Zureden und im Ausnahmefall durch Abschiebung – gelungen ist, von diesen 54 000 Flüchtlingen bis zum heutigen Tag 49 000 zurückzuführen, sodass wir noch 5 000 in unserem Land haben. Wir werden nicht auf null kommen und wollen auch gar nicht auf null gehen. Unter den Flüchtlingen sind einige traumatisierte, kranke Leute, die wir nicht zurückschicken werden.

Ganz klar ist aber, dass wir diese Politik der Rückführung nicht aufgeben können. Warum? Weil sonst künftig in vergleichbaren Fällen die Akzeptanz für Bürgerkriegsflüchtlinge in unserer Bevölkerung fehlen würde.

Das nächste Thema liegt jetzt auf dem Tisch. Wir haben Kosovo-Albaner in einer ganz ähnlichen Größenordnung aufgenommen. Man kann jetzt mit der Rückführung beginnen. Wir beginnen bei der Rückführung selbstverständlich nicht mit denjenigen, die in einem Arbeitsverhältnis sind und gebraucht werden,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern wir schieben als Allererste straffällig Gewordene in den Kosovo ab. Das ist die Priorität Nummer 1 bei der Abschiebung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann drängen wir in der zweiten Stufe diejenigen zur Rückkehr, die nicht in Arbeit sind, sondern von der Sozialhilfe leben.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Wir haben mit der Rückführung nach Bosnien zwei Jahre gebraucht. Ich denke, dass wir, selbst wenn wir ganz konsequent vorgehen, auch rund zwei Jahre mit der Rückführung von Kosovo-Albanern brauchen. In der letzten Gruppe derer, die wir zur Rückkehr auffordern, sind dann diejenigen, die derzeit in einem Arbeitsverhältnis sind.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht!)

Darauf können sich auch die Arbeitgeber einstellen.

Es soll aber niemand glauben, dass wir bei Bürgerkriegsflüchtlingen die Rückführung aufgaben. Wenn dieser Eindruck entstehen würde, dann blieben beispielsweise alle Kosovo-Albaner bei uns,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die Ausnahmen bestätigen die Regel!)

weil sie selbstverständlich lieber in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland bleiben, als dass sie wieder in ihre Heimat zurückgehen. Sie müssen

(Ministerpräsident Teufel)

aber in ihre Heimat zurückgehen, wenn die für ihre Flucht bzw. Aufnahme maßgebenden Gründe weggefallen sind, denn die Schutzgewährung ist nur vorübergehender Natur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist doch eine ganz klare Position.

Nun komme ich zur Integration. Auch über die muss man sprechen. Wir haben zurzeit ein Nachzugsalter – und der Familiennachzug macht pro Jahr immerhin 60 000 Zuwanderungen aus –, das zu hoch ist und reduziert werden müsste. Nun liegt eine EU-Verordnung vor, die noch nicht verabschiedet ist, aber diskutiert wird – und ich höre, die deutsche Regierung wolle ihr zustimmen –, wonach das Nachzugsalter heraufgesetzt werden soll bis zur Volljährigkeit.

Meine Damen und Herren, wir haben doch zehnmal diese Frage hier in diesem Haus diskutiert und haben gesagt: Integration ist möglich, wenn junge Ausländer im Kleinkindalter hier sind, wenn sie in den Kindergarten gehen können, wenn sie mit den anderen zusammen in der Schule und auf dem Schulhof Deutsch lernen. Damit haben sie gleiche Chancen in dieser Gesellschaft. Wenn sie aber bis zum 14. Lebensjahr oder in Zukunft bis zur Volljährigkeit bei den Großeltern in der Türkei bleiben und dann noch einen Rechtsanspruch darauf haben, im Wege des Familiennachzugs nach Deutschland zu kommen, dann ist das die zweite Generation, die in diesem Land unausgebildet keine Chancen hat.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muss, wer für Integration ist, bereit sein, das Nachzugsalter zu senken. Der muss bereit sein, die Erlernung der deutschen Sprache zur Voraussetzung der Förderung für alles andere zu machen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und Geld dafür auszugeben! – Abg. Christine Rudolf SPD: Und Geld dafür auszugeben, Herr Teufel!)

Meine Damen und Herren, ich sage auch klipp und klar: Der EU-Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten, den ich klar bejahe, muss durch lange Übergangsfristen für die Freizügigkeit sozialverträglich für unser Land gestaltet werden.

(Abg. Deuschle REP: Typisches „Ja, aber“!)

Nun komme ich zur vierten Priorität. Auch die möchte ich noch ansprechen. Darauf hat auch mein Kollege Oettinger hingewiesen. Was sagen denn die anderen Branchen? Ich sage noch einmal, dass die IT-Branche für uns eine ganz zentrale Branche ist und dass diese Technologie eine Querschnittstechnologie ist. Aber ich weiß, dass beispielsweise heute auch Maschinenbauer händeringend nach Ingenieuren suchen. Ich weiß, dass in der Zulieferindustrie händeringend nach Facharbeitern gesucht wird. Ich kenne die Probleme in der Gastronomie. Ich kenne sie im Handwerk, in der Landwirtschaft.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Da haben Sie überhaupt nichts gebracht! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, woran liegt denn das? Demoskopie, Demographie!)

– Demographie! Das ist aber interessant. Vor allem habe ich mich gefreut, dass die Grünen die Familienpolitik entdeckt haben. Willkommen, kann ich nur sagen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Bravo!)

Sie haben es als rückständigste Politik bezeichnet, dass wir gesagt haben, es gebe nichts Notwendigeres als eine vernünftige Familienpolitik in unserem Land. Haben Sie denn dem Landesfamiliengeld zugestimmt?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt das Landesfamiliengeld nur in unionsgeführten Ländern. Es gibt es nirgendwo anders als in unionsgeführten Ländern. Sind Sie denn bereit, jetzt im Steuerrecht Familien entsprechend zu begünstigen? Wo sind denn da Ihre Initiativen?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Ich sage nur: Bundesverfassungsgericht!)

Wenn Sie uns die Demographie vorhalten, kann ich nur sagen: Fassen Sie sich an die eigene Nase! Sie verlieren auch unter Aspekten der Glaubwürdigkeit in diesem Bereich an Zustimmung. Das möchte ich Ihnen sagen.

Das, was in einer Verordnung geplant ist, die wir zwar noch nicht kennen, aber erwarten, ist ein Schnellschuss. Das ist alles nicht bis ins Letzte durchdacht. Ein Gesamtkonzept verlangt Lösungen, die für alle Branchen vergleichbare Bedingungen schaffen und die umfassende Antworten geben. Denn wir sind in diesem Parlament und in der Regierung für die IT-Branche verantwortlich, wir sind aber auch für alle Branchen in Baden-Württemberg verantwortlich, die zum Wachstum, zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Land beitragen.

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung. Wenn man großzügig sein will, ist es doch wohl am nächsten liegend – dazu habe ich von Ihnen auch nichts gehört –, dass man zuerst einmal den Ausländern eine Chance gibt, die im Augenblick in dieser Branche und in anderen Branchen an baden-württembergischen Hochschulen studieren. Das ist doch am nächsten liegend.

Ich habe mich mit Ausländern an der Fakultät für Informatik der Universität Karlsruhe unterhalten. Sie haben keine Chance. Sie hatten bei der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung eine Chance. Sie haben aber keine Chance bei dieser Bundesregierung, weil Arbeitsminister Riester noch Ende des letzten Jahres der Bundesanstalt für Arbeit die Dienstweisung zur Verschärfung gegeben hat: Die Übernahme ausländischer Studenten nach Abschluss ihres Studiums in Deutschland in ein Arbeitsverhältnis wurde ausgeschlossen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Unglaublich!)

Was ist denn das für eine Politik, die junge Leute aus dem Ausland, die hier studiert haben, zurückschickt und dafür

(Ministerpräsident Teufel)

Leute anwirbt, die im Ausland ihre Ausbildung erfahren haben?

(Abg. Dr. Birk CDU: Hoppla, hoppla!)

Sagen Sie einmal: Ist das eine stimmige Politik?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch nicht! Sie haben doch die Afrikaner abgeschoben, die hier studiert haben!)

Haben Sie bei solchen Positionen auch nur das geringste Recht, bei uns irgendetwas zu suchen, was Ihnen nicht in den Kram passt?

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

Ministerpräsident Teufel: Ich würde jetzt gern zusammenfassen. Es kommt ja sicher zu einer zweiten Runde. Mit größtem Vergnügen stelle ich mich dann in der zweiten Runde.

(Zurufe – Unruhe – Abg. Dr. Caroli SPD: Es reicht jetzt schon!)

– Wer solche Debatten beantragt, muss auch bereit sein, einmal in eine Mittagspause hinein sitzen zu bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da haben wir kein Problem!)

Wem es um die Zukunft des Landes so zu tun ist, wie das Herr Maurer dargestellt hat, der muss auch diese Kraft aufbringen. Dazu würde ich doch neigen.

(Abg. Haas CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wer mehr Menschen nach Deutschland hereinlässt, als wir integrieren können, handelt verantwortungslos. Wer ein Einwanderungsland herbeiredet, handelt auch verantwortungslos.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Die 10 000 oder 20 000 ausländischen Fachkräfte sind nicht das Problem. Das Problem ist, dass man die Ausbildung der eigenen Leute in einer großen Zahl deutscher Länder vernachlässigt hat. Das Problem ist, dass man an 4 Millionen Arbeitslosen schlicht vorbeigeht. Das Problem ist, dass wieder Einzelmaßnahmen ergriffen werden und Flickschusterei betrieben wird, statt ein Gesamtkonzept vorzulegen, das wir von der Bundesregierung erwarten und das wir, wenn es vernünftig ist, auch mitzutragen bereit sind.

Wir wehren uns jedenfalls nicht gegen ausländische Fachkräfte. Aber wir werden alles dafür tun, dass wir möglichst wenige von ihnen brauchen, weil zuerst die Menschen, die hier leben, ihre Chance bekommen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg geht seinen Weg. Er hat uns – auch in dieser Branche – an die Spitze geführt. Wir handeln. Wir bieten den Menschen und der Wirtschaft in unserem Land Perspektiven und Chancen aus eigener Kraft. Das sollen uns andere erst einmal vormachen. Sie sind im Augenblick gezwungen, es uns nachzumachen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Maurer das Wort.

Abg. Maurer SPD: Wer so eine Rede hält wie Herr Teufel, der muss auch noch eine Weile auf das Mittagessen warten. Nicht wahr, Herr Ministerpräsident? Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Haas CDU: Was war das jetzt für ein lustiger Einwurf? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Von Humor versteht er auch nichts!)

– Herr Haas, also, von Humor verstehen Sie sowieso nichts.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt haben wir in einer Aktuellen Debatte eine langatmige, schlechte, vom Blatt abgelesene Regierungserklärung des Herrn Teufel gehört.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Zurufe von der CDU)

– Ich gönne ihn euch doch so sehr.

(Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD)

Ich gönne ihn euch so sehr! Ich bete jede Nacht dafür, dass ihr ihn behaltet.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Spruch ist alt, aber gut!)

Damit, bevor wir wieder ein bisschen humoriger werden, eines klar ist, Herr Ministerpräsident:

(Zurufe von der CDU: Noch humoriger?)

Gucken Sie sich heute Abend Ihr Bild im Fernsehen an, da werden Sie erschrecken.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann ist es vorbei mit lustig! – Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Bevor wir wieder humoriger werden, will ich Ihnen eines sagen, Herr Ministerpräsident: Nachdem Sie es für nötig befunden haben, sich mit den Studienqualifikationen des Kollegen Salomon auseinander zu setzen – und das ist ja etwas, was man bei Ihnen gelegentlich erlebt –, sage ich Ihnen nur eines: Jemand, der wie Sie immer wieder der Versuchung unterliegt, andere Menschen demütigen zu wollen,

(Widerspruch bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Walter Müller SPD)

(Maurer)

beweist nur seine eigene moralische Zwergengröße. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Unruhe – Abg. Dr. Birk CDU: Ausgerechnet Sie!)

– Ja, ja. Das muss man dem Herrn ab und zu sagen, weil diese Art von Angstbeißerei, die Herr Teufel pflegt, und das zustimmungsheischende Geblöke in die eigenen Reihen jedenfalls da ihre Grenzen haben, wo dies den menschlichen Anstand nicht mehr beachtet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Döpfer CDU: Jetzt hört es aber auf! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Dr. Birk)

Der Herr Ministerpräsident, Herr Teufel, hat, wie ich immer mehr lerne, ein sehr selektives Gedächtnis. Ein sehr selektives Gedächtnis! Ich will Sie da ausdrücklich warnen. Ich kenne die Recherchen des Kollegen Salomon nicht, aber er hat Ihnen vorhin einen Vorhalt über eine Äußerung Ihres Wissenschaftsministers im Ausschuss über Ihre Erkenntnisse bei der CeBIT gemacht. Bemühen Sie sich schnell, es aufzuklären. Ich sage das nach den Erfahrungen mit ihm im Untersuchungsausschuss zum Thema Bauernverbände. Ich weise Sie zart darauf hin, dass Ihr selektives Gedächtnis und der daraus resultierende gefährliche Umgang mit der Wahrheit für Sie sehr verhängnisvoll werden könnten. Ich sage Ihnen das ausdrücklich.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Herr Ministerpräsident Teufel, Sie hatten 1999 4 200 und 1995 2 500 Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg im Fach Informatik. Wir entnehmen einer Mitteilung des zuständigen Ministers in Niedersachsen, dass dort die Zahl der entsprechenden Plätze im Jahr 1999 6 400 betragen hat.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Vielleicht sollten Sie das auch einmal nachprüfen, bevor Sie hier eine so große Lippe riskieren. Sie haben ja gelegentlich schon schwierige Erfahrungen mit Ländervergleichen gemacht. Sollte sich bei Ihren Recherchen am Ende herausstellen, dass es in Niedersachsen mehr Plätze gibt als hier, haben Sie ein Problem, nachdem Sie hier so großmäulig aufgetreten sind – nur damit das klar ist.

(Abg. Döpfer CDU: Oh!)

Neulich habe ich Ihren verehrten Kollegen Koch bei Frau Christiansen gehört. Er hat für sich in Anspruch genommen, dass er in Hessen bald ein Drittel aller Plätze in Deutschland zur Verfügung stelle. Ihr müsst euch bei den Schwarzen langsam einigen, damit ihr beim Zusammenzählen nicht über 200 % kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Situation im Land, Herr Ministerpräsident, zu Ihrem selektiven Gedächtnis. Realität ist – das habe ich Ihnen

hier schon einmal vorgehalten –, dass Sie bereits vor einigen Jahren in diesem Haus einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf eine Bundesratsinitiative für ein Gesetz zur Steuerung der Zuwanderung abgelehnt haben. Das ist in Ihrem selektiven Gedächtnis untergegangen.

Realität in Baden-Württemberg ist – ich sage es Ihnen noch einmal –, dass Sie mehrfach Anträge von uns, durch Einrichtung zusätzlicher Berufskollegs die Möglichkeiten in den informationstechnologischen Berufen auszuweiten, abgelehnt haben. Ihre Kultusministerin hat dies mit der Begründung getan, sie habe sowieso schon keine Lehrer für den Normalunterricht – was leider der Wahrheit entspricht – und könne sich deshalb so etwas nicht leisten. Das ist die Realität in Baden-Württemberg.

Realität in Baden-Württemberg ist, Herr Kollege Teufel, dass Sie im Moment eine so genannte Oberstufenreform machen, bei der Sie den Kurs Informatik beseitigen, weil Sie ja zum Klassenverband zurückkehren.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Das hat doch damit nichts zu tun!)

– Das hat damit nichts zu tun? Ich kriege mich nicht mehr ein. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass man den Zugang zu IT-Berufen erst an der Hochschule erwirbt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber das ist wirklich kein Problem des Klassenverbandes!)

Sie fahren die schulischen Qualifikationen in diesem Bereich in Baden-Württemberg planmäßig nach unten

(Abg. Seimetz CDU: Das stimmt doch nicht!)

und riskieren hier eine große Lippe zum Thema Universitätsausbildung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das darf doch nicht wahr sein.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist so falsch, wie es arrogant ist!)

Wenn Ihnen das nicht passt, kommen Sie hier heraus und erklären Sie, dass Sie Ihre Oberstufenreform erneut ändern und das Fach Informatik einführen. Das können Sie gleich erklären. Aber reißen Sie, nachdem Sie etwas ganz anderes machen, hier nicht den Mund auf.

(Abg. Dr. Birk CDU: Informatik ist doch gar nicht abgeschafft!)

Sie können nicht die schulischen Qualifikationen in diesem Land herunterfahren, den Berufsschulunterricht herunterfahren, eine Oberstufenreform machen, bei der Sie in Wirklichkeit nur Personal sparen wollen und eben nichts tun, und dann derartige Reden halten, wie es Herr Teufel hier getan hat. Das können Sie nicht bringen, das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

(Maurer)

Woher stammen denn – das gehört auch zur Realität, über die man reden muss – die von Ihnen genannten Arbeitslosen mit Informatikausbildung?

(Abg. Deuschle REP: Ja, woher wohl?)

Sie stammen daher, dass auch die baden-württembergische Computerindustrie in den Neunzigerjahren riesige Früh-pensionierungsaktionen veranstaltet hat, weil sie die Leute nicht beschäftigen konnte. Wer sagt denn, Herr Ministerpräsident, dass es die alleinige Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit sei, solche Menschen zu qualifizieren und wieder einzustellen? Das ist Ihre selbstverständliche Aufgabe als Weiterbildungsträger ganz genauso wie die von jedem anderen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie reden an der baden-württembergischen Wirklichkeit vorbei. Wenn ich Ihnen zuhöre, könnte ich meinen, unsere Hochschulen würden von Abgängern überquellen, und deswegen müssten die baden-württembergischen Betriebe die geringsten Probleme haben, lieber Kollege. Aber gerade aus der baden-württembergischen IT-Industrie höre ich die größten Klagen darüber, dass man nicht genügend Leute bekomme. Wie passt das zueinander?

Sie könnten dann eine stolze Bilanz vorlegen, wenn Sie mitteilen könnten: Wir bilden in Baden-Württemberg genau so viele Leute aus, wie die baden-württembergische Industrie benötigt. Das wäre eine stolze Bilanz. Davon ist aber keine Rede. Wir sind Gott sei Dank ein absoluter Schwerpunkt dieser Industrie, und dazu müssen Sie Ihre Anstrengungen im Bildungsbereich in Relation setzen, doch nicht zu Mecklenburg-Vorpommern in Ihrem Ländervergleich. Da genügen wir dem halt nicht.

Ich mache daraus Herrn Trotha keinen großen Vorwurf. Wer ehrlich mit dem Thema umgeht und nicht scheinheilig wie Sie, der muss zugeben, dass Mitte der Neunzigerjahre alle die Situation falsch eingeschätzt haben. Die Wirtschaft selbst hat sie falsch eingeschätzt, sie hat auch falsche Politikberatung gemacht. Die Wirtschaft selbst hat damals falsche Politikberatung gemacht. Das haben dann andere nachgemacht. Wenn Sie Ihrem Erinnerungsvermögen nachgeholfen haben, werden Sie vielleicht feststellen, dass auch Sie falsch beraten worden sind und von Ihrem CeBIT-Besuch falsche Erkenntnisse mitgenommen haben. Vielleicht stellen Sie beim Lesen von Protokollen noch fest, dass es so gewesen sein könnte. Das ist die Realität.

Deswegen geht es heute doch nicht darum, hier solche Scheindebatten zu führen. Heute geht es vielmehr um die Frage, wie man ein Problem, das durch Versagen auch der Wirtschaft und der Politik eingetreten ist, am vernünftigsten pragmatisch löst. Das ist unsere Aufgabe.

Der Bundeskanzler hat Recht, wenn er sagt: „Wir haben jetzt ein Problem. Das muss kurzfristig gelöst werden. Deswegen müssen wir ausländische Spezialisten anwerben.“

(Abg. Dr. Birk CDU: Er schafft das doch gar nicht!)

Herr Teufel hat hier eine Stunde lang schwadroniert. Nur: Zu der Frage, was er im Bundesrat tun wird, hat er nichts gesagt – damit das einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Tour können wir natürlich nicht durchgehen lassen. Es geht nicht, dass Sie hier Wahlkampfreden aus dem „Roten Ochsen“ halten und zu der eigentlichen Frage nicht Stellung nehmen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wo ist eigentlich Ihr „Roter Ochse“? Der kommt in allen Ihren Reden vor!)

– Von mir aus können Sie auch den „Schwarzen Ochsen“ nehmen. Damit habe ich kein Problem.

Diese Art von Auftritten, die nur dazu dienen, sich darum herumzudrücken, in der Sache wirklich Farbe zu bekennen, habe ich allmählich dicke.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, dass ein Ministerpräsident nicht in der Lage ist, zu sagen, ob er für oder gegen die Greencard ist, und hier stattdessen eine Stunde herumredet.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Es ist eben Realität: Sie waren voll auf dem Rüttgers-Trip. Sie haben gesagt, der Spruch „Kinder statt Inder“ sei eine tolle Nummer. Jetzt sind Sie vielleicht im Rückwärtsgang. Sie werden da geschoben, winden sich und halten hier wilde Reden für Ihre Fraktion. Sagen Sie doch endlich einmal, was Sie in der Sache selbst für richtig halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Sind Sie für oder gegen die Greencard?

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Statt diese Frage zu beantworten, reden Sie davon, wir müssten die Verordnung abwarten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist schon wichtig!)

Lieber Herr, es gibt dazu präziseste Vorstellungen der deutschen Wirtschaft, der Unternehmen selbst.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dann kann man von euch doch verlangen, dass ihr zu diesen Vorstellungen der deutschen Wirtschaft im IT-Bereich Ja oder Nein sagt, oder? Dazu könnt ihr doch eine Meinung haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird hier eine Riesendebatte angefangen,

(Abg. Scheuermann CDU: Die haben doch Sie angefangen!)

eine Debatte über die Rückführung von Flüchtlingen und von was weiß ich wem, nur um von dem schlichten Um-

(Maurer)

stand abzulenken: Wir reden über Menschen, die hier arbeiten, die gut arbeiten, die integriert sind, die keine Sozialhilfeempfänger sind, die auch sonst nicht gefährdet sind, im Gegenteil. Ihre Handwerksmeister sind stolz auf sie und wollen sie behalten. Aber sie werden von Ihnen abgeschoben. Die einzelnen Fälle landen bei uns alle auf dem Tisch. Das ist die Realität. Das ist die Praxis und nicht dieses Geschwätz, das hier veranstaltet wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Damit haben die Kollegen von der CDU zu tun, damit haben die Kollegen von der FDP, haben wir und die Grünen zu tun. Tag für Tag passiert es, dass wieder jemand weggedrückt wird, weil Sie Ihr Ideologiemuster durchsetzen, obwohl all das, was Sie hier über Ausländerproblematik zum Besten gegeben haben, überhaupt nichts mit den konkret betroffenen Menschen zu tun hat.

(Zuruf von den Republikanern)

Sie sind in diesem Punkt ein Ideologe, um das einmal deutlich zu sagen, und keiner, der die Interessen des Landes wahrht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie reden an unsere Adresse über Inzellösungen. Die ganze Geisterdebatte, die Sie hier führen, kommt mir vor wie bei jemandem,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

bei dem es zum Dach seines Hauses hineinregnet und der sich mit den Handwerkern nicht darüber einigen kann, wie man das Loch schließt, sondern stattdessen einen Architektenwettbewerb über den Neubau einer Villa ausschreibt. So ziehen Sie diese Debatte auf. Wir haben ein Problem im IT-Bereich, und wir müssen es lösen. Wir brauchen keinen Architektenwettbewerb über irgendwelche Fragen, die in zehn Jahren anstehen.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Das ist die Realität. Da müssen Sie Farbe bekennen.

Und jetzt zum Thema Inzellösung und zu der Unehrllichkeit, mit der Sie die Debatte führen. Wenn Sie schon über Zuwanderung reden, dann nehmen Sie endlich einmal zur Kenntnis – auch wenn Ihnen das aus Wahlkampfgründen nicht passt –, dass die Asylbewerberzahlen in diesem Land seit Menschengedenken die allerniedrigsten sind und in diesem Monat wieder dramatisch zurückgegangen sind. Ich sage das nur deshalb, weil das hier so aufgeblasen wird.

Dann sage ich Ihnen eines: Wenn Sie meinen, Sie müssten über Integrationsprobleme durch Zuwanderung reden, können Sie natürlich nicht sagen: Wir reden über alles, aber über die Zuwanderung von Aussiedlern reden wir nicht. Das geht nicht. Entweder reden Sie über Zuwanderung und Integrationsprobleme, die wir ja haben, oder Sie machen eine billige Wahlkampfnummer. Das sage ich auch an die Adresse der FDP/DVP. Der Kollege Döring war ja so ehrlich, zu sagen: Wenn wir eine Problematik mit der Steue-

rung der Zuwanderung haben, müssen wir in diesem Bereich über alle Zuwanderungsgruppen diskutieren. Das ist ja nur vernünftig. Wenn wir ein Integrationsproblem haben, haben wir es überall. Bei Ihnen merkt man die ideologische und die Wahlkampfspur. Die ist Ihnen auf die Stirn geschrieben.

(Abg. Pfisterer CDU: Bei wem?)

Bei Ihnen reduziert sich Zuwanderung auf Asylbewerber. Da nehmen Sie auch keine Zahlen und keine wirklichen Integrationsprobleme mehr zur Kenntnis.

Ich sage Ihnen, was der Bundespräsident gemeint hat. Der Bundespräsident hat nicht über Zuwanderung geredet, sondern darüber, dass wir in Deutschland Regeln für Integration brauchen und dass es nicht geht, Menschen einwandern zu lassen, ohne ihnen dann wenigstens die Sprache beizubringen, und dass es nicht geht, sie in Gettosituationen anzusiedeln, wo sie sich dann in geschlossenen Kreisen bewegen, aus denen sie nicht mehr herauskommen. Da haben wir ein gewaltiges Problem, gerade bei den Aussiedlern. Das wissen Sie. Da haben Sie etwas zu tun, anstatt hier wilde Wahlkampfreden zu veranstalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie können mit uns – ich habe das hier wiederholt gesagt – wirklich ernsthaft über das diskutieren, was unsere Bevölkerung zu Recht als eigentliches Problem empfindet. Es ist ein Problem, wenn sich in unserem Land abgeschlossene Gegenkulturen bilden. Es ist ein Problem, wenn sich dann in diesen Gegenkulturen Fundamentalismus durchsetzt. Es ist ein Problem, wenn immer mehr ursprünglich hier Anwesende in einer Minderheitensituation in einen Anpassungsdruck solcher Gegenkulturen geraten. Das ist ein riesiges Problem. Aber das hat etwas zu tun mit unterlassener Steuerung und unterlassener Integration. Das hat etwas zu tun mit falscher Siedlungspolitik und mit fehlender weit-sichtiger Planung in diesem Bereich.

Wer hat denn diese Konzentrationen selber mit hochgezogen, in denen Integration nicht mehr stattfinden kann? Wer hat denn beispielsweise die Mittel für die Sprachförderung von Aussiedlern heruntergefahren? Das alles haben doch Sie verbrochen. Deswegen können wir die Debatte über die Notwendigkeit von Integration gern führen. Wir sind dafür, dass jeder, der hier lebt und hier geboren ist, von uns angenommen wird. Das heißt dann aber auch, dass er unser Verständnis von Grundrechten, von Freundschaft unter den Nationen und von der Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft akzeptieren muss. Wir sind erklärte Gegner von allen, die das negieren und versuchen, Gegenkulturen aufzuziehen, die nicht im Einklang mit den humanistischen Traditionen unseres Landes stehen. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Das ist auch die Sorge und sind die Ängste unserer Bevölkerung. Darüber sollten Sie sich ernsthaft auseinander setzen, anstatt hier billigen Wahlkampfspeck zu jagen, wie Sie das hier machen.

(Beifall bei der SPD)

In der Sache – noch einmal – haben Sie mit großem Wortgeklingel Ihren Formelkompromiss vorgetragen. Ich weiß

(Maurer)

nach der Debatte nach wie vor nicht, wie Sie sich in der Praxis bei den Menschen verhalten werden, die hier dringend benötigt werden und die von ihren Betrieben behalten werden wollen. Die haben Sie bisher weggeschickt, obwohl ihre Arbeitgeber sagen: Um Gottes willen, nehmt mir den Mann nicht weg; das hat schwere Folgen für die Arbeitsplätze auch sonst. Ich weiß jetzt wieder nicht, wie Sie da zu verfahren gedenken. Sie haben darum herumgeredet. Ich weiß nicht, welche Haltung Sie bei der Greencard haben. Sie haben in dieser Geschichte auch keinen Salto rückwärts gemacht – das war offensichtlich leicht vor-schnell –, sondern Sie haben das Ganze wieder vertagt und ins Ungefähre geschoben.

Wovor ich Sie ausdrücklich warnen will, weil das auch für unser Land gefährlich ist – ich habe heute viel über Ihre Wahlkampfstrategie gehört und nichts über Ihre Antworten in der Sache, auch beim Kollegen Oettinger habe ich viel über die Wahlkampfstrategie gehört –, ist: Wer sich weigert, pragmatische Lösungen in der Sache zu suchen und Entscheidungen zu treffen, die notwendig sind, sowohl in der Frage der Rückkehrpflicht von Leuten, die wir hier dringend brauchen, als auch in der Frage der Zuwanderung von hoch qualifizierten Spezialisten, die uns die Amerikaner und die Briten und die Franzosen gern abnehmen – das ist die Realität –, und stattdessen wieder Themen hochzieht wie Asyl – die Türken stehen vor Wien; wenn ich Herrn Oettinger zuhöre, stehen sie wieder vor Wien – und andere Sprüche, dem sage ich, wozu das führen wird.

(Abg. Deuschle REP: Die sind in Berlin und in Stuttgart, nicht vor Wien!)

Es wird dazu führen, dass die „Freunde da drüben“ – die Reps – im Landtag bleiben, und es wird Ihnen schaden. Aber vielleicht wollen Sie das im Ergebnis. Ich traue Ihnen da mittlerweile alles zu. Ich sage Ihnen: Kehren Sie zurück zu pragmatischen, sachlichen Entscheidungen in dieser Frage. Reden Sie über Integrationsprobleme, die wir in diesem Land lösen müssen, und verzichten Sie darauf, auch wenn Sie noch so viel Zustimmung brauchen, in Teilen Ihrer Fraktion hier Themen zu reiten, die am Ende der CDU und diesem Land schaden werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich den Beitrag des Ministerpräsidenten hier angehört hat, dann kann man sich der Feststellung nicht erwehren: Herr Teufel, Sie sind umgefallen, und die CDU hat vergessen, Ihnen zu erklären, warum.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

In der Debatte ist nämlich überhaupt nicht deutlich geworden, dass Sie verstanden hätten, was eigentlich das Thema hier ist. Greencard ist – da haben Sie Recht – ein Symptom, aber die Debatte, die dahinter steckt, lautet: Sind wir eine offene Gesellschaft, oder sind wir keine offene Gesellschaft? Dazu haben Sie leider nichts gesagt.

Jetzt ist das kein Thema, von dem ich sagen würde: „Das kann man mal diskutieren, und das ist morgen wieder tot.“ Ich glaube, das ist es nicht. Es ist ein Thema, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Ich wage zu prophezeien – da kann ich mich Herrn Maurer in der wohlmeinenden Warnung an die CDU anschließen –, dass Sie in einer Position sind, wo Sie ideologisch an der Wand stehen, ähnlich wie damals – alle Vergleiche hinken, aber der geht in die Richtung – bei der Ostpolitik, wo Sie einfach scheinbar Zugeständnisse machen mussten. Sie wollten den rechten Rand einfangen. Das war damals auch so. Das tun Sie hier und zudem ziemlich ungeschickt. Sie werden natürlich, einfach weil sich die Wirklichkeit geändert hat, hier Zugeständnisse machen müssen. Die Wirklichkeit ist eine andere, als Erwin Teufel sie sieht, und viele von Ihnen wissen das. Da fehlt mir einfach ein Stück Ehrlichkeit.

Ich habe heute in der „Südwest Presse“ einen Kommentar gelesen, Überschrift „Wie viel Einwanderung?“ Da ist ein schönes Bild, da geht es um Tiefenströmung in der Gesellschaft und Oberflächengeplätscher. Vieles, was zu diesem Thema hier in den letzten zehn Jahren – obwohl der Tatbestand überhaupt nicht neu ist – diskutiert wurde, hat etwas von Oberflächengeplätscher. Oberflächengeplätscher ist das, wie sich Politiker über die Tatsache unterhalten, dass die Gesellschaft sich in der Tiefenströmung etwas ändert. Da kann ich nur sagen: In der Tiefenströmung ist es einfach so, dass eine ernsthafte Debatte zu dem Thema „Einwanderung, Zuwanderung, Immigration“ natürlich durch den ganzen Prozess der Globalisierung beschleunigt wurde.

Sie werden doch nicht im Ernst glauben, dass Zoll- und Handelsschranken fallen, dass die Finanzmärkte sich globalisieren und dass das alles funktioniert, ohne dass die Arbeitsmärkte globalisiert werden – ich füge als Bildungspolitiker hinzu: dass das alles funktioniert, ohne dass sich der Bildungsmarkt globalisiert. Wir führen im Wissenschaftsbereich seit Jahren eine Diskussion über die Frage: Warum kommen so wenig ausländische Studierende zu uns? Und umgekehrt: Warum gehen so viele Deutsche ins Ausland, um zu studieren? Bildung ist globalisiert natürlich ein Gut geworden, und da haben wir Schwierigkeiten. Wir sind uns in der Analyse einig.

Dieser Teil, Herr Ministerpräsident, in dem Sie, was sowieso Ihr Faible ist, Statistiken über die Tatsache heruntergebetet haben, dass Baden-Württemberg – was von uns begrüßt und nie infrage gestellt wurde – in den Neunzigerjahren die Studienplätze im Informations- und Kommunikationsbereich ausgebaut hat, war übrigens einer der schwächsten Ihrer Rede. Wir sind natürlich froh über die Fakultät für Mathematik und Informatik in Mannheim. Wir sind froh über die 15. Fakultät in Freiburg. Das ist überhaupt nicht die Frage. Herr Maurer hat es gesagt, und der Herr Wissenschaftsminister könnte es wiederholen: Wir waren uns alle einig.

Wir haben – da waren Sie übrigens nicht da – in der letzten Sitzung hier im Plenum über die Greencard und die Konsequenzen für die Bildungspolitik gesprochen. Da gab es überhaupt keine Schuldzuweisungen. Es war Anfang der Neunzigerjahre so, dass sowohl die Wirtschaft als auch anschließend die Politik Fehler gemacht haben. Wir haben

(Dr. Salomon)

vieles unterschätzt. Ingenieure wurden zu Zigtausenden entlassen, und heute fehlen sie. In der Bildungspolitik spricht man von Schweinezyklus. Wenn die Entwicklung einmal in die falsche Richtung geht, dauert es sechs, sieben Jahre, bis man sie korrigieren kann. Momentan sind wir in einer Phase, in der wir keine Ingenieure finden. Die Ingenieure, die seit Jahren arbeitslos sind, sind einfach zu alt und werden nicht mehr ihren Qualifikationen entsprechend gebraucht.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Man müsste erstens Weiterbildung betreiben. Das ist aber schwierig, weil die Wirtschaft dabei nicht mitmacht; denn die brauchen die Jungen, die Kreativen, die Innovativen. Die sind heute unter 30 und nicht Mitte 50. Das ist das Problem. Das kann man gemeinsam konstatieren und feststellen. Das ist aber Gemeingut. Aber einfach zu sagen, der Schröder habe damals in Hildesheim die Studienplätze abgebaut und wir keine, deshalb sei Baden-Württemberg eine Insel der Seligen, im Prinzip müsste man nur die Arbeitskräfte, die hier vorhanden sind, umschulen und weiterbilden, dann bräuchte man keine Menschen aus dem Ausland, geht an der Problematik völlig vorbei. Dass ich persönlich kein Multikulti-Schwärmer bin,

(Lachen des Abg. Deuschle REP – Abg. Kluck FDP/DVP: Na, na, na! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

dürfte sich bis zu Ihnen rumgesprachen haben. Aber das ist auch gar nicht der Punkt.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Dass das Zusammenleben verschiedener Kulturen nicht immer vergnügungsteuerpflichtig ist, sondern Schwierigkeiten, Konflikte verursacht und sich eine offene Gesellschaft daran ausrichtet, wie man mit diesen Konflikten umgeht, müsste sich eigentlich herumgesprachen haben.

Jetzt möchte ich einen Zeugen zitieren, der insoweit unverdächtig ist, als er Ihr Parteibuch und nicht meines hat, nämlich meinen akademischen Lehrer Professor Dieter Oberndörfer aus Freiburg, der sich vor zwei Wochen in der „Badischen Zeitung“ in einem ganzseitigen Interview zu diesem Thema geäußert hat. Besser kann man nicht anführen, wie rückständig und hinter dem Mond das ist, was Sie hier erzählen. Wir haben seit Mitte der Neunzigerjahre überhaupt keine Nettozuwanderung nach Deutschland mehr, sondern einen negativen Saldo. Das ist das eine. Wenn man das demographisch für die nächsten 10 oder 20 Jahre fortführt, kommt man zum Ergebnis, dass wir dann nicht nur keine Fachkräfte mehr haben, sondern ein Arbeitskräfte-defizit, das sich gewaschen hat; denn unsere Gesellschaft vergreist und veraltet. Das sagt Ihnen jeder Demograph. Die Frage der Jungen, wer später ihre Rente bezahlen soll, ist eben keine Scherzfrage, sondern eine ganz reale Frage. Da kann man zwar sagen, die Deutschen bekämen zu wenig Kinder. Mir steht nicht an, das zu kritisieren, und das steht auch niemandem von uns an. Aber zur Kenntnis zu nehmen haben wir schon, dass wir den Wirtschaftsstandort Deutschland ohne Zuwanderung auf Dauer zumachen können. Das ist keine ideologische Schwärmerie, sondern das sind schlicht Tatsachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Was tut jetzt die Bundesregierung?)

Davor verschließen Sie die Augen, weil das ein Thema ist, das Ihnen unangenehm ist.

Ich kann nur noch einmal wiederholen: Globalisierung zum einen und ethnisches Reinheitsgebot zum anderen vertragen sich nicht. Wenn Sie den rechten Narrensaum von Schlierer und anderen einfangen wollen, kann ich nur sagen: An diesem Thema wird es nicht funktionieren, weil Ihnen die Wirtschaft dann nämlich nicht die Greencard, sondern die Redcard zeigt, und dann haben Sie verloren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Bebbler SPD)

Übrigens, und zwar nur in Klammern und am Rande: Mein akademischer Lehrer Dieter Oberndörfer, den ich erwähnt habe, hätte sich wahrscheinlich nicht sehr darüber gefreut, wie Sie mich hier gerade angemacht haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Na, na! Seien Sie nicht so beleidigt! – Abg. Haas CDU: Das haben Sie doch selber provoziert!)

– Ich bin überhaupt nicht beleidigt und auch nicht, wie Herr Maurer gesagt hat, gedemütigt worden. Warum soll ich gedemütigt sein? Dafür gibt es gar keinen Grund.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Also, wer „ta-ta“ ruft! – Abg. Haas CDU: Sie haben doch provoziert!)

Ich will nur eines sagen: Ich würde nie auf die Idee kommen, die Qualität eines Politikers an seinem Bildungsabschluss festzumachen.

(Abg. Haasis CDU: Darum ging es doch nicht!)

– Herr Haasis, das betrifft auch Sie; denn Sie haben da auch noch dazwischengequatscht. – Ich finde, Politik hat nichts mit Abitur oder Hochschulabschluss zu tun. Das ist gar keine Frage. Das habe ich Ihnen auch inzwischen mehrfach gesagt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Aber umgekehrt lasse ich mich auch nicht, nur weil ich einen sehr guten Hochschulabschluss samt Promotion gehabt habe, hier dumm anmachen, und sei es vom Ministerpräsidenten. Das lasse ich nicht zu. Das ist der Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Das ist richtig! – Abg. Haas CDU: Sie haben doch gesagt, dass er Realschulabschluss hätte! Sie haben ihn doch angemacht, nicht er Sie! – Weitere Zurufe von der CDU)

Jetzt komme ich zu dem eigentlichen Spagat, der in Ihren elf Punkten liegt, die Sie gestern vorgestellt haben. Dieses Papier ist in sich widersprüchlich. Sie können natürlich nicht sagen: „Wir wollen die Zuwanderung, und wir wollen sie begrenzen“, und hinterher sollen aber weniger Leute hereinkommen als vorher. Das heißt, die Ausländer, die

(Dr. Salomon)

drin sind, müssen raus und andere rein, und insgesamt muss noch ein negativer Saldo bestehen. So funktioniert das nicht. Das ist ein Spagat, der tatsächlich im Schritt reißt.

(Abg. Haas CDU: Das hat doch kein Mensch gesagt!)

Das kriegen Sie argumentativ gar nicht durch.

Dann wird immer argumentiert: „Ja, wir machen da mit. Wir stimmen da zu.“ Erstens kennen wir das Papier noch nicht. Das kann man ja auch noch gar nicht kennen. Das ist ja noch gar nicht diskutiert worden. Aber gut, dieses Argument ist ja geschenkt. Sie kennen das Papier noch nicht. Es gibt noch keine Vorlage. Sie wissen noch nicht, ob Sie da mitmachen. Aber im Prinzip machen Sie da nur mit, sagen Sie, wenn vorher das Asylrecht geändert wird, das Sie eigentlich schon so geändert haben, dass das sowieso nicht mehr stattfindet.

(Lachen bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Es gibt 100 000, und 3 % werden anerkannt! – Zuruf des Abg. Keitel CDU)

– Ja. Herr Keitel, hören Sie doch zu. – Das Thema Zuwanderung – wenn Sie sich die Zahlen anschauen – hat mit Asyl schon lange nichts mehr zu tun.

(Abg. Haasis CDU: Ja, aber sie kommen mit dem Vorwand Asyl! Das ist das Thema!)

Die Tatsache, dass nur zwischen 4 % und 8 % anerkannt werden, wird immer so hingeschoben, als könne man alle anderen dann einfach morgen wieder abschieben. Da sage ich: Da täuschen Sie sich. Die Genfer Flüchtlingskonvention sagt doch ganz eindeutig, dass die allermeisten Fälle

(Zurufe der Abg. Haas und Keitel CDU)

dieser restlichen Asylbewerber hier ein Bleiberecht haben, dass sie aufgrund der Tatsache, dass ihnen bei einer Abschiebung in ihrem Heimatland Gefahr für Leib und Leben droht, De-facto-Flüchtlinge sind. Das wissen Sie doch ganz genau.

(Abg. Herrmann CDU: Also die gar nicht hereinlassen!)

Von daher ist das eine Scheindebatte.

(Abg. Haas CDU: Scheinargument! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich sage noch eines und abschließend: Der Bundespräsident hat in seiner „Berliner Rede“ – ich glaube, dass es dieser Rede ähnlich gehen wird, wie es der Rede von Roman Herzog vor drei Jahren gegangen ist, nämlich dass es einige Wochen und Monate dauert, bis der richtige Gehalt der Rede erst einmal durchgesickert ist; ich bin aber überzeugt davon, dass er das tun wird – etwas Wichtiges gesagt, und damit hat er die Linie vorgegeben, wie Rot und Grün und auch Schwarz und Gelb damit umgehen sollten. Er hat nämlich einen schönen Satz gesagt:

(Abg. Haasis CDU: Nur einen?)

„Zuwanderung ist eigennützig.“ Ich habe begründet, warum. Wir brauchen Zuwanderung ökonomisch. Er hat gesagt: „Eine Einwanderungsregelung ist eigennützig, das Recht auf Asyl ist uneigennützig.“

Damit will ich es auch gut sein lassen, weil ich denke, dass es sich ein Land mit dieser Geschichte einfach nicht leisten kann, einen Asylparagraphen, den sowieso nur noch wenige in Anspruch nehmen können, einfach so mir nichts, dir nichts auf den Haufen der Geschichte zu werfen. Das wird so nicht funktionieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Deuschle REP: Warum denn nicht?)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Dr. Schlierer das Wort.

(Abg. Wintruff SPD: Ist das erforderlich?)

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal versuchen, die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten wie folgt zu kommentieren: Motto: „Angriff ist die beste Verteidigung“, Vermeiden klarer Aussagen, sich hinter der Verordnung verstecken, die noch nicht vorliegt, deren Eckdaten man aber kennt. Es wäre durchaus möglich gewesen, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich hier klar und deutlich zu dem äußern, was bisher als Vorgaben für diese Verordnung in der Diskussion ist. Damit muss ich festhalten, dass Sie sich heute wiederum gedrückt haben, dass Sie alles weiter offen lassen, dass Sie offensichtlich nicht das Rückgrat haben, hier Ihren Umfall einzugestehen. Das ist Punkt 1.

(Beifall bei den Republikanern)

Punkt 2: Sie haben über die CeBIT 1996 gesprochen. Da müssen Sie sich natürlich fragen lassen: Wer war denn damals in der Bundesregierung? Wer war da Forschungsminister? Wer waren denn diejenigen, die damals die Verantwortung getragen haben, wenn Sie heute die Verantwortung in Berlin sehen?

Im Übrigen will ich nur dazusagen: Es ist in der Tat so, dass es bei der Entwicklung des Bedarfs und des manchmal auch vorhandenen Überangebots in bestimmten Fächern Dinge gab, die nicht absehbar waren, und dass es auf der anderen Seite Entwicklungen gibt, die wir kennen.

Damit bin ich beim nächsten Punkt. Sie haben vorhin von den Ingenieuren gesprochen. Offensichtlich ist Ihnen entgangen, dass es sich bei den Ingenieuren um ein ganz anderes Problem handelt als im Bereich der IT-Fachleute. Diese zwei Dinge dürfen Sie sachlich nicht miteinander vermengen. Ich will Ihnen das ganz kurz begründen. Die Zahl der arbeitslosen Ingenieure folgt nach den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit ziemlich genau den zyklischen Konjunkturschwankungen. Das heißt, wir hatten schon immer Phasen mit einem Überangebot und darauf folgend Phasen, in denen Ingenieure gesucht wurden.

Wir haben heute nur ein Grundproblem, nämlich dass naturwissenschaftliche Fächer nicht die notwendige Attraktivität haben und dass sich heute zu wenige Schulabgänger

(Dr. Schlierer)

für ingenieurwissenschaftliche Studiengänge interessieren. Das ist das Problem, bei dem man etwas machen müsste. Dazu habe ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, nichts gehört.

Im Übrigen ist es bei den IT-Fachleuten tatsächlich so gewesen, dass der generelle Bedarf zwar schon früh erkannt wurde. Ich darf daran erinnern, dass die von Ihnen eingesetzte „Zukunftskommission Wirtschaft 2000“ bereits im Jahr 1992 den grundsätzlichen Bedarf an Softwarespezialisten festgestellt hat. Aber wir haben in der Tat bereits bei den letzten Debatten zu diesem Thema festgestellt, dass die Entwicklung, die wir heute haben, zumindest quantitativ nicht voraussehbar war.

Eines, Herr Ministerpräsident, haben Sie auch noch vergessen, deutlich zu machen: Wir haben zum einen sicherlich einen Bedarf. Aber diesem Bedarf steht nach wie vor eine hohe Zahl arbeitsloser IT-Leute gegenüber. Es gab Mitte der Neunzigerjahre tatsächlich eine Abholzungsaktion, bei der viele Unternehmen ihre qualifizierten Leute auf die Straße gesetzt haben. Jetzt stelle ich einmal folgende Frage

(Abg. Haasis CDU und Ministerpräsident Teufel unterhalten sich. – Abg. Deuschle REP: Hören Sie doch mal zu!)

– Herr Teufel, falls Sie mir eventuell einmal kurz zuhören wollen –: Die Unternehmen haben diese Leute damals auf die Straße gesetzt. Dieselben Unternehmen kommen jetzt und sagen, sie brauchten dringend Kräfte. Wäre es jetzt nicht eine Frage der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung, die man auch einmal den Unternehmen deutlich machen müsste, festzustellen, dass es nicht angehen kann, aus reinen Kostengründen zu sagen: „Mein Verhalten vor vier oder fünf Jahren interessiert mich überhaupt nicht mehr. Die Leute haben wir rausgesetzt; wo die bleiben, interessiert uns nicht.“

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Für die ist die Bundesanstalt für Arbeit verantwortlich oder nachher der Steuerzahler,

(Abg. Haasis CDU auf die SPD zeigend: Dort! Dort sind die Ansprechpartner! Die machen es doch! Der SPD müssen Sie das sagen!)

und wir fordern jetzt, dass neue Leute aus aller Herren Länder kommen.“ Ich sage Ihnen, diese Arbeitsteilung, dass nur der Profit – –

(Abg. Haasis CDU: Rot-Grün müssen Sie das sagen! Die machen das doch so!)

– Nein, ich rede jetzt mit dem Ministerpräsidenten, nicht mit Rot-Grün. Die kommen noch dran. – Es geht nicht an, dass wir der Industrie den Profit lassen und auf der anderen Seite der Rest der Gesellschaft die Verantwortung trägt. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei den Republikanern)

Noch ein Wort zur Greencard, zu der Anwerbung von IT-Fachleuten. Ich möchte nur daran erinnern, dass nach den neuesten Aussagen der Bundesanstalt für Arbeit allein in

diesem Jahr mit einem Zugang von 47 000 neu ausgebildeten Personen in diesem Bereich gerechnet wird.

(Zuruf von den Republikanern: Hört, hört!)

Wenn ich jetzt die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit hinnehme, wonach etwa 22 000 arbeitslose Kräfte vorhanden sind, dann ist das ein Potenzial von insgesamt etwa 60 000 Leuten.

(Abg. Haas CDU: 70 000!)

– Ja, 47 000 plus 22 000 sind ca. 70 000. Wenn Sie jetzt die Rechnung aufmachen, dass wir einen Bedarf von maximal 70 000 Leuten haben – es gibt ja sehr hoch geschraubte Zahlen, die bei etwa 70 000 liegen –, kann ich nur sagen: Wer jetzt für Zuwanderung in diesem Bereich plädiert, negiert die Zahlen auf dem eigenen Markt. Es läuft darauf hinaus, dass Kräfte geholt werden, weil man die billiger einstellen kann. Die eigenen Leute, die wir ausbilden, stehen nachher auf der Straße. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei den Republikanern)

Nun zu einem Punkt, der hier in der Diskussion, nicht zuletzt durch das 11-Punkte-Papier der CDU, eine Rolle spielt, nämlich die Frage, wie man mit der Zuwanderung umgehen soll.

Es ist ja völlig richtig, wenn Herr Bundesinnenminister Schily im letzten Jahr festgestellt hat, dass für eine weitere Zuwanderung kein Platz mehr ist. Richtig ist auch, dass die Integrationspolitik, die hier in den letzten Jahren beschworen worden ist, im Kern gescheitert ist. Es war hochinteressant, was Herr Maurer, der jetzt wieder einmal im Saal fehlt, vorhin ausgeführt hat – eine späte Erkenntnis: Ethnifizierung, Gettoisierung, Parallelgesellschaften, Gegengesellschaften. Das sind die Kennzeichen und die klaren Tatbestände im Bereich der Integration.

Herr Salomon, noch ein Wort zu Ihnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Ach, Herr Hildebrandt, Sie haben schon bessere Zwischenrufe gebracht.

Herr Salomon, Sie sagen, Sie seien kein Multikulti-Apostel. Sie sind hier aber der Vertreter des Multikulti-Narrensaums bei uns in der Gesellschaft,

(Beifall bei den Republikanern)

der nach wie vor dieser Idee anhängt. Da genügt es nicht, jetzt mal so pro forma ein bisschen zurückzurudern.

Im Übrigen will ich an dieser Stelle noch eines deutlich machen: Diese Debatte hat schon einen gewissen historischen Stellenwert, denn heute habe ich gerade bei Rot-Grün Töne gehört, für die wir Republikaner vor wenigen Jahren in diesem hohen Haus noch als Ausländerfeinde und Menschenfeinde bezeichnet wurden. Das ist jetzt das stückweise Zurückrudern, nachdem Sie feststellen mussten, dass hier eine Entwicklung abgelaufen ist, die Sie immer gelehrt haben und die Sie immer moralisch tabuisiert haben.

(Dr. Schlierer)

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist doch absoluter Quatsch, was Sie hier behaupten! Wir lassen uns doch nicht von Ihnen vereinnahmen!)

Aber die Fakten holen Sie jetzt ein. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei den Republikanern)

In dieser Situation, wo diese ganze Multikulti-Illusion wie eine Seifenblase platzt,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ach, Sie haben eine Seifenblase im Kopf?)

kommen jetzt die Forderungen: Wir brauchen mehr Zuwanderung. Denn – so Hochrechnungen – wir haben irgendwann das Problem, dass wir aufgrund der Demographie die Rentenversicherung im Umlageverfahren nicht mehr finanzieren können, und wir haben irgendwann Arbeitskräftemangel. Ich stelle da nur zwei Fragen: Wer sagt denn überhaupt, dass die einzige Lösung zur Sicherung dieser Sozialversicherungssysteme die Zuwanderung ist?

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Ich kann Ihnen genügend Studien beispielsweise aus der Schweiz vorlegen, die klipp und klar deutlich machen, dass das nicht funktioniert, dass sich das nicht rechnet,

(Abg. Deuschle REP: Im Gegenteil!)

sondern im Gegenteil sogar das Scheitern vorprogrammiert ist. Die Frage ist in der Tat: Wann steuern wir endlich in der Rentenversicherung um?

Und die andere Problematik ist die: Wir wissen doch ganz genau, dass die technische Entwicklung bei uns nicht stehen bleibt. Wir werden weiterhin eine Umstrukturierung haben, und wir werden weiterhin die Situation haben, dass gerade im industriellen Bereich mehr und mehr Arbeitskräfte überflüssig werden, weil durch die weiter steigende Automatisierung diese Dinge eben von dem berühmten Stück Silikon übernommen werden. Daher halte ich die Forderung, man müsse unbedingt die Bevölkerungszahl in der jetzt vorhandenen Höhe halten, auch für illusorisch.

Im Übrigen kann ich nur eines sagen: Eine offene Gesellschaft mag ja schön sein. Aber eines hat sie immer zur Voraussetzung: ein Mindestmaß an innerer Homogenität. Sie braucht auf jeden Fall eine Leitkultur. Nun ist das Interessante, dass allein diese Aussage uns auch schon wieder als angeblich nationalsozialistischer Denkansatz vorgehalten wurde.

(Abg. Deuschle REP: Ein Schwachsinn!)

Das ist natürlich dummes Zeug. Ich verweise nur auf Basam Tibi, der nicht ohne Grund betont hat, und zwar aufgrund eigener Anschauung, dass jede Gesellschaft eine verbindliche Leitkultur braucht. Ich bin wirklich gespannt, wie diese Diskussion im Blick auf die weitere Zuwanderung laufen wird.

Eines ist mir jedenfalls klar: Rot-Grün will weiter Zuwanderung laufen lassen und plädiert für so genannte pragmatische Lösungen, was aber nichts anderes heißt als Missstän-

de bestehen lassen und dann und wann noch draufzusatteln. Die FDP will jetzt weitere Zuwanderung, aber gesteuert – wie es genau werden soll, weiß man noch nicht –, und die CDU will eigentlich Zuwanderung, aber sie will auch wiederum keine Zuwanderung.

Was haben wir als Resümee? Meine Damen und Herren, keine klare Konzeption von Ihnen.

Ich kann für die Republikaner nur eines feststellen: Wir haben immer gesagt, dass wir diese Zuwanderung stoppen müssen, dass wir ganz klar dafür sorgen müssen, dass der innere und soziale Frieden in diesem Land erhalten bleiben kann. Interessant, Herr Ministerpräsident, ist – das nehme ich gerne aus der Debatte mit –, dass Sie diese tiefere Einsicht inzwischen auch gewonnen haben. In Ihrem 11-Punkte-Papier steht es; gestern stand es in den Zeitungen. Wir werden das gerne auch bei allen Diskussionen darüber, was man uns als angeblich verwerfliche Ideen unterstellt, als Beleg für die Richtigkeit unserer Aussage vorlegen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Pfister das Wort.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte wirklich in aller Kürze noch einmal auf einen Punkt eingehen.

Ich habe, Herr Ministerpräsident, Ihrer Rede sehr genau zugehört und habe dann gesagt, dass ich der Landesregierung empfehlen würde, nicht isoliert eine Zustimmung zur Greencard zu geben, sondern dies gerne koppeln würde mit einem Entschließungsantrag der Landesregierung von Baden-Württemberg im Bundesrat, um deutlich zu machen, dass nicht eine Insellösung kommen soll, sondern dass sie mit anderen Gesichtspunkten verbunden werden soll. Ich möchte Ihnen sagen, dass die Punkte, die Sie heute in Ihrer Rede genannt haben, Herr Ministerpräsident, eigentlich zu einem sehr großen Teil auch die Punkte sind, die der FDP wichtig sind, in der Vergangenheit wichtig waren und auch vor 14 Tagen in dem Papier von Biberach festgehalten worden sind.

Ich möchte einfach noch einmal sagen: Auch ich meine, dass der bildungspolitische Teil selbstverständlich von großer Bedeutung ist. Ich will auch sagen, lieber Kollege Salomon: Baden-Württemberg braucht sich da wirklich nicht zu verstecken.

Übrigens ist das auch ein Kompliment an die große Koalition. Das geht, muss man der Ehrlichkeit halber sagen, zurück bis zur großen Koalition. Denn Sie wissen, dass die Nachfrage nach Computerfachleuten 1991/92 deutlich zurückgegangen ist. Sie sind nicht mehr eingestellt worden. Das Ergebnis der Nichteinstellung von Computerfachleuten Anfang der Neunzigerjahre war, dass die Nachfrage an den Hochschulen und Berufsakademien für diese Ausbildungsgänge deutlich zurückgegangen ist.

(Abg. Haas CDU: 1995!)

Aber obwohl die Kapazitäten damals, Anfang und Mitte der Neunzigerjahre, nur zu 50 % ausgelastet waren, hat Ba-

(Pfister)

den-Württemberg die Kapazitäten eben nicht abgebaut, sondern hat sie bestehen lassen und in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre weiter ausgebaut.

Was ich sagen möchte – das muss klar sein –, ist: Das Land Baden-Württemberg hat unabhängig von der Frage Greencard, Zuwanderung usw. auch in der Zukunft die große Aufgabe, Ausbildungskapazitäten für diesen Bereich und auch für andere Bereiche zu schaffen.

Aber, Herr Kollege Salomon, wir haben das Instrument, mit dem wir das machen wollen, doch längst geschaffen. Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode die erste Privatisierungsoffensive gestartet, bei der wir etwa 700 Millionen DM – Sie haben darüber gesprochen – für den Ausbau von Schulen, auch beruflichen Schulen, Fachhochschulen und Universitäten ausgegeben und damit einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Wir sind uns doch einig darüber, dass wir für den weiteren Ausbau der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg genau mit dem Ziel, das Sie angesprochen haben

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
Kommt die Stiftung für Weiterbildung?)

und das auch der Ministerpräsident angesprochen hat, längst ein Instrument – auch ein finanzpolitisches Instrument – in der Hand haben oder in der Hand haben werden, um auch in der Zukunft deutlich zu machen: Baden-Württemberg will das Land sein, das deutscher Meister ist, wenn es darum geht, die Bildungschancen der jungen Generation in allen Bereichen zu verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Ministerpräsidenten Teufel)

Zweiter Punkt: die humanitären Gesichtspunkte. Sie haben vom Asyl gesprochen. Meine Damen und Herren, wir sind eine Europäische Union. Diese Europäische Union hat, wie man weiß, keine Binnengrenzen. Wenn es überhaupt ein Thema gibt, das in der Zukunft europäisch gelöst werden kann und europäisch gelöst werden muss, dann ist das exakt der Asylbereich.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Deshalb sagen wir: Auf der Grundlage des Amsterdamer Vertrags, der ja eine klare Zeitschiene vorgibt und der klar sagt, dass die Europäische Union bis zum Jahr 2002 ein gemeinsames europäisches Asylrecht auf den Weg bringen will und, sage ich, auf den Weg bringen muss, und selbstverständlich auch auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention, auf diesen beiden Grundlagen werden wir und müssen wir eine europäische Asyllösung finden.

Eines muss auch klar sein – das steht auch in den Biberacher Beschlüssen –: Wenn sich bei der Suche nach einer europäischen Asyllösung am Ende herausstellen sollte, dass das deutsche Grundgesetz in Artikel 16 mit einem Gesetzesvorbehalt versehen werden muss, wird sich die FDP/DVP in Baden-Württemberg einem solchen Gesetzesvorbehalt nicht verschließen. Ich stelle fest: Auch dies ist Teil der Biberacher Beschlüsse, die wir vor 14 Tagen gefasst haben. Auch hier gibt es also eine Übereinstimmung mit der Darstellung der Landesregierung.

Dritter Punkt: Ich bin der Meinung, in Baden-Württemberg gibt es einen Fachkräftemangel. Wir haben kürzlich aus Nürnberg gehört, dass in Baden-Württemberg die Arbeitslosigkeit statistisch 5,5 % beträgt. Gleichzeitig sagt uns Nürnberg, dass 50 % der heutigen Arbeitslosen aus irgendwelchen Gründen, auf die ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen kann, nicht ohne weiteres qualifizierbar und vermittelbar sind. Wenn ich also von den 5,5 % in Baden-Württemberg ausgehe, stelle ich fest, dass wir eine Arbeitslosenquote haben, die in der Größenordnung von 2,5 % liegt. Dies ist faktisch Vollbeschäftigung – nicht überall, aber statistisch gesehen.

Ich will nur darauf hinweisen, dass allein aufgrund dieser Zahl für mich sonnenklar ist: Wir haben in Baden-Württemberg Bedarf an weiteren qualifizierten Fachkräften, nicht nur im IT-Bereich, damit das klar ist, sondern auch in anderen Bereichen. Deshalb ist natürlich klar: Neben den eigenen Ausbildungsanstrengungen brauchen wir zur Behebung dieses Fachkräftemangels Zuwanderung. Auch in Baden-Württemberg brauchen wir Zuwanderung in allen Bereichen.

Das ist ja der Grund dafür, dass zum Beispiel die Landesregierung vor drei Jahren einen Innovationsbeirat installiert hat. Ich kann all denjenigen, die daran zweifeln oder die Frage stellen, ob wir in Baden-Württemberg Zuwanderung brauchen oder nicht, dringend empfehlen, die Ergebnisse dieses Innovationsbeirats nachzulesen. Da werden Sie ein eindeutiges Ja für Zuwanderung auch in Baden-Württemberg feststellen.

Ich bin schon der Meinung, meine Damen und Herren: Wenn dies so klar ist – und das wird ja auch ergänzt, etwa durch die Zukunftskommission und andere Gutachten –, dann sollten wir solche Gutachten nicht nur in Auftrag geben und sollten uns nicht nur Ergebnisse vorlegen lassen, sondern sie, wenn wir es für richtig halten, auch umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich meinen Vorschlag wiederholen: Ich meine, die Landesregierung sollte via Bundesratsinitiative von mir aus Ja sagen, Herr Kollege Maurer, zu dieser Greencard-Initiative, aber ich empfehle dringend, dies mit einem Entschließungsantrag zu verbinden, mit dem Druck auf die Bundesregierung gemacht wird, damit sie ein modernes Zuwanderungskonzept auf den Weg bringt, und das ist eben mehr als allein die Greencard. Ich empfehle der Landesregierung, im deutschen Bundesrat einen solchen Entschließungsantrag vorzulegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen:
Doch!)

Herr Abg. Dr. Hildebrandt, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Auf die Mittagspause kann ich keine Rücksicht nehmen, meine lieben Herren Kollegen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo sind hier die Weicheier?)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass der Ministerpräsident sich nicht auf diese Art und Weise aus der Sache herausreden kann. Ich will dazu drei Punkte nennen.

Sie haben appelliert, eine Politik zu machen, die die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosen berücksichtigt. Sie waren bei der letzten Debatte nicht da, aber bevor Sie so etwas sagen, hätten Sie wenigstens das Protokoll der Debatte nachlesen können. Es war ausdrücklich Gegenstand der Debatte in diesem Landtag, und ich habe zu denen gehört, die ausdrücklich darauf Bezug genommen haben, dass eine Politik der Einwanderung und ein Einwanderungsgesetz und eine Anwerbung ausländischer Fachkräfte kein Ersatz oder auch nur eine Störung sein können für eine Politik, die Arbeitslosigkeit bekämpft und Arbeitslosigkeit abbaut.

Man kann ökonomisch sogar sagen: In der gegenwärtigen Lage ist der Zuzug von ausländischen Fachkräften ein Faktor zur Behebung der Arbeitslosigkeit, weil wir damit mehr Arbeitsplätze schaffen können.

(Abg. Deuschle REP: Gewagt ist das! Sehr gewagt!)

Richtig ist auch, was der Vorsitzende des DGB in Baden-Württemberg sagt, dass es keine Arbeitgeberlösung des Zuzugs und des Abstoßes geben darf, also keine Billiglösung in Bezug auf die Arbeitskräfte. Aber auch das ist nicht geplant. Nur: Wenn Sie ausgerechnet gegenüber der aktuellen Lösung anführen, Sie seien der Vertreter mit der sozialen Standarte des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, dann müssen Sie sich schon nach den Ergebnissen Ihrer Politik der letzten Jahre fragen lassen. Diese Bundesregierung jedenfalls tut einiges mehr für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, als die alte Bundesregierung in den 16 Jahren davor getan hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Nagel SPD)

Zweitens haben Sie gesagt: Die Menschen, die hier leben, zuerst. Natürlich! Erstens ist das geltende Recht, und zweitens gehört dazu inzwischen auch eine große Anzahl von Ausländern. Natürlich sind die zuerst dran. Ich sehe auch ein, dass es für jeden, der keine Arbeit findet, schwer verständlich ist, dass in anderen Feldern Leute aus dem Ausland angeworben werden müssen. Weil das aber nicht kompatibel ist, müssen wir unsere Anstrengungen erhöhen, zum Beispiel im Bündnis für Arbeit, zum Beispiel im sozialen Sektor, zum Beispiel bei der Anwerbung der ESF-Mittel in diesem Land, und das hat mit der Verweigerung der Zustimmung zur Greencard überhaupt nichts zu tun. Ich will Sie warnen, aus der Parole „Die Menschen hier zuerst“ eine Parole „Deutsche zuerst“ zu machen. Sie wissen ja, wohin das führt.

(Abg. Deuschle REP: Wohin führt das denn?)

Das Handwerk hat sich zu Ihren Vorschlägen schon geäußert. Die Lösung, die Sie in Bezug auf die Bosnien- und Kosovo-Flüchtlinge vorschlagen, ist völlig unzureichend. Sie beharren auf dieser Lösung, weil Sie aus rein ideologischen und politischen Gründen auf Ihrer abschreckenden Abschiebep Praxis beharren wollen. Sie ist für die Lage im Handwerk aber völlig unzureichend und muss dringend verbessert werden.

Sie sind darauf eingegangen, dass die Studenten, die hier ausgebildet werden, hier bleiben könnten, wenn wir ihre Ausbildung und ihre Fähigkeiten brauchen. Lieber Herr Teufel, Sie kennen die Vorlage zur Greencard nicht. Wer sich über die Sache informiert, weiß, dass das Inhalt des Vorschlags zur Einführung der Greencard ist.

(Ministerpräsident Teufel: Drei Monate vorher haben Sie zugemacht!)

Ich habe letztes Mal für die Grünenfraktion im Plenum gefordert, dass das geschieht,

(Ministerpräsident Teufel: Ja, gut!)

und es ist Bestandteil des Greencard-Vorschlags der Bundesregierung. Man kann sich ja einmal kundig machen, verehrter Herr Ministerpräsident.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der entscheidende Satz aber, den Sie gesagt haben – den muss man wiederholen und für das Protokoll unterstreichen –, war: „Wer ein Einwanderungsland herbeiredet, handelt verantwortungslos.“

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Unglaublich!)

Lieber Herr Ministerpräsident, das zeigt wirklich, dass der Wechsel, den die CDU vollziehen will, erstens nur einer der Taktik ist und zweitens bei Ihnen nicht angekommen ist.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Ich könnte jetzt sagen, dass die Frage des Einwanderungslandes faktisch geklärt ist, weil wir Einwanderung haben. Ich könnte sagen, dass die Kommissionen, die Sie selber eingesetzt haben, sowohl die Zukunftskommission als auch die, die das Leitbild erarbeitet hat, davon selbstverständlich ausgehen. Die Kommission, die Herr Leibinger geleitet hat, geht zum Beispiel von einem Zuwachs von 25 000 Zuwanderern pro Jahr in Baden-Württemberg aus. Das haben Sie nicht wahrgenommen.

„Wer ein Einwanderungsland herbeiredet, handelt verantwortungslos“ – wissen Sie, worauf das zielt? Natürlich weiß ich – Herr Professor Oberndörfer spricht davon –, dass es in beiden großen Parteien Ansprechpartner für Parolen gibt, die das Zusammenleben mit Ausländern infrage stellen, und dass dann manchmal solche Parolen herauskommen.

Sie haben von der Akzeptanz der Bevölkerung gesprochen, der wir nicht mehr zumuten dürften, als sie tragen könne. Verantwortungslos handelt, wer die mindere Akzeptanz der Bevölkerung herbeiredet

(Dr. Hildebrandt)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

und wer etwas dafür tut, dass diese Akzeptanz gering ist.

(Abg. Ingrid Blank CDU: 40 % der Jugendlichen würden rechtsradikal wählen!)

Zum Schluss sage ich Ihnen noch: Schäbig ist es, sich auf die mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung zu berufen und gleichzeitig bei Wahlen regelmäßig zu versuchen, diese zweifellos in Teilen der Bevölkerung vorhandene Ablehnung eines Zusammenlebens mit Ausländern nicht nur auszunutzen, sondern sogar zu mobilisieren für das Ziel kurzfristiger taktischer Wahlerfolge. Gott sei Dank hat das in Nordrhein-Westfalen nicht geklappt, und ich hoffe, das ist der Beweis dafür, dass es auch in nächster Zeit nicht klappt.

Die Diskussion um Zuwanderung und Einwanderung ist eine weit ausgreifende gesellschaftspolitische Diskussion, aber sie betrifft in allererster Linie die Frage: Welche Politik machen wir im Zusammenleben mit den Ausländern, die zu uns kommen? Ich bin der Letzte, der Migration als solche schon für einen Erfolg hält. Da gibt es nämlich die Migrationsgewinner und die Migrationsverlierer, für die es ein großes Unglück ist, dass sie wandern müssen, weil sie sonst nicht existieren können. Aber wie wir damit umgehen, dass wir dafür offen sind, dass wir ihnen die gleichen Rechte zubilligen wie uns auch und dass wir sie nicht terroristisch abschieben, das ist die entscheidende politische Frage, und da ist der Unterschied zwischen dem, was die Landesregierung macht, und dem, was wir vorschlagen, deutlich geworden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Ich frage ausdrücklich: Liegen weitere Wortmeldungen vor? –

(Abg. Haas CDU: Warum fragen Sie?)

Das ist nicht der Fall.

(Abg. Haas CDU: „Wird das Wort gewünscht?“, müssen Sie fragen!)

Damit ist die Aktuelle Debatte geschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung erhält Herr Wissenschaftsminister von Trotha.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Salomon soll in dieser Debatte von Lüge und von Lügnern geredet haben.

(Abg. Haas CDU: Ja, hat er!)

Ich möchte diesen Tatbestand klarstellen. Ich konnte leider an dieser Phase der Debatte nicht teilnehmen, weiß also nicht, worin der Vorwurf im Detail besteht. Ich weiß aber sehr gut, um welchen Vorgang es geht, und ich denke, es ist im Interesse des Hauses, dass er klargestellt wird.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident! – Abg. Haas CDU: Zwischenfrage oder was?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Salomon, Sie wollten keine Zwischenfrage stellen, sondern Sie haben sich zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Ich habe mich wiederholt öffentlich mit den wechselnden Auffassungen der Wirtschaft in dieser Frage kritisch befasst und bringe dabei regelmäßig zwei Beispiele. Ich verweise zum einen auf die Expertenkommission „Fächerspektrum der Fachhochschulen“ im Jahr 1993, als die Wirtschaftsvertreter gegen eine Erweiterung der Kapazitäten in der Informationstechnologie waren.

Mein zweites Beispiel ist das, was hier offenbar eine Rolle gespielt hat. Bei der CeBIT 1995 sprach nämlich eine sehr renommierte Firma unseren Ministerpräsidenten an und teilte ihm mit, dass bei 30 Einstellungen 1 500 Bewerbungen eingegangen seien und damit die Frage zu stellen sei: Ist dies so eigentlich in Ordnung? Der Ministerpräsident hat mich über diesen Vorgang informiert und mich dazu um eine Stellungnahme gebeten. Diese Stellungnahme habe ich am 11. April 1995 abgegeben. Ich will Ihnen daraus zitieren. Da heißt es – und nicht jedes Papier kann man nach fünf Jahren noch zitieren –:

Die Arbeitsmarktchancen von Absolventen der beruflichen Bildung sind also derzeit auch nicht besonders günstig, sodass es bei reiner Orientierung am augenblicklichen Arbeitsmarkt konsequent erscheinen könnte, wenn die Unternehmen Ausbildungsplätze abbauen. In Wirklichkeit ist ein solches Verhalten der Unternehmen nach meiner Auffassung kurzsichtig, weil die Heranbildung des beruflichen Nachwuchses eben nicht an einer Augenblickssituation gemessen werden darf, sondern sich an einer mittelfristigen Entwicklung orientieren muss. Die gleichen Unternehmen, die heute Arbeitsplätze abbauen, werden sich nicht scheuen, in wenigen Jahren das Fehlen von Nachwuchs zu beklagen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Und das ist dann die Praxis, dem Staat eine verfehlte Bildungspolitik vorzuwerfen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Genau so ist es!)

Dies habe ich dem Ministerpräsidenten mitgeteilt. Die Konsequenz war: Wir haben nie abgebaut. Im Gegenteil, wir haben ausgebaut,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So sieht es aus!)

und zwar ganz unabhängig von allen Tageserwägungen und von den aktuellen Arbeitsmarktchancen, weil wir die Informatik für eine Kulturtechnik halten, die in einer hoch technisierten Region eine zunehmende Bedeutung hat.

Herr Salomon, ich kenne Ihre Formulierung nicht. Möglicherweise wäre jetzt eine Entschuldigung angebracht.

(Abg. Maurer SPD: Es ging nicht um Sie!)

(Minister von Trotha)

Aber ich wäre voll damit zufrieden – und ich vermute, dass es der Ministerpräsident auch wäre –, wenn Sie anerkennen würden, dass wir entgegen dem damaligen Zeitgeist die einzig richtige Politik betrieben haben, und zwar in einer Konsequenz wie niemand anders. Wir vergleichen uns nicht mit Mecklenburg-Vorpommern, Herr Maurer, sondern wir vergleichen uns mit jedem anderen Land, und wir haben mehr getan als alle anderen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zu einer persönlichen Erklärung erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Minister von Trotha haben genau das bestätigt, was ich gesagt habe. Der Herr Ministerpräsident hat im Verlauf der Debatte vorhin gesagt, dass er im Gegensatz zum derzeit amtierenden Bundeskanzler schon 1996 gesagt habe, man müsse hier ausbauen.

(Ministerpräsident Teufel: Nicht nur gesagt, sondern getan! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Gesagt und getan. Daraufhin habe ich ihm in einer Zwischenfrage genau den Sachverhalt, den Herr Minister von Trotha gerade geschildert hat, vorgehalten,

(Widerspruch bei der CDU)

dass Sie 1995 von der CeBIT zurückgekommen sind und gesagt haben, Sie seien von Unternehmen angesprochen und gefragt worden, ob es in diesem Bereich in Baden-Württemberg nicht zu viele Studienplätze gebe, weil sie so viele Bewerbungen auf so wenige Stellen hätten.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Das habe ich Sie gefragt.

(Zurufe von der CDU)

Daraufhin haben Sie – jetzt kommt der eigentliche Punkt – geantwortet, das, was ich unterstellen würde, entspreche nicht der Wahrheit; genau das Gegenteil sei richtig.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dann habe ich gesagt – das möge man einmal im Protokoll nachlesen –: Dann muss aber Herr von Trotha gelogen haben, wenn das, was ich gesagt habe, nicht stimmt. Ich habe Sie nicht als Lügner bezeichnet, weil ich ja wusste, was Sie gesagt haben. Ich habe nur auf den Widerspruch hingewiesen, dass der Herr Ministerpräsident – –

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

– Beruhigen Sie sich doch.

(Anhaltende Zu- und Gegenrufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren!

(Glocke des Präsidenten)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Herr Ministerpräsident hat mich dadurch, dass ich Herrn von Trotha zitiert habe und er gesagt hat, das entspreche nicht der Wahrheit,

(Zurufe von der CDU)

indirekt der Unwahrheit bezichtigt. Ich habe nur auf den Widerspruch hingewiesen und habe gesagt: Dann muss der Herr Wissenschaftsminister die Unwahrheit gesagt haben. Das war alles.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Alles klar!)

Wenn Sie glaubten, ich hätte Sie als Lügner bezeichnet – das tun Sie, glaube ich, nicht –, würde ich mich dafür gern entschuldigen. Aber ich habe Sie nicht als Lügner bezeichnet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das werden wir im Protokoll aber sehen!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich empfehle die sorgfältige Lektüre des Protokolls.

(Heiterkeit)

Dann wird sich vielleicht mancher Widerspruch aufklären.

Tagesordnungspunkt 3, die Aktuelle Debatte, ist damit beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:15 Uhr.

Ich mache darauf aufmerksam, dass eine halbe Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung, also um 14:45 Uhr, der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Friedrich-Ebert-Saal tagt.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:59 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:15 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/5179

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Heinz Troll REP – Präsenzauswirkende Praxis der Mehrarbeitsvergütung im Polizeidienst

Herr Abg. Troll, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Troll REP: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

a) In welcher Weise erfolgt beim Polizeivollzugsdienst Ausgleich für geleistete Mehrarbeit, also Überstunden, ohne dass bei den Polizeirevieren oder anderen Basisdienststellen Präsenzverluste, zum Beispiel Unterbesetzungen, eintreten?

(Troll)

- b) Inwieweit trifft es zu, dass bei SOKOs der Kriminalpolizei und Sondereinheiten wie POS, MEK oder SEK anfallende Mehrarbeit weitgehendst finanziell, bei Polizeirevieren dagegen in Freizeit abgegolten wird?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister Dr. Schäuble, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Innenminister Dr. Schäuble: Heute für die ganze Fragestunde.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Frau Kollegin Vosschulte, verehrte Frau Kollegin Lazarus! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zur ersten Frage: Die im Polizeivollzugsdienst geleistete Mehrarbeit wird vorrangig, das heißt überwiegend, durch Dienstbefreiung ausgeglichen. Dabei wird natürlich darauf geachtet, dass vorgegebene Mindeststärken nicht unterschritten werden. Die Dienstbefreiung wird zu Zeiten gewährt, an denen es die polizeiliche Lage zulässt, zum Beispiel an Sonntagen. Die polizeiliche Grundversorgung bleibt somit stets sichergestellt. Sofern Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist, kann Mehrarbeit auch finanziell abgegolten werden.

Zur zweiten Frage: Auch die bei den Sondereinheiten geleistete Mehrarbeit wird vorrangig durch Dienstbefreiung ausgeglichen. Die Einsätze der mit den Polizeirevieren nicht vergleichbaren Sondereinheiten sind jedoch überwiegend nicht vorausplanbar. Aus zwingenden dienstlichen Gründen, zum Beispiel Aufrechterhaltung der erforderlichen Einsatzstärke, Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit dieser Organisationseinheiten, auch bei aufwendigen Sonderkommissionen oder bei polizeilichen Großlagen wird deren Mehrarbeit deshalb öfters, und zwar bis zu etwa zwei Dritteln, finanziell abgegolten.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Nachfragen.

Ich rufe die zweite Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Michael Herbricht REP – Brandanschlag auf Verbindungshaus am 7. Mai 2000 in Heidelberg

Herr Abg. Herbricht, Sie haben das Wort zur Verlesung der Anfrage.

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über den am 7. Mai 2000 gegen Leben, Gesundheit und Eigentum seiner Bewohner gerichteten Brandanschlag auf ein studentisches Wohnhaus in Heidelberg vor, bei dem es zu lebensbedrohlichen Lagen, Körperschäden und Sachschaden in sechsstelliger Höhe gekommen sein soll?
- b) Inwieweit sind Aussagen von Bewohnern und Geschädigten des Anschlagobjekts berechtigt, wonach erst auf nachdrückliche Intervention beim Leiter der örtlichen Polizeidirektion die Ermittlungen zu dem Brandanschlag

als deliktische Gewalttat im Sinne schwerer Brandstiftung und versuchter Tötung aufgenommen worden sein sollen?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister Dr. Schäuble, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Anfrage beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zur ersten Frage: Nach Mitteilung der Polizeidirektion Heidelberg meldete ein Hausbewohner am 7. Mai 2000 gegen 6:50 Uhr einen Brand im Wohnhaus Kurzer Buckel 7 in Heidelberg. Die Berufsfeuerwehr Heidelberg konnte das Feuer rasch löschen und zwei Hausbewohner bergen. Beide wurden wegen des Verdachts einer Rauchgasvergiftung in einer Heidelberger Klinik behandelt und nach ambulanten Behandlung wieder entlassen. Durch die Brandentwicklung wurde der Eingangsbereich des Gebäudes zerstört. Der Gebäudeschaden wird von der Polizeidirektion Heidelberg auf etwa 50 000 DM geschätzt. Den Ermittlungen der Polizeidirektion Heidelberg zufolge dürfte der Brand durch vorsätzliche Brandstiftung gelegt worden sein.

Zur zweiten Frage: Wie uns die Polizeidirektion Heidelberg mitteilt, wurden die Ermittlungen bereits im ersten Angriff vom Kriminaldauerdienst der Polizeidirektion Heidelberg aufgenommen. Eine Intervention beim Leiter der Polizeidirektion Heidelberg persönlich hinsichtlich der Bearbeitung hat nicht stattgefunden.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfrage.

Ich rufe die dritte Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – BAB-Verkehrslagedokumentation in Baden-Württemberg

Herr Abg. Deuschle, Sie haben das Wort zur Verlesung der Anfrage.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Bei welchen Dienststellen und Behörden in Baden-Württemberg werden zu Staubildungen führende Verkehrsaufkommens-, verkehrsunfall- oder witterungsbedingte Verkehrslagen erfasst und dokumentiert?
- b) Zu welchem Zweck, in welcher Form und wie lange werden Daten und Erkenntnisse über derartige Verkehrslagen vorgehalten?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister Dr. Schäuble, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Kollegen Deuschle wie folgt:

Erste Frage: Die polizeilich bekannt gewordenen Verkehrsstörungen, bei denen der Verkehr stockt oder zum Stehen kommt – auch Stau genannt –, werden durch die Führungs-

(Minister Dr. Schäuble)

und Lagezentren der Landespolizeidirektionen für die Autobahnen im Regierungsbezirk Karlsruhe durch die Polizeidirektion Karlsruhe erfasst. Die in der Regel über Funk eingehenden Meldungen werden hierzu in das DV-System VWD – Verkehrswarndienst – eingegeben. Über das Datenfernübertragungsnetz der Polizei laufen die Nachrichten bei der Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst im Innenministerium zusammen. Von dort werden sie nach einer Überprüfung an die Empfänger – Rundfunkanstalten, Bundesmeldestelle für den Verkehrswarndienst beim Innenministerium Nordrhein-Westfalen, ADAC und andere – weitergeleitet. Das führt natürlich trotzdem dazu, wie es mir als einem häufigen Benutzer der Autobahn geht, dass Staus gemeldet werden, die es nicht mehr gibt, und dass Staus nicht gemeldet werden, die es schon gibt. Die Daten, die keinen Personenbezug aufweisen, werden im Rechner des Landeskriminalamts gespeichert.

Zweite Frage: Die Speicherung erfolgt zu statistischen Zwecken für den Jahresbericht und um Auskünfte an Ermittlungsbehörden bzw. Gerichte, Medien und andere Anfragende mit begründetem Interesse erteilen zu können. Die Daten werden für zwei Jahre in der Datenbank gespeichert und anschließend auf Band archiviert. Die Stausache stellt bei der Erfassung kein Mussfeld dar, weshalb eine diesbezügliche Auswertung wenig Aussagekraft besitzt.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Korruptionsverdacht bei Beschaffung von Videoprojektions- / Schießtrainingssystemen der Polizei

Herr Abg. Deuschle, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass es im Zusammenhang mit der Beschaffung von Video-/Schießtrainingssystemen für die Bereitschaftspolizei konkrete Korruptions-Verdachtsumstände gab, die zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen durch Strafverfolgungsbehörden geführt haben, und gegebenenfalls durch welche?
- b) Inwieweit sind Hinweise darüber zutreffend, dass in dem klärungsbedürftigen Verdachtsfall Unternehmen aus Baden-Württemberg und Israel kooperativ mit Angehörigen der involvierten Polizeibehörde zusammengearbeitet haben sollen?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister, zum vierten und letzten Mal erhalten Sie das Wort zur Beantwortung.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf auch diese beiden Fragen beantworten.

Zur ersten Frage: Es trifft zu, dass im Zusammenhang mit der Beschaffung interaktiver Schießanlagen zureichende

tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Korruptionsstraftat bekannt geworden sind, die zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Ravensburg geführt haben.

Zur zweiten Frage: Ich bitte um Verständnis, dass wegen der noch laufenden Ermittlungen hierzu keine Angaben gemacht werden können. Es sei auch ausdrücklich hier vermerkt: Das könnte den Ermittlungserfolg gefährden.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Wann erstmals und auf welchem Wege haben Sie Informationen über diesen möglichen Korruptionsverdacht erhalten?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich persönlich?

Abg. Deuschle REP: Ja.

Innenminister Dr. Schäuble: Ich habe sie vor einiger Zeit erhalten. Aber ich bin aus dem Stand heraus überfragt. Ich müsste anhand meiner Unterlagen, anhand der Akten feststellen, wann das der Fall war, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Könnten Sie uns das . . .

Innenminister Dr. Schäuble: Schriftlich beantworten.

Abg. Deuschle REP: . . . bitte schriftlich beantworten?

Innenminister Dr. Schäuble: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage.

Abg. Deuschle REP: Aus Ihrer Antwort ergibt sich ja, dass es wohl noch zu keinen dienstrechtlichen Konsequenzen bei den betroffenen Dienststellen gekommen ist. Gehe ich recht in der Annahme, dass dies so ist?

Innenminister Dr. Schäuble: Auch da bin ich aus dem Stand heraus überfragt. Bei disziplinarrechtlichen Verfahren wird ja in der Regel vernünftigerweise abgewartet, was das strafrechtliche Verfahren erbringt. Aber ich kann jetzt nicht sagen, inwieweit schon ein disziplinarrechtliches Verfahren in Gang gesetzt worden ist. Wenn es so wäre – so vermute ich –, wäre es auf jeden Fall, wie es üblich ist, vernünftig, zu warten, was das staatsanwaltschaftliche und überhaupt das strafrechtliche Verfahren erbringt.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Damit ist die Fragestunde beendet und Punkt 4 der Tagesordnung behandelt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 12/4899

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5049

Berichterstatter: Abg. Roland Schmid

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

(Stellv. Präsident Birzele)

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf wurde vom Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten sollen.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Bender, Sie haben das Wort.

Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab: Ich kann mich auf all das beziehen, was ich bereits in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs gesagt habe.

Der Gesetzentwurf in Form eines Artikelgesetzes entspricht den Vorgaben der EU-Richtlinie vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.

Der Gesetzentwurf setzt nach Auffassung der CDU-Fraktion die EU-Richtlinie im gebotenen Umfang korrekt um, er bleibt im Übrigen allerdings insoweit zurückhaltend, als darüber hinausgehende Regelungen nicht getroffen werden sollen. Diese gesetzgeberische Zurückhaltung halten wir für richtig.

Meine Damen und Herren, es darf nicht nur beim ständigen Ruf nach weniger staatlicher Regelung bleiben, nein, wir müssen uns als Gesetzgebungsorgan im konkreten Fall auch daran halten.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Gerade beim Datenschutz!)

– Jawohl, Herr Kollege.

Der gesetzliche Datenschutz, das Bundesdatenschutzgesetz für den nicht öffentlichen Bereich und das Landesdatenschutzgesetz für den öffentlichen Bereich – da werden Sie, Herr Kollege Oelmayer, mir zustimmen –,

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Nein!)

enthält bereits heute eine kaum mehr überschaubare Regelungsfülle. Es gibt ja bekanntlich diesen alten römischen Rechtssatz, der vor 1 500 Jahren genauso von Bedeutung war, wie er heute gültig ist – ich will ihn ins Deutsche übersetzen –:

Je mehr gesetzgeberisch bis ins letzte Detail geregelt wird, desto unflexibler, unübersichtlicher und häufig ungerechter wirkt sich dies im Vollzug eines solchen Gesetzes aus.

Das ist einer der Gründe, weshalb wir die weiter gehenden Regelungsvorschläge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht in den Gesetzentwurf aufnehmen wollen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das überrascht gar nicht, Herr Kollege!)

– Nein. Das haben Sie ja auch erwartet, Herr Kollege Oelmayer.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Oelmayer ist ein einsichtiger Abgeordneter!)

Ich komme beispielhaft zu einigen Punkten:

Regelungen über die Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume und die Vorabkontrolle dieser Videoüberwachung, die vom Datenschutzbeauftragten des Landes zur Aufnahme in den Gesetzentwurf vorgeschlagen wurden, sind ja im Kern begründet. Ich glaube, darüber gibt es keinen Dissens hier im Hause. Aber das Thema muss unserer Auffassung nach im Zusammenhang mit dem Polizeigesetz behandelt werden. Dort ist der aufgabenspezifische Platz, die „sedes materiae“ für eine entsprechende gesetzliche Regelung, nicht im Landesdatenschutzgesetz.

Die im Gesetzentwurf geregelte Beschränkung der Prüfungskompetenz bzw. der Datenschutzkontrolle bei Gerichten auf alle Tätigkeiten, die – ich zitiere aus dem Entwurf – „nicht zu Verwaltungsangelegenheiten zählen“, bedarf unserer Auffassung nach keiner Änderung. Es geht hier wohlverstanden um den Schutz der richterlichen Unabhängigkeit. Meine Damen und Herren, Grenzfälle, in denen das Justizministerium und der Datenschutzbeauftragte des Landes zu unterschiedlicher Auslegung kommen können – in der Vergangenheit wohl auch gekommen sind –, wie weit die Beschränkung der Kontrolle gehen darf und gehen kann, werden auch in Zukunft – davon bin ich überzeugt – in Einzelfällen immer wieder einmal auftreten können, unabhängig davon, ob wir den geschützten Bereich im Gesetzentwurf positiv definieren, wie es vom Datenschutzbeauftragten des Landes vorgeschlagen wird, oder wie bisher in negativer Abgrenzung abstecken.

Meine Damen und Herren, die im Katalog des § 9 des Gesetzentwurfs enthaltenen „elf Gebote“ für die Datensicherheit, der so genannte Systemdatenschutz, sind nach unserer Auffassung als Kernregelung ausreichend. Eine darüber hinausgehende Regelung birgt nur die Gefahr einer Überregulierung. Richtig ist auch, meine Damen und Herren, dass der Gesetzentwurf es bei der fakultativen Bestellung der behördlichen Datenschutzbeauftragten belässt,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Da sind wir uns ausnahmsweise einig!)

dies besonders im Hinblick auf die Anwendung dieser Regelung auch auf kommunale Verwaltungsstellen. Man sollte den kommunalen Verwaltungsstellen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung ihre eigene Entscheidungsfreiheit auch diesbezüglich belassen.

Meine Damen und Herren, die wenigen punktuellen Weiterentwicklungen des Datenschutzes im Gesetzentwurf der Regierung halten wir für wichtig und für richtig. Ich greife vier Punkte beispielhaft heraus: erstens die Neufestlegung des Anwendungsbereiches des Gesetzes bei Beteiligungsgesellschaften der öffentlichen Hand im Sinne einer klaren Abgrenzung; zweitens die Erleichterungen in der Anwendung des Datenschutzes für die Forschung; drittens die Neuregelung der Zugangsvoraussetzungen für das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz – zukünftig reicht auch die Befähigung zu einer anderen Laufbahn des höheren Dienstes als Zugangsvoraussetzung. Das ist vernünftig; das ist sinnvoll. Ich denke, es ist auch richtig, dass der Datenschutzbeauftragte lediglich einmal wiederberufen werden kann, die Amtszeit eines Datenschutzbeauftragten also insgesamt auf 16 Jahre begrenzt ist.

(Hans-Michael Bender)

Und viertens: Zukünftig soll das Innenministerium als Aufsichtsbehörde beim Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich dem Landtag alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht vorlegen.

Meine Damen und Herren, wie in Erster Beratung angekündigt und auch im Ständigen Ausschuss behandelt, wollen wir eine ergänzende Regelung in das Landeskrankenhausgesetz aufnehmen. Das ist unter Artikel 2 des Gesetzesentwurfs aufgeführt. Dabei geht es um die datenschutzrechtliche Angleichung des ambulanten an den stationären Krankenhausbereich. Diese Regelung soll sinnvollerweise eine einheitliche Handhabung des Datenschutzes im Krankenhaus gewährleisten. Ich glaube, darüber sind wir uns einig, dass das eine sinnvolle Regelung ist.

Mit dieser Änderung, meine Damen und Herren, wird die CDU-Fraktion dem Gesetzesentwurf heute in zweiter Lesung zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wer klatscht denn bei euch? Nur zwei?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach unserer Auffassung schwächt die Landesregierung mit dieser Gesetzesnovellierung den Datenschutz im Land. Die Landesregierung konnte sich bei der Novellierung nicht auf eine Stärkung des Datenschutzes einigen. Wenn wir die zwingend einzuhaltende EU-Richtlinie nicht gehabt hätten, dann hätten Sie, Herr Innenminister, bei der Novellierung nahezu null bewegt.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Also, lassen Sie uns erst mal das, was vorhanden ist, umsetzen!)

Die Landesregierung hat es fertig gebracht, Herr Bender, ihren Regelungsfreiraum so zu nutzen, dass es der Datenschutzbeauftragte in der Praxis schwerer haben wird als bisher. Er wird stärker belastet. Angesichts der schon bestehenden Überbelastung ist das nach unserer Auffassung unverantwortlich. Es schwächt jedenfalls den Datenschutz. Außerdem wurden dem Datenschutzbeauftragten zusätzliche Aufgaben übertragen.

Es wird keine behördlichen Datenschutzbeauftragten geben, Herr Innenminister. Wir haben uns im Ausschuss darüber unterhalten, haben darüber beraten und gestritten. Das wird zur Folge haben, dass der Landesdatenschutzbeauftragte weiterhin in jeder Gemeinde und in allen Verwaltungsdienststellen um die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften bemüht sein muss und dass wir jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht mit den immer wieder gleichen Beanstandungen bekommen werden, mit den gleichen Beschwichtigungsformulierungen durch die Landesregierung. Was da an Datenschutzberatung stattfinden wird, wird gewissermaßen zum Ritual verkommen. Dazu werden wir auch nachher sicherlich noch etwas sagen.

Der Innenminister hat gute Gründe für die Einführung von behördlichen Datenschutzbeauftragten angeführt. Er weiß auch, dass diese in Hessen – übrigens mit den Stimmen der CDU, also nicht irgendwie ideologisch belastet, jedenfalls nicht von links – eingesetzt worden sind

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das kann man dem Koch nicht vorwerfen!)

und bereits seit Jahren sehr gute Arbeit leisten.

Also spricht sich der Innenminister in der Begründung des Gesetzesentwurfs für die Einführung des behördlichen Datenschutzbeauftragten aus, und zwar mit folgender Begründung:

... da mit den internen Besonderheiten vertraute behördliche Datenschutzbeauftragte in der Lage sind, datenschutzrechtlich relevante Sachverhalte frühzeitig zu erkennen und so Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht der Bürger zu vermeiden.

Jetzt müsste man denken: Der behördliche Datenschutzbeauftragte wird jetzt eingeführt; das wird im Gesetz vorgeschrieben werden, und dann läuft es. Pustekuchen! Er wird nicht eingeführt. In den Beratungen ist dazu angeführt worden, man wolle nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Das machen Sie bei den Drogenräumen!)

Aber der Innenminister hat selbst gesagt, dass es natürlich auch über die kommunale Selbstverwaltung hinaus eine ganze Reihe von Verwaltungsbehörden gibt, in denen behördliche Datenschutzbeauftragte eingesetzt werden könnten. Aber das wird trotzdem nicht gemacht. Es gibt sehr gute Gründe für die Einführung; selbst der Minister spricht sich dafür aus. Aber er hat nicht den Mumm, behördliche Datenschutzbeauftragte einzuführen. Er schwächt gewissermaßen.

(Abg. Zeller SPD: Was? Das ist ja unglaublich! – Abg. Brechtken SPD: Aber nicht bloß auf dem Gebiet! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ideologieschwäche! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Du liebe Zeit! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Der Innenminister gibt auch selbst zu, dass der Datenschutzbeauftragte mit zusätzlichen Aufgaben betraut wird, gerade mit der neu eingeführten Vorabkontrolle. Er sagt selbst, dass der Datenschutzbeauftragte des Landes dann dafür zuständig ist, wenn kein behördlicher Datenschutzbeauftragter eingesetzt wird. Das heißt, der Landesdatenschutzbeauftragte erhält mehr Geschäft und muss sehen, wie er damit fertig wird. Er erhält aber keine personelle Verstärkung.

Herr Reinhart, das war wohl irgendein Spiel innerhalb der Fraktionen von CDU und FDP/DVP, dass die zusätzliche Personalstelle für die Dienststelle des Landesdatenschutzbeauftragten nicht geschaffen worden ist, denn der Innenminister wollte sie, wenn ich es richtig verstanden habe. Er hat eingesehen, dass diese notwendig ist, wenn man so ver-

(Bebber)

fährt. Das ehrt Sie, Herr Innenminister, aber umso mehr blamieren sich natürlich die CDU- und die FDP/DVP-Fraktion, wenn sie nicht in der Lage sind, eine zusätzliche Stelle für eine weitere Kraft zu schaffen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Da haben die Fraktionen geschwächelt!)

Da haben die Fraktionen geschwächelt. Herr Reinhart, Sie haben Ihre Führungsaufgabe in Ihrer Fraktion nicht wahrgenommen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Bei mir kriegt er sie! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wahrscheinlich hat er wieder einen Meniskusschaden gehabt!)

Und das Ganze – das wissen Sie ja auch – auf dem Hintergrund, dass die Dienststelle des Datenschutzbeauftragten in Baden-Württemberg so schlecht ausgestattet ist wie sonst in keinem Bundesland: fast nur halb so viel Stellen wie in Bayern und in Hessen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Sind die jetzt alle in der Reaktorsicherheitskommission?)

Sonst funktioniert immer die Südschiene. Ich stelle mir vor, dass der Ministerpräsident nur mit Schamröte im Gesicht vor die Kollegen der Südschiene treten kann, wenn es um den Datenschutz geht.

Die Regierungsfaktionen sind auch ansonsten beratungsresistent. Nicht nur bei den angesprochenen Themen gab es in der Ausschussberatung keine Vorwärtsbewegung. Wir haben die Vorschläge des Landesdatenschutzbeauftragten in unseren Anträgen aufgenommen. Sie wurden alle abgelehnt. Ich will nur Beispiele nennen: Die bürgerfreundliche Chipkarten-Regelung wurde abgelehnt. Eine detaillierte Regelung für die Videoüberwachung wurde abgelehnt. Die Prüfungskompetenz des Datenschutzbeauftragten gegenüber den Gerichten auszuweiten bzw. klarzustellen wurde abgelehnt. Es wurde da kurios argumentiert. Der Herr Innenminister hat sich da zurückgehalten, und der Herr Justizminister war in der Ausschussberatung nicht da.

Ich will Ihnen das bildlich verdeutlichen, was da in diesen Sitzungen abläuft. Sie kennen die alten Spielautomaten mit den automatisierten Holzfiguren, gewissermaßen von Zauberhand bewegt, zwar etwas eckig und unbeholfen in der Bewegung. Herr Reinhart, Sie kennen das, nehme ich an; Sie sind alt genug. Da bewegen sich dann immer im richtigen Moment bestimmte Körperteile; mal wird mit dem Kopf genickt, mal die Hand gehoben. Wer das kennt, der hat das Bild der Ausschusssitzung vor sich und das Abstimmungsverhalten bei den Mitgliedern der Regierungsfaktionen. So sieht das aus. Es ist traurig, muss ich sagen, wenn in dieser Weise beraten wird. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass es zukünftig vielleicht doch einmal anders wird,

(Abg. Zeller SPD: Ab nächstem Jahr!)

vielleicht auch, wenn andere Mehrheitsverhältnisse bestehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Zeller SPD: Nächstes Jahr wird alles besser! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Kollege Bebber, ich habe Sie schon stärker erlebt! In der Sache habe ich Sie schon stärker erlebt!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, muss ich feststellen, dass Herr Abg. Haasis während der Rede des Ministerpräsidenten bei dem Tagesordnungspunkt 3 den amtierenden Präsidenten unqualifiziert und parlamentsordnungswidrig angegriffen hat. Ich rüge dieses Verhalten ausdrücklich.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der kann sich gar nicht verteidigen! Der ist gar nicht da! – Abg. Brechtken SPD: Der Haasis hat die Contenance verloren! Und das auf seine alten Tage!)

Herr Abg. Walter, Sie haben das Wort.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein altes Sprichwort sagt: Einen Hund kann man nicht zum Jagen tragen. Aber immerhin ist es der EU gelungen, eine Novellierung in Sachen Datenschutz zustande zu bringen, die es sonst nicht gegeben hätte. Es ist zwar eine sehr kleine Novellierung, aber immerhin gibt es ein paar kleine Fortschritte. Das sollte man an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen.

Dieses Beispiel macht aber deutlich, dass der Datenschutz für diese Landesregierung weiterhin lästig ist. Das zeigt sich auch darin, dass wir überall dort, wo es keine zwingenden Vorschriften der EU gibt, wie der Datenschutz tatsächlich aussehen soll, wachsweiße Formulierungen von Ihrer Seite haben. Überall dort gibt es keine entscheidenden Verbesserungen.

Wir haben bereits die meisten unserer Argumente und auch unsere Anträge in den vorausgegangenen Beratungen eingebracht. Ich will mich deswegen auf die wichtigsten Punkte unserer Kritik an diesem Gesetzentwurf beschränken.

Erstens: Sie wollen einen sehr engen Dateibegriff und damit nur eine eingeschränkte Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten.

Zweitens: Sie wollen eine großzügige und nahezu unkontrollierte Regelung der Videoüberwachung.

Da sagen wir: Wenn es überhaupt zu einer Videoüberwachung kommt, dann nur unter folgenden Voraussetzungen: Erstens: Eine Erforderlichkeit muss vorliegen. Zweitens: Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, dass sie überwacht werden. Drittens: Es bedarf klarer und kurzer Lösungsfristen. All dies ist nicht geregelt, obwohl auch Herr Schneider dies klar gewünscht und dringend angemahnt hat. Wir verstehen nicht, warum Sie hier dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Schneider, nicht folgen.

Bei der CDU, meine Damen und Herren, ist das nicht verwunderlich. Aber wir fragen uns schon, wohin eigentlich die ehemalige Bürgerrechtspartei FDP gekommen ist. Man muss sich fragen, ob Sie unter dem, was Sie als Nächsten-

(Walter)

liebe verkaufen, verstehen, dass Sie möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ständig überwachen wollen. Das kann wohl nicht der Sinn von Nächstenliebe sein.

Als Drittes möchte ich die sehr lasche Regelung bei den Chipkarten kritisieren; der Kollege Bebbler ist darauf schon eingegangen. Sie geben in Ihrem Gesetzentwurf keine Antwort auf all die wichtigen Fragen, die sich da auftun: Erstens: Wer hat Zugang zu den Daten? Zweitens: Wofür werden sie verwendet? Drittens: Wann werden sie gelöscht? Auch hier hat Herr Schneider klare Vorgaben gemacht, und auch hier haben wir von Ihnen nichts gehört – auch nicht von Ihnen, Herr Kiel.

Der vierte und letzte Punkt – auch darin zeigt sich das gestörte Verhältnis der Landesregierung aus CDU und FDP/DVP zum Datenschutz – ist der § 11. Da heißt es, dass Betroffene über die Weitergabe von Daten informiert werden, aber nur dann, wenn der Betroffene nicht mit der Weitergabe rechnen muss. Jetzt machen Sie einmal eine Umfrage in der Bevölkerung, wer denn weiß, wann er damit rechnen muss, dass seine Daten weitergegeben werden, und wann er nicht damit rechnen muss, dass seine Daten weitergegeben werden. Das ist wirklich Humbug; das kann man doch nicht stehen lassen.

Das, meine Damen und Herren, ist wirklich alles andere als Datenschutz. Es ist eine Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, und dieses ist bekanntlich bereits seit 1983 verfassungsrechtlich geschützt, als es das Urteil zur damals geplanten Volkszählung gab, die ja dann aufgrund des Urteils nicht mehr stattfinden konnte.

Fazit: Die Landesregierung aus CDU und FDP/DVP – man muss es immer wieder sagen – hält den Datenschutz für eine lästige Schikane der Verwaltung und hält ihn nicht für ein Grundrecht, das auch im Interesse der Bevölkerung und der Verwaltung dringend weiterentwickelt werden muss.

Noch ein Punkt: Auch die ständig fortschreitende Datenverarbeitungstechnik findet in dem Gesetz keinen Niederschlag. Das sieht man beispielsweise bei der Chipkarte. Deswegen ist es alles andere als eine Überraschung, wenn ich für meine Fraktion erkläre, dass wir den Gesetzentwurf auch weiterhin ablehnen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Dr. Walter Müller SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mich wundert schon, dass man einen Fortschritt ablehnt und wieder ins Alte zurückfällt. Dafür, dass gesagt wird, in dem neuen Datenschutzgesetz sei nicht alles erreicht, habe ich Verständnis. Aber dass die geringen Fortschritte abgelehnt werden, ist für mich nicht ganz nachvollziehbar.

Hier wurde kritisiert, dass der behördliche Datenschutzbeauftragte nur auf freiwilliger Basis kommen soll. Ich halte es nach langen Überlegungen für sinnvoll, dass die Kommunen selbst entscheiden können, ob sie einen behördlichen Datenschutzbeauftragten einstellen wollen oder nicht.

Ich bin auch der Überzeugung, dass das kommen wird, weil sich die Kommunen ungern ständig von außen hineinreden lassen und lieber, sofern die Verwaltung entsprechend groß ist, selbst einen Datenschutzbeauftragten bestellen. Deshalb glaube ich, dass mit der Zeit ein solcher Datenschutzbeauftragter auch bei freiwilliger Basis kommen wird.

Wir haben gemeinsam einen Änderungsantrag eingebracht. Ich halte ihn für sinnvoll. Es ist nämlich nicht gut, wenn es an einem Krankenhaus zwei verschiedene Rechtssysteme gibt. Das kann nicht sein. Ob der Patient, der zum Krankenhaus kommt, ambulant oder stationär behandelt wird, kann für die datenschutzrechtliche Frage keine Rolle spielen. Deshalb meine ich, dass die beantragte Anpassung sinnvoll ist. Den Änderungsantrag haben wir bereits im Ausschuss besprochen, und dort wurde ihm zugestimmt.

Zum Videobereich hat der Datenschutzbeauftragte ausdrücklich erklärt, Herr Walter, dass das Gesetz keine Ermächtigungsgrundlage für die Videoüberwachung auf Straßen und öffentlichen Plätzen enthalte. Deshalb soll dazu auch keine Regelung in dieses Gesetz kommen, sondern dafür brauchen wir eine eigene Regelung im Polizeigesetz.

Wenn Sie uns vorwerfen, wir würden nicht darauf achten, muss ich Sie darauf hinweisen – Sie haben das sicher der Presse entnommen –, dass wir in der Frage, wann, wie lange und unter welchen Voraussetzungen eine Videoüberwachung zulässig ist, Vorreiter sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

– Sie haben es vielleicht nicht gelesen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nicht wann und wie lange, sondern ob überhaupt!)

– Darüber, ob überhaupt oder nicht, kann man diskutieren. Aber warum soll man bei einer Generalprävention nicht auch für den Schutz des Bürgers auf öffentlichen Plätzen, auf denen er ja gehen muss, weil er nicht ausweichen kann, sorgen? Jeder muss um 24 Uhr über den Bahnhofplatz gehen können. Da muss dann auch Sicherheit für den Bürger gegeben sein, und da, meine ich, muss die Polizei unterstützt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb gehört dies ins Polizeigesetz. Wir sind mit der CDU zurzeit in Verhandlungen, hierzu eine liberale, datenschutzrechtlich gesicherte Maßnahme zu bringen. Deshalb halte ich Ihre Vorwürfe, dass die FDP/DVP nicht auch weiterhin als liberale Rechtspartei auftrete, hier für völlig neben der Sache.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Die treffen genau zu! – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Das ist eindeutig.

Zum zweiten Punkt: Über die Ausstattung des Datenschutzbeauftragten und die Datenschutzberichte werden wir nachher sprechen. Wir haben nachher zehn Minuten Zeit, über den Datenschutzbericht und das Schreiben von

(Kiesswetter)

Herrn Schneider in dieser Angelegenheit zu reden. Dazu kommen wir gleich; deshalb brauche ich darauf jetzt nicht weiter einzugehen.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der noch nicht erwähnt worden ist, bei dem ich die Fraktionen bitte, ihre Parteifreunde in Berlin anzusprechen: Die Krankenhäuser sollen ja ihre Datenbestände archivieren. Sie haben für ihre Datenbestände in den Krankenhäusern keinen Platz, und deshalb haben sie sie nach außen verlagert. Doch dies ist jetzt nicht mehr zulässig, weil die Datenschutzvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Hierfür soll der Bund eine Gesetzesänderung vornehmen; darin soll klar geregelt werden, dass für den Fall, dass es zu Missbrauch kommt, wenn also jemand gegen die datenschutzrechtlichen Richtlinien verstößt, dies gemäß § 203 des Strafgesetzbuchs strafbewehrt wird.

Es soll aber auch ein Beschlagnahmeverbot festgelegt werden. Es kann nicht sein, dass die Staatsanwaltschaft Zugriff auf Karteikarten über Patienten usw. hat, weil sie ausgelagert sind und sich nicht mehr in den Räumen der Krankenhäuser befinden.

Diese zwei Vorschriften bitten wir in Berlin durchzusetzen. Wir sind schon an die FDP-Bundestagsfraktion herangetreten und haben sie aufgefordert, dies zu veranlassen. Ich meine, das wäre eine sinnvolle Regelung. Deshalb kann, denke ich, auch hierüber Konsens erzielt werden.

Wir sind auch froh, dass endlich ein Datenschutzbericht für den nicht öffentlichen Bereich vorgelegt wird, dass wir alle zwei Jahre hier einen Bericht des Innenministers bekommen. Den letzten haben wir 1995 erhalten, damals auf freiwilliger Basis. Wir meinen, alle zwei Jahre ist ein Bericht sinnvoll, und wir sind gespannt auf den nächsten Bericht im Jahr 2001.

Ich sage hier ausdrücklich: Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu. Selbstverständlich werden im Laufe der Zeit angesichts der technischen Fortentwicklung, die wir haben, laufend Änderungen erfolgen müssen. Das ist ganz klar. Dem verschließen wir uns nicht. Das ist ja kein abschließendes Gesetz für viele Jahre. Aber zum jetzigen Zeitpunkt halte ich das Gesetz für einen Fortschritt, und deshalb ist es, meine ich, zu begrüßen, dass dieses Gesetz kommt.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch für die Fraktion Die Republikaner möchte ich an dieser Stelle ankündigen, dass wir diesem Gesetzentwurf so, wie er vorliegt, zustimmen werden, selbst wenn bei den einzelnen Positionen, die ja in dieser Weiterentwicklung des Landesdatenschutzrechts vorgesehen sind, nach unserer Meinung durchaus nicht weit genug gegangen wird.

Die Landesregierung verfolgt auch hier eine seit Jahren anhaltende Tradition, dass man genau so viel tut, wie man tun muss, weil das Bundesverfassungsgericht oder die EU Maßstäbe vorgibt, und nicht mehr. Wir haben immer noch

eine Zersplitterung des Datenschutzrechts, wir haben eine nur schwer praktikable rechtliche Regelung. Daran hat auch der aktuelle Novellierungsvorschlag, das neue Gesetz, das wir heute hier beschließen werden, keine wesentliche Änderung getroffen.

Ich möchte natürlich auch zu einzelnen Punkten noch etwas sagen. Zunächst möchte ich auf das Problem der Videoüberwachung eingehen. In der Brust eines Republikaners schlagen da zwei Herzen. Wir haben auf der einen Seite die Erkenntnis, dass sich die Kriminalität technisch immer weiter aufrüstet und dass die Polizei in die Lage versetzt werden muss, auch mit modernsten technischen Methoden Schutz und Sicherheit zu gewährleisten. Also denkt man natürlich auch an die Möglichkeiten der Videoüberwachung. Auf der anderen Seite stehen, nicht ganz zu Unrecht, das Horrorszenario eines Überwachungsstaats und die Frage, ob eine Videoüberwachung überhaupt eine sinnvolle Regelung sein kann.

Zunächst einmal zur Frage des Regelungsorts. Wir sind der Meinung, dass diese grundsätzliche Frage eigentlich nicht in einem Landesdatenschutzgesetz zu regeln ist, sondern in einem Polizeigesetz, sofern es sich um präventive Maßnahmen handelt. Das ist ganz richtig. Nur erhebe ich hier Zweifel an der Bereitschaft oder an der Möglichkeit, innerhalb dieser Legislaturperiode im Polizeigesetz noch die notwendige gesetzliche Grundlage zu schaffen. Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, in diesem Gesetz schon im Vorgriff auf die polizeigesetzliche Regelung etwas mehr zu tun oder überhaupt einmal diese Position anzusprechen und dem Bürger die notwendigen Schutzmechanismen an die Seite zu stellen.

Zur grundsätzlichen Frage: Ich habe Zweifel daran, dass mit einer solchen Videoüberwachung etwas Grundsätzliches erreicht werden kann, es sei denn eine Verdrängung der Kriminalität in Nebengebiete. Dann haben wir in Stuttgart auf dem Schlossplatz oder auf einem Bahnhofplatz vielleicht keine Alltagsstraßenkriminalität mehr, aber dafür in Nebengebieten. Damit stellt sich ganz automatisch die Folgefrage: Was machen wir dort? Muten wir den Leuten, die dort gehen müssen, Videoüberwachung oder aber Kriminalität zu? Dehnen wir die Videoüberwachung auch auf Nebengebiete aus, und haben wir dann einen Überwachungsstaat?

Diese Frage ist hinten und vorn noch nicht beantwortet, und es wird jetzt vorgeprescht, indem Versuche eingerichtet werden. Hier ist höchste Sensibilität gefordert, und ich neige eher zur Verneinung der Frage, ob man eine Videoüberwachung extensiv nutzen sollte.

Noch eine Bemerkung zu den Chipkarten. Wir haben es hierbei mit einer neuen Technologie zu tun, die hinsichtlich der Sicherheitsmaßnahmen auch in die landesdatenschutzrechtlichen Vorschriften und Bestimmungen Eingang finden muss. Dass man mit den Einzelheiten der Regelungen nicht in jedem Fall und immer zufrieden sein muss, mag richtig sein. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wie dieses Gesetz insgesamt so, wie es jetzt beschlossen wird und wie wir ihm auch zustimmen werden, auch ein Schritt in die richtige Richtung ist.

(Käs)

Aber es ist nicht der ganz große Wurf, der eigentlich notwendig gewesen wäre, sondern es ist ein Stückwerk, zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber eben doch nur ein Teilaspekt. Es verbessert die grundsätzliche Zersplitterung der Rechtslage nicht. Es ist eigentlich zu wenig. Wir hätten mehr erwartet.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei dieser Novellierung des Datenschutzgesetzes geht es zunächst einmal um die Grundfrage, ob wir jetzt schon, noch ohne entsprechende Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes, unser Landesrecht an die entsprechende EU-Datenschutzrichtlinie anpassen sollen. Diese Grundsatzfrage haben wir positiv entschieden, weil es eine zeitliche Vorgabe der Europäischen Union gibt, die übrigens schon überschritten ist. Deshalb ist, glaube ich, insoweit Konsens: Der Zeitpunkt war richtig, jetzt das Landesdatenschutzgesetz zu novellieren.

Die zweite Frage, die wir mit dem Gesetzentwurf beantworten mussten, ist: In welchem Umfang wollen wir das Datenschutzrecht verändern, wenn eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes ansteht? Dabei lassen wir uns, wie wir auch schon bei der ersten Lesung besprochen haben, von der Überlegung leiten, die Änderungen, da wir bisher ein Landesdatenschutzgesetz haben, mit dem wir nach unserer Auffassung zufrieden sein dürfen, auf das notwendige Maß zu beschränken. Wir wollen also insbesondere – nicht nur, aber vor allem – das tun, was notwendig ist, um die EU-Datenschutzrichtlinie ordnungsgemäß zu erfüllen. Das muss man einfach wissen, wenn wir jetzt, Herr Kollege Bebber, über die Frage diskutieren: Wie gehen wir im Detail vor?

Eines will ich in diesem hohen Hause wiederholen, weil wir ja irgendwann auch zur Diskussion über finanzielle Fragen kommen: Ich halte es – an die Adresse aller gesagt, die es angeht – nicht für richtig, dass wir die Stelle beim Landesbeauftragten für den Datenschutz nicht geschaffen haben, erst recht nicht, wenn ich an das Prozedere bei den Finanzausschusssitzungen denke. Beim ersten Mal – so musste man es als unbefangener Beobachter verstehen – war eigentlich klar, dass sie kommt. Aber nach einem Zwischenspiel ist sie bei den so genannten Restebesprechungen wieder eingesammelt worden. Ich finde, da hat man noch etwas gutzumachen. Deshalb wollte ich das – auch wieder an die Adresse derjenigen, die es angeht, die ich aber jetzt nicht alle hier sehe, gerichtet – heute noch einmal festhalten.

Der Konflikt ist von Herrn Kollegen Bebber ja angesprochen worden. Wenn wir den Datenschutz stärken wollen – Ich will das, was Herr Kollege Kiesswetter gesagt hat, unterstreichen: Wir schwächen den Datenschutz mit diesem Entwurf nicht. Vielmehr ist in Ihrem Sinn zu fragen, ob man vielleicht noch mehr hätte tun können. Wir haben uns anders entschieden. Aber wenn man den Datenschutz stärkt, wird dies in der Regel mit einer Zunahme des Auf-

gabenfelds des Landesdatenschutzbeauftragten verbunden sein, sodass sich dann immer auch die Fragen nach dem erforderlichen Personal stellen.

Aber unabhängig davon – so habe ich es verstanden – ist schon aufgrund des Status quo eine Verbesserung der Stellsituation notwendig. Deshalb war es mir wichtig, dies heute noch einmal festzuhalten. So, wie dies gelaufen ist, war es nicht ganz in Ordnung.

Nun noch zu einigen wenigen inhaltlichen Punkten. Herr Kollege Bebber, über die Frage eines obligatorischen behördlichen Datenschutzbeauftragten haben wir im zuständigen Ausschuss lange diskutiert. Sie können nicht jedem Prinzip entsprechen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie können uns – das gestehe ich Ihnen gern zu – mit einem gewissen hintersinnigen Lächeln unsere eigene Formulierung in der Begründung des Gesetzentwurfs entgegenhalten.

(Abg. Bebber SPD: Ich hindere Sie nicht! Volle Achtung vor dieser Argumentation! Nicht hintersinnig!)

– Eben deshalb auch hintersinnig.

(Abg. Bebber SPD: Wie käme ich dazu?)

Das ist das eine.

Zum anderen wissen Sie auch – dazu stehe ich; ich glaube, da sind auch andere gerade aus den beiden Fraktionen der CDU und der FDP/DVP meiner Meinung –: Wir können nicht jeden Tag sagen: „Schreibt insbesondere den Kommunen nicht immer vor, was sie zwingend zu tun oder zu unterlassen haben“ und beim nächsten Gesetz sofort wieder in die falsche Richtung gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist die zentrale Frage. Wir kommen ja hoffentlich auch noch mit einem Gesetzentwurf auf dieses hohe Haus zu, nach dem der Freiraum der Kommunen erneut gestärkt werden soll. Wenn wir dies für richtig halten, müssen wir uns im Alltag unserer Gesetzesarbeit auch einigermaßen an diesen Grundsatz halten.

Ich halte es für vernünftig, in der Gesetzesbegründung deutlich zu sagen, dass ein behördlicher Datenschutzbeauftragter gut ist. Aber man darf dann nicht auch noch den Schritt tun, seine Einrichtung zwingend vorzuschreiben. Vielmehr muss man – das fällt Sozialdemokraten manchmal schwer, wenn Sie mir diese nicht hintersinnige Bemerkung erlauben – auf die Vernunft der Menschen vertrauen. Ich glaube, wir brauchen uns nicht zu verstecken, wenn wir so vorgehen.

(Abg. Bebber SPD: Es sind doch nicht nur Kommunen! Es sind doch auch sonstige Behörden!)

– Ja, aber die Kommunen wären mit umfasst.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Minister Dr. Schäuble)

Herr Kollege Bebber, nachdem Sie mir das Stichwort „andere Behörden“ gegeben haben: Sie müssten wissen – gestern Abend fand in diesem hohen Haus ja wohl auch eine Diskussion statt, der Sie sicherlich mit größtem Interesse beigewohnt haben –, dass wir auch im Rahmen der Budgetierung, der Steuerung, der dezentralen Stärkung der Behörden die Eigenverantwortlichkeit aller Dienststellen erhöhen wollen. Deshalb geht das auch mit diesem Gedanken Hand in Hand.

Herr Kollege Walter, ich darf Sie kurz ansprechen, Stichwort Chipkarte. Eines ist klar – das können auch Sie nicht abstreiten –: Wir sehen eine Regelung für die Chipkarte vor. Sie geht vielleicht – –

(Lachen des Abg. Bebber SPD – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

– Vorsicht, Herr Kollege Bebber. Sie wissen ja noch nicht, auf welche Pointe ich hinauswill.

(Abg. Bebber SPD: Die kann gar nicht so gut sein!)

– Sie wird Ihnen nicht gefallen. Wir sehen eine Regelung für diese neue technische Entwicklung in Gestalt der Chipkarte vor. Was macht eigentlich der Bund, die rot-grüne Regierung in Berlin? Der Bund ist immer noch weit davon entfernt, das Bundesrecht durch eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes an die EU-Datenschutzrichtlinie anzupassen.

(Lachen des Abg. Bebber SPD – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Die rot-grüne Bundesregierung sieht zum Thema Chipkarte in ihrem Gesetzentwurf überhaupt keine Regelung vor, sondern will noch die weiteren Erfahrungen mit der technischen Entwicklung abwarten.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Haben Sie das gehört, Herr Kollege Bebber? – Abg. Bebber SPD: Das ist eine Altlast!)

Ich will Sie da nicht besonders hoch am Galgen aufhängen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber eigentlich ist dies ein Spiel, das wir in diesem hohen Haus endlich einmal bleiben lassen sollten, nämlich dass Sie mit Ihren Parteifreunden auf der Ebene, auf der Sie Handlungsvollmacht hätten, nichts tun, uns im Land, die wir etwas tun, aber vorwerfen, wir gingen nicht weit genug.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebber SPD: Reden Sie mit Ihrem Bruder!)

Deshalb bin ich dankbar, dass der Kollege Walter, unterstützt von Herrn Kollegen Bebber, vorhin in diese selbst gestellte Falle hineingelaufen ist.

(Beifall des Abg. Hehn CDU – Lachen des Abg. Bebber SPD)

Ich darf noch etwas ansprechen, das vorhin in der Diskussion kurz gestreift worden ist: die Videoüberwachung. Damit es ganz klar ist: Diese Novellierung – Sie, Herr Kollege Kiesswetter, haben es ja gesagt, auch der Kollege Bender – befasst sich nicht mit der Videoüberwachung im polizeilichen Sinne, also mit der Videoüberwachung in öffentlichen Räumen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich habe Sie gebeten, hereinzukommen, weil das Plenum so gut wie leer war. Ich bin aber nicht davon ausgegangen, dass Sie hereingekommen sind, um sich laut zu unterhalten. Ich darf Sie bitten, dem Herrn Minister zuzuhören.

Herr Minister, bitte.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Unruhe)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich schaue einmal da drüben, wer alles redet. Ich gucke mir die schon einmal genau an. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf einfach an Sie appellieren, dem fürsorglichen Hinweis und der fürsorglichen Bitte des Herrn Präsidenten auch zu entsprechen.

Zur Videoüberwachung: Wir sind uns doch darüber im Klaren, dass von dieser Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes die Videoüberwachung von öffentlichen Räumen nicht erfasst ist, sondern dass sie sich quasi auf die internen Räumlichkeiten beschränkt.

Bei dem anderen Thema sage ich für die Regierung: Wir sind im Gespräch. Ich hoffe, dass wir in Kürze – es ist ja ein überschaubares Kapitel – einen Gesetzentwurf vorlegen können. Selbstverständlich wird – auch das will ich heute hier noch einmal festhalten; der Herr Landesdatenschutzbeauftragte ist auch schon vor einigen Wochen an mich herangetreten – insbesondere bei den sich dabei ergebenden datenschutzrechtlichen Fragen auch der Herr Datenschutzbeauftragte des Landes Baden-Württemberg einbezogen, sobald wir mit den ersten Vorarbeiten hinreichend vorangekommen sind und sobald auch bei uns die Gespräche weitergekommen sind.

Ich fasse zusammen. Ausgangspunkt ist der: Wir müssen unser Datenschutzgesetz, Herr Kollege Bender, an die EU-Datenschutzrichtlinie anpassen. Wir haben immer gesagt: Da wir unser Datenschutzgesetz in seiner bisherigen Fassung für gut halten, werden wir die Änderungen auf das Notwendige beschränken. Wir wollten nie eine umfassende Novellierung unseres Landesdatenschutzgesetzes. Deshalb haben wir diesen Entwurf auch so konzipiert, wie er jetzt vorliegt. Ich halte es auch für richtig, nicht abzuwarten, wie der Bund jetzt sein Bundesdatenschutzgesetz novelliert, füge aber hinzu: Je nachdem könnte sich dann in einer späteren Stufe noch einmal ein gewisser Anpassungsbedarf ergeben. Das kann ich heute noch nicht genau einschätzen. Für heute, für den Mai 2000 meine ich, dass es richtig ist, nach der zweiten Lesung diesen Gesetzentwurf der Regierung so zu verabschieden. Darum darf ich herzlich bitten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 12/5049.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesdatenschutzgesetzes

mit den Nummern 1 bis 36. Wer Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landeskrankenhausgesetzes

Hier ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu beachten

(Große Unruhe)

– darf ich darum bitten, dass während der Abstimmung Unterhaltungen nach Möglichkeit eingestellt werden –, mit der eine Neufassung des Artikels 2 vorgeschlagen wird. Wer Artikel 2 in der vom Ständigen Ausschuss vorgeschlagenen Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Moser SPD stimmt, während er sich in den Reihen der CDU-Abgeordneten aufhält, dagegen.
– Heiterkeit – Zurufe und Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole die Abstimmung. Wer dem Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das gilt auch für die Herren Abg. Moser und Mühlbeyer. –

(Heiterkeit und Beifall)

Danke. Der Artikel 2 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Wer dem Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Artikel 3 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (AGLMBG)

Wer dem Artikel 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Übergangsvorschrift

Wer dem Artikel 5 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Artikel 5 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Neubekanntmachung

Wer dem Artikel 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch der Artikel 6 einstimmig verabschiedet.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten

Wer dem Artikel 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Einstimmig angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Mai 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Gesetze“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Vielen Dank. Dem Gesetzentwurf wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Bebber SPD meldet sich zu Wort.)

Ja, bitte, Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Ich möchte zur Abstimmung erklären, dass wir, obwohl wir die Umsetzung der EU-Richtlinien natürlich für richtig halten – das haben wir auch gesagt –, insgesamt gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben, weil zu viele andere Vorschriften nicht aufgenommen bzw. nicht in unserem Sinne aufgenommen wurden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung endgültig erledigt.

(Stellv. Präsident Weiser)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 3. Dezember 1999 – Zwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 12/4600, 12/5050

Berichterstatter: Abg. Rech

Das Präsidium hat gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort hat Herr Abg. Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben soeben die Novelle zum Landesdatenschutzgesetz verabschiedet und können damit in sinnvollem Kontext auch den Datenschutzbericht besprechen. Es handelt sich dabei um ein Jubiläum, nämlich um den 20. Datenschutzbericht.

Ich möchte vorausschicken: Nachdem seit der Verabschiedung des ersten Landesdatenschutzberichts 20 Jahre vergangen sind, ist es das Verdienst auch der Landesdatenschutzbeauftragten und damit in der letzten Zeit von Ihnen, Herr Schneider,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass der Begriff Datenschutz kein Fremdwort mehr ist, sondern heute seinen Stellenwert in der öffentlichen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg hat.

Wir haben nach der Zäsur 1979 dann im Dezember 1983 das Volkszählungsurteil gehabt. Damit ist klar, dass der Datenschutz ein Verfassungsgebot ist. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist vom Bundesverfassungsgericht festgeschrieben worden.

Auch ist die EU-Richtlinie von 1995 umgesetzt worden. Auch damit sind wir ein gutes Stück weitergekommen. Deshalb habe ich die Gegenstimmen zum jetzigen Gesetz trotz Ihrer Erklärung, Herr Kollege Bebber, nicht verstanden; denn ich meine, jeder Schritt in Richtung Verbesserung des Datenschutzes muss auch ein Schritt in Ihre Richtung sein. Wenn Sie sagen: „Dann bleiben wir lieber stehen, weil wir nicht genügend Schritte auf einmal machen“, so ist das eine sehr widersprüchliche Logik. Das gilt auch für die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das bleibt das Geheimnis der Opposition!)

Ich will bewusst, nachdem es sich um ein Jubiläum handelt, vorneweg dem Herrn Landesdatenschutzbeauftragten Schneider danken. Er hat erneut einen Bericht vorgelegt, der sehr kompetent, sehr sachlich und sehr umfangreich ist und vor allem mit großartigen Hinweisen, Analysen und auch Beratungshinweisen versehen ist. Nachdem ich öfters zu diesem Thema hier gesprochen habe, denke ich, dass gerade in Ihrer Zeit, Herr Schneider, eine Entspannung eingetreten ist, auch hinsichtlich manchmal unsinniger Streite-

rien zwischen Regierung, Ministerium und Datenschutzbeauftragten. Sie haben sich damit wirklich um die Sache verdient gemacht. Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, auf diesem Weg weiterzugehen.

Ich hatte in einem Gespräch mit Ihnen, Herr Schneider, erfahren, dass wir uns Innovationen überlegen sollten. Den entsprechenden Brief habe ich auch den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben, weil ich glaube, im Rahmen der modernen Technologie ist die Informations- und Kommunikationstechnik auch in der öffentlichen Verwaltung stetig in der Ausdehnung. Der EDV-Einsatz nimmt zu. Der Anteil der Technik nimmt zu.

Deshalb will ich bewusst sagen: Bei dieser Schlüsseltechnologie haben Sie die Unterstützung des Ausschusses und meiner Fraktion, auch bei Ihrer Bitte, eine Informatikerstelle einzurichten. Insoweit gibt es keinen Dissens, Herr Kollege Bebber, zu meiner Auffassung – das wissen Sie –; denn ich glaube, im Rahmen der Fortschreibung ist es nötig, den Datenschutzbeauftragten mit den nötigen Möglichkeiten auszustatten, was gerade die Stellen angeht.

(Abg. Bebber SPD: Warum passiert das nicht? – Abg. Dr. Puchta SPD: Seit zehn Jahren! – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU: Ausgezeichnet, Herr Professor! – Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen, meine Herren, gerade die Debatte heute Morgen hat auch gezeigt, dass die IuK-Technik zugenommen hat, und sie wird weiter zunehmen. Deshalb sind Kontrollen, aber auch qualifizierte Beratung wichtig, gerade im Technikbereich. Wenn wir die Entwicklungen bei der elektronischen Post, beim Internet, beim Intranet und bei den neuen Medien sehen . . .

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf bitten, auch die Unterhaltungen auf der Tribüne einzustellen.

Abg. Dr. Reinhart CDU: . . . – vielen Dank, Herr Präsident –, dann heißt die neue Aufgabe eben mehr Datensicherheit. Das haben auch die 35 Kontroll- und Informationsbesuche vor Ort gezeigt.

Der Bericht zeigt die neuen Herausforderungen gerade bei den Bürgerdiensten, im Internet, zum Beispiel bei elektronischen Formularen, bei Fragen der Verschlüsselung persönlicher Daten, bei der Prüfung der Identität, wenn man mit elektronischen Formularen arbeitet – über eine digitale Signatur oder weiterhin mit einer Unterschrift oder über ein Passwort –, und auch die neuen Herausforderungen bei der E-Mail-Kommunikation. All die dazu geäußerten Bedenken des Landesdatenschutzbeauftragten teilen wir. Wir werden uns in der künftigen Zeit mit diesen Sicherheitsfragen befassen müssen. Insbesondere sind unverschlüsselte elektronische Schreiben an Bürger nur dann zulässig, wenn die Zustimmung des Empfängers zu dieser Versandart in Kenntnis dieser Unsicherheiten erteilt wird. Nur so werden wir in Zukunft diesem Grundrecht gerecht werden können.

Meine Damen, meine Herren, im Einzelnen gab es auch Vorwürfe durch den Datenschutzbeauftragten. Ich habe

(Dr. Reinhart)

vorhin den Herrn Justizminister gesichtet, aber ich weiß nicht, ob er noch präsent ist.

(Zuruf des Abg. Kiesswetter FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Virtuell präsent!)

– Vielleicht virtuell, Herr Kollege Birk; dann wird er es aber zumindest zur Kenntnis nehmen. – Ein massiver Vorwurf ging dahin, dass man es seitens des Justizministeriums abgelehnt hat, auch die Justizverwaltung bei der EDV-Kontrolle dem Landesdatenschutzbeauftragten zu unterstellen. Ich meine, es ist wichtig, dass auch dort die Kooperation und die Beratung im Vordergrund stehen und auch der Bereich der Verwaltung mit der zunehmenden EDV-Ausstattung im Justizministerium der Kontrolle unterliegt.

Es gab Verstöße gegen Vorschriften und gegen Gesetze. Zum Beispiel wurden bei der Polizei bestimmte Daten, beispielsweise von Verdächtigen oder Verurteilten, zu lange gespeichert. Das hat sogar Daten von Tatopfern betroffen, die nach dem Gesetz nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung und dann allenfalls zwei Jahre lang gespeichert werden dürfen.

Auch der zunehmende Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung im Gesundheitsbereich ist nicht immer mit der nötigen Sensibilität behandelt worden. Ich nenne das Beispiel des Krankenhauses, bei dem der EDV-Betrieb aus Kostengründen ausgelagert wurde und die Mitarbeiter der so genannten Outsourcing-Firma alle Daten übermittelt haben, die eigentlich der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.

So gibt es weitere Möglichkeiten und Beispiele. Gerade auch die Gesetzentwürfe der rot-grünen Regierung in Berlin zur Gesundheitsreform haben zu Beanstandungen geführt, da in diesem Zusammenhang davor gewarnt wurde, durch die Gesundheitsreform den gläsernen Patienten zu schaffen.

Alles in allem, meine Damen und Herren, zeigt dieser Datenschutzbericht, dass Datenschutz kein Selbstzweck ist, sondern uns immer begleiten wird, dass er eher eine immer größere Herausforderung sein wird.

Ich will auch der Regierung ein Kompliment machen. Sie hat in all den aufgegriffenen Fällen Kooperation und auch Einsichtsfähigkeit gezeigt und zugesagt, Schwachstellen abzuschaffen. Ich denke, auch der Ton zwischen dem Datenschutzbeauftragten und dem Innenministerium ist besser geworden. Das dient der Sache. Das dient auch dem Datenschutz und damit unserem gemeinsamen Anliegen; denn Datenschutz ist ein Individualgrundrecht und damit ein Abwehrrecht, das jedem einzelnen Bürger zusteht und an dem wir Interesse haben sollten.

Deshalb, Herr Schneider, herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Insoweit danke ich Ihnen dafür, dass wir in diesem Sinne sicherlich auch weiterhin positiv zusammenarbeiten können.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir danken dem Landesbeauftragten für den Datenschutz für seine Arbeit. Aber wir wollen es eigentlich nicht nur bei diesem verbalen Dank belassen. Wenn dieser Dank immer wieder abgestattet wird, ohne dass sich für die Arbeitsbedingungen des Datenschutzbeauftragten Wesentliches ändert, macht das den Dank allmählich schal.

Ich verstehe übrigens, Herr Reinhart – wo ist er denn? –,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Hier!)

überhaupt nicht, dass Sie sagten, auch Sie seien dafür gewesen, eine solche Personalstelle bei der Dienststelle des Landesbeauftragten zu schaffen. Ich frage mich jetzt: Wieso ist sie nicht geschaffen worden? Was ist denn da bei Ihnen schief gelaufen?

(Abg. Moser SPD: Die ganze Regierung!)

Ich verstehe das, weiß Gott, nicht. Wenn es um viel Geld geht und jeder einzelne Punkt und jedes einzelne Detail beraten wird, dann fällt auf einmal eine Stelle für den Landesdatenschutzbeauftragten unter den Tisch. Das Geld ist da, und niemand merkt, dass etwas übrig ist.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Eine zusätzliche Stelle! Nicht weggefallen!)

– Eine Stelle fällt weg. Ich habe sehr wohl gehört, dass sie zu den so genannten Resten gekommen ist. Das heißt, sie muss ja da weggefallen sein. Irgendwo ist sie unter den Tisch gefallen, und niemand von Ihnen hat es gemerkt.

(Abg. Moser SPD zur CDU: Sie wollten sie doch!)

Herr Kiesswetter, Sie können mir das doch beantworten: Wieso haben Sie das nicht gemerkt?

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ich bin nicht im Finanzausschuss!)

Ich bitte Sie! Jetzt haben wir ein Jahr lang eine Stelle weniger bei einer Dienststelle, die personell bundesweit am schlechtesten ausgestattet ist. Und dann sagen Sie, der Datenschutz werde gestärkt. Das geht nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Regen Sie sich doch nicht so auf, Herr Bebber!)

– Herr Bender, Sie wissen genau, ich rege mich nicht auf. Ich hebe nur die Stimme.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Schauspieler!)

Herr Bender, wenn Ihnen alles so auffallen würde wie jetzt meine Aufregung, dann hätte Ihnen auch das mit der Stelle auffallen sollen. Sie sind ja auch in dem Ausschuss. Schade, nicht?

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

– Soll ich böse werden? Ich sehe im Ausschuss bei Ihnen mehr Mitglieder mit gelangweilten Gesichtern herumsitzen und andere auch Kaffee trinken – –

(Bebber)

(Abg. Haas CDU: Was hat jetzt Kaffee trinken damit zu tun? – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sie trinken auch Kaffee und essen auch ab und zu ein Stück Kuchen dazu!)

– Kaffee trinken ist nicht schlimm.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sie sollen sich mit der Sache beschäftigen und nicht Leute beobachten! – Abg. Pfisterer CDU: Das gibt es gar nicht bei uns, so was!)

Das Bild wird immer schlimmer. Kaffeetrinkenderweise, Herr Mühlbeyer, ohne sich um sonst etwas zu kümmern, jede Frage nur als Belästigung empfindend – das ist dann Ihre Beratung.

(Abg. Pfisterer CDU: Das gibt es bei uns nicht!)

– Das gibt es nicht bei Ihnen? Sie sind beratungsresistent, das weiß ich.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Mein lieber Herr Gesangsverein!)

– Herr Mühlbeyer, ich wollte es eigentlich nicht sagen – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich habe die Zwischenrufe durchgehen lassen, weil der Redner bewusst provoziert hat,

(Heiterkeit)

aber ich bitte, jetzt wieder zuzuhören.

Abg. Bebber SPD: Ich wollte es eigentlich nicht sagen, Herr Mühlbeyer, aber wissen Sie: Was ist das für eine Ausschussberatung – das machen Sie als Ausschussvorsitzender so nie –, wenn die Ziffern eines Berichts seitenweise heruntergerasselt werden und ein Abgeordneter dazwischenrufen muss, um zum Text einer Seite etwas zu sagen?

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Und dann noch eine Rüge kriegt!)

– Und dann noch eine Rüge bekommt und angeschnauzt wird, wenn er sich zu einer Seitenzahl zu Wort meldet, die schon zehn Seiten zurückliegt. Was ist das für eine Art, für ein Stil einer Beratung? Auf welches Niveau sinken wir bei der Beratung, wenn wir so vorgehen?

(Abg. Moser SPD: Welcher Ausschuss ist das denn? Was ist das denn für ein komischer Ausschuss? – Abg. Haas CDU: Was hat das jetzt mit Datenschutz zu tun?)

– Herr Haas, auch für Sie, der Sie das nicht verstehen, erkläre ich es: Das hat mit Datenschutz

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

etwas zu tun, weil es im Ständigen Ausschuss stattfindet.

Wenn dann bei der Beratung auf die Frage, inwieweit der Landesdatenschutzbeauftragte Vorgänge bei der Justiz datenschutzrechtlich überprüfen darf oder nicht, der Innenmi-

nister antwortet: „Das sollen dann die Gerichte klären“, halte ich das nicht für gut. Ich halte es für richtiger, sich bei solchen Beratungen darüber abzustimmen, wie weit die Rechte des Datenschutzbeauftragten gehen sollen.

Allein das Argument der Unabhängigkeit des Richters kann ja wohl nicht verhindern, dass der Datenschutzbeauftragte die Technik, die im Rechtswesen, an den Amtsgerichten, den Landgerichten, in den Notariaten und Grundbuchstellen verwendet wird, daraufhin überprüfen darf, ob es unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten ordnungsgemäß zugeht. Das kann ja nicht ernsthaft gemeint sein. So habe ich Sie auch nicht verstanden. Nur: Wenn man darauf verweist, das sollten die Gerichte klären, ist das meines Erachtens keine sinnvolle Zusammenarbeit.

Wir schlagen deshalb vor, dass die Ausschusssitzungen zukünftig öffentlich stattfinden sollen. Wir schlagen deshalb vor, zukünftig

(Lachen bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Damit Sie Ihr Theaterstück fortsetzen können!)

– hören Sie doch einmal mit der Maulerei auf! – die wichtigen, zentralen Probleme des Datenschutzrechts getrennt zu diskutieren. Es soll nicht einfach die ganze Liste der Beanstandungen heruntergerasselt werden, sodass man hinterherhechelt, um da oder dort etwas zu beanstanden und darüber zu diskutieren. Wir fordern also eine getrennte Beratung nach Schwerpunkten, und das öffentlich. Ich glaube, das wäre heilsam für Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, dass ich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg dem Landesdatenschutzbeauftragten und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen Bericht Dank sage. Es ist der 20. Tätigkeitsbericht. Er zeigt wiederum eine Fülle von Einzelfällen und eine ganze Reihe von Schwachpunkten in einer sehr anschaulichen, sehr lesbaren und sehr informativen Weise auf. Dieser 20. Bericht tut dies in einzelnen Themenbereichen zum wiederholten Male.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es sind zum Teil wirklich Dauerbrenner, die in diesem Bericht dargestellt werden. Es sind eine ganze Reihe von Punkten, und wir wissen um die große Breitenwirkung dieses Berichts, der den Behörden, den Ämtern und auch den Kommunen wertvolle Hilfe im Umgang mit Daten gibt.

Zweiter Punkt: Diesmal hat im Unterschied zu vergangenen Jahren die Regierung in vielen, man kann sagen, in fast allen Fällen die Verstöße und die zu beanstandenden Punkte eingeräumt. Ich kann mich noch gut erinnern, dass in vergangenen Jahren immer wieder Konflikte zwischen den Auffassungen des Datenschutzbeauftragten und den Stellungnahmen der einzelnen Ministerien auftraten. Es gibt auch hier – Beispiel Justizministerium – einige daten-

(Jacobi)

schutzresistente Äußerungen. Also es ist nicht alles 100 %, und man kann da schon Unterschiede zwischen den einzelnen Ministerien ausmachen. Aber wenn man einfach einmal unter dem Strich vergleicht, wie dieser Datenschutzbericht im Gegensatz zu Berichten aus den vergangenen Jahren aufgenommen wurde, dann stellt man fest, dass sich da schon einiges positiv verändert hat. Es gibt nicht mehr die harte, konfrontative Gegnerschaft zwischen den Ministerien und dem Datenschutzbeauftragten, sondern eher eine kooperative Zusammenarbeit. Ich glaube, dass dies der Sache nützt.

Drittens: Es ist sicherlich richtig, dass die Beratungen im Ausschuss, man kann sagen, in rekordverdächtiger Weise abgelaufen sind. Aber man darf nicht vergessen, meine Damen und Herren, dass in derselben Ausschusssitzung unmittelbar vor der Beratung des Datenschutzberichts der aus meiner Sicht wichtigere Punkt, nämlich das Landesdatenschutzgesetz, über das wir vorhin hier beraten und abgestimmt haben, ausführlich diskutiert wurde. Bei dieser Beratung im Ausschuss wurden die politischen Unterschiede deutlich. Es gab eine ganze Reihe von Änderungsanträgen, die von der Mehrheit abgelehnt wurden. Ich glaube, da wurde schon klar, in welcher Weise die Parteien des Landtags von Baden-Württemberg den Datenschutz verstehen.

In diesem 20. Tätigkeitsbericht ist vergleichsweise wenig Datenschutzpolitisches festzustellen. Darin ist wenig Prinzipielles, jedenfalls wesentlich weniger als in den vergangenen Jahren, zu finden. Ich möchte die Arbeit des Datenschutzbeauftragten, Herr Schneider, in keiner Weise abwerten und will auch die Verstöße, die Sie genannt haben, nicht bagatellisieren. Aber man kann schon sagen, dass eine Sitzung nicht nur dann eine gute Sitzung ist, wenn man das nicht Strittige miteinander diskutiert. Ich glaube, dass es richtig war, hier in doch beschleunigter Weise vorzugehen, wenn ich auch ausdrücklich einräume – da schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Bebbler an –, dass es unbefriedigend war, wie dieser Bericht diskutiert wurde.

Vielleicht sollten wir in der Tat über ein neues Verfahren nachdenken. Vielleicht wäre es ein guter Vorschlag, neben diesem Bericht, der ja an die Öffentlichkeit, an die Behörden und an die Kommunen gerichtet ist, eine Art Vorbericht oder einen zweiten Bericht als Anhang – oder wie auch immer dann tituliert – im Parlament in den Ausschussberatungen zu diskutieren, in dem mehr die tatsächlichen politischen Dinge im Vordergrund stehen. Ich denke beispielsweise an die Anmerkungen des Landesdatenschutzbeauftragten zu einzelnen Gesetzen. Wir wissen ja, dass er regelmäßig zu den Gesetzen Stellung nimmt, die mit Datenschutz zu tun haben. Wir könnten uns über die Themen speziell und konzentriert unterhalten und darüber diskutieren, dass neben den politischen Notwendigkeiten, die gesehen werden, beispielsweise bei der Reform des Landesdatenschutzgesetzes, die Konflikte zwischen Datenschutz und Ministerien eine Rolle spielen. Dabei könnte man vielleicht einmal speziell zu dem Thema „Justizministerium und Datenschutz“ reden. Das geht beim jetzigen Verfahren einfach unter. Das hielte ich für wesentlich interessanter, als diese Fülle von Einzelfällen aufzurufen, die sicherlich alle richtigerweise bilanziert werden. Das muss sein; das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber ich

glaube, dass sich die Landespolitiker, dass sich Landtagsabgeordnete eher über die politischen, die grundsätzlichen oder die prinzipiell konfliktbehafteten Themen unterhalten sollen

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist richtig!)

und nicht über Einzelfälle, die ich, wie gesagt, nicht bagatellisieren möchte.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich meinen Dank wiederholen. Der Datenschutzbericht ist unverzichtbar. Er hat eine große Breitenwirkung. Wir wissen, dass er in vielen Behörden und vielen Kommunen sehr genau zur Kenntnis genommen wird, dass er Hilfestellung gibt und auch immer wieder Anleitungen nach dem Motto aufnimmt: Wie ist mit Daten umzugehen? Dieser Bericht und seine wichtigen Impulse sind für die Arbeit der Behörden und der Kommunen im Land, wie gesagt, unverzichtbar.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch heute wieder die Gelegenheit nutzen, Ihnen, Herr Schneider, sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre Arbeit im letzten Berichtszeitraum zu danken. Sie haben kürzlich dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses geschrieben, dass das Thema Datenschutz heute nicht mehr die Brisanz hat, wie das vor Jahren noch der Fall war. Damit haben Sie sicher Recht. Auch im Datenschutz ist mittlerweile „business as usual“ eingetreten.

Sie haben in dem Brief aber auch Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Beratungen im Ausschuss geäußert und zugleich die Diskussion über eine Änderung des Verfahrens eingeleitet. Ich sage hier ganz deutlich: Wir sehen zwar keinen unmittelbaren Änderungsbedarf, werden uns aber den Gesprächen mit Ihnen nicht verschließen.

Auch der Landesdatenschutzbeauftragte muss respektieren, dass frei gewählte Abgeordnete im Ausschuss Schwerpunkte setzen, die möglicherweise andere sind als die des Beauftragten. Ich finde es sehr erfreulich, dass Herr Kollege Jacobi mit seiner Kritik anders vorgegangen ist als der Kollege Bebbler. Herr Bebbler hat einen Frontalangriff gemacht,

(Heiterkeit des Abg. Bebbler SPD)

während Herr Kollege Jacobi durchaus sinnvoll darüber nachgedacht hat, ob wir im Ausschuss vielleicht anders vorgehen sollten und ob der Datenschutzbeauftragte einen anderen Bericht vorlegen sollte.

(Abg. Bebbler SPD: Das war mein Vorschlag! – Weitere Zurufe)

– Sie haben nur die Forderung nach Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen gebracht. Sie haben ja im Ausschuss auch kaum Fragen gestellt.

(Kiesswetter)

(Abg. Bebber SPD: Das ist unglaublich! Sie haben voll gepennt!)

20 Minuten hat das Ganze gedauert.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben voll gepennt!)

– Ich habe genau zugehört, was Sie gefragt haben. Das war nicht sehr erhellend, und es ist richtig, dass man fast eingeschlafen wäre – aber nur wegen Ihrer langweiligen Fragen.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben gepennt!)

Ich meine, es ist durchaus sinnvoll – diese Anregung ist richtig –, im Ausschuss nur die Punkte zu behandeln, die politisch wirklich brisant sind. Wenn die Landesregierung fast allen Beanstandungen nachkommt, können wir das zur Kenntnis nehmen, müssen darüber aber nicht diskutieren. Das betrifft den größten Teil des Berichts. Die drei, vier anderen Punkte sollten dafür ausführlich diskutiert werden. Das wäre viel sinnvoller, als nach der Öffentlichkeit zu rufen, was ja mehr populistisch als inhaltlich ist, Herr Bebber. Sagen wir das doch einmal ganz deutlich.

(Abg. Bebber SPD: Das diszipliniert ungeheuer!)

– Das glaube ich kaum. – Wir werden im Ausschuss darüber beraten, wie wir es im nächsten Jahr machen, ob der Bericht tatsächlich zweigeteilt werden soll, wobei er in einem Teil politisch für uns Brisantes bringt. Selbstverständlich können wir dann aber auch zu anderen Bereichen noch Nachfragen stellen.

Der jährliche Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz ist nach wie vor eine elementar wichtige und nützliche Einrichtung. Zum Beispiel ist es für uns interessant, wenn wir jedes Jahr lesen, dass es bezüglich der Speicherfristen in der zentralen Personenauskunftsdatei der Polizei immer wieder Verstöße gibt. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Aber es ist trotzdem nicht in Ordnung!)

obwohl die Landesregierung immer sagt: Ja, wir stellen das ab. Dass es immer wieder der Fall ist, ist bedenklich.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das muss aufhören!)

Hier muss es zu Änderungen kommen, und das ist etwas, was wir diskutieren müssen.

Die Polizei muss sich auch bei der künftigen Videoüberwachung darauf einstellen, die vorgeschriebenen Zeiträume einzuhalten.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Das ist ein Essential, auf dem wir bestehen müssen, und das ist gar nicht so schwierig. Wir fragen uns, was eigentlich so schwierig daran ist, Fristen zu überwachen.

In diesem Zusammenhang – das habe ich vorhin schon erwähnt – freue ich mich natürlich darüber, dass zum 1. Juli 2001 parallel zum Bericht für den öffentlich-rechtlichen

Bereich endlich auch ein Datenschutzbericht für den nicht öffentlichen Bereich erarbeitet wird. Vielleicht können wir da erstmals die neuen Grundsätze anwenden. Ich erinnere nochmals daran, dass der letzte Bericht 1995 vorgelegt wurde. Damit wird eine zentrale Forderung der Liberalen erfüllt, die seit langem einen Handlungsbedarf für die Verwendung personenbezogener Daten in der Versicherungswirtschaft, bei Banken und in privaten Gesundheitsbetrieben sehen.

Erlauben Sie noch einen Hinweis auf die angeblich verhinderte Kontrolle bei Amtsgerichten. § 24 Abs. 4 LDSG erlaubt dem Landesdatenschutzbeauftragten die Kontrolle der Gerichte und des Landtags nur, soweit sie in Verwaltungsangelegenheiten tätig werden. Für mich ist es selbstverständlich, dass darunter Personal- und Hausverwaltung, Materialbeschaffung usw. fallen, mehr aber auch nicht. Der restliche Bereich gehört zur Rechtsprechung. Aus diesem Grund sehe ich auch keinen nachvollziehbaren Grund für die Beanstandungen, da eine Unterstützungspflicht eben nur im Rahmen der Verwaltung besteht. Ich möchte einmal die Reaktion der übrigen Fraktionen – auch Ihrer Fraktion – im Landtag erleben, wenn der Datenschutzbeauftragte bei ihnen vor der Tür stünde, um die Verwaltungsabläufe und die Einhaltung des Datenschutzes zu überprüfen. Wir sind nämlich genauso geschützt wie die Gerichte, und sie würden, glaube ich, als Erste aufschreien, wenn der Landesdatenschützer käme.

Herr Schneider, es ist für mich schon widersprüchlich, wenn Sie erst von einem eindeutigen Gesetz sprechen, nun aber, da Sie sich mit Ihren Beanstandungen bei Landesregierung und Landtag nicht durchsetzen konnten, eine eindeutige gesetzliche Klarstellung einfordern.

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Das Ausmaß der bisher durch das Virus ILOVE-YOU ausgelösten Programmstörungen und Schäden zeigt, dass es unabdingbar ist, bereits im Vorfeld wirksame Maßnahmen zur Verhinderung derartiger krimineller Aktionen zu ergreifen. Der Datenschutzbeauftragte des Landes macht ja gerade für diesen Bereich wichtige und sinnvolle Vorschläge.

Die bisher vom Bundesinnenminister ergriffenen Maßnahmen reichen aber offensichtlich nicht aus. Während die Fachleute der so genannten Taskforce Internet noch darüber nachdenken, wie groß das Bedrohungspotenzial für Onlinesysteme in Deutschland ist, hat ein einziges Virus in über 20 Ländern der Erde bereits einen Schaden von mehr als 10 Milliarden Dollar angerichtet. Deutlicher kann der Bundesregierung nicht vorgeführt werden, wie sie den Dingen hinterherhinkt.

Im November soll der Bundesinnenminister der Innenministerkonferenz einen aktuellen Situationsbericht über die Arbeit der Taskforce geben. Wer weiß, was bis dahin alles passiert.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ja. Steht hier.

(Heiterkeit)

(Kiesswetter)

Ich habe es gesehen. Ich komme deshalb auch zum Schluss, weil die Redezeit vorbei ist.

Ich bedanke mich nochmals für den Datenschutzbericht. Wir werden diesen Bericht im nächsten Jahr sicherlich in einer anderen Form besprechen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! 20 Jahre Datenschutzbericht könnten zu einer Retrospektive verleiten. Ich möchte nicht den Fehler wiederholen, den einige meiner Vorredner gemacht haben, dass sie die inhaltliche Diskussion des Datenschutzberichts durch eine Nebendiskussion über die Frage der Situation im Ständigen Ausschuss bei der Beratung dieses Berichts ersetzt haben, sondern ich möchte schon noch einmal einige politische Dinge ansprechen, die natürlich auch technische Dinge sind; denn das lässt sich in diesem Bereich nicht trennen.

Trotzdem: 20 Jahre Datenschutzbericht, das sind 20 Jahre Kampf des Datenschutzbeauftragten für die Rechte des Bürgers auf seine informationelle Selbstbestimmung. Insofern möchte ich dem jetzigen Datenschutzbeauftragten und seiner Vorgängerin im Namen meiner Fraktion noch einmal für diese Arbeit ausdrücklich Dank aussprechen. – Meine Fraktion könnte das ruhig auch durch Applaus unterstützen.

(Heiterkeit – Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Die schwätzen!)

Die Situation im Bereich des Datenschutzes ist gekennzeichnet durch eine steigende Verbreitung der Daten verarbeitenden Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und deshalb durch ein Anwachsen der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten. Herr Kollege Kiesswetter hat gerade die Probleme mit dem ILOVEYOU-Virus angesprochen. Das sind zum einen Probleme der Datensicherheit, aber dahinter steckt natürlich auch ein Problem des Datenschutzes. Ein solches Virus – ob es ein Trojanisches Pferd ist oder was auch immer – ist ja auch ein Risiko für die Daten der Bürger, die bei der öffentlichen Hand abgelegt sind: wenn diese Daten ausgespäht werden können, wenn persönliche Daten auf diese Weise auf irgendwelchen finsternen Seiten im Internet erscheinen und, und, und.

Das heißt, wir stehen hier vor einer technischen Herausforderung, deren Bedeutung wahrscheinlich noch gar nicht richtig abgeschätzt werden kann. Deswegen ist natürlich die Ausstattung der Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz eine zentrale Aufgabe. Wir müssen hier verstärken, wir müssen hier in der künftigen Zeit ausbauen, damit der Landesbeauftragte seine Aufgaben auch tatsächlich in den zukünftigen Feldern wahrnehmen kann.

Das Fehlen wirklich extrem grober Verstöße, die im Datenschutzbericht angeprangert werden müssen, darf uns nicht dazu verleiten, die Einzelauflistung der entdeckten Verstöße auszuklammern und uns auf die Diskussion politischer Themen zu beschränken. Es gibt natürlich eine ganze Reihe politischer Diskussionen, die man ruhig einmal führen

kann, die man aber mitunter umgeht; Stichwort Kryptodebatte. Es wurde diskutiert, die Verschlüsselung des E-Mail-Verkehrs im Internet generell zu verbieten. Das ist eine wichtige Debatte, die im Ergebnis wohl dazu führen wird, dass diese Verschlüsselung nicht generell verboten wird, damit die Privatsphäre der in diesem technischen Bereich Kommunizierenden geschützt werden kann.

Eine andere wichtige Frage, die wir diskutieren müssen, ist die der DNS-Massenscreenings bei polizeilichen Fahndungsmaßnahmen, die wir ausdrücklich unterstützen, für die wir aber eine klare Regelung brauchen, um dem Bürger deutlich zu machen, wie mit diesen Daten umgegangen wird. Wir halten Hinweise darauf für nötig, dass er eine solche Überprüfung ablehnen kann, dass ihn das nicht automatisch in den Kreis der Verdächtigen einreicht, was mit den Blutproben passiert, auch was mit den Ergebnissen der Auswertung dieser Blutproben passiert. Es reicht ja nicht aus, irgendwann die Blutproben zu vernichten, sondern man muss auch das Ergebnis, das auf Papier gedruckt ist, in irgendeiner Weise der Vernichtung zuführen. Darüber muss der Bürger informiert werden, damit Vertrauen geschaffen werden kann. Nur so ist es möglich, diese sinnvolle Fahndungsmaßnahme auch in Zukunft mit großem Erfolg anzuwenden, ohne dass in zehn Jahren 80 % der Bevölkerung befürchten müssen, irgendwo in einer Gendatenbank gespeichert zu sein.

Das sind politische Diskussionen, die wir führen müssen, die aber anlässlich einer Einzelfallfeststellung im Datenschutzbericht geführt werden müssen. Deswegen stehe ich neuen Formen der Diskussion eher skeptisch gegenüber. Die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen führt eher dazu – und deswegen hat man sie nicht öffentlich gemacht –, dass Fensterreden gehalten werden und dass die politisch-inhaltliche, manchmal auch sehr technische Diskussion, die in einem Ausschuss notwendig ist, nicht geführt werden kann. Hier wurden von Vorrednern gerade heute vielleicht zu viele Redebeiträge an den Themen vorbei geliefert. Damit das nicht auch noch in der Ausschusssitzung passiert, bin ich der Meinung, man sollte vorsichtig damit umgehen, den bisherigen, wohlweislich so gewählten Charakter der Ausschusssitzungen zu verändern.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte im Namen der Landesregierung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Schneider, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre kontinuierliche engagierte und kompetente Arbeit danken. Dass sie ihr Geschäft verstehen und ihren gesetzlichen Auftrag mit Freude und Engagement erfüllen, das kommt im Zwanzigsten Tätigkeitsbericht erneut zum Ausdruck.

Allein die Vielzahl der Einzelfälle, die zu einer Erörterung im Bericht Anlass gaben, macht das enorme Arbeitspensum deutlich, das Herr Schneider mit seiner ganzen Mitarbeiterschar erbracht hat und erbringt. Dass dabei in der

(Minister Dr. Schäuble)

Mehrzahl der Fälle einvernehmliche Lösungen im Interesse eines effektiven Datenschutzes gefunden werden konnten, beruht insbesondere auf der Kompetenz des Landesbeauftragten für den Datenschutz, die verbunden ist mit dem Verständnis für die Erfordernisse der Verwaltung.

Einen besonders wichtigen Teil des umfangreichen Engagements macht der Bericht ebenfalls deutlich: die Beratungstätigkeit zu konkreten Vorhaben. Sie hilft der Verwaltung, bereits im Vorfeld die datenschutzrechtlichen Weichen richtig zu stellen. Nicht zuletzt rundet der Bericht das weite Tätigkeitsfeld des Datenschutzes mit Ausführungen zu allgemeinen Problemstellungen ab, etwa zur technischen Entwicklung und den damit verbundenen neuen datenschutzrechtlichen Herausforderungen.

Zwei Punkte sind es, die aus meiner Sicht den Bericht besonders erfreulich machen. Erstens: Die Zahl der förmlichen Beanstandungen ist gegenüber dem Vorjahr nochmals zurückgegangen. Zweitens: Es sind auch dieses Jahr keine schwerwiegenden Verstöße gegen das Datenschutzrecht festgestellt worden. Dies zeigt für mich: Der Datenschutz in Baden-Württemberg – und das möchte ich auch gerne an die Adresse des Herrn Kollegen Bebber sagen, der aber schon nicht mehr unter uns sein kann, nehme ich an –

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Heiler SPD: Er ist unter uns, wenn vielleicht auch nicht hier!)

– Ich sagte ja: nicht mehr sein kann; ich glaube, er wäre bestimmt gerne da.

An die Adresse aller, aber auch besonders an die des Kollegen Bebber: Der Datenschutz in Baden-Württemberg ist auf einem hohen Niveau angekommen. Er ist auch in guten Händen: zunächst einmal beim Landesbeauftragten für den Datenschutz, aber auch bei unseren Behörden, bei denen er in den letzten Jahren immer fester verankert werden konnte.

Dass wir dieses insgesamt erfreuliche Ergebnis erreicht haben, liegt vor allem am partnerschaftlichen Umgang miteinander, das heißt an der kooperativen, unterstützenden Arbeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz einerseits und der Aufgeschlossenheit der Verwaltung für den Datenschutz andererseits.

Besonders deutlich wird die beratende Funktion des Landesbeauftragten für den Datenschutz im zweiten Teil des vorliegenden Tätigkeitsberichtes, nämlich „Technik und Organisation“. Wegen der Komplexität und der immer schnelleren Entwicklung gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik steht hier noch mehr als bei anderen Problemen die Mitwirkung des Landesbeauftragten bei der Erarbeitung von Lösungen, die der Datensicherheit und dem Datenschutz Rechnung tragen, zu Recht im Vordergrund.

Besonders hervorzuheben ist, dass es der Landesbeauftragte für den Datenschutz dabei nicht bei einer intensiven Beratung bei Einzelprojekten wie beispielsweise dem Vorhaben „Outsourcing der Bürokommunikation“ bewenden lässt. Er gibt den Verwaltungen darüber hinaus auch allgemeine Bewertungen, etwa über Sicherheitsaspekte bei der Informations- und Kommunikationstechnik, an die Hand.

Ich begrüße es insgesamt ausdrücklich, dass sich der Landesbeauftragte frühzeitig in relevante Vorgänge und Verfahren einschaltet, der Verwaltung in schwierigen Datenschutzfragen konkret weiterführende Hinweise gibt und sich nicht auf bloße Kritik beschränkt, die, wie das bei Kritik immer der Fall ist, natürlich viel leichter fällt.

Die Bedeutung der Beratungsfunktion des Landesbeauftragten für den Datenschutz soll künftig weiter gestärkt werden. Sie ist deshalb im Rahmen der Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes – die Zweite Beratung fand vorhin statt – aufgegriffen und erweitert worden.

Ich möchte nochmals feststellen: Eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit nutzt dem Anliegen des Datenschutzes am meisten.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

Wir haben diesen Weg in den letzten Jahren erfolgreich beschritten und wollen ihn auch weiter gehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Bereitschaft des Innenministeriums, mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz auch künftig eng zusammenzuarbeiten, ausdrücklich und erneut bekräftigen.

An Gelegenheit, die konstruktiv-kritische Zusammenarbeit fortzusetzen, wird es auch in nächster Zeit nicht fehlen. Ich habe vorhin bei der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes schon darauf hingewiesen, dass wir Herrn Schneider sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstverständlich auch bei der voraussichtlich anstehenden Gesetzesnovellierung – Stichwort Videoüberwachung – frühzeitig einbeziehen werden. Es gibt dazu Meinungsunterschiede.

Wie die zahlreichen Einzelfälle und Beratungstätigkeiten zeigen, besteht nach wie vor aber auch ein Korrekturbedarf bei der richtigen Anwendung der datenschutzrechtlichen Vorschriften. Nur: Sicher ist von Ihnen, Herr Kollege Reinhart, aber auch von anderen zu Recht, glaube ich, gesagt worden: Die Landesverwaltung hat die Hinweise des Landesbeauftragten in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle aufgegriffen und für Abhilfe gesorgt. Es liegt aber eben auch in der Natur der Sache, dass nicht in allen Fragen Einvernehmen erzielt werden kann. Sonst wäre es eigentlich auch gar nicht mehr spannend.

Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn es um die Auslegung und die Reichweite von Rechtsnormen und Rechtsbegriffen geht. Nennen möchte ich in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Bewertungen zur Reichweite der richterlichen Unabhängigkeit, die vorhin ja insbesondere der jetzt leider nicht mehr anwesende Kollege Bebber ausführlich zum Gegenstand seiner Darlegungen gemacht hat.

(Abg. Heiler SPD: Herr Bebber hört aber alles!)

– Ist das datenschutzrechtlich zulässig?

(Heiterkeit)

Offensichtlich.

Wir haben die Problematik ja auch ausführlich im Ständigen Ausschuss diskutiert. Ich respektiere die Auffassung

(Minister Dr. Schäuble)

des Herrn Landesbeauftragten für den Datenschutz, muss aber sagen, dass ich auch Verständnis für die Haltung der Justiz habe. Dabei räume ich wiederum relativierend ein, dass ich als früherer Richter gegenüber der richterlichen Unabhängigkeit immer sehr aufgeschlossen bin, auch wenn ich zugebe, dass die richterliche Unabhängigkeit, die ja von den Richtern selbst definiert wird – das liegt auch in der Natur der Sache –, von ihnen vermutlich besonders weit ausgelegt wird. Das ist ein menschlicher Vorgang.

Meinungsverschiedenheiten – daran will ich noch erinnern, weil es heute noch nicht erwähnt worden ist – zwischen dem Landesbeauftragten und dem Innenministerium bestanden insbesondere auch bezüglich der Kurzinformationen und der Gruppenauskünfte aus dem Melderegister – damals im Vorfeld von Kommunalwahlen für die CDU-Rentenbriefaktion. Sie erinnern sich vielleicht noch daran. Das will ich heute auch noch einmal ausdrücklich sagen.

Auch wenn wir von Verwaltungsseite sicher nicht immer mit dem Herrn Landesbeauftragten einig sein werden, so hoffe ich doch, dass es uns auch künftig gelingt, die Zahl der Dissenspunkte weiter zu reduzieren und das bereits hohe Niveau im Datenschutz noch weiter zu steigern.

Über das Thema Personalausstattung brauche ich jetzt, was an sich vorgesehen war, nichts mehr zu sagen. Ich habe mich, verehrter Herr Schneider, dazu wohl vorhin im Rahmen der Deutlichkeit, die mir möglich war, ausreichend geäußert.

Mit der unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt beschlossenen Novelle des Landesdatenschutzgesetzes bringen wir den Datenschutz ein weiteres Stück voran. Die Änderungen werden sich positiv auf die Tätigkeit des Landesbeauftragten auswirken und seine Arbeit auch erleichtern, wobei das Problem der personellen Kapazität natürlich hier noch einmal zu erwähnen ist. Das Landesdatenschutzgesetz wird somit auch weiterhin sozusagen in verbesserter Auflage eine gute Grundlage für eine effektive Arbeit des Landesbeauftragten bieten.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Ich darf, nochmals verbunden mit einem herzlichen Dank an Herrn Schneider und sein Team, schließen. Ich wünsche Ihnen sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch weiterhin eine erfolgreiche Arbeit für den Datenschutz. Ich bin sicher, die Bürgerinnen und Bürger werden in Ihnen auch künftig einen versierten Anwalt und unsere Verwaltungen einen kompetenten Berater haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ein guter Schluss
ziert alles!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, der Ständige Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass sich dagegen kein Widerspruch erhebt. – Das ist der Fall. Es ist so beschlossen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Zum weiteren Geschäftsablauf darf ich bekannt geben, dass sich die Fraktionen – so wurde mir mitgeteilt – darauf geeinigt haben, Punkt 8 der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? –

(Abg. Heiler SPD: Leiser!)

– Wenn Sie leiser sind, kann ich es auch sein.

(Heiterkeit – Abg. Heiler SPD: Leiser Widerspruch, Herr Präsident!)

– Gerade von Ihrer Fraktion ist die Absetzung besonders stark gefordert worden.

(Heiterkeit)

Sie sind nicht auf dem Laufenden, Herr Kollege Heiler.

Punkt 8 der Tagesordnung ist also abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Verbesserung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit in Baden-Württemberg – Drucksache 12/4747

Das Präsidium hat für die Begründung eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort hat Herr Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Mit dem Wegfall der EU-Binnengrenzen ist in Europa eine besondere Lage entstanden, die natürlich auch eine besondere Herausforderung an die Kriminalitätsbekämpfung insgesamt darstellt und die insbesondere selbstverständlich konkrete Maßnahmen nach sich ziehen muss. Eine solche Maßnahme war das Schengener Abkommen, sozusagen als Ausgleichsmaßnahme dafür, dass eben die Binnengrenzen gefallen waren. Dieses Schengener Abkommen hat in der Folge eine sehr gute Zusammenarbeit der Polizei Baden-Württembergs insbesondere mit unseren unmittelbaren Anrainerstaaten, mit den Nachbarländern Frankreich, Österreich und der Schweiz, zur Folge gehabt. Das Schengener Abkommen war – das darf man in der Tat sagen – und ist ein Erfolg, auch was die Erweiterung um Griechenland und vieles andere mehr anbelangt. Baden-Württemberg ist in besonderem Maße darauf angewiesen, dass das Schengener Abkommen erfolgreich bleibt. Handlungsbedarf besteht eben, weil sich auch die Grenzen zu den Staaten des ehemaligen Ostblocks geöffnet haben.

Die guten Analysen, die uns die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag geliefert hat, zeigen, dass sich seit Beginn der Neunzigerjahre die Kriminalitätslage in ihrer internationalen Dimension qualitativ und quantitativ verschärft hat. Baden-Württemberg 1998: 14 000 Tatverdächtige mit Wohnsitz im Ausland und – was besonders interessant ist – die meisten dieser Tatverdächtigen, nämlich beinahe drei Viertel, also fast 75 %, stammen aus Staaten außerhalb der EU. Deshalb ist die Doppelstra-

(Rech)

tegie des Schengener Abkommens richtig, nämlich einerseits Freizügigkeit bei den Binnengrenzen, aber andererseits sich den Außengrenzen verschärft zuzuwenden.

Ausgleichsmaßnahmen sind des Weiteren Kontrollen an gemeinsamen Außengrenzen nach einheitlichen Standards – das halte ich für sehr wichtig –, Fahndungsverbände, das Schengener Informationssystem SIS, polizeilicher Informationsaustausch und grenzüberschreitende Observationen, also auch die berühmte Nacheile.

Meine Damen und Herren, es gibt neue Kriminalitätsarten, neue Deliktsformen, zum Beispiel auch über das Internet – Computerkriminalität. Ich habe gerade heute in meiner heimischen Zeitung, den „Badischen Neuesten Nachrichten“ mit Interesse gelesen, dass das Internet immerhin einen Umsatz von mehr als

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– vielen Dank, Herr Präsident – 200 Milliarden DM erzielt und eine Beschäftigtenzahl von 1,7 Millionen Menschen aufweist – mit all den Gefahren, die das natürlich in sich bergen kann, mit all dem, was da auch an krimineller Energie freigesetzt werden kann. Deswegen müssen wir uns diesen neuen Herausforderungen stellen. Gerade die letzte Deliktsart, die ich Ihnen genannt habe, zeigt sehr deutlich, dass dies eigentlich mit Grenzsicherung nichts mehr zu tun hat.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Genau!)

Das sind Kriminalitätsformen, denen Sie mit der besonderen Sicherung von irgendwelchen Außengrenzen natürlich nicht beikommen können. Deswegen muss die Polizei auch auf diesen neuen Gebieten besonders gerüstet sein. Die baden-württembergische Polizei ist gut gerüstet, wenn ich mir beispielsweise die Ausbildung ansehe, die bei der Bereitschaftspolizei in Lahr mit dem deutsch-französischen Sprachzentrum praktiziert wird. Das ist wirklich eine ganz hervorragende Angelegenheit.

Was im Rahmen der neuen Ausbildungspläne geleistet wird, rüstet unsere Polizei in der Tat für diese neuen Herausforderungen und für die Zukunft insgesamt, bis hin zu Einsatzstrategien, bis hin zu besseren Rahmenbedingungen in Europa insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

Vieles ist da schon erreicht: 1992 haben Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland mit Frankreich den 28 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog, 1997 hat unser Innenminister das Abkommen mit der Gendarmerie Nationale und ebenfalls 1997 die Bundesregierung mit der französischen Regierung ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden unterzeichnet. Es gab noch vieles andere mehr; ich mag es im Einzelnen nicht wiederholen.

Ich will nur noch insgesamt darauf hinweisen, dass uns die Erweiterung der Europäischen Union vor neue Herausforderungen stellt, dass sich die EU auch zu einer Sicherheitsunion entwickeln muss, das heißt über die bisherige Zusammenarbeit hinaus bei der Kriminalitätsbekämpfung neue erweiterte Formen einer schnellen, direkten und unbürokratischen Zusammenarbeit zu entwickeln sind.

Ein erster großer Schritt war ja die Gründung von Europol, das seine Arbeit am 1. Juli 1999 aufgenommen hat. In dem Zusammenhang ist mir gerade aufgefallen, Herr Kollege Oelmayer, dass bedauerlicherweise Ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch 1997 eine entsprechende Ratifizierung der Europol-Konvention abgelehnt hat.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Ich nehme an, dass Sie heute anders darüber denken, zumal gerade Europol sich äußerst erfolgreich entwickelt hat. Aber Europol braucht neue Kompetenzen. Europol hat eine eigenständige Rechtspersönlichkeit; darauf möchte ich hinweisen. Dies ist gut, und zwar deswegen, weil auf diese Art und Weise Vereinbarungen mit Drittstaaten möglich werden und die Drittstaaten mit ihren Erkenntnissen einbezogen werden können,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bis hin zu der Einrichtung international besetzter Ermittlungsgruppen, die auch hoheitliche Aufgaben im Nachbarstaat, also im Ausland, wahrnehmen können, möglicherweise unter Einbeziehung nationaler Leitungen. All dies ist jetzt möglich. All dies müssen wir nützen. Ich bin sicher, dass die Polizei in Baden-Württemberg wie in vielen anderen Punkten auch in dieser Frage eine Vorreiterrolle übernehmen wird.

Welche rechtlichen Bedingungen wir zusätzlich schaffen müssen, werden wir im Ausschuss beraten.

Herr Präsident, ich beantrage die Überweisung dieses Antrags mit der ausführlichen und guten umfassenden Stellungnahme der Landesregierung in den Ausschuss.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag und die Stellungnahme dazu bringen nichts wesentlich Neues, aber die Stellungnahme ist eine Fleißarbeit, ein umfassender Überblick und ist als solcher sicher gut für unsere Arbeit im Parlament zu gebrauchen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nicht so viel Lob, Herr Kollege!)

Die Stellungnahme zeigt aber auch, dass die Probleme der inneren Sicherheit nicht kurzfristig, sondern nur mittel- und langfristig konzeptionell gelöst werden können. Das kann man an den Jahreszahlen sehen, die für einige der Abkommen angegeben sind: 1977 das erste Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über die Zusammenarbeit, 1992 – ein großer Sprung – dann die so genannte Metzger Absprache, bei der man dann einen Schritt weiter ging und die Koordinierungsstellen einrichtete, und dann 1997, als man – als bisherigen Abschluss – die Zusammenarbeit mit Frankreich bei Polizei und Zoll vereinbarte und

(Redling)

daraus das deutsch-französische Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Offenburg entstanden ist, sicher eine sinnvolle Geschichte an der Grenze zu Frankreich. Ich glaube, es ist Aufgabe eines jeden Innenpolitikers, insbesondere der Sicherheitspolitiker, sich darüber selbst zu informieren. Ich habe dies getan, und zwar sowohl im Hinblick auf Frankreich als auch auf die Schweiz. Man hat mir dabei gesagt, im Großen und Ganzen könne man zufrieden sein. Aus der Sicht der dort tätigen Beamtinnen und Beamten müsste man noch das Tempo der Zusammenarbeit, die Weiterentwicklung verbessern.

Beim Lesen der Stellungnahme waren für mich einige Feststellungen interessant. In diesem Haus haben einige wohl nicht erwartet, dass sich die Kriminalitätsentwicklung im Grenzgebiet Baden-Württembergs, im Grenzgebiet Frankreichs und im Grenzgebiet der Schweiz nicht signifikant unterscheidet. Für mich ergibt sich daraus der Schluss, dass es richtig war, einerseits durch das Schengener Abkommen die Grenzkontrollen abzubauen, andererseits aber auch Ausgleichsmaßnahmen einzuführen. Diese greifen.

Klar ist natürlich, dass einige Delikte nur an der Grenze begangen werden können. Ein illegaler Grenzübertritt kann nur dort stattfinden und nicht in Tauberbischofsheim oder in Bad Mergentheim.

Man kann vielleicht zusammenfassend dazu sagen, dass die Zusammenarbeit der Polizei mit Frankreich, mit der Schweiz und mit Österreich auf dem richtigen Weg ist. Allerdings muss, da sich die Kriminalität und die Zusammenarbeit der Kriminellen fortentwickeln, auch hier mehr Tempo gemacht werden. Man muss mit mehr Nachdruck und auch verbindlicher mit den Nachbarn verhandeln. Dies ist ein Auftrag an Sie, Herr Innenminister.

Eine Erkenntnis aus diesem Antrag, allerdings auch schon allgemein bekannt, ist, dass die Kriminalität heute in der Regel vor allem organisiert und international ist. Sie macht nicht halt vor Grenzen, weder vor den EU-Binnengrenzen noch vor unseren Außengrenzen. Kurz gesagt: Kriminalität ist heute auch schon global. Aus dieser Erkenntnis heraus wird es auch immer wichtiger, die Zusammenarbeit mit den Ländern innerhalb der EU im Rahmen des Schengener Abkommens, aber auch die mit Nicht-EU-Ländern und vor allem die mit den Beitrittskandidaten zu intensivieren. Wir müssen auch sehen, dass Europa heute ein kriminalgeographischer Raum ist und daraus die Erkenntnis und die Forderung folgen, dass wir einen europäischen Sicherheitsraum brauchen. Es kann heute nicht mehr sein, dass jeder Staat für sich die Dinge konzeptionell überdenkt und nicht überlegt und nicht mit einbezieht, was sein Nachbar macht. Deshalb die Forderung: Kurzfristig muss es, was die Sicherheitspolitik betrifft, sicher ein abgestimmtes Verhalten geben. Aber schon mittelfristig, meine ich, brauchen wir eine einheitliche europäische Politik für innere Sicherheit.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ein guter Ansatz ist sicher Europol. Herr Kollege Rech, auch ich bin der Meinung, dass nicht die Tatsache, dass wir Europol haben, kritisiert wurde, sondern die formale Seite von Europol, zum Beispiel die Möglichkeiten der Beamten bzw. – als Stichwort – deren „Immunität“. Dies haben auch wir kritisiert. Aber ansonsten ist Europol natürlich der rich-

tige Weg, um Kriminalität über die Grenzen hinweg zu bekämpfen.

Es war auch gut, dass man die Deliktbereiche Rauschgiftkriminalität, Menschenhandel und Schleuserkriminalität zuerst angegangen ist und Daten aufgebaut hat. Aber auch ich möchte, wie mein Kollege Rech, sagen: Es darf da nicht stehen bleiben. Die Kriminalität, die uns heute große Probleme macht, nämlich die Kriminalität, die mit Computern zusammenhängt, Betrug und Devisen-/Wertpapiervergehen, muss ebenfalls einbezogen werden. Auch hier müssen wir schauen, dass im Rahmen des Schengener Abkommens Europol zuständig wird.

Für mich ist auch wichtig, dass man zukünftig internationale Ermittlungsgruppen bildet, um noch besser reagieren zu können. Dabei ist es egal, ob das ständige Ermittlungsgruppen oder so genannte Ad-hoc-Gruppen, also anlassbezogene Gruppen sind. Man muss nur erkennen, dass man alle Ressourcen in diesem Bereich bündelt.

Die Verbesserungen im Bereich der Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung haben aber natürlich auch Konsequenzen. Sie sind in diesem Antrag und in der Stellungnahme hierzu nicht enthalten. Wir müssen noch mehr Augenmerk auf die Aus- und Fortbildung im Hinblick darauf legen, dass die grenzüberschreitende Kriminalität anteilmäßig in Aus- und Fortbildung besser behandelt wird. Wir müssen auch die Sprachkompetenz ständig verbessern, und zwar einerseits in Fremdsprachen, andererseits aber auch dadurch, dass wir den Weg weiter gehen, junge Menschen in die Polizei einzustellen, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. Auch dieser Weg ist, glaube ich, sehr wichtig, weil sich Kriminalität eben nicht auf Deutschland und Frankreich und deren Beziehung beschränkt, sondern auch nach Süd- und Südosteuropa hineinzielt.

Wir werden eine höhere Qualifikation haben. Diese höhere Qualifikation wird und muss natürlich auch besoldungsrechtliche Auswirkungen bei uns haben. Auch über diesen Punkt müssen wir uns Gedanken machen.

(Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss; ein Satz noch. – Und wenn wir neue Aufgaben und mehr Aufgaben für die Polizei haben, dann heißt dies auch, dass wir die jetzt schon vorhandenen Lücken bei der Polizei – Stichwort Mutterschaftsurlaub – schließen.

(Abg. Rech CDU: Toll! – Gegenruf des Abg. Nagel SPD: Was, der Rech will auch in Mutterschaftsurlaub? – Abg. Bebbler SPD: Rech in Mutterschaftsurlaub!)

Das heißt, es wird nichts daran vorbeiführen, Herr Kollege Rech, dass wir das tun, was notwendig ist: die Präsenz verbessern, der Polizei neue Aufgaben übertragen und sie besser qualifizieren. Erst dann, wenn die Landesregierung diese Dinge mit Nachdruck betreibt, können wir mit Ihnen zufrieden sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Bebbler SPD: Das wird nie sein!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Bebbler SPD: Sag gleich, wir sind nie zufrieden mit denen!)

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung, wie sie bei meinen Reden ja sehr oft angezeigt ist, aber bei dieser erst recht, und zwar einfach deswegen, weil die CDU mit diesem Antrag sehr aktuell, so muss ich sagen, auf eine Reise des Petitionsausschusses reagiert hat. Dabei hatten wir uns nämlich mit der grenzüberschreitenden Kriminalität zwischen den USA und Mexiko befasst und auseinander gesetzt.

(Zurufe von der CDU: Ah! Aha! – Abg. Nagel SPD: Wie war der Tequila?)

Insbesondere haben wir uns, Kollege Rech, mit Schleuser- bzw. auch mit Schieberkriminalität von Menschen beschäftigt,

(Heiterkeit und Zurufe – Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

wobei ich der Auffassung bin, dass dieses Thema auf jenem Kontinent noch eine ganz andere Rolle spielt als hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Göschel SPD: Gebt den Schiebern keine Chance! – Abg. Dr. Birk CDU: Schieberei und Schleuserei! – Unruhe)

Ansonsten zum Antrag als solchem: Wenn man sich diese „Fleißarbeit“, wie es gerade von einem der Vorredner bezeichnet worden ist, und die gelieferten Fakten und Statistiken einmal genauer durchsieht, muss man als Erstes feststellen, dass wir keine bedrohliche Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität verzeichnen können.

Das Gegenteil ist der Fall, meine Kolleginnen und Kollegen. Richtig ist, dass die grenzüberschreitende Kriminalität, jedenfalls von 1997 auf 1998, zurückgegangen ist. Das kann man jetzt als Lob an den Innenminister weitergeben, man kann es aber auch so interpretieren, dass sich die Befürchtungen, die in dem Antrag zum Ausdruck gebracht werden, dass nämlich grenzüberschreitende Kriminalität mit der Grenzöffnung und dem EU-Binnenmarkt wachsen würde, offensichtlich nicht in dem Umfang bewahrheitet haben, wie es manche hier im Haus vielleicht befürchtet haben.

Des Weiteren gibt es – auch das wurde schon gesagt –, keine signifikanten und keine ganz speziellen Kriminalitätshäufungen in Grenzgebieten. Wir können feststellen, dass sich die Kriminalität in den Grenzgebieten nicht viel anders entwickelt als in den anderen Teilen unseres Landes, sodass wir überhaupt keinen Anlass dazu haben, jetzt von einer grenzüberschreitenden Kriminalität zu sprechen, die wir problematisieren müssten oder die extrem zunehmen würde.

Zum Ergebnis dieses Antrags möchte ich noch etwas feststellen: Ich finde es etwas übertrieben, die Stellungnahme dazu als „Fleißarbeit“ zu bezeichnen; denn zu der Frage der Antragsteller, wo die Defizite lägen und was man dage-

gen zu tun gedenke, ist die Stellungnahme nicht mehr ganz so umfassend und nicht mehr ganz so stichhaltig wie vielleicht diese oder jene Statistik, die wir in der Stellungnahme aufgeführt bekommen. Auch zu dieser Frage wären meines Erachtens von der Landesregierung Vorschläge zu machen, wie sie diese Defizite zu beheben gedenkt, wenn sie denn schon Defizite sieht.

Ein weiterer Punkt ist die Abstimmung mit den Polizeibehörden der Nachbarländer. Meine Damen und Herren, ich erspare Ihnen jetzt, die gesamten Abkommen, die in dieser „Fleißarbeit“ – wie es der Kollege Rech bezeichnet hat – genannt werden, hier aufzuführen.

(Abg. Rech CDU: Mein Zug fährt in 20 Minuten!)

Tatsache ist, dass es bereits eine weit gehende polizeiliche Zusammenarbeit auf der Basis zahlreicher Abkommen gibt, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Österreich und Italien geschlossen worden sind, andererseits aber auch eine Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und den Anrainerstaaten. In diesem Bereich kann eine weitere Zunahme der Zusammenarbeit meines Erachtens nur noch eine Fortentwicklung sein. Man wird aber die polizeilichen Maßnahmen in einem freien Europa – der Kollege Kluck lacht und wird mir zustimmen – natürlich nicht bis an die Spitze des Eisbergs treiben können.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen worden ist: Herr Kollege Rech, es war eine Fleißarbeit, unseren Antrag zu Europol auszugraben.

(Lachen des Abg. Rech CDU)

Aber es ist natürlich nicht fair, wenn Sie den Antrag zitieren und so tun, als würden wir die europäische polizeiliche Zusammenarbeit gänzlich ablehnen. Wenn Sie den Antrag einmal genau durchlesen, werden Sie feststellen, dass wir Europol auf der Basis der jetzigen rechtlichen Vorgaben deswegen ablehnen, weil wir die Rechtsstaatlichkeit gefährdet sehen, weil wir die parlamentarische Kontrolle nicht sehen, weil wir den Datenschutz gefährdet sehen etc. Das alles sind hehre Grundsätze, meine Damen und Herren, die eigentlich in diesem Hause verstanden werden müssten und auch zu einer Änderung der Europol-Konvention hätten führen müssen. Das war die Intention, weshalb wir die Europol-Konvention abgelehnt haben.

Alles in allem darf ich zum Schluss zusammenfassen: Wir sind nicht der Auffassung, dass es irgendeinen Anlass zur Problematisierung oder dass es Besorgnis erregende Entwicklungen bei der grenzüberschreitenden Kriminalität gibt. Daraus schlussfolgere ich, dass wir keinen Anlass haben, die polizeiliche Zusammenarbeit noch über weitere Maßnahmen hinaus, wie sie bereits getroffen worden sind, auszubauen – unter Außerachtlassung von Fortentwicklungen, Weiterbildungen, sprachlichen Weiterbildungen, wie sie vom Kollegen Redling angesprochen wurden. Das ist ja durchaus sinnvoll, aber weitere Maßnahmen und den Ausbau des polizeilichen Apparats halten wir in Anbetracht dieser Stellungnahme der Landesregierung nicht für notwendig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Redling, ich freue mich, dass Sie jetzt eingesehen haben, dass wir nach der Grenzöffnung auch besondere polizeiliche Maßnahmen benötigen, und dass Sie damit signalisiert haben, dass die SPD endlich ihren Widerstand gegen die ereignis- und verdachtsunabhängigen Kontrollen aufgeben will. Sehr vernünftig!

(Abg. Redling SPD: Sie drehen einem das Wort im Mund herum! Typisch!)

Nicht ganz so vernünftig ist der Kollege Oelmayer, der immer noch große Vorbehalte gegen Europol hat und sich hier sogar zu der Aussage versteigt, wir bräuchten keine weitere, keine engere und keine verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei unserer Nachbarländer. Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizei kann nicht gut genug zusammenarbeiten.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Die Zahlen geben das nicht her, Herr Kollege Kluck! Ich glaube, Sie haben die Stellungnahme der Landesregierung nicht gelesen!)

– Im Gegensatz zu Ihnen höre ich zu. Eines haben Sie sehr richtig festgestellt: dass die innere Sicherheit in allen Teilen unseres Landes gewährleistet ist.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Also!)

Das gilt für das Landesinnere – Ulm ist zwar auch an der Grenze, aber nicht ganz so problematisch – und auch für die Grenzregion.

Damit es so bleibt, meine Damen und Herren, ist unsere Polizei an Rhein und Bodensee für die dort anstehenden besonderen Aufgaben auch besonders gewappnet. Sie arbeitet eng – das halten wir für wichtig – mit den Polizeien der Nachbarländer zusammen. Unsere Aufgabe hier ist es, die Rahmenbedingungen dafür möglichst kontinuierlich zu verbessern.

Die Stellungnahme der Landesregierung zeigt, dass es manchmal doch recht langwierig war, die Hürden auf dem großen Dienstweg über die nationalen Regierungen zu überwinden. Auf dem kleinen Dienstweg – davon haben wir uns vor Ort schon oft überzeugen können, Sie sicherlich auch – klappt es dagegen eigentlich sehr gut. Dass wir da mit der Schweiz und Österreich wegen der föderalen Struktur dieser beiden Länder weniger Probleme haben als mit Frankreich, liegt auf der Hand. Aber auch da funktioniert es ja durch die Absprache von Metz und durch das gemeinsame Zentrum in Offenburg, das eine sehr gute Sache ist, immer besser. Mit der Ratifizierung des Abkommens über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden wird da hoffentlich bald ein Knopf drangemacht, Herr Kollege Oelmayer. Wir Liberalen hoffen sehr, dass die von Herrn Außenminister Fischer zu verantwortende gegenwärtige Eiszeit in den Beziehungen zwischen Berlin und Paris daran nichts ändert. Denn es wäre sehr schade, wenn atmosphärische Störungen auf nationaler Ebene das gute Miteinander an der Basis beeinträchtigen würden.

(Zurufe der Abg. Bebbler SPD und Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Liberalen haben polizeilicher Zusammenarbeit auf europäischer Ebene immer positiv gegenübergestanden. Wir brauchen Europol,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Die Frage ist doch, welches Europol!)

wenn wir für die Bürgerinnen und Bürger die doch so wichtigen offenen Grenzen erhalten wollen. Es ist doch ein wirklicher Fortschritt an Lebensqualität, dass wir diese offenen Grenzen haben. Um sie weiterhin zu ermöglichen, muss die polizeiliche Zusammenarbeit, muss Europol gestärkt werden.

Wir brauchen auch das europäische Programm für innere Sicherheit, das ja in Tampere von der Tagesordnung genommen wurde. Dieses Programm ist wichtig, denn innere Sicherheit ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor – das weiß man –, sondern wirklich auch ein großes Stück Lebensqualität.

Kriminalität hat nie vor staatlichen Grenzen Halt gemacht.

(Abg. Bebbler SPD: Woher haben Sie das?)

Denn selbst die italienische Mafia – Kollege Capezzuto ist gerade nicht da, der könnte es mir bestätigen –

(Große Heiterkeit des Abg. Rech CDU)

war noch nie eine nationale, sondern immer eine internationale Organisation.

(Abg. Bebbler SPD: Eine kleine Scherzkugel!)

Das ist bei den Konkurrenzorganisationen aus Osteuropa auch nicht anders. Während wir noch an der Überwindung der Grenzen arbeiten, meine Damen und Herren, haben die Ganoven diese Überwindung längst geschafft. Deshalb ist hier mehr Flexibilität und mehr Kompetenzverlagerung von oben nach unten gefragt. Wir müssen der Polizei geben, was sie dazu braucht.

Zu einer funktionierenden Zusammenarbeit gehört auch Sprachkompetenz. Hier sind die Bemühungen zu loben, aber dennoch durchaus auch noch zu verstärken. Wer im Grenzbereich zu Frankreich Dienst tut, sollte auch Französisch können – umgekehrt ist es natürlich ebenso –; Sprachkenntnisse sind aber auch außerhalb Westbadens wichtig. Wir wünschen uns mehr Polizeibeamtinnen und -beamte mit türkischen und russischen Sprachkenntnissen. Das würde manchen Einsatz an sozialen Brennpunkten vereinfachen.

Lassen Sie mich noch einmal feststellen – das habe ich schon oft festgestellt; aber es kann nicht oft genug festgestellt werden –: Die innere Sicherheit ist bei Polizei und Justiz in diesem Lande in Grenznähe wie im Landesinneren in guten Händen. Sorgen wir dafür, dass es so bleibt, indem wir in beiden Bereichen die Weichen richtig stellen und für ausreichende Mittel sorgen. Wir Liberalen sind dazu bereit, weil uns die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ein ganz hohes Gut ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Troll.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit Jahren bereits hat meine Fraktion auf eine Verbesserung aller Formen polizeilicher Arbeit im innerdeutschen und im übernationalen Bereich gedrängt. Selbstverständlich sind auch wir für die Intensivierung der Zusammenarbeit unserer Polizei mit polizeilichen Einrichtungen in den europäischen bzw. internationalen Gremien und Institutionen.

Jeder weiß, dass die Zeit drängt. Die aktuelle Bedrohungs- und Kriminalitätslage, für die Begriffe wie Rauschgifthandel, Eigentumsdelikte, Menschenhandel, Schutzgelderpressung und Schleuserkriminalität stehen, um nur die Spitzenreiter der in der letzte Woche vom Bundesinnenminister veröffentlichten Jahresbilanz der Polizeilichen Kriminalstatistik für 1999 zu nennen, hat sich im Ergebnis der letzten zehn Jahre drastisch verschärft.

Es ist der Landesregierung positiv anzurechnen, dass sie in der Drucksache 12/4747 – ich sage: endlich ungeschönt – zugibt, dass – ich zitiere – sich die Kriminalitätslage in ihrer internationalen Dimension seit Beginn der Neunzigerjahre qualitativ und quantitativ verschärft hat. Ich sage deswegen „endlich ungeschönt“, weil wir hier im Parlament und weil die Bürger und Bürgerinnen in Baden-Württemberg über viele Jahre hinweg, insbesondere in der 11. Legislaturperiode, aus dem Innenministerium in die Lage beschönigender Weise anderes vernahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Zu gut in Erinnerung sind uns noch die entsprechenden Debatten zur inneren Sicherheit hier im Hause, und gegenwärtig sind auch noch die an Pawlow'sche Reflexe erinnernden Reaktionen des damaligen Innenministers, mit denen er jede Diskussion hier im Landtag und bei den Polizeidienststellen draußen im Lande immer dann abzuwürgen versuchte, wenn auf bestimmte Erscheinungen bei der Kriminalitätsentwicklung hingewiesen wurde.

Heute stellt der amtierende Innenminister in seiner Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag heraus, dass unter anderem auch – hier zitiere ich ihn – zunehmende weltweite Freizügigkeit, Globalisierung und – man höre genau hin – Zuwanderungsdruck aus ärmeren Regionen in Krisengebieten zur Verschärfung der Kriminalitätslage in der Bundesrepublik und dann natürlich auch in Baden-Württemberg beigetragen haben.

Dies ist jedoch eine Erkenntnis, die Tante Emma und Onkel Frieder bereits 1992 hatten, nur dass der seinerzeitige Amtsverwalter im Innenministerium argumentierte – ich zitiere –, die Lage der inneren Sicherheit sei viel besser, als es in öffentlicher Darstellung aufgezeigt werde. Lediglich durch die importierte Kriminalität bestünden gewisse Problembereiche, die diese Sachverhalte fortgesetzt ignorierten.

Zu welchem Problem sich die mit dem koketten Begriff „importierte Kriminalität“ umschriebenen Kriminalitätssegmente, beispielsweise Gewalt, Rauschgift- und Eigentumsdelikte, Menschenhandel und Schleuserkriminalität, mittlerweile entwickelt haben, die vielfältigen Erscheinungsformen des organisierten Verbrechens eingeschlossen,

kann Polizeiberichten und Medien entnommen werden.

Die Erfahrungen mit den internationalen Bezügen der deutschen und der baden-württembergischen Kriminalitätslage müssen daher für die Landesregierung Ansporn sein, die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten zu festigen und zu verbessern. Wir begrüßen ausdrücklich alle in der vorliegenden Stellungnahme der Landesregierung aufgelisteten Initiativen, die diesem Ziel dienen. Gern vernehmen wir, dass es mittlerweile Fälle einer erfolgreichen Bewältigung polizeilicher Einsatzsituationen bei der Gefahrenabwehr und der Kriminalitätsbekämpfung im grenzüberschreitenden Raum gibt.

Gleichwohl bleibt die Landesregierung aufgefordert, auf hier noch regelungsbedürftige Lücken gegenüber dem Bund mit Nachdruck hinzuweisen und auf den Abschluss entsprechender internationaler Vereinbarungen zu drängen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Landesregierung ausdrücklich auf, gegenüber der Bundesregierung das baden-württembergische Interesse an einem zügigen Abschluss der Verhandlungen für den entsprechenden Staatsvertrag mit Österreich zu vertreten. Es kann doch wohl nicht sein, dass gegen die demokratisch legitimierte Regierung eines Nachbarlandes die aus meines Erachtens ideologisch begründeter antidemokratischer Gesinnung heraus betriebene Boykottpolitik der rot-grünen Bundesregierung sich nachteilig auf den Abschluss sicherheitsrelevanter Vereinbarungen zwischen der Republik Österreich und Deutschland auswirkt.

(Beifall bei den Republikanern)

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass Rote und Grüne tatsächlich ein Sicherheitsrisiko auch für die Bürger in Baden-Württemberg sind.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern – Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Troll, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abg. Nagel?

Abg. Troll REP: Nein.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Weiser: Das war eine klare Entscheidung.

Das Wort hat Herr Abg. Rech.

(Abg. Nagel SPD: Ich wollte nur fragen, wo die Abg. Wilhelm und König sind, die ihren Urlaub in den USA verlängert haben, weil er ihnen wichtiger war als die Plenarsitzung! – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe)

Herr Nagel, Sie haben nicht das Wort!

(Unruhe – Abg. Schonath REP: Wenn Sie das wissen, warum fragen Sie dann? – Gegenruf des Abg. Nagel SPD: Oben tut es bei Ihnen weh, Herr Schonath! Gehen Sie aufs Klo! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Stellv. Präsident Weiser)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, jetzt wieder die notwendige Ruhe zu bewahren.

Das Wort hat Herr Abg. Rech und nicht Herr Abg. Nagel.

(Abg. Nagel SPD: Aber im Protokoll ist es vermerkt, Herr Präsident!)

Abg. Rech CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Innenminister wird es gern hören, wenn ich an dieser Stelle einfach resümierend feststelle, dass die interfraktionelle Zusammenarbeit hier in diesem Haus – insbesondere die Zusammenarbeit der Polizeisprecher untereinander – traditionell, so möchte ich sagen, sehr gut ist und dass wir hier viele Gemeinsamkeiten haben, die mich in der Hoffnung bestärken, dass wir bei entsprechenden Anträgen und Initiativen zum Thema „innere Sicherheit“ in diesem Haus auch in den nächsten Jahren wiederum ein gutes Stück vorankommen können und werden. Dass dies notwendig ist, wurde in den verschiedenen Redebeiträgen schon gesagt.

Ich würde mir natürlich wünschen, Herr Kollege Oelmayer – ich darf Sie als neuen Polizeisprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in unserer geschlossenen Reihe begrüßen –, dass Sie, wenn Sie das nächste Mal, in welchem Ausschuss auch immer, zur US-mexikanischen Grenze fahren, um sich dort neueste Erkenntnisse über die Schleuserkriminalität zu verschaffen, den Polizeisprecher der CDU-Fraktion einladen. Das ist doch das Mindeste, was wir erwarten können!

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

– Herr Redling hat sich soeben auch schon angemeldet.

Meine Damen und Herren, hier wurden zwei, drei Punkte, die ich wegen ihrer Wichtigkeit noch einmal aufgreifen möchte, angesprochen, die ich nur unterstreichen kann. Da ist zum einen die Sprachkompetenz. Wie in vielen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit läuft eben vieles über die Sprachkompetenz, und da, muss ich sagen, hat die Polizei in Baden-Württemberg Vorbildliches geleistet und leistet Vorbildliches. Ich würde mir wünschen, dass in den Nachbarländern der Erwerb der Sprachkompetenz in den Ausbildungsplänen mehr berücksichtigt wird, als es derzeit der Fall ist. Bei uns geschieht dies. Ich habe vorhin nicht ohne Grund die Bereitschaftspolizei in Lahr genannt.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Lernen die auch Schwäbisch?)

– Schwäbisch sprechen sie, glaube ich, noch nicht. Aber die Franzosen verstehen es halbwegs, habe ich mir sagen lassen. Natürlich nur dann, wenn es nicht so ausgeprägt ist wie das, was man in Freudenstadt und Umgebung spricht. Da habe selbst ich Schwierigkeiten, Frau Kollegin.

(Abg. Nagel SPD: In Horb!)

Ernsthaft: Wenn wir den Gedanken weiterspinnen, dann bitte ich darum, bei der Umstellung der analogen auf die digitale Kommunikationstechnik unbedingt darauf zu achten, dass die Technik gerade mit unserem Nachbarland Frankreich kompatibel wird. Wenn wir schon ca. 150 Millionen DM in den nächsten Jahren dafür ausgeben, dann

müssen wir natürlich einfordern, dass ein Höchstmaß an Kompetenz erzielt wird. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn wir mit unseren Nachbarländern entsprechend kommunizieren können.

Was zu Europol gesagt wurde, ist – wenn ich das resümierend feststellen darf – einhellige Auffassung. Ich glaube, wir alle sind uns darin einig, dass wir die Kompetenzen stärken müssen. Ich betone noch einmal die rechtliche Eigenständigkeit dieser Institution, die es ermöglicht, Regelungen mit Drittländern zu treffen.

Was ich allerdings nicht so ohne weiteres hinnehmen möchte, Herr Kollege Redling, ist Ihre Forderung, dass unsere Polizei bestens qualifiziert sein müsse. Sie ist es.

(Abg. Redling SPD: Davon gehe ich aus!)

– Ich weiß, dass Sie davon ausgehen.

(Abg. Redling SPD: Aber das muss immer eine Forderung sein!)

Sie wollen noch bessere Qualifikationen haben.

(Abg. Redling SPD: Genau!)

Ich sage nur: Wenn die Polizei in Baden-Württemberg schon das Maß des Standards unter den Unterzeichnerstaaten des Schengener Abkommens in Europa wäre, dann wäre das noch sehr viel besser. Die Polizei in Baden-Württemberg hat, was Aus- und Fortbildung angeht, eine absolute Spitzenposition im Vergleich der Polizeien aller Länder inne.

(Abg. Göschel SPD: Und was ist mit der Ausrüstung?)

– Auch was die Ausrüstung angeht, Herr Kollege Redling. Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet.

(Abg. Redling SPD: Das war nicht ich!)

Aber da der Kollege Oelmayer in fünf Minuten zum Zug muss, erspare ich es Ihnen, all dies aufzuzeigen und noch einmal darzustellen, was Baden-Württemberg gerade bei der Ausrüstung – –

(Abg. Redling SPD: Sie haben doch selbst die Funktechnik angesprochen, die nicht gut ist!)

– Ja, natürlich. Aber wir haben dafür im Haushalt 150 Millionen DM eingestellt.

(Abg. Redling SPD: Wo?)

– Im Technikzukunftsprogramm

(Abg. Redling SPD: Dafür nicht!)

sind die 150 Millionen DM in den 680 Millionen DM beinhaltet, und die setzen wir auch um. Ich habe nur gefordert, sie so umzusetzen, dass die Technik mit der Frankreichs kompatibel wird.

Herr Oelmayer, ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, ich bitte, weil die Stellungnahme der Landesregierung in der Tat ausführlich und äußerst zufrieden stel-

(Rech)

lend ausgefallen ist, nicht um eine Überweisung dieses Antrags an den Ausschuss, wie ich es vorhin irrtümlich ange-regt habe, sondern ich bitte darum, diesen Antrag für erledigt zu erklären.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung: Auf der Titelseite des Antrags ist das Datum unter der Drucksachennummer von „05. 01. 1999“ in „05. 01. 2000“ zu korrigieren. Die-ses redaktionelle Versehen bitte ich zu entschuldigen.

Ansonsten bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stelly. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenmi-nister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Da-men und Herren! Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, dass ich an diesem zu Ende gehenden zweiten Plenartag ohne Zeitdruck in aller Breite

(Heiterkeit)

in einer sicher auch für Sie erschöpfenden Weise die Pro-bleme der internationalen Zusammenarbeit bei der inneren Sicherheit darlegen kann.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wo fangen wir an, wo hören wir auf? – Abg. Nagel SPD: Sie wis-sen doch, der Kollege Oelmayer muss zum Zug!)

– Ich kann mir vorstellen, dass, nachdem wir erst 17:38 Uhr haben, noch weitere Züge nach Ulm fahren werden, Herr Kollege Oelmayer.

Ich darf mit dem Beitrag von Herrn Kollegen Redling be-ginnen. Sie sagten am Schluss Ihrer Rede, dass noch eini-ges erledigt werden müsse, bis Sie mit der Landesregierung zufrieden sein könnten.

(Abg. Redling SPD: Bis zum März nächsten Jah-res!)

Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, mit der Landesre-gierung zufrieden zu sein.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Deshalb wird es uns nie gelingen, all das, was Sie sich aus-denken, zu Ihrer vollen Zufriedenheit zu erfüllen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das steckt im System!)

Aber allen Beiträgen darf ich doch entnehmen, dass auch Sie der Auffassung sind, dass es gerade mithilfe der Lan-desregierung, vor allem aber auch der Polizei, des Landes-polizeipräsidenten Hetger und, wie ich wohl sagen darf, ganz besonders auch des heutigen Landeskriminaldirektors Schneider, in den letzten Jahren gelungen ist, auf einem Gebiet, bei dem der Weg dornenreich und mühevoll ist, weil so viele Köche mit im Brei herumdrehen, wichtige Schritte zurückzulegen.

Ich möchte darum bitten, dass man unterscheidet. Zum ein-en geht es um die Fragen der grenzüberschreitenden Kri-

minalität, insbesondere als Folge des Wegfalls der Grenz-kontrollen. Da spielen die von Ihnen nicht geliebte ver-dachtsunabhängige Kontrolle und die Schleierfahndung, Herr Kollege Oelmayer, eine ganz große Rolle. Dadurch konnten wir die grenzüberschreitende Kriminalität etwas auffangen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Zum anderen geht es um einen Bereich, der wesentlich bri-santer ist und bei dem leider Gottes Zuwächse zu verzeich-nen sind, wo auch noch kein Ende absehbar ist, dass näm-lich gerade die gefährlichen Verbrecher eine immer stärker internationale Dimension bekommen.

(Abg. Rückert CDU: Ja!)

Auch da machen entsprechende Straftaten und die handelnden Personen – sprich die Verbrecher – vor den Grenzen nicht Halt. Auch da ist wie auf anderen wichtigen Gebieten – Umweltschutz, Wirtschaftspolitik – eine internationale Zusammenarbeit das Gebot der Stunde. Man muss diese beiden Ebenen also unterscheiden.

Nach dem, was ich hier bisher an Erfahrung selbst machen konnte, habe ich drei Problemfelder erkannt.

Das erste große Problemfeld: Wie kaum ein anderes Feld berührt das Thema „innere Sicherheit“ die Souveränitäts-empfindungen der einzelnen Staaten. Was meine ich da-mit? Ich meine weniger Deutschland, weil wir es aufgrund unserer Vergangenheit und auch aufgrund der Tatsache, dass unser Land lange besetzt war, gewohnt sind, dass sich andere bei uns bewegen. Ich meine zum Beispiel Frank-reich oder Großbritannien. Denken Sie daran, was Großbri-tannien zu Europol gesagt hat und wie Großbritannien Europol lange verhindern wollte. Ich meine auch ganz beson-ders Holland. Diese Länder tun sich zum Beispiel sehr schwer bei dem Gedanken, dass deutsche Polizeibeamte auf ihrem Staatsgebiet hoheitliche Befugnisse ausüben können sollen.

Andererseits ist auch klar: Wenn Europa immer stärker zu-sammenwächst und zusammenwachsen soll, wie wir es ganz überwiegend auch wollen, müssen diese Empfindlich-keiten in aller Behutsamkeit abgebaut werden. Manches kann sich hier vielleicht auch auswachsen. Das ist das eine große Problem. Wir sehen es als direkte Nachbarn von Frankreich auch immer bei dem Versuch, die Zusammenar-beit mit diesem Land stärker zu vertiefen. Auch vor dem Hintergrund, welche Sensibilitäten bestehen, ist es beacht-lich, was in der jüngst zurückliegenden Zeit auf den Weg gebracht werden konnte.

Das zweite Problemfeld sind die Sprachschwierigkeiten. Dieses Problem ist insbesondere für die Alltagsarbeit nicht hoch genug anzusetzen. Es betrifft uns in Baden-Württem-berg ganz besonders im Verhältnis zu Frankreich. Die ba-den-württembergische Polizei arbeitet mit den Polizeien der verschiedenen Kantone der Schweiz – das war auch schon zu der Zeit der Fall, als es mit der Schweiz noch kei-ne vertraglichen Grundlagen gab – bekanntlich traditionell gut zusammen. Das ist in erster Linie darauf zurückzufüh-ren, dass es hier kein Sprachproblem gibt.

(Minister Dr. Schäuble)

Die Zusammenarbeit mit der Polizei in Frankreich, im Elsass, also mit der Gendarmerie oder mit der Police Nationale, ist nicht ganz so gut. Die Zusammenarbeit mit der Police Nationale ist noch etwas schwieriger, zumal auch die Zusammenarbeit zwischen der Police Nationale und der französischen Gendarmerie nicht ganz optimal ist. Im Verhältnis zu Frankreich also sind die Sprachschwierigkeiten einer der ganz großen Hemmschuhe. Auch deshalb ist es wichtig, bis hinein in den schulischen Bereich alles zu tun, was das gegenseitige Erlernen der Sprache verstärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Dass dies jetzt alles bei der Bereitschaftspolizei im Bereich Lahr eine besondere Vertiefung findet, ist auch Ausdruck des Respekts vor den beachtlichen Vorarbeiten, die der Kollege Rau in diesem Sektor auf pädagogischem Gebiet bereits erbracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir vergessen auch nicht, Herrn Abg. Caroli zu erwähnen – aber natürlich in dieser Reihenfolge.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt lassen Sie doch einmal den Wahlkampf bleiben! – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Der versteht keinen Spaß! Da können Sie machen, was Sie wollen!)

– Wir alle sind dankbar für die Probe, die Herr Dr. Caroli von seinem Humor gerade abgegeben hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Sprachschwierigkeiten werden uns also noch lange begleiten. Deshalb ist es wichtig, alles zu tun, um diese Schwierigkeiten Schritt für Schritt, Zug für Zug – Entschuldigung, Herr Oelmayer –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist kein guter Einstieg, Herr Minister!)

zu beseitigen.

Das dritte Feld ist ein Problem, über das sich ein Landtag und ein Innenausschuss, glaube ich, ganz besondere Gedanken machen. Darüber haben wir uns ja alle schon unterhalten. Das gilt auch für den festen Kreis der polizeipolitischen Sprecher, der so gut zusammenhält, dass er auch noch an den Reisen anderer Ausschüsse teilnehmen will.

(Heiterkeit des Abg. Rech CDU – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: So weit kommt es noch!)

Es geht um das Thema: Deutschland, die Schweiz und Österreich haben eine föderalistische Ordnung. Aber die große Zahl der anderen Staaten der Europäischen Union hat keinen Föderalismus, und innerhalb von Deutschland ist, bis auf die dem Bund enumerativ vorbehaltenen Befugnisse, ausschließlich das jeweilige Land für die innere Sicherheit und die Polizei zuständig. Andererseits ist klar, dass im Rahmen der Europäischen Union natürlich schon darüber nachgedacht werden muss, wie einerseits die Zusammenarbeit, so wie jetzt in den letzten Jahren mit den

geschilderten Schritten geschehen, weiter vorangebracht werden und andererseits doch dabei der Föderalismus und unsere landesoriginäre Zuständigkeit der Polizei erhalten bleiben kann. Dass dies ein Thema ist, das bei der internationalen Zusammenarbeit zunehmend eine Rolle spielt, liegt, glaube ich, klar auf der Hand. Ich finde, es muss eigentlich das Ziel sein, dass diese Zuständigkeit im Rahmen des zusammenwachsenden Europas auch klar erhalten bleibt. Es geht ja schon los, wenn zum Beispiel die Länder die Frage stellen, wie Europol mit uns zusammenarbeitet, weil Europol ja logischerweise ein Interesse daran hat, sich als Ansprechpartner eigentlich auf das Bundeskriminalamt zu beschränken, und das wird mit anderen Fragen weitergehen. Wir müssen diesen Zielkonflikt klar im Auge behalten und, glaube ich, am Ende dafür sorgen, dass die föderale Zuständigkeit für die Polizei erhalten bleibt und gleichwohl die internationale Zusammenarbeit insgesamt vorankommt. Das ist manchmal ein bisschen schwer unter einen Hut zu bringen.

(Abg. Rech CDU: Ja, Sonderprogramm MIKA!)

Was konkret ansteht, ist doch Folgendes, Herr Kollege Oelmayer, weil Sie die Frage ja gestellt haben: Wir haben mit der Schweiz einen hervorragenden bilateralen Vertrag gemacht. Der sollte eigentlich auch Maßstab dafür sein, wie wir jetzt die Schengener Verträge nach einer gewissen Erfahrung evaluieren müssen und weiterentwickeln müssen. Wir haben heute den eigentlich widersinnigen Vorgang, dass die Befugnisse der baden-württembergischen Polizei im Verhältnis zur Schweiz und der Schweizer Polizei und umgekehrt intensiver sind, als es mit der Europäischen Union und auch mit Frankreich der Fall ist. Anders ausgedrückt: Unsere Polizei hat in der Zusammenarbeit mit der Schweiz nach diesem Vertrag inzwischen größere Befugnisse, mehr Rechte als in der Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen Staaten. Die Schweiz beabsichtigt – das macht die ganze Geschichte doppelt skurril –, einen ähnlichen Vertrag, wie sie ihn mit uns abgeschlossen hat, auch mit Österreich abzuschließen. Dann kommen wir im Ergebnis zu dem im Grunde genommen nicht erträglichen Zustand, dass die Schweiz mit ihren direkten Angrenzern polizeilich intensiver zusammenarbeiten kann, als es die Staaten der Europäischen Union untereinander tun können.

Das macht ganz deutlich, was die nächstliegende Aufgabe ist, der wir uns stellen müssen, nämlich dass wir die Schengener Verträge nach einer gewissen Erfahrungszeit so fortführen und fortschreiben, dass innerhalb der Staaten der Europäischen Union die jeweiligen Polizeien wechselseitig mindestens die gleichen hoheitlichen Befugnisse erhalten, wie es heute im Verhältnis mit der Schweiz der Fall ist. Das ist die nächstliegende Aufgabe.

Sie können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung auch mit der großen Kompetenz des Landespolizeipräsidiums hier alles tun wird, was in unserer Kraft steht, so wie es auch wir waren, die in den letzten Jahren diese Themen auf Bundesebene entscheidend vorangebracht haben. Ganz interessant ist ja auch, dass die entsprechende Arbeitsgruppe auf Bundesebene, die die Innenministerkonferenz eingesetzt hat, unter der Federführung Baden-Württembergs steht.

(Minister Dr. Schäuble)

In diesem Sinne darf ich mich ganz herzlich bedanken, dass Sie mir so ausführlich und geduldig zugehört haben. Ich wünsche Ihnen noch ein zeitiges Ankommen in Ulm, Herr Oelmayer. Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 7. Der Antragsteller hat beantragt, den Antrag mit der heutigen Debatte für erledigt zu erklären. Ich glaube nicht, dass ich darüber förmlich abstimmen lassen muss, ob Sie damit einverstanden sind. – Vielen Dank. Der Antrag ist für erledigt erklärt.

Punkt 7 ist damit erledigt.

Punkt 8 ist abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 12/5146

Keine Wortmeldungen. Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/5112

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/5004, 12/5065, 12/5114, 12/5120

Die Kleinen Anfragen sind inzwischen beantwortet worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass die nächste Plenarsitzung am 28. Juni 2000 um 10:00 Uhr stattfindet. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt werden.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und eine gute Heimfahrt und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 17:51 Uhr